Kursbuch 13 1968

Die Studenten und die Macht

Spanien, Italien
Frankreich
Polen, Tschechoslowakei
Lateinamerika, USA

Bahman Nirumand
Oskar Negt
Hans Magnus Enzensberger

Suhrkamp Verlag

Goethe Institut e.V. Bibliothek

Sonderpreis 5 Mark für die Erstauflage (50 000 Ex.)

Kursbuch
Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger

Kursbuch 13 Juni 1968

Bahman Nirumand, Die Avantgarde der Studenten im Internationalen Klassenkampf 1
Bernhard Schütze, Widerstand an Spaniens Universitäten 18
Carlo Donolo, Theorie und Praxis der Studentenbewegung in Italien 48
Dossier 1: Studenten in Prag 67
Dossier 2: Warschauer Bilanz 91
Heinz Rudolf Sonntag, Versuch über die lateinamerikanischen Universitäten 108
X. X., Brief aus Brasilien 127
Dossier 3: Politische Kriegsdienstverweigerung 132
Walter Kreipe, Studenten in Frankreich. Hintergrund und Potential einer politischen Bewegung 154
Oskar Negt, Studentischer Protest – Liberalismus – »Linksfaschismus« 179
Hans Magnus Enzensberger, Berliner Gemeinplätze II 190

Adressenliste 198

Goethe-Institut e.V. Bibliothek
ausgeschieden am: .....

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 5, im Einzelverkauf DM 8. Abonnements sind mit Monatsfrist zum Jahresende kündbar. Anschrift der Redaktion und des Verlages: Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, Grüneburgweg 69, Postfach 2446, Telefon 72 08 81, Fernschreiber 4 13972. Postscheckkonto Frankfurt Main 115761, Bankkonto Deutsche Bank Frankfurt/Main 95 7100. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Alle Briefe sind an ihre Frankfurter Adresse zu richten. Verantwortlich für den Inhalt: Hans Magnus Enzensberger. Redaktion: Karl Markus Michel. Copyright © Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1968. Alle Rechte für sämtliche Beiträge, auch das der Übersetzung, vorbehalten. Umschlagentwurf Willy Fleckhaus. Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Dieser Auflage des Kursbuchs liegt ein Prospekt des Verlages Maikowski bei, den wir der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Bahman Nirumand
Die Avantgarde der Studenten im internationalen Klassenkampf

1914 starben sie bei Langemarck mit dem Deutschlandlied auf den Lippen den Heldentod fürs Vaterland; 1933 sahen sie gebannt und weithin untätig zu, als man, was als entartet galt, den Scheiterhaufen des braunen Hexenwahns überantwortete; noch 1961 fungierten sie als freiwillige Vorhut der gesamtdeutschen Reaktion, bereit, Karriere, Freiheit, gar das Leben auf dem Altar des Antikommunismus zu opfern. Im Jahre 1967 ist die Avantgarde der deutschen Studenten in eine Vorform des Partisanenkampfes gegen das eigene System eingetreten: ein Frontenwechsel ohne Befehlszentrale, ohne Unterhändler; es gibt nicht einmal Rädelsführer, die man ausheben, die man beschwichtigen, derer man habhaft werden könnte; die Kommunikation via Polizeiknüppel, ein Tod und ein Mordanschlag, die zu Signalen für eine Studentengeneration geworden sind. Ausbrechend aus einer ideologisch umfriedeten Gesellschaft sind Deutschlands Studenten im Prozeß der Bewußtwerdung über die heutige Struktur von Herrschaft und Unterdrückung an die Schranken des Liberalismus gelangt, der Aufklärung nur duldet, soweit sie fürs Ganze folgenlos bleibt, und Kritik beschränkt auf einzelne Mißstände und personelle Fehlleistungen innerhalb der bestehenden Machtverhältnisse.

Die gleiche gesellschaftliche Folgenlosigkeit, zu der in der spätbürgerlichen Gesellschaft jedwede Äußerung der Kultur und Kulturkritik verurteilt ist, haftet von vornherein dem Fachwissen aller Disziplinen an, sofern es sich nicht versteht als Instrument der Veränderung der Gesellschaft und der Humanisierung des menschlichen Lebens. Daß in einer konsequent arbeitsteiligen Gesellschaft eine solche politische Fundierung von Wissenschaft und Ausbildung auf den Widerstand all derer stößt, die unter »Freiheit« von Lehre und Forschung eben jene gesellschaftliche Folgenlosigkeit verstehen und im Interesse der Stabilisierung eines auf irrationale Herrschaft gegründeten Systems erhalten wollen, hat die Intellektuellen in zwei antagonistische Lager gespalten, zwischen denen die Möglichkeit der Verständigung abnimmt im gleichen Maße, wie sich ihr verschieden strukturiertes Bewußtsein deutlicher artikuliert: Dem unhistorischen, positivistischen Bewußtsein der reaktionären Intelligenz, das sich die Reflexion

auf die Grundlagen des Systems – den Kapitalismus und die Manipulation als notwendige Voraussetzungen der Herrschaft – versagt, steht das dialektische Denken der revolutionären Intelligenz unversöhnlich gegenüber. Nicht *weil* sie Marxisten sind, wurden die Studenten zu Gegnern des bestehenden Systems, sondern weil dieses System sich als unfähig erwiesen hat, auf rationale und humane Weise seine materiellen Möglichkeiten und seine historischen Aufgaben zu verwirklichen, haben sie sich einer Theorie zugewandt, in der dieses System nicht mehr als ultima ratio erscheint und das ihre subjektiven Erfahrungen und Frustrationen in objektive Erkenntnis der gesellschaftlichen Mechanismen der Repression umzusetzen vermag. Sie haben damit eine Ideologie, die mehr der permanenten Verschleierung von Herrschaft dient als deren Rationalisierung, ersetzt durch eine Theorie, die dem »Kriterium der Praxis« (Lenin) standhält, eine Theorie, in der die Welt nicht mehr als festgerammte, mit sich selbst identische Wirklichkeit erscheint, sondern als Ganzes der ihr innewohnenden Möglichkeiten. Indem sie sich dieser Theorie einer veränderlichen Welt und den Anforderungen einer gemeinschaftlichen revolutionären Praxis stellt, löst sich die neue Avantgarde aus der Vereinzelung und Stagnation, die eine individualistische Philosophie der ihr voraufgehenden Generation verordnete.

Mit dem Schritt von der Ablehnung der autoritären Struktur der Universität und einer wertlosen, da prinzipienlosen Wissenschaftlichkeit des Lehrbetriebs zum Kampf gegen die formal-demokratische Ordnung der spätkapitalistischen Gesellschaft ist die Bewegung der deutschen Studenten in den weltweiten Kampf der Avantgarde aller Länder um die Befreiung von Herrschaft und Unterdrückung eingetreten. Studentenunruhen – in den Ländern der Dritten Welt schon längst ein politischer Faktor – sind in den Hochburgen des Spätkapitalismus ein unvorhergesehenes Phänomen, dem die etablierten Mächte mit hilflosen Integrationsversuchen oder aber mit provozierender Gewalt begegnen. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß politische Aktionen von Studenten in größerem Ausmaß überall dort stattfinden, wo der Fortschritt einer Gesellschaft willkürlich gehemmt wird, sei es von Oligarchien in der Dritten Welt, die ihre schmale soziale Basis nur reproduzieren können mit Hilfe von Ausbeutung und Unterprivilegierung der Massen, sei es durch eine verselbständigte Bürokratie in den osteuropäischen sozialistischen Staaten, die die Entfremdung des Volkes betreibt und nicht seine Emanzipation, oder schließlich durch die Repräsentanten des Monopolkapitalismus, dem die Menschen nichts sind als Konsumenten von Waren und Ideologie, Objekte einer umfassenden Manipulation ihres Bewußtseins und ihrer Bedürfnisse zum Zwecke der

Anpassung an die Erfordernisse von Herrschaft und Produktion. Ob im Deutschland des Vormärz oder auf Cuba zur Zeit Batistas – studentische Revolten brechen in allen Ländern der Erde aus, die historisch-objektiv an der Schwelle einer Revolution stehen. Während sie früher mehr oder weniger eine zusätzliche Kraft der jeweils fortschrittlichsten, um politische Emanzipation kämpfenden Klasse waren (wie etwa in den bürgerlichen Revolutionen des 19. Jahrhunderts) oder bereits Kaderfunktionen übernahmen (wie etwa in den proletarischen Revolutionen im Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts), haben Studenten in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine entscheidende Rolle in den revolutionären Befreiungsbewegungen gespielt und in einigen Fällen sogar selbst die Führung der Revolution übernommen (der Sturm Castros und seiner Freunde auf die Kaserne von Moncada; die Kulturrevolution in China). Sind also Studenten eine revolutionäre Klasse par excellence?

Auch heute noch ist das Proletariat (je nach der ökonomischen Struktur eines Landes die Arbeiter- oder Bauernmassen) objektiv die revolutionäre und, unabhängig von ihrem augenblicklichen Bewußtseinsstand, am Fortschritt des historischen Prozesses interessierte Klasse. Diese Feststellung gründet sich weniger auf eine dogmatische Auslegung der Marxschen Gesellschaftstheorie als auf die tatsächlichen sozialen Gegebenheiten. Wo diese Klasse auf Grund mangelnder Einsicht in ihre eigene Situation am gegenwärtigen politischen Kampf nicht teilnimmt, und das heißt: in den hochindustrialisierten Ländern haben die linke Intelligenz und immer weitere Kreise der studentischen Jugend einen Teil ihrer Funktionen übernommen. In der augenblicklichen Phase sind das vor allem die folgenden Aufgaben: Aufklärung durch Aktion, Politisierung und Mobilisierung derer, die für eine Umwälzung zu gewinnen wären.

Auch in den Ländern der Dritten Welt, wo die Unterdrückung tagtäglich von den Massen erfahren wird, gehören die Studenten zur politischen Avantgarde, allerdings nicht primär wegen ihrer schärferen Analyse der Lage – die bei den Massen durch die sinnliche Erfahrung von Mangel und Ausbeutung ersetzt wird – sondern weil bei ihnen eher die materiellen Voraussetzungen politischer Agitation und Organisation vorhanden sind.

Wie aber ist es möglich, daß Studenten, die ja – zumindest im ökonomischen Sinne – keine Klasse darstellen, zur Vorhut des revolutionären Kampfes werden konnten? Definiert man den sozialen Status der Studenten nach ihrer Herkunft, so gehört die Mehrzahl von ihnen in den kapitalistischen Industriestaaten der bürgerlichen, in den Ländern der Dritten Welt der privilegierten Feudal- und Beamtenschicht an, die kein unmittel-

bares materielles Interesse an einer radikalen Demokratisierung ihrer Gesellschaft haben. Was die Studenten zu einer einigermaßen homogenen sozialen Schicht macht, ist einmal ihre Stellung innerhalb der Universität und weiter die Schlüsselstellung, die die Gesellschaft für die meisten von ihnen nach Beendigung ihrer Ausbildung bereithält. Die besondere Disposition der Studenten für politische Mobilität hat komplexe psychologische und soziale Gründe.

I. Studenten in den Metropolen

Studenten unterliegen weit weniger als Menschen, die in festen Lebens- und Arbeitsverhältnissen stehen, einem Rollenzwang, d. h. sie sind individuell ansprechbar, reagieren spontaner als andere Bevölkerungsgruppen und sind eher bereit, die Notwendigkeit umfassender Veränderungen der Gesellschaft anzuerkennen und sich aktiv für solche Veränderungen einzusetzen. Politische Aktivität von Studenten bricht sich nicht an der Rücksicht auf Familie und Stellung, radikales politisches Engagement kostet sie nicht die »Existenz«, weil sie keine »Existenz« haben. Eine exponierte politische Haltung wird unter Studenten toleriert und in gewisser Weise auch honoriert – das Bewußtsein, Freiheit auf Widerruf praktizieren zu dürfen, macht sie skeptisch gegen Kompromisse und Beschwichtigungen.
Universität und Gesellschaft verhalten sich wie zwei konzentrische Kreise: die Universität wiederholt auf kleinem Raum die Struktur der Gesamtgesellschaft. Der Kampf gegen die autoritäre Verfassung der Universität kehrt sich folgerichtig auch gegen autoritäre Strukturen in der außeruniversitären Gesellschaft. Die Einführung arbeitsteiliger Prinzipien an der Universität, die zu einer immer stärkeren Isolierung eigentlich zusammengehöriger Fächer, zur Trennung von Lehre und Forschung führt und eher zur Ausbildung von Fachidioten als zu der autonomer, universaler Menschen geeignet ist, deutet auf die Verelendung des Menschen durch Arbeitsteilung und stellt die arbeitsteilig angelegte kapitalistische Gesellschaft überhaupt in Frage.
An der Universität gewinnt der Student eine Einstellung zu seinem künftigen Beruf, die an der substantiellen Rationalität von Wissenschaft orientiert ist. Die bloße Zweckrationalität der beruflichen Praxis macht ihm den Verlust von substantieller Rationalität in der Gesamtgesellschaft deutlich: maximale Funktionsfähigkeit als summum bonum einer Gesellschaft und Effizienzsteigerung als Motor ihrer Rationalität reduziert Humanität auf die private Sphäre von »Gesinnung« und karitativem

Verhalten. Bestrebungen, auch die Universität stärker als bisher durch Verkürzung der Studienzeit und Einschränkung der akademischen Freiheiten der Herrschaft des Leistungsprinzips zu unterwerfen, hält die studentische Avantgarde einen Wissenschaftsbegriff entgegen, der »Wissenschaft als Moment der Selbstbefreiung des Menschen von unbegriffenen Mächten« (Rudi Dutschke), als Instrument von Aufklärung und Bewußtwerdung definiert, und leitet daraus die Verpflichtung zu politischer Aktion ab, die Aufgabe, weitere Schichten der Bevölkerung über ihre objektive Lage und ihre Interessen in Gesellschaft und Ökonomie aufzuklären. Nicht die Betroffenen, d. h. die Masse der Werktätigen, wohl aber ein großer Teil der Studentenschaft überblickt die enormen Erleichterungen im Arbeitsprozeß, die nach dem heutigen Stand der Technik möglich wären, und erkennt die Differenz zwischen gesellschaftlich notwendiger und zusätzlicher Arbeit als Produkt eines Systems, das nicht die gesellschaftliche Reproduktion ausrichtet auf die rationale Befriedigung objektiv vorhandener menschlicher Bedürfnisse, sondern das umgekehrt die Bedürfnisse der Produktion anpaßt.

II. Studenten in den Ländern der Dritten Welt

In den unterentwickelt gehaltenen Ländern weiten sich studentische Unruhen zwangsläufig von der Kritik an universitären Zuständen aus auf eine Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, wenn erst einmal der Kausalnexus hergestellt ist: Der Protest gegen Eingriffe des Staates in die Autonomie der Universität wird zum Protest gegen eine Bevormundung des Landes durch neokoloniale Mächte, in der Rebellion gegen die autoritäre Struktur der Universität ist bereits die Revolution angelegt mit dem Ziel der Abschaffung der Herrschaft einheimischer Oligarchien und des ihnen verbündeten ausländischen Monopolkapitalismus.

Im Mai 1967 protestierten Teheraner Studenten innerhalb der Universität gegen die Erhöhung der Studiengebühren. Als daraufhin das Universitätsgelände von Polizeieinheiten besetzt wurde, demonstrierten sie am nächsten Morgen für die Autonomie der Hochschulen. Stunden später beantworteten sie die Verhaftung ihrer Sprecher mit der Forderung nach freien Wahlen. Einen ähnlichen Verlauf haben in den letzten Jahren Studentenunruhen in Äthiopien, Brasilien und Südkorea genommen.

Die Mißstände innerhalb und außerhalb der Universität sind so eklatant, die gesellschaftliche Repression ist so stark, daß es zur Politisierung und

Mobilisierung der Studenten keiner organisierten Agitation bedarf. Wenn Dissertationen und Habilitationen vor dem Druck und bevor die Fakultäten sich dazu äußern eine politische Zensur passieren müssen, wenn aus dem Lehrstoff alles ausgeklammert wird, was auch nur Elemente von politischer Brisanz birgt (darunter fallen Bereiche aus Philosophie, Literatur, Geschichte, Soziologie und Psychologie), dann weitet sich der Kampf gegen die willkürliche Beschränkung der Freiheit von Lehre und Forschung notwendigerweise aus auf die Forderung nach Presse- und Versammlungsfreiheit und dem Recht auf freie Meinungsäußerung. Solche Forderungen enthalten jedoch für Regime, deren einziger Rückhalt eine starke Polizei- und Militärmaschinerie ist, schon eine Bedrohung und eine Herausforderung ihres Herrschaftsanspruchs, Signale, auf die sie mit brutaler Gewalt und administrativen Repressalien reagieren. Die Antwort der aktiv Beteiligten ist der endgültige Bruch mit den staatlichen Institutionen.

Die Entscheidung zwischen Anpassung an das herrschende System und Widerstand fällt unter diesen Umständen sehr früh und unwiderruflich. Die Folgen für den Einzelnen sind weitreichend und absehbar. Wer sich als oppositionell zu erkennen gegeben hat und einer Strafverfolgung entgangen ist, ist damit »deklassiert«: Als Abiturient bekommt er keinen Studienplatz, sondern seine Einberufung zum Militär; wenn er Glück hat, gelangt er ins Ausland, seine Rückkehr ist problematisch. Als Student wird er nach dem Examen nicht auf einen Job hoffen dürfen, bei dessen Vergabe der Staat auch nur das leiseste Wort mitzureden hat, und das ist praktisch in allen akademischen Berufen der Fall.

Eine ähnliche Unwiderruflichkeit verbindet sich mit der Zustimmung zum System. Wer ein Stipendium bekommt, der muß auch jubeln, der muß unterschreiben und Erklärungen abgeben, der muß aussagen und denunzieren: Wer einmal gejubelt hat, der bleibt suspekt für die Geprügelten. Wo permanent Unrecht geschieht, gibt es keine Neutralität, gehört jeder entweder auf die Seite der Räuber oder auf die der Überfallenen.

Doch diese Bedrohung der künftigen bürgerlichen Existenz, die sich in den hochentwickelten Industriestaaten sicher als starkes Hindernis für das politische Engagement der Studenten auswirken würde, vermag in den Ländern der Dritten Welt die Kraft der Resistenz unter den Studenten nicht zu schwächen. Eine der wichtigsten Ursachen für die Solidarisierung der Studenten dort ist nämlich ihre ganz allgemein extrem unsichere Lage: Wer eine Oberschule mit Erfolg absolviert hat, darf sich trotzdem nur eine geringe Chance ausrechnen, nun auch einen Platz an einer Hochschule zu erlangen. Nur ein ganz kleiner Prozentsatz der examinierten Studen-

ten wird einen seiner Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz finden; Akademiker haben nicht etwa deshalb keine Chance, weil es zuviele qualifizierte Fachkräfte gäbe, sondern weil ihre Regierungen unfähig sind, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sie sinnvoll eingesetzt werden können. Anders als im Europa des 19. Jahrhunderts schreitet die Industrialisierung in der Dritten Welt nicht so dynamisch fort, daß eine ständig wachsende Zahl von Universitätsabsolventen in Forschung, Produktion und Management unterkommen könnte. Obwohl sie auf dem Land so überaus dringend benötigt würden, bleiben Ärzte und Agronomen arbeitslos, weil die für die Praktizierung ihrer Berufe erforderlichen Einrichtungen nicht vorhanden sind.

Es fehlen die Krankenhäuser, in denen Ärzte praktizieren könnten, es fehlen die Schulen, an denen Lehrer unterrichten könnten, es fehlen die Fabriken, in denen Ingenieure beschäftigt werden könnten.

Kurzfristig hat man vielerorts diesem Problem dadurch zu begegnen versucht, daß Ministerien und Ämter sinnlos erweitert wurden. In den meisten unterentwickelt gehaltenen Ländern hat durch solche Personalpolitik die Verwaltung in wenigen Jahren einen Umfang gewonnen, der in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Anforderungen mehr steht. In diesen Ämtern sitzen untätige Akademiker hinter polierten Schreibtischen, begraben alle Wünsche und Vorstellungen, die sie einst mit ihrer Berufsausübung verbanden, resignieren, werden anfällig für Korruption und geraten als Mitwisser in oft fatale Abhängigkeit von ihren Vorgesetzten. Indessen ist diese Methode nur beschränkt praktizierbar und muß vor allem für die Protegés einflußreicher Familien zur Verfügung stehen, deren Prestige auf eine Schreibtischarbeit – und zwar möglichst in Staatsdiensten – und ein hohes Gehalt angewiesen ist. Einen weiteren Teil der unbeschäftigten Akademiker fängt das Militär auf, das in den höheren Chargen ebenso überbesetzt ist wie die Verwaltung.

Im Ganzen gesehen werden auf diese Weise nur wenige zufriedengestellt; die anderen versuchen oft jahrelang vergeblich, in ihrem Fach unterzukommen, und nehmen schließlich doch mit jedem x-beliebigen Job vorlieb. Die Verbitterung, die sich mit diesen Erfahrungen einstellt, läßt sich schwerlich politisch aktualisieren: Da die Umgebung geneigt ist, berufliche Erfolglosigkeit persönlichem Versagen anzulasten, wird sie von den Betroffenen mit Fleiß verdrängt; in Mimik und Habitus stellen sie den Erfolg unübersehbar zur Schau, klammern sich mit allen Zeichen der Selbstverleugnung an die Reüssierten, Einflußreichen, sind schließlich nur noch ihre Karriere oder doch ihr Warten darauf. Ihre politische Haltung: unheilbarer Opportunismus; solange sie draußen vor der Tür sind, mur-

ren sie über »die da oben«, aber so unreflektiert und allgemein, als wärs das Schicksal selber, und werden zu Apologeten des Systems, sobald sie ihr Schäfchen im Trockenen haben. Studenten, die eine solche Entwicklung, die auch ihr eigenes, künftiges Los sein kann, aus einiger Distanz beobachten, erblicken kein großes Risiko darin, sich der Chancen einer akademischen Laufbahn durch politische Aktivität vollends zu begeben. Im Gegenteil, daß ihnen ihr Land möglicherweise nichts zu bieten haben wird außer Gnadenbrot gegen Unzufriedenheit, läßt sie die Notwendigkeit einer Veränderung der Gesellschaft am eigenen Leibe erfahren.

Neben der materiellen Unsicherheit, der sie entgegensehen, besteht für die jungen Akademiker eine noch stärkere Herausforderung in der Tatsache, daß die wenigen leitenden Stellen, die das Land zu vergeben hat, oft mit ausländischen Fachkräften besetzt werden, während gleichzeitig ebenso qualifizierte Einheimische unbeschäftigt bleiben oder untätig auf toten Posten in den Ämtern ausharren müssen.

In Ministerien und Planorganisationen, in Aufbauämtern und in den Aufsichtsräten der Banken sitzen ausländische »Berater«, die zusammen mit Entwicklungshilfe-Geldern importiert werden und bei der Verwendung von Kapital und Materialien, bei der Vergabe von Aufträgen und Lizenzen entscheidend mitzureden haben. Herabsetzung und Demütigung durch die rechtlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Privilegien ausländischer Experten und »Berater« vermitteln der jungen Intelligenz in formal unabhängigen Ländern etwas von der subjektiven Erfahrung des Kolonisierten.

Das gegenüber Studentenbewegungen in der westlichen Welt fortgeschrittene Stadium studentischer Opposition in der Dritten Welt – in der politischen Zielsetzung und Bedeutung sowie in der Zahl der Beteiligten – verweist auf verschiedene »Aggregatzustände« der jeweils herrschenden Unterdrückung. In den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten gehört ein entwickeltes politisches Bewußtsein dazu, um inmitten von Wohlstand und mehr sozialer Sicherheit, als es je für so viele Menschen gegeben hat, Ausbeutung und Unterdrückung wahrzunehmen und für den Abbau einer depersonalisierten, mit den demokratischen Institutionen verfilzten Herrschaft zu kämpfen. Die Opposition derjenigen, die nicht mehr systemimmanent argumentieren, blieb denn auch solange eine quantité négligeable, bis sich vor aller Augen die Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie ganz konkret erwies: im Algerienkrieg der Franzosen, in den Bürgerrechtskämpfen in den USA, in der Vorbereitung einer Notstandsverfassung in der BRD und am deutlichsten in dem Versuch des Völkermords, den Amerika zur Zeit in Vietnam begeht. Begehen *muß*.

Wo es ihnen gelang, Zwangsläufigkeiten aufzuzeigen, wo die Gegenseite vor Betriebsunfällen spricht oder personalistisch argumentiert, konnten die linken Studentenorganisationen eine Massenbasis an den Universitäten gewinnen.
Sinnlich erfahrene Unterdrückung, deren Botschaften die junge Generation in den spätkapitalistischen Ländern erst durch die Befreiungskriege in der Dritten Welt empfangen hat, gehört zum täglichen politischen Brot der Studenten in der Dritten Welt, in Spanien und Griechenland. Soziale Gerechtigkeit ist in diesen Ländern nicht eine Frage an die Tarifpartner, sondern an die Struktur der Gesellschaft, die Gleichstellung aller vor dem Gesetz nicht die Angelegenheit von Reformen, sondern bedeutet die Notwendigkeit der Abschaffung der herrschenden Klasse. Das Fehlen eines bürgerlichen Mittelstandes, dem die auf Evolution sinnenden Studenten in den parlamentarischen Demokratien sich lange Zeit glaubten verbünden zu können, stellt die Studenten in den unterentwickelt gehaltenen Ländern vor die Alternative, den Weg der konterrevolutionären Gewalt zu wählen oder sich mit den um ihre Menschlichkeit Betrogenen zu solidarisieren. Gleichwohl gründet diese Entscheidung weniger in der Moral des Einzelnen als in seiner Vernunft. Alle diese Regierungen, ob sie nun autokratisch und gestützt auf Waffengewalt ihre Macht ausüben oder eine formal legalisierte Klassenherrschaft repräsentieren, tragen, solange sie nicht willens und nicht fähig sind, die Kluft zwischen arm und reich zu beseitigen, und das heißt, die antagonistischen Klassengegensätze abzuschaffen, den Keim ihres Untergangs schon in sich. Aus der Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert hätten sie es lernen können: Es führt kein Weg vom Feudalismus über den Kapitalismus zur realen Demokratie. Da helfen auch keine Halbheiten, ein Mittel zwischen Kapitalismus und Sozialismus liefert keine arbeitsfähige Basis; halbe Bodenreformen und Teile der Industrie im Besitz des Staates – wie etwa in Chile, Mexico, Indien und Iran – heben Ausbeutung und Entfremdung nicht auf, befreien nicht das Bewußtsein von der ihm eingestanzten Kolonisierung. Cuba, Nordvietnam und China liefern der Avantgarde Modelle dessen, was möglich ist an Emanzipation der Massen auch bei einem rückständigen Niveau der Produktivkräfte.

III. Der gemeinsame Kampf der Avantgarde aller Länder

Steht hinter den Worten »gemeinsamer Kampf« eine Realität, eine Theorie, das Selbstverständnis einer intellektuellen Opposition, der der konkrete Eingriff in das politische Geschehen im Lande selbst verwehrt ist?

Deckt ein gemeinsames Ziel so unterschiedliche Stadien wie ein Go-in und den bewaffneten Überfall auf ein Munitionsdepot? Wenn Politiker des Status quo von der Bruderschaft aller Menschen reden, von der Family of Man, dann heißt das, diejenigen, denen die bösen Weltläufte übel mitgespielt haben, mögen ihr Elend in Geduld tragen und, statt sich zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen, in Demut und Dankbarkeit das Scherflein ihrer glücklicheren Brüder und Schwestern empfangen. Für uns bedeutet Solidarität nicht einen Akt des Mitleids, sondern der Selbsthilfe und Selbstbefreiung. Ist der Internationalismus für die Konterrevolution lediglich ein Mittel zum Zweck, hintangestellt, sobald er mit nationalstaatlichen Interessen kollidiert – für uns ist er Voraussetzung und Ziel der befreiten Gesellschaft. Unsere Solidarität geht über das hinaus, was wir uns zur Zeit an praktischer Hilfe leisten können; sie entspringt nicht der Moral, sondern der Erkenntnis, daß wir aufeinander angewiesen sind. In der Dritten Welt wissen wir, daß jeder Schritt zu wirklicher Demokratie in einem der reichen Länder einen Schritt auf dem Wege unserer Befreiung vom Imperialismus bedeutet. Wenn in Tokio oder in Kopenhagen, in Berlin oder Washington demonstriert wird, wenn streikende Arbeiter an der Ruhr die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln fordern, dann wissen wir: tua res agitur. Wenn zwei, drei, viele Vietnam entstehen, wenn der Monopolkapitalismus seine überseeischen Dependencen verliert, dann wird die Möglichkeit von Manipulation in der reichen Welt schwinden, dann werden immer mehr Menschen den Zusammenhang von politischer Unterdrückung und scheinbarem Wohlstand begreifen und endlich mündig werden.

Dennoch, angesichts der Tatsache, daß nicht einmal die organisatorische Verbindung der studentischen Linken mit anderen nicht-integrierten Bevölkerungsgruppen bisher in irgendeinem der hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten über einzelne gemeinsame Aktionen hinausgelangt ist, mutet einen die proklamierte Solidarität mit den kämpfenden Befreiungsbewegungen der armen Welt oft verfrüht an. Nicht, daß das Bekenntnis nicht echt, das heißt nicht hervorgegangen wäre aus einem Prozeß der Bewußtwerdung über das gemeinsame Ziel und den gemeinsamen Gegner – diese Erkenntnis hat ja weithin die Studenten der Metropolen erst zu einer Analyse der Herrschaftsstrukturen in ihrer eigenen Gesellschaft befähigt und hatte daher schon als Moment der Selbsterkenntnis einen Eigenwert. Unsere Solidarität kann aber nicht länger auf das Bewußtsein beschränkt bleiben, sie muß in tätige Solidarität umgesetzt werden.

In vielen Ländern der armen Welt herrscht noch ein Mangel an qualifizierten Fachkräften, aber wir brauchen dort emanzipatorische Fachkräfte,

die mit den Befreiungsbewegungen zusammenarbeiten und nicht der Konterrevolution verbündet sind, indem sie das falsche Bewußtsein verbreiten, es komme in einem System der sozialen Ungleichheit nur darauf an, daß der Einzelne seine Arbeit gut verrichte – dann werde sich schon alles zum besten kehren. Angefangen von Geldsammlungen für die Befreiungsbewegungen (auch für die Opfer dieses Kampfes in den Metropolen), an denen möglichst viele Studenten beteiligt sein sollten, bis zur Schwächung der militärischen und technischen Apparatur, die zur Niederschlagung von Sozialrevolutionen bestimmt ist, stehen der Initiative von Gruppen und Einzelnen zahlreiche Wege aktiver Solidarität offen.

IV. Bedingungen und Chancen der Befreiung

Die Taktik der studentischen Avantgarde ist, in einem bescheidenen Grade, eine modifizierte Anwendung der Guerilla-Strategie. Sie variiert, bei gleicher Ausgangssituation, an den verschiedenen Fronten entsprechend den gesellschaftlichen Verhältnissen ihrer Umwelt.
Selbst unter erschwerenden Bedingungen, wie Koalitionsverbot, Bespitzelung, staatlicher Aufsicht über Studentenverbände, Entzug finanzieller Zuwendungen, Bindung der Studienerlaubnis an eine politische Unbedenklichkeitsbescheinigung, gelingt an jeder Universität in jedem Land die Sammlung oppositioneller Studenten in mehr oder weniger öffentlichen Gruppen, deren Kader sich um die Politisierung und Aktivierung weiterer Kreise der Studentenschaft bemühen. Dabei werden am Anfang immer Fragen der Hochschulverfassung und -politik im Mittelpunkt stehen: Überfüllung der Universitäten, Studiengebühren, Prüfungsordnungen, Mitspracherecht der Studenten, Rede- und Versammlungsfreiheit. Demonstrationen erfüllen, sobald das Lager der oppositionellen Studenten groß genug ist, einen doppelten Sinn: die Beteiligten übersetzen politische Einsichten in praktische Tätigkeit und erfahren dabei die Möglichkeiten aktiver Veränderung der Gesellschaft; Demonstrationen verschaffen den Forderungen der Studenten die notwendige Öffentlichkeit und zwingen Parteien und Regierung, Stellung zu nehmen und Farbe zu bekennen. Je brutaler solche Studentenunruhen unterdrückt werden, desto stärker ist der Solidarisierungseffekt unter Studenten und sympathisierenden Gruppen in der übrigen Gesellschaft. Aufgabe ihrer Sprecher ist es, in dieser Situation zu vermeiden, daß die studentischen Forderungen zum Selbstzweck werden; sie sind vielmehr auszuweiten auf gesamtgesellschaftliche Fragestellungen.

Die Städte

Heute stehen die sich emanzipierenden Staaten der Dritten Welt in ihrem Befreiungskampf gegen den Imperialismus nicht mehr allein; denn in den großen Städten der kapitalistischen Länder, von Tokio bis West-Berlin, von San Francisco bis Madrid bildet sich eine revolutionäre Avantgarde, die den durch den Wohlfahrtsstaat ermöglichten Müßiggang dazu benutzt hat, ihre Umgebung, nämlich die kapitalistische Konsumgesellschaft, genau zu studieren, und sie ist dabei, überall herauszufinden, daß der Wohlstand dieser Gesellschaft auf Unterdrückung basiert, ihre Freiheit auf Unfreiheit, ihre glänzende Kultur auf einem schmutzigen Betrug, und daß eine Gesellschaft, die sich nur noch mit offenem und verstecktem Terror über ihre eigenen tiefen Widersprüche hinweghelfen kann, nicht mehr zu retten ist, ja, daß man ihren Sturz im Namen der unterdrückten Menschheit beschleunigen muß.

Die radikale Opposition in den Metropolen kann nicht hoffen, als Minderheit durch einen Staatsstreich die Gesellschaft verändern zu können. Ihr Fernziel kann nur sein, die Gesellschaft nach ihrer Einsicht neu zu organisieren, und dazu muß sie den alten Staat stürzen; zu dieser revolutionären Aktion braucht die Avantgarde eine Massenbasis; sie braucht sie aber auch, um die Revolutionierung der Gesellschaft durch die Revolutionierung des Individuums zuende führen zu können. Beide Prozesse bedingen sich gegenseitig: ohne Veränderung der Gesellschaft keine Veränderung des Einzelnen – ohne Revolutionierung des Einzelnen keine gesellschaftliche Revolution.

Die Lösung kann nur darin bestehen, beide Prozesse simultan in einer zunächst beschränkten Form vorwärtszutreiben, das bedeutet: Widerstand provozieren durch theoretische Aufklärung – durch Praxis, d. h. Erfahrungen beim Widerstand, Aufklärung provozieren.

Ziel der Studentenbewegung kann es nicht sein, Parteiorganisationen zu schaffen, um darin eine immer größer werdende Anzahl von Menschen zu repräsentieren; Sinn ihrer Aufklärungskampagnen ist es, den Menschen begreiflich zu machen, daß es ihrer eigenen Initiative, ihrer schöpferischen Selbsttätigkeit bedarf, damit endlich die demokratischen Institutionen entstehen, in denen sie tatsächlich ihre Interessen vertreten können.

Dabei haben die Studenten die Aufgabe und die Chance, sich besonders mit den Bevölkerungsgruppen zu solidarisieren, deren gesellschaftspolitische Situation am dringendsten solche demokratischen Initiativen erforderlich macht. Nur wenn das gelingt, kann die Studentenbewegung ihre unfreiwillige Isolation durchbrechen: der von der Neuen Linken in Amerika getragenen Resistance, die den Widerstand gegen den Vietnamkrieg

organisierte, ist dieser Schritt aus dem Universitätsbereich hinaus gelungen; gemeinsame Aktionen von Studenten und Arbeitern kennen wir aus Italien und Spanien, wo Studentengruppen den Streik der Fiat-Arbeiter politisch und organisatorisch unterstützten und wo Arbeiter in Madrid und Barcelona den demonstrierenden Studenten gegen die Polizei beistehen.

Auf keinen Fall dürfen wir uns darauf beschränken, die vor uns liegende lange Durststrecke arbeitsteilig zu durchlaufen, indem wir uns zunächst einmal der gesellschaftlichen Analyse, dem Ausbau der Theorie widmen und die direkte Aktion auf später vertagen. Aufklärung des vernebelten Bewußtseins ist selbst schon eine Verbindung von Theorie und Praxis; unser Ziel kann nicht eine Indoktrination der Massen sein, die sie wiederum zum Objekt einer manipulativen Führung machen könnte; was wir einleiten und vorantreiben müssen, ist die Entlarvung verschleierter Unterdrückung, ist die Selbsttätigkeit der Menschen beim Durchschauen gesellschaftlicher Mystifikationen.

Zu untersuchen wären Möglichkeiten, Freiheit in einer Art Enklave inmitten der kapitalistischen Gesellschaft zu antizipieren. Wir müssen uns Gegen-Institutionen schaffen und einen Anfang machen mit der freien Selbstorganisation. Wir brauchen Gegen-Universitäten, um den Prozeß der permanenten Revolutionierung des Bewußtseins in Gang zu bringen, wir brauchen Gegen-Kindergärten und Gegen-Schulen, die unsere Kinder davor bewahren, zerrissen zu werden in einer in sich selbst zerrissenen Gesellschaft, wir müssen uns zusammenschließen in Wohngemeinschaften und modellhaft eine Gegen-Gesellschaft entwickeln, in deren Grundlinien sich die freie Gesellschaft, die unser Ziel ist, bereits abzeichnet. Wir müssen eine Gegen-Öffentlichkeit herstellen, um unsere Ziele wirksam erläutern und diskutieren zu können, und dazu brauchen wir Gegen-Sender und Gegen-Zeitungen. Der neue Mensch wird nicht unversehens in der befreiten Gesellschaft auftauchen – er wird sich bilden in den neuen Formen der Kommunikation, die wir, gestützt u. a. auf eine emanzipierende Pädagogik, Psychologie und Kunst, zu entwickeln haben. Das Experiment der Kommune I in Berlin war eine solche neue Form, in der für den Bürger durch den Schock hindurch sichtbar wurde, wie vielen Zwängen, Entbehrungen, irrationalen Gesetzen sein eignes Leben unterworfen ist. Selbst das von keinerlei politischem Bewußtsein getragene Verhalten der »Gammler« weckt in den Leuten, denen ihr Anarchismus einen Schrecken einjagt, eher eine Ahnung ihrer eigenen Entfremdung, als sämtliche Schriften der Frankfurter Schule dies zu tun vermocht hätten. Erst die Wiederherstellung der Einheit von Erkennen und Handeln, das heißt die Auf-

hebung der Verinnerlichung der bestehenden sozialen Ordnung (der Klassengesellschaft) schafft subjektiv die Voraussetzungen für eine verändernde politische Praxis.

Der Schuß, der am 2. Juni 1967 vor der Deutschen Oper in Berlin fiel, hat einen Prozeß ausgelöst, der gegenwärtig seinen Höhepunkt in den Ereignissen von Ostern 1968 gefunden hat. In den Monaten zwischen dem Tod von Benno Ohnesorg und dem Attentat auf Rudi Dutschke hat die Studentenrevolte von West-Berlin aus auf die Bundesrepublik übergegriffen, sie hat sich zudem in dieser Zeit ausgedehnt vor allem auf Schüler und Lehrlinge. Ohne den Schock des zweiten Juni wäre die Argumentation der Neuen Linken aufgesogen worden vom Pluralismus der Meinungen, integriert von der Liberalität einer Presse, die sich ihrer Objektivität in einem positionslosen Sowohl-als-auch von These und Antithese zu vergewissern pflegt. Als diese Presse drauf und dran war, die Studentenunruhen zu einem festen, wenn auch extravaganten Bestandteil des politischen Alltags zu machen, begriffen die deutschen Studenten rechtzeitig, daß die Zeit der Schockwirkung, der Spontaneität vorbei war. Sie entgingen damit der Gefahr, daß sich die Dialektik von notwendiger und zusätzlicher Autorität zu einer Ideologie der Spontaneität verfestigte und ihnen jede Möglichkeit organisierten Handelns raubte.

Mit dem Attentat auf Rudi Dutschke hat die Studentenbewegung eine qualitative Veränderung erfahren. Sie hat auf den von Springer millionenfach vorbereiteten Totschlag nicht nur mit Argumenten und verbalen Protesten reagiert, sondern mit Steinwürfen gegen seine Fensterscheiben, mit umgestürzten und verbrannten Lieferwagen, mit blockierten Zufahrtswegen. Sie ist damit in die Diskussion über Gewalt und Gegengewalt eingetreten und hat sich bisher darauf geeinigt, daß Gegengewalt (wo sie nicht Notwehr ist) auf rational begründete Gewalt gegen Sachen beschränkt bleiben muß. Daß man seit Ostern 1968 nicht mehr von »Studentenunruhen« sprechen kann, ist eine weitere neue Qualität. Mit den Aktionen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke hat die Studentenbewegung angefangen, sich als solche abzuschaffen, zur Außerparlamentarischen Opposition junger Arbeiter, Angestellter, Beamter, Schüler und Studenten zu werden. Ihre große und einzige Chance liegt darin, daß es den Studenten gelingt, bei den abhängigen Massen eben den Lernprozeß, den sie in der Enklave Universität durchlaufen haben, als gesamtgesellschaftlichen Lernprozeß in Gang zu setzen. Gelingt das nicht, dann läuft die Außerparlamentarische Opposition Gefahr, auf sozialdemokratische Forderungen nach Reformen und Verbesserungen der progressiven Tendenzen des bestehenden Systems herabzusinken.

Die Dörfer

Ist die Strategie der Außerparlamentarischen Opposition in den Metropolen auf die Städte konzentriert, weil sie als Zentren von Produktion und Verteilung bei Krisen und Störungen die »schwächsten Glieder« des Systems sein werden, so richtet sich die Arbeit der revolutionären Avantgarde in den wenig industrialisierten Ländern der Dritten Welt auf die Masse der Bauern in den Dörfern, die – Ärmste der Armen in den armen Ländern – rechtlos, besitzlos und ohne Bewußtsein von ihrer potentiellen Macht sind.

In der Zweiten Deklaration von Havanna heißt es: »In unseren Ländern treffen die Bedingungen einer unterentwickelten Industrie mit einem Agrarregime feudalen Charakters zusammen. So kommt es, daß – so hart auch die Lebensbedingungen der städtischen Arbeiter sind – die Landbevölkerung noch immer unter den furchtbarsten Bedingungen der Unterdrückung und Ausbeutung lebt; sie bildet aber auch – von Ausnahmen abgesehen – die absolute Mehrheit der lateinamerikanischen Bevölkerungen in einem Verhältnis, das zuweilen 70% übersteigt.

Abgesehen von den Großgrundbesitzern, die vielfach in den Städten ihren Wohnsitz haben, fristet der Rest dieser großen Massen sein Leben durch miserabel bezahlte Taglöhnerarbeit auf den Latifundien oder durch eigene Landbestellung unter Ausbeutungsbedingungen, die dem Mittelalter in nichts nachstehen. Diese Umstände sind der Grund dafür, daß in Lateinamerika die arme Landbevölkerung eine gewaltige potentielle revolutionäre Kraft darstellt.« (In: Ernesto Che Guevara, *Partisanenkrieg – eine Methode,* München 1968, S. 3)

Indem die Städte zu Zentren der staatlichen Gewaltmaschinerie wurden, verlagerte sich der Schwerpunkt politisch-revolutionärer Tätigkeit auf die Dörfer. In allen Entwicklungsländern ist der größte Teil des Staats- und Militärapparats in den Städten konzentriert – Geheimdienst und Polizei kontrollieren sämtliche Ämter, Fabriken und öffentlichen Einrichtungen –, während die Zentralgewalt auf dem Land nur schwach vertreten ist.

Dennoch gehen die Vorbereitungen zur revolutionären Machtergreifung in den Städten durch den politisch bewußteren Teil der Bevölkerung, nämlich den städtischen, vor sich. Was in der spätbürgerlichen Gesellschaft Massenmedien, Massenorganisationen (Parteien, Kirchen, Verbände) zur Verschleierung von Herrschaftsverhältnissen, zur systematischen Verdummung und Entpolitisierung der Massen beitragen, indem sie die Ideologie vom privaten Individuum und seiner Repräsentation in der parlamentarischen Demokratie befördern, das leisten in den unterentwickelt gehaltenen Ländern auf der einen Seite Tradition, Aberglauben und reaktionäre Re-

ligionen und von einer anderen Seite her Scheinreformen, die da, wo der Gesellschaftsprozeß seit Jahrhunderten stagniert, als großartiger Fortschritt ausgegeben werden können. Die offiziellen kommunistischen Parteien kommen für die Aufklärung und Revolutionierung der Arbeiter und Bauern sowohl in Europa als auch in der Dritten Welt nicht mehr in Betracht, seit sie mit Moskau, sei es aus Opportunismus, sei es aus taktischen Gründen, auf revisionistischen Kurs gegangen sind.

Es stellen sich also zunächst zwei Probleme: Wer revolutioniert die künftigen Revolutionäre, wer stellt die Verbindung zwischen Stadt- und Landproletariat her? Im Bereich dieser Aufgaben scheinen mir die hauptsächlichen Funktionen der studentischen Avantgarde in der Dritten Welt zu liegen. Dabei kommt ihnen der Umstand zu Hilfe, daß Tausende von Saisonarbeitern einen Teil des Jahres unbeschäftigt in der Stadt verbringen, dort von den Studenten politisiert werden können und dann als Verbindungsleute aufs Land zurückkehren. Genauso ansprechbar sind Landarbeiter, die bei der Teilmechanisierung der Landwirtschaft ihre Arbeitsplätze verloren und in der Stadt keine neuen gefunden haben. Denn anders als seinerzeit in Europa vermag die nur zögernd vonstatten gehende Industrialisierung bei weitem nicht alle Beschäftigungslosen aufzufangen. Trotzdem hält die Landflucht weiter an, die Menschen tauchen unter in den überfüllten Vororten und Slums der großen Städte, die in ihrer Undurchdringlichkeit einen idealen Ort für die Keimzelle eines Guerillafocus bilden.

Noch in der ersten Phase der militanten Auseinandersetzung mit der Konterrevolution haben die Studenten eine besondere Funktion: Einzelaktionen auszuführen, die die Kräfte des Systems binden. Dann aber, sobald sich die Kämpfe einzelner Partisanengruppen zum allgemeinen Volkskrieg ausweiten, lösen sich die Studenten aus ihrer bisherigen Umgebung und werden von der Massenbewegung integriert.

Wir müssen uns allerdings darüber im klaren sein, daß ein ganz erheblicher Teil der Studenten und Akademiker, die zunächst auf Grund ihres moralischen und gesellschaftspolitischen Bewußtseins in der studentischen Opposition mitgearbeitet haben, abspringen, sobald es zu militärischen Auseinandersetzungen kommt, und es auch nach der Revolution vorziehen, unter den alten Verhältnissen einer Klassengesellschaft weiterzuleben. Das ist zu erklären aus einer Verinnerlichung der Repressionsmechanismen der alten Gesellschaft, die gerade das als Zwang erscheinen läßt, was den Menschen in Wirklichkeit befreit aus dem Sündenfall der Arbeitsteilung und der Vereinzelung, was ihm seine Totalität zurückgewinnt: die Aufhebung der Trennung zwischen privater und öffentlicher Existenz, die

absolute Bindung des Einzelnen an die Gesellschaft, der Anspruch, gleichzeitig Denker und Bauer, Lehrer und Künstler, Kämpfer und Arzt zu sein.
Die Theorien des Guerillakampfes von Fidel Castro, Ché Guevara und Régis Debray gehen von einer dezentralisierten Kampfführung aus, für die ein abgestufter Parteiapparat sich als zu schwerfällig erweisen könnte. Die Führung im Partisanenkampf liegt bei politisch und militärisch gut geschulten Kadern, die sich über das ganze Land zerstreuen und an geeigneten Stellen Guerillatruppen bilden, deren Stärke nie so groß ist, daß sie nicht notfalls in der Bevölkerung unauffindbar untertauchen könnten. Schon aus dieser Voraussetzung folgt, daß die Befreiungsbewegung sich niemals verselbständigen kann, daß ihre militärische Stärke immer in einem direkten Verhältnis zu der im Volke vorhandenen Zustimmung zur Revolution steht. Sie bleibt abhängig von ihrer Fühlung mit dem Volk und unterliegt damit einer wirklichen Kontrolle von unten. Guerilla-Taktik bedeutet die Gleichzeitigkeit von Aufklärung und Aktivierung, von Schulung und Kampf. Sie hat die weitgehende Selbsttätigkeit der Guerilleros zur Voraussetzung, die allseitige Entfaltung der Fähigkeiten jedes Einzelnen, und verwirklicht bereits mitten im Krieg partiell die neue Gesellschaft und den neuen Menschen.
Eine Partisanengruppe kommt ohne Hierarchie aus; nicht militärische Ränge, sondern Vertrauen und gegenseitige Hilfsbereitschaft bestimmen das Verhältnis ihrer Mitglieder untereinander. Ihre Disziplin entspringt nicht einer vorgegebenen Autorität; Autorität ergibt sich jeweils aus der Situation und der Entscheidung, wie sie zu bewältigen sei. Eine solche Regelung der menschlichen Beziehungen nimmt bereits das Ziel der Revolution vorweg – eine auf die Maximen der Vernunft gegründete, egalitäre Gesellschaftsordnung. Die führend am Partisanenkampf Beteiligten erfahren dabei eine Einübung in Demokratie, die die Revolution nach dem militärischen Sieg vor einer Entfremdung zwischen Staatsmacht und Volk bewahrt. Dies Moment von radikaler Demokratie in der Guerilla-Strategie ist eine Ursache dafür, daß die chinesische, die vietnamesische und die cubanische Revolution vor dem Zerfall in Stalinismus und Bürokratismus bewahrt blieben.
Studenten, der Ideologie einer falschen Gesellschaft gemäß auf die Suche nach Wahrheit geschickt, entdecken heute auf allen Kontinenten, daß »die Wahrheit revolutionär ist« (Gramsci), daß das Studium wieder einen gesellschaftlichen Sinn hat, wenn nur erst erkannt ist, daß die Wahrheit zu studieren nichts anderes mehr bedeuten kann, als die Revolution zu studieren.

Bernhard Schütze
Widerstand an Spaniens Universitäten

»Wissen Sie, ich habe dagesessen und geheult. Den Schlag, den mir einer der ›Grauen‹ mit dem Stock auf den Hinterkopf versetzte, den habe ich erst am nächsten Tag gespürt. Ich habe geheult aus Verzweiflung, glaube ich. Können Sie verstehen, wie man sich fühlt, wenn die Polizisten aus ihren Autos springen? Man weiß genau: sie wollen dich schnappen um dich zusammenzuschlagen, um dich auszuquetschen und wieder zu mißhandeln. Die ersten Male läuft man einfach weg, irgendwohin. Und am nächsten Tag wird erzählt, wen sie mitgenommen haben, wer im Krankenhaus liegt, oder zu Hause, weil er sich nicht traut, einen Arzt aufzusuchen. Irgendwann bleibt man dann stehen, wenn die Polizei kommt – man wird trotzig. So ist es mir gegangen. Ich glaube, auch andere haben das durchgemacht . . .

Plötzlich waren es mehr als hundert, und immer noch kamen neue Wagen an. Wasserwerfer, Pferde, Hunde. An einer Stelle haben sich Studenten mit Latten gegen die bissigen Polizeihunde zur Wehr gesetzt. Wie ich hörte, sollen die ›Grauen‹ – ich habe es nicht gesehen – auch mit Peitschen um sich geschlagen haben. Ich war bei einer Gruppe von etwa 60 Studenten. Wir zogen uns in eine Ecke des Campus zurück. Freunde von mir hoben Betonplatten aus der Erde und schichteten sie auf. In breiter Reihe kamen die Polizisten mit Stahlhelmen auf uns zu. Einer von uns schrie: ›Nieder mit den dreckigen Faschisten!‹ Die meisten von uns suchten Steine. Man mußte einfach etwas in der Hand haben. Auch ich habe geworfen, so oft ich nur Steine finden konnte. Und ich habe bestimmt getroffen.

Es dauerte nur Sekunden, dann waren sie da. Ich hatte noch einen Erdklumpen in der Hand und schlug damit zu. Immer wieder sausten die Polizeiknüppel durch die Luft. Ich bekam einen Tritt und fiel hin. Als ich mich wieder aufrichten wollte, schlug mir einer der Polizisten seinen Knüppel über den Kopf. Es war eine brutale, rücksichtslose Prügelei. Neben mir lag eine Studentin. Immer wieder traten ihr Stiefel in den Unterleib. Sie kam nicht einmal zum Schreien. Zum ersten Mal habe ich mir gewünscht, ein Gewehr zu haben . . .«

(Jurastudent über einen Polizei-Einsatz auf Madrider Universitätsgelände)

». . . das Jahr der größten politischen Entwicklung unseres Regimes«
(Franco 1967)

Immer häufiger greifen spanische Studenten nach Steinen, wenn in breiter Front die grauuniformierte Policia Armada – auch »gristapo« genannt – aufmarschiert, um Versammlungen zu sprengen oder Demonstrationen mit brutaler Gewalt aufzulösen. Mehrjährige praktische Erfahrung im Umgang mit der Polizei hat die defensive Haltung der Studentenschaft aggressiver werden lassen. Die große Mehrheit der politisierten und der apolitischen Studenten ist unter den herrschenden Bedingungen für die Gegengewalt. Und so sehr das Studium durch Kurzaufenthalte im Gefängnis, 72stündige Verhöre und Strafen gefährdet oder gar beendet werden kann, so wenig vermögen die Repressionen noch abzuschrecken. Jeder aktive Student (das sind etwa 20 bis 25 Prozent aller Studierenden) muß pro Jahr einige »Exerzitien« im Polizei-»Gewahrsam« einplanen.
Bezeichnend für die rapide Verschärfung des Konflikts, den sowohl die Studentenbewegung als auch die Staatsmacht in beinahe pausenlosem Einsatz führen, sind die Ereignisse des Jahres 1967:

13. Januar: In Barcelona rufen Studenten-Vertreter den »Jahrestag des Protestes gegen politische Unterdrückung« aus. Nach einem »teach-in« über Fragen der Universitätsstruktur stürmen fast 1000 Studenten das Gebäude der offiziellen und einzigen legalen Studenten-Gewerkschaft APE[1], die wegen ihrer korrupten Politik keine Basis mehr in der Universität hat. Das Mobiliar der Büroräume wird zertrümmert und auf die Straße geworfen.
27. Januar: Fast alle illegalen Studentenorganisationen, darunter die FUDE[2] und das SDE[3], veranstalten in ganz Spanien einen »Demonstrationstag«. Die Proteste richten sich unter anderem gegen die Relegierung der Professoren Galvan, Aranguren und Sacristan, die sich den Forderungen der Studenten nach freien Gewerkschaften und Amnestie angeschlossen hatten.
Am Morgen werden auf Anweisung des Rektors der Madrider Universität 700 Studenten, die die Zulassung einer demokratischen Studentenvertretung fordern, durch die Polizei vom Campus geprügelt. Wer nicht verhaftet wird, flieht in die Politisch-Ökonomische Fakultät. Nach sechsstündiger Belagerung wird auch dieses Gebäude »von subversiven Elementen gereinigt«.
Am Abend strömen ca. 100 000 Arbeiter aus den Industriebezirken zu Fuß in die Hauptstadt und vereinen sich dort auf sieben Sammelplätzen

mit Studenten. Sie fordern höhere Löhne, freie Gewerkschaften und Abschaffung der Franco-Diktatur. Wieder schreitet die Polizei ein und verhaftet 200 Demonstranten. Wenige Tage vorher waren bereits 13 Arbeiter zu Gefängnisstrafen zwischen 6 und 30 Monaten verurteilt worden.

28. Januar: In der Philosophischen Fakultät Salamanca diskutieren die Studenten die Ereignisse des Vortages. Die Polizei belagert den Trakt zehn Stunden lang. Vor der Mensa in der Universitätsstadt Madrid – man demonstriert gegen die Brutalität der Polizei – spielen sich blutige Szenen ab. Starke Einheiten der Policía Armada treffen ein. Eine Augenzeugin: »Viele rannten in panischer Angst in Richtung Mensa. Dann sah ich, wie ein Schwarm von Polizisten im Laufschritt auf die Mensa zukam. Die Türen standen offen, trotzdem zerbrachen sie die Scheiben. Sie schlugen mit Stöcken um sich, bis Blut floß . . ., ergriffen Stühle und schlugen damit zu.« Vier Stunden danach werden 80 verletzte Studenten ins Krankenhaus überführt. 30 von 50 verhafteten Studenten werden von der Universität gewiesen, die anderen erwartet der Prozeß vor dem Militärgericht. In ganz Spanien werden am 27. und 28. Januar 500 Personen verhaftet.

29. Januar: Die Verhaftungswelle wird weiter intensiviert. Die Sicherheitspolizei sucht angebliche Rädelsführer in ihren Wohnungen auf.

30. Januar: Gegen zwei Uhr in der Nacht dringen Beamte der Brigada Social in die Wohnung des 23jährigen Studenten Rafael Aguijarro Moreno ein, um »umstürzlerisches Material« zu suchen. Moreno antwortet auf Fragen ironisch und geht schließlich in die Küche, um ein Glas Wasser zu trinken. Ein Polizeibeamter begleitet ihn. Die Mutter, die den beiden in die Küche folgt, schreit auf: »Nein!« Das Fenster steht offen, Moreno ist verschwunden; er fällt sechs Stockwerke tief und ist sofort tot. Es heißt, er habe sich dem Zugriff der Beamten durch einen Sprung aus dem Fenster entzogen. Die Polizisten beschlagnahmen als Indiz für »geheimbündlerische Umtriebe« einen Band *Das Kapital* (Werke von Marx werden seit einem erfolgreichen Musterprozeß im größten Madrider Kaufhaus als Studienausgabe feilgeboten).

In Valencia sprengt bewaffnete Polizei die Gründungsversammlung der »Demokratischen Studenten-Gewerkschaft« und nimmt Delegierte aus ganz Spanien fest. In den folgenden Tagen wird bekannt, daß einige Delegierte vor Sondergerichte gestellt werden sollen. Darauf legen 60 000 Industrie-Arbeiter und 2300 Eisenbahner aus Solidarität die Arbeit nieder.

31. Januar: Die Universität Madrid wird für drei Tage geschlossen. Die völlige Stillegung der Politisch-Ökonomischen Fakultät, die immer wieder Herd von Unruhen ist, wird in Erwägung gezogen. Polizisten halten das

Universitätsgelände besetzt. Wieder kommt es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Studenten, die sich zu Informationsveranstaltungen treffen. Der Rektor verbietet daraufhin den Studenten den Zutritt zur Universitätsstadt. Solidaritätsstreiks in verschiedenen Hochschulen.
2. Februar: Der Rektor der Universität Barcelona versucht den Vorlesungsstreik, der in fast allen Fakultäten zu 100 Prozent befolgt wird, durch die Annullierung sämtlicher Immatrikulationen zu brechen (die Studenten müssen bei Neueinschreibung nochmals Gebühren bezahlen). Mit Genehmigung des Rektors der Universität Valencia besetzt die Polizei die Philosophische Fakultät und verhaftet eine Reihe von Studenten. In Madrid verlangen Rektor und Dekane von der Regierung Maßnahmen, die ein »ungestörtes Funktionieren der Lehrtätigkeit garantieren«.
Der Verband der Auslandspresse protestiert beim Informationsminister Fraga Iribarne gegen die Mißhandlung und Verhaftung von drei Korrespondenten durch die Polizei. Die Journalisten waren als Beobachter beim Einsatz der Polizei gegen Studenten anwesend.
3. Februar: Die Studentenunruhen haben sich auf fast alle Hochschulen Spaniens ausgedehnt. Auch in Sevilla, Bilbao, Zaragosa, Valladolid, Oviedo und Santiago de Compostela finden Demonstrationen und illegale Versammlungen statt. Die Proteste richten sich gegen das rücksichtslose Vorgehen der Polizei, gegen Versammlungsverbot und Zwangsgewerkschaft.
6. Februar: In Valencia rufen einige Professoren zum Studenten-Generalstreik auf. Viele Hochschulen befinden sich zu diesem Zeitpunkt bereits im Streik.
7. Februar: Studenten-Vertreter von 33 Fakultäten und Fachhochschulen verurteilen das Vorgehen der Madrider Polizei, vor allem das gewaltsame Eindringen in die autonomen Gebäude der Universität. Außerdem wird die Freilassung der noch in Haft befindlichen Kommilitonen verlangt. In Madrid wird die repräsentative Wahl von Studenten-Vertretern gefordert. In Barcelona werden 30 Professoren und Dozenten aus politischen Gründen relegiert (im Frühjahr zuvor waren es 68 Angehörige des Lehrkörpers derselben Universität). Der Vorsitzende der Elternvereinigung protestiert gegen die pauschale Zwangsexmatrikulation der über 20 000 Studenten. In zahlreichen Betrieben des Landes streiken Arbeiter, weil die Polizei ihre Vertrauensleute verhaftet und ihrer Posten in der offiziellen Gewerkschaft enthoben hat.
8. Februar: Der Rektor der Madrider Universität kündigt an, daß der Lehrbetrieb »unter strenger Kontrolle« wieder aufgenommen werden könne.

13. und 14. Februar: In Barcelona kommt es erneut zu heftigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei. Arbeiter und Studenten gehen gemeinsam auf die Straße, um ihre Forderungen in der Öffentlichkeit anzumelden. 30 Personen werden verhaftet. Auch in Bilbao, Madrid und Valencia werden Verhaftungen in großem Umfang vorgenommen.
18. Februar: Das spanische Fernsehen berichtet, von amerikanischer Seite sei zugegeben worden, daß spanische und portugiesische radikale Studentengruppen von Universitätsorganisationen aus den USA Geld erhalten hätten.
23. Februar: Acht Studenten und vier Studentinnen der Madrider Politisch-Ökonomischen Fakultät werden nach tagelangen Verhören und Folterungen den Gerichten übergeben.
März: Die erste Versammlung zur Koordinierung der illegalen Studenten-Gruppen findet in Valencia statt. Vertreter aller Universitäten legen die Basis für den zukünftigen »Kongreß demokratischer Studenten Spaniens«. Ihre Grundforderung: Autonomie und demokratische Reform der Universität. Zwei Delegierte, die sich beim Eintreffen der Polizei unter dem Podium verstecken und fliehen können, berichten von der Verhaftung ihrer Kommilitonen, die 72 Stunden verhört werden. Die Versammlung hat die Mehrheit der spanischen Studentenschaft hinter sich. Das Vorgehen der Polizei löst an allen Universitäten Vorlesungsstreiks aus.
12. April: Als sich in Madrid mehrere hundert Studenten aus Protest gegen die gerichtliche Verfolgung ihrer Kommilitonen zum Marsch auf den Justizpalast sammeln, riegeln starke Polizeikräfte den Weg ab.
In den ersten vier Monaten des Jahres 1967 verurteilen spanische Sonder- und Militärgerichte etwa 70 Personen wegen illegaler Propaganda und Mitgliedschaft in verbotenen Vereinigungen zu Gefängnisstrafen bis zu zwölf Jahren.
1. Mai: Illegale Arbeiter-Demonstrationen, an denen auch eine große Zahl von Studenten teilnimmt, finden im ganzen Land statt. Die Arbeiter fordern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Gemeinsam mit den jungen Intellektuellen verlangen sie in Sprechchören freie Gewerkschaften. Junge Priester gehen an der Spitze der Umzüge oder predigen auf der Kanzel (nicht wie befohlen für die Jungfrau Maria, sondern) gegen das Franco-Regime und den Klerus. Der Masseneinsatz der »gristapo« – auch von Schußwaffen wird Gebrauch gemacht – hat zahlreiche Verletzte zur Folge. Etwa 500 Demonstranten werden verhaftet.
30. Mai: Ein Madrider »Sondertribunal für öffentliche Ordnung« klagt elf Studenten der Universität Barcelona an, die sich im Vorjahr als Delegierte einer freien Studenten-Vertretung aufstellen ließen. Zum ersten

Mal stehen auch zwölf fortschrittliche Priester vor Gericht, die zusammen mit Studenten und Arbeitern gegen das Regime demonstriert oder Verfolgte versteckt hatten.
In Madrid wird eine Sektion des in Barcelona bereits existierenden Studentensyndikats SDE gegründet. Einige Delegierte werden verhaftet. Die Studenten protestieren dagegen. Es kommt zu Straßenschlachten mit der Polizei. Die Universität wird daraufhin für eine Woche geschlossen. Als der Lehrbetrieb wieder aufgenommen wird, befinden sich auf dem gesamten Universitätsgelände Polizei-Posten, die Pässe kontrollieren. Jede Ansammlung bleibt verboten und wird sofort mit Gewalt aufgelöst. Gleichzeitig finden in Barcelona Verhandlungen gegen Mitglieder des SDE statt. Die Studentenproteste dehnen sich erneut auf das ganze Land aus.
Juni: Bis zum Semesterende reißen die Unruhen nicht mehr ab. Die illegalen demokratischen Studentenorganisationen haben die Masse der Studierenden in der permanenten Auseinandersetzung auf ihre Seite gezogen. Die offizielle Studenten-Gewerkschaft APE hat – wie vorher bereits das SEU[4] – jegliche Basis in den Hochschulen verloren. Der nationale Ausschuß der APE wird aufgelöst, weil alle Funktionäre en bloc ausgetreten sind.

Oktober: Zu Semesterbeginn schlagen in Barcelona Studenten, denen Räume der Universität verwehrt wurden, die Tür des *auditorium maximum* ein und beginnen eine Diskussion über das Thema »Imperialismus und Vietnamkrieg«. Die Polizei stellt an den Universitäten noch umfangreichere Aktivitäten als im Frühjahr fest. Da für den 27. Oktober großangelegte Streiks und Demonstrationen von Arbeitern und Studenten angekündigt sind, gibt das Ministeria de la Governación[5] an alle Abteilungen der Guardia Civil und der Seguridad (Sicherheitspolizei) strikte Anweisung: »Alle Versuche von Demonstrationen oder Versammlungen, die nicht erlaubt sind, müssen mit äußerstem Einsatz verhindert oder niedergeschlagen werden. Teilnehmer sind zu verhaften und zu bestrafen.«
23. Oktober: In der Philosophischen Fakultät Madrid findet unter Transparenten sowie Mao- und Che-Plakaten eine große Vietnam-Diskussion statt. Die Studenten interpretieren den Vietnam-Krieg als ein Faktum des amerikanischen Imperialismus. Nach der Versammlung strömen Teilnehmer mit »Ho-Ho-Ho-Chi-Minh«-Rufen auf die Straße und fordern die Auflösung der amerikanischen Militärbasen in Spanien. Gegen die anrückenden Polizisten setzen sich die Studenten eine Stunde lang mit Steinen zur Wehr.
24. Oktober: Eine weitere Versammlung wird in der Politisch-Ökonomi-

schen Fakultät abgehalten. Die Diskussionsbeiträge umfassen den Vietnam-Krieg, die Situation der spanischen Arbeiter und die Methoden der Polizei.

25. Oktober: Der Delegierte der Naturwissenschaftlichen Fakultät Madrid, Francisco Bernis, wird verhaftet. Auf einem spontan einberufenen »teach-in« wird der generelle Vorlesungsstreik beschlossen. Um 12 Uhr marschieren 2 000 Studenten in die Stadt. Auf der Plaza Cardinal Cisneros versucht die Polizei, die Studenten mit Knüppeln auseinanderzutreiben. Trotz des heftigen Einsatzes – mehrere Studenten werden verletzt – bricht für über zwei Stunden der Verkehr zusammen. Zur gleichen Zeit findet in der Politisch-Ökonomischen Fakultät eine Diskussion über die Ereignisse an der Universität statt. Der Rektor, der bisher mehrmals die Polizei auf das Universitätsgelände gerufen hat, will zur Lage sprechen, wird jedoch gehindert. Die Wochenzeitschrift *Destino* berichtet: »Die Pro-China-Fraktion schneidet die Mikrophonkabel durch.«

26. Oktober: Die Protestbewegung der Studenten, noch vor Jahresfrist auf einige hundert Teilnehmer beschränkt, breitet sich zusehends aus. Man schätzt die Zahl der auf der Seite der illegalen Gruppen Stehenden in Madrid auf etwa 20 000 Studenten. Ein großer Demonstrationszug bewegt sich von der Universität in Richtung Erziehungsministerium. Motorisierte und bewaffnete Polizei-Einheiten blockieren den Weg. Die Auseinandersetzung endet in einer mehrstündigen Straßenschlacht. Die Demonstranten leisten zum Teil aktiven Widerstand.

27. Oktober: 227 spanische Intellektuelle haben sich in einem scharf abgefaßten Manifest mit den Forderungen der Arbeiter und mit den für diesen Tag geplanten Protestmärschen solidarisiert. Arbeiter-Räte haben sich im ganzen Land mit der Bitte an die Studenten gewandt, ihren Kampf um soziale Gleichheit zu unterstützen. Schon am Morgen kommt es in der Universität Madrid zu Tumulten, als der Dekan der Politisch-Ökonomischen Fakultät Pedelle anweist, Wandzeitungen und Parolen zu entfernen. Eine Stunde später werden auf einer Versammlung Mitteilungen über den Arbeiterstreik und die Demonstrationen, die um 19.30 Uhr beginnen sollen, verlesen. Man diskutiert die Forderungen der Arbeiter und deren Zusammenhang mit den Forderungen der Studenten.

Gegen 13 Uhr marschiert die Polizei auf dem Universitätsgelände auf. Es kommt zu den ersten Übergriffen. Daraufhin verschanzen sich die Studenten in der Juristischen Fakultät und bombardieren die heranrückenden Polizisten mit Steinen. Wasserwerfer und Kavallerie werden vorgeschickt. Auf vereinzelte Studenten werden scharfe Hunde gehetzt. Der Rektor Isidoro Martin zu Studenten: »Ich kann nichts mehr für Sie tun!« Unter

dichtem Steinhagel muß sich die Polizei vorerst zurückziehen. Der Rektor: »Die Polizei will in die Universitätsgebäude hinein. Machen Sie nun, was Sie wollen. Ich habe es satt, immer zu vermitteln. Wenn Sie wollen, dann gebe ich meinen Posten auf.« Nach kurzer Zeit dringt die Polizei in die Gebäude ein. Unter heftigem Widerstand wird eine Anzahl von Studenten verhaftet. Bis zum Nachmittag sind etwa 20 Personen schwer verletzt; darunter sieben Polizisten und ein Kind.

Um 19.30 Uhr stoßen etwa 10 000 Studenten zu den demonstrierenden Arbeitern auf den Sammelplätzen Calle Preciados, Calle St. Bernardo, Plaza del Callao und Calle Carmen. In verschiedenen Betrieben ist der Aufruf der Comisiones Obreras[6] zum Bummelstreik den ganzen Tag über befolgt worden. Wegen der Protestmärsche am Abend des 27. Oktobers waren schon Tage vorher allein in Madrid 400 Arbeiter festgenommen worden. In den meisten Industriestädten Spaniens können aber die vorbeugenden Verhaftungen die Protestwelle nicht vermindern. Ampelsysteme werden außer Betrieb gesetzt, der Verkehr wird blockiert, und immer wieder fordern Sprechchöre: »Libertad – Libertad – Libertad!« In einigen Städten kommt es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Im Baskenland und in Katalonien fallen Schüsse. Augenzeugen berichten, daß in der Industriestadt Tarassa bei Barcelona ein Demonstrant durch Kugeln der Polizei lebensgefährlich verletzt oder getötet worden sei. »Er sackte schwer getroffen zusammen und regte sich nicht mehr.« In den Zeitungen wird über den Vorfall nichts berichtet. Auch daß berittene Beamte in Madrid peitschenschwingend die Spitze eines Demonstrationszuges niederritten, erfährt die Öffentlichkeit nicht.

28. Oktober: Um elf Uhr findet in der Universität Madrid eine Informations-Veranstaltung statt, auf der die Ereignisse der Vortage besprochen werden. Danach legen Studenten in der Nähe der Universitätsstadt den Verkehr lahm. Sie verbrennen auf Kreuzungen Zeitungen und Journale, die über die Unruhen besonders tendenziös oder verzerrend berichtet haben. Als die Polizei eintrifft und Warnschüsse abgibt, fliehen die Studenten und errichten vor der Naturwissenschaftlichen Fakultät Barrikaden, die die »gristapo« mit Pferden nur langsam überwindet.

30. Oktober: Eine große Zahl der aktiven Studenten ist in den letzten Tagen verhaftet worden. In allen Universitäten zusammen sollen es fast 1000 sein. Verschiedentlich beantragen Polizei-Dienststellen die Erweiterung ihrer Büros und Mannschaftsräume.

Es scheint, daß nach den harten Auseinandersetzungen der zweiten Oktoberhälfte die Studenten eine Verschnaufpause einlegen, um nicht die Kontrolle über den »Aufstand« zu verlieren. Im November gibt es kaum

Aktionen, dafür viele Informationsversammlungen und interne Diskussionen in den einzelnen politischen und gewerkschaftlichen Gruppen. Zwischen den Hochschulen werden Delegierte ausgetauscht, die ihre Erfahrungen mitteilen. Die Aktivitäten sind auf die Festigung der Studentenbewegung ausgerichtet. Das »Sindicato Democratico de Estudiantes« hat bei den im Herbst abgehaltenen Wahlen fast überall die Mehrheit erhalten. Die offizielle, manipulierte Gewerkschaft APE dagegen erlitt ihre bisher größte Niederlage. Daraufhin werden 100 Delegierte der verbotenen Organisationen festgenommen, in Zaragosa werden die Wahlen generell für ungültig erklärt und in Madrid läßt der Rektor das Büro der Studenten schließen.

Die Auswertung der Oktober-Ereignisse bringt eine wachsende Politisierung in den Hochschulen mit sich. Die Studenten beginnen, ihre gewerkschaftlichen Forderungen als für sie naheliegendes Detail in größerem, politischen Zusammenhang zu verstehen. Bei Diskussionen werden mehr als bisher gesellschaftspolitische Kriterien verarbeitet. Es wird klar, daß die gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter und Studenten nicht erfüllt werden können, solange die bestehenden Verhältnisse nicht geändert sind.

Während der »Aufstand der Studenten« sich heimlich bis in die Provinz herumspricht, versuchen einzelne Studentengruppen, mit Intellektuellen und Arbeitern engeren Kontakt zu bekommen. Die Politisierung der Hochschulen und die Beanspruchung eines politischen Mandats verändert das Selbstverständnis der Studentenbewegung. An die Stelle der Forderungen nach freien Gewerkschaften sind Losungen getreten, die das gesamte politische System einschließen. So hörte man beispielsweise immer häufiger Sprechchöre wie »Nieder mit Franco!« – »Faschismus Nein! – Sozialismus Ja!« oder »Faschisten nach Burgos! – Demokraten nach Madrid!«[7]

Es vergehen kaum 30 Tage der Beratungen und der Reflexion; Anfang Dezember führen direkte Aktionen erneut zur gewaltsamen Auseinandersetzung mit dem Regime.

4. Dezember: Zum 75. Geburtstag des Caudillo von Gottes Gnaden Francisco Paulino Hermenegildo Teódulo Franco y Bahamonde Salgado Pardo errichten Studenten in Madrid eine symbolische Barrikade und schwenken ein Spruchband mit der Aufschrift: »Wir gratulieren dem Mörder Franco zum Geburtstag!«

Es wird bekannt, daß verschiedene Delegierte der demokratischen Studentengewerkschaft SDE, darunter auch die 20jährige Nichte Lorcas, Isabel García Lorca, verhaftet sind. Kurz nachdem sich die Nachricht ver-

breitet hat, wird die Universität Madrid fast vollständig bestreikt. Professoren stehen vor leeren Hörsälen, während draußen die Polizei aufzieht – es kommt zu Prügelszenen. Ein Professor, der schmunzelnd von seinem Büro aus die Polizisten und Studenten beobachtet, findet kurz darauf seine Fenster in Scherben.
5. Dezember: 4000 Studenten demonstrieren in Madrid gegen die Festnahme von 60 Delegierten des SDE. Der Protestmarsch zum Rektorat ist auffallend diszipliniert. Dennoch rasen Mannschaftswagen der Polizei über den Bürgersteig in die Menge. Ein Wasserwerfer versprüht grüne Flüssigkeit (zur Kennzeichnung der »subversiven Elemente«), und Polizisten prügeln mit Schlagstöcken die Demonstranten auseinander.
6. Dezember: Schon am Vormittag liefern sich die Studenten und Polizei-Einheiten in der Universitätsstadt Madrid Straßenschlachten. Ein Journalist beschreibt, wie er das Gelände am Nachmittag vorfindet: »Um 15.30 Uhr kommen über 100 Jeeps der Polizei in die Universitätsstadt. 6 Transporter mit Truppen, vier Wasserwerfer und drei Reiterstaffeln treffen ebenfalls ein. Viele Fenster sind noch vom Krawall am Vormittag zerbrochen. Wieder reißen die Studenten über 100 Betonplatten, von denen eine zwei Zentner wiegt, aus dem Boden und stapeln sie zu Barrikaden auf. In einer Ecke haben sich etwa 300 Studenten verschanzt. Über 1000 Studenten halten sich vorerst abseits, als ein Hagel von Steinen den Polizisten entgegenfliegt. Die ersten Steine erreichen die anrückende Polizei. Die Pferde scheuen, werfen ihre Reiter ab. An einer anderen Stelle sind 30 Jeeps, drei Wasserwerfer und eine Meute Hunde zusammengezogen. Überall stehen noch Barrikaden vom Vormittag, und es scheint, als würden die ›Gegner‹ nach kurzer Mittagspause erneut Stellung beziehen. Noch nie haben an den Gebäuden der Universität so viele Parolen gehangen wie an diesem Tag: ›Nieder mit dem Faschismus!‹ – ›Es lebe das SDE!‹ – › Barcelona solidarisiert sich!‹. Man merkt, daß sich die rebellierenden Studenten auf dem Universitätsgelände längst wie ›Fische im Wasser‹ bewegen können. Die Mehrheit der Studierenden teilt die Unzufriedenheit und ergreift Partei für die Radikalen.«

Für die Reinheit der faschistischen Ideologie

»Das ist kein Problem für bourgeoise Muttersöhnchen! Es geht um wirkliche soziale Forderungen und um öffentliche Rechte. Es geht gegen die Struktur, gegen eine politische, wirtschaftliche und soziale Organisationsform in Spanien, die überholt ist. Die Studenten kämpfen gegen soziale

Verhältnisse, unter denen sie keine Möglichkeit haben, ein modernes, umfassendes Studium zu absolvieren. Und sie kämpfen auch gegen das patriarchalische Hochschulsystem, in dem der Professor ein Papst ist, der die Studenten berät, allerdings in fast feudalistischer Weise, nämlich mit Zwang.«
(Mitglied einer linksgerichteten Studentenorganisation über den Hochschulkonflikt)

Unter patriarchalischer Hochschulstruktur, unter Mangel und Zwang leiden Spaniens Studenten seit der Wiedereröffnung der Universitäten nach dem Bürgerkrieg. Die Geschichte der einzigen legalen Studentenorganisation bis hin zum Jahre 1968 spricht jeder Behauptung, Spanien habe sich mit dem Zugeständnis allmählicher Liberalisierung nach Europa hin geöffnet, Hohn. Wenn der ehemalige Bundesinnenminister Paul Lücke feststellt: »Spanien hat bei ganz anderen Verhältnissen das Glück gehabt, einer ruhigen, demokratischen Entwicklung entgegengeführt zu werden«, dann kennzeichnet das lediglich das Demokratie-Verständnis eines deutschen Politikers, nicht aber die objektiven Verhältnisse unter der Franco-Diktatur.
Das »Sindicato Español Universitario« (SEU) entstand schon vor dem Bürgerkrieg, und zwar als faschistische Kampforganisation unter dem Schutz der Falange. In der »nationalen Zone« sorgten seine Mitglieder während des Bürgerkrieges dafür, daß möglichst viele FUE-Funktionäre[8] vor die Läufe der Erschießungskommandos gelangten. SEU-Studenten wachten als Offiziere und Verwaltungspersonal der Generals-Regierung von Burgos über die Reinheit der faschistischen Ideologie. Nach dem Bürgerkrieg, als alle anderen Studentenorganisationen zerschlagen und ihre Anhänger verhaftet oder umgebracht waren, durfte das SEU laut Hochschulgesetz als »einzige Pflichtgewerkschaft für Studenten« seine Arbeit an den Universitäten aufnehmen. Das erklärte Ziel war es, »den Geist der Falange an den Universitäten zu verbreiten«.
Schon in den ersten Jahren stieß der Zwangsverband auf den Widerstand der christlich-konservativen Professoren. Als das Ende des Zweiten Weltkriegs eine weltweite Abwertung des Faschismus zur Folge zu haben schien, konnten unter der Duldung Francos, der Spanien aus der Isolation herausführen wollte, auch andere Verbände, etwa das »Opus Dei«[9], die Reinheit der Ideologie trüben. Die Falange und das, was man das Movimiento[10] nennt, büßten ihre Führungsrolle allmählich zu Gunsten eines verwaschenen frühkapitalistischen Systems ein.
Die studentische Opposition hoffte auf die Guerilla-Bewegung in den

Pyrenäen, deren Kader sich einige Studenten wie Cristino García anschlossen. Im ersten öffentlichen Prozeß nach dem Krieg wurden 1947 zwölf FUE-Mitglieder, die ihre alte Organisation wieder aufzubauen versucht hatten, zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Andere illegale Gruppen konnten zunächst keinen breiten Boden an der Universität gewinnen. Die soziale Zusammensetzung der Studenten in den vierziger und frühen fünfziger Jahren (Kinder von Offizieren, Funktionären und der Feudalschicht) gibt die Erklärung.

1951 zeichneten sich innerhalb des SEU Rivalitäten zwischen Falangisten, Monarchisten und Francisten ab. Die militanten Falange-Studenten gerieten in Opposition zum Regime, das ihnen zu lasch erschien. Als 1954 SEU-Studenten von der Polizei gehindert wurden, die britische Botschaft in Madrid abzubrennen, weil Gibraltar immer noch nicht an Spanien zurückgegeben sei, verstärkte die Falange-Jugend ihre Kritik am zögernden Franco. Von oben wurde eine Säuberung des inzwischen politisch unruhigen SEU befohlen; einige Falangisten wurden aus ihm entfernt.

1956 – die Inflation war auf dem Höhepunkt und weniger dogmatische Technokraten sollten die Wirtschaft retten – entstanden in der Illegalität einige Studentengruppen, die den Kampf mit der Zwangsgewerkschaft aufzunehmen versuchten. Die traditionellen Oppositionsparteien hatten den Anschluß bei der akademischen Jugend mehr oder weniger verloren, und nur der Kommunistischen Partei (PC) gelangen einige Kontakte. Gleich der »Asociación Socialista Universitaria« (ASU) zogen es aber die meisten Studentengruppen vor, unabhängig zu bleiben.

Im Frühjahr 1956 verlangten Studenten der Naturwissenschaftlichen und Philosophischen Fakultäten Madrids in einem Brief an den SEU-Präsidenten und den Rektor zum ersten Mal offen die Demokratisierung des SEU. Als dann die nächsten Wahlen, bei denen nichtfalangistische Studenten die Mehrheit erlangten, für ungültig erklärt wurden, stürmten Studenten das Büro der Zwangs-Gewerkschaft, rissen Embleme von der Wand und verbrannten die Akten. Bei einer daraus entstehenden Schlägerei mit bewaffneten Falangetrupps wurde der Dekan der juristischen Fakultät, Torres Lopez, die Treppe hinuntergestoßen. Vor dem Erziehungsministerium, wo die Studenten in Sprechchören »Freiheit – Freiheit – Freiheit!« riefen, kam es erneut zu Zusammenstößen mit Falange- und SEU-Anhängern. Bei einer dritten Prügelei wurde ein Falangist durch Schüsse aus einem Polizeirevolver lebensgefährlich verletzt. Die »Bewegung« ließ wissen: »Wenn Miguel Alvarez stirbt, wird noch ein Haufen anderer hinterher sterben!« Mehrere Studenten wurden verhaftet und alle Universitäten vorübergehend geschlossen. Zwei Minister, denen indirekt

die Schuld an den Ereignissen gegeben wurde, mußten ihre Ämter zur Verfügung stellen. Einer von ihnen war der Erziehungsminister Ruiz Jimenez, dem Liberalisierungs- und Demokratisierungs-Versuche in der Universität unterstellt wurden.

Seit diesen Tagen befindet sich das SEU vor der anwachsenden demokratischen Studentenbewegung auf dem Rückzug. Illegale Organisationen wie die »Union Democratica de Estudiantes« (UDE), die »Estudiantes Comunistas de Madrid« (ECM), die »Neue Linke der Universität« (Nueva Ezquierda Universitaria), später die »Federación Universitaria Democratica Española« (FUDE), die CUDE und die demokratische Gewerkschaft SDE, können in den meisten Universitäten die überwiegende Mehrheit der Studenten für sich gewinnen. Der Rest behält eine unpolitische Haltung bei. Für das SEU will kaum noch jemand auftreten, denn die Zwangsgewerkschaft drückt nicht die Forderungen der Studenten aus, sondern nur die Verbote der Regierung. Die SEU-Funktionäre werden als Agenten der Repression gebrandmarkt.

Solidaritätsstreiks mit Arbeitern, freie, heimliche Versammlungen, Demonstrationen und Manifeste, in denen freie Gewerkschaften und Freiheit für Spanien gefordert werden, rufen nun regelmäßig die Polizei auf den Plan. Exmatrikulationen, Freiheits- und Geldstrafen sind an der Tagesordnung.

Am 18. Oktober 1958 sieht sich der Erziehungsminister genötigt, mit neuen Bestimmungen für das SEU den endgültigen Bankrott der Organisation abzuwenden. Jetzt darf jedes Semester zehn Berater frei wählen, die wiederum aus ihrer Mitte einen Semestersprecher nominieren. Die »Versammlung der Semestersprecher« bildet den gewerkschaftlichen Ausschuß jeder Fakultät. Dieser Ausschuß schlägt Kandidaten vor, unter denen der nach wie vor vom Ministerium ernannte Bezirkschef des SEU *den* Fakultätssprecher auswählt, der ihm am genehmsten erscheint.

Durch dieses komplizierte Verfahren, das den Studenten wenigstens das Ritual des Wahlganges gestatten soll, wird der Eindruck demokratischer Verfahrensweisen erweckt. Tatsächlich kann sich die Demokratisierung jedoch nur an der Basis vollziehen (bis zur Höhe der Versammlung der Semestersprecher), und dort hat sie bereits innerhalb der illegalen Organisationen stattgefunden. Die Studenten durchschauten denn auch schnell das Manöver der gestaffelten Gremien, die sich dem direkten Einfluß und der direkten Kontrolle der Studentenschaft entziehen und für jede Art der Korruption anfällig sind. Sie benutzen den unteren, autonomen Teil des SEU lediglich dazu, den oberen auszuschalten und als Scheinverwaltung zu entlarven. Einer der Vorsitzenden des SEU, Rodolfo Martin Villa,

sprach vor einer Abordnung der Politisch-Ökonomischen Fakultät Bilbao deutlich aus, was bis heute für alle Vertreter des SEU charakteristisch ist: »Glaubt ihr, daß ich – um eure Probleme zu vertreten – meinen Posten und meine Zukunft auf's Spiel setzen werde?«

Ein neuer Versuch, die Studenten doch noch unter Kontrolle zu bekommen, wurde am 18. September 1961 mit weiteren Bestimmungen für das SEU unternommen. Von jetzt an ist nicht mehr das SEU für die »Führung« der Studenten verantwortlich, sondern der Lehrkörper. Rektorat und Lehrstuhlinhaber bekommen eine Ordnungsfunktion zugeteilt und sollen nun künftig selbst an den Universitäten für Ruhe und Disziplin sorgen. Hintergedanke dabei ist, die Professoren direkt in den Unterdrückungsapparat einzuspannen, sie dadurch künstlich zu Gegnern der studentischen Forderungen zu machen und die fachliche mit der disziplinarischen Qualifikation zu verknüpfen.

Die Bestimmungen entfachten den Widerstand der Studenten gegen Zwangs-Syndikat und Universitätsverwaltung mit noch größerer Heftigkeit. Immer häufiger glaubte sich die Obrigkeit gezwungen, durch die von Franco eingesetzten Rektoren Massenexmatrikulationen, Fakultäts- und Universitätsschließungen anordnen zu lassen. Im Dezember 1961 konterte ein Koordinations-Komitee aller freien Gruppen mit einem 5-Punkte-Plan:

1. Abschaffung der Diktatur und Einführung der Demokratie!
2. Zulassung freier Gewerkschaften!
3. Amnestie für politische Häftlinge!
4. Kulturelle Freiheit für die einzelnen Provinzen!
5. Auflösung der amerikanischen Militärbasen!

Verschiedene Fakultäten nahmen in den Katalog ihrer Forderungen einen weiteren Punkt auf: »Freiheit für den Lehrkörper!« 1964 wurde an vielen Universitäten eine »Woche der Studien-Reform« veranstaltet – trotz Verbot, Einsatz der Polizei und Verhaftungen. 1965 unternahm das SEU einen neuen Versuch, die Gunst der Studenten zurückzugewinnen. Es wollte eine Liste mit Namen veröffentlichen, aus der die Studentenschaft ihren SEU-Distriktchef wählen sollte. Der Täuschungsversuch verfing nicht mehr. In Madrid beispielsweise traten alle Delegierten gemeinsam aus dem SEU aus. Im Februar 1965 wurde das SEU an 13 von 14 spanischen Universitäten nicht mehr anerkannt. Im März löste sich die Distrikt-Kanzlei des SEU in Bilbao mangels Anhängerschaft auf. In Madrid war man darüber bestürzt und versuchte zu retten. Eine Kommission, die hilfreich nach Bilbao reiste, fand jedoch nicht einen Studenten, der wenigstens zum Schein hinter dem Schreibtisch hätte Platz nehmen wollen. Lediglich

ein 18jähriger Nichtstudent erklärte sich bereit, die »Geschäfte« zu besorgen. Im April endlich erkannte der Erziehungsminister, daß das SEU nur noch eine schlechte Farce war. Er gab einen Erlaß heraus, der das Schicksal der »Gewerkschaft« legalisierte. Gleichzeitig wurde die »Asociación Profesionales de Estudiantes« (APE), eine neue Zwangs-Vereinigung, gegründet: Alle Funktionäre der APE werden von Studenten gewählt. Die Wahl ist Pflicht. Als Fakultätspräsidenten kommen jedoch lediglich Studenten der letzten beiden Semester, die alle Prüfungen des vergangenen Jahres absolviert haben, in Frage. Das SEU wird in ein nationales Kommissariat verwandelt, das zwischen Regierung und APE koordinieren und vermitteln soll. Außerdem erhält das SEU einen Jahresetat für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen.

Dieser von der Regierung als großzügiges Angebot offerierte Erlaß wurde von der Mehrheit der Studenten erneut abgelehnt. In der Pflichtwahl sahen sie wiederum Zwang, außerdem den Versuch, die unpolitischen, ängstlichen Studenten für die Reaktion einzuspannen. Daß nur aus den beiden letzten Semestern Delegierte gewählt werden können, werteten sie ebenfalls als Trick; denn die Studenten, die kurz vor dem Abgang von der Universität stehen, sind bereits dem massiven Druck der Berufswelt ausgesetzt, in der ein opponierender Student keine Chance hat. Wesentlicher Punkt der Kritik war die Tatsache, daß die APE, selbst wenn sie auf demokratische Weise zustandekäme, nach wie vor weder das Recht der Mitbestimmung in der Universität hätte noch nach oben den Willen der Studenten einwandfrei ausdrücken könnte, weil die faschistische SEU-Kommission als Verbindungsglied zwischen Regierung und Universität geschaltet ist.

Die Studenten hielten sich an ihre eigenen Organisationen und beschlossen, die APE-Wahlen zu boykottieren. Sie gaben weiße Zettel ab oder votierten für Sophia Loren, Fidel Castro und den Stierkämpfer El Cordobez. In manchen Fakultäten waren nicht einmal Kandidaten aufzutreiben. Ergebnis der Wahl: Die APE erhielt nur sehr wenig Stimmen und war von Anfang an nicht repräsentativ.

Unter Punkt drei der Grundsatzerklärung des »Sindicato Democratico de Estudiantes« (SDE) heißt es:

»Unsere demokratische Gewerkschaft soll repräsentativ sein, was auch die Mitbestimmung in allen Gremien der Organisation und besonders die wirkungsvolle Kontrolle ihrer Repräsentanten voraussetzt. Unsere demokratische Gewerkschaft muß autonom sein: Nur die Studenten dürfen ihre Gewerkschaft aufbauen und erneuern. Unsere Gewerkschaft muß unabhängig sein, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Die Gewerkschaft

muß von jeglicher akademischer und staatlicher Einmischung frei sein. Auf keinen Fall darf die nötige staatliche Subvention eine ideologische oder politische Abhängigkeit bedeuten.«

Auf einem Kongreß, an dem nur die Hälfte der angesagten Delegierten teilnahm, versuchte die APE ihre Strukturen zu renovieren. Der Vorsitzende Ortega Escos legte einen Reform-Plan zur Diskussion vor, der allerdings, wie sich herausstellte, bereits mit dem Minister »abgestimmt« war. Mitten in die Diskussion platzte nämlich ein Abgesandter des Ministeriums und teilte freudig erregt mit: der Minister sei mit dem Projekt einverstanden.

Diese Panne, die die APE weitere Stimmen kostete, sollte durch einen Zusatzerlaß vom Juni 1966 repariert werden. Aber solche »Verbesserungen« fanden bei den Studenten keinen Anklang mehr. Das SDE brach jeglichen Kontakt zur APE ab. Der Präsident der APE Navarra, Vadovinos, wollte vermitteln, wurde aber schließlich selbst als Initiator illegaler Demonstrationen in Pamplona verhaftet. Der Staatsanwalt forderte sieben Jahre Gefängnis . . .

Im Studienjahr 1966/67 kämpfte die APE um ihre Existenz. Der Vorsitzende Escos wurde auf einer Werbereise an allen Universitäten ausgepfiffen. In die Wahlen im November ging die APE mit dem Slogan: »Wählt nicht das illegale SDE, wählt legal!« Dieser Spruch war die beste Werbung für das SDE. An den meisten Universitäten verzichteten zahlreiche Studenten auf die »legale Wahl«. Die APE erhielt den Todesstoß. Die Mehrheit stimmte für das SDE und die FUDE. In der Philosophischen Fakultät Madrid forderten die gewählten APE-Vertreter als erste Amtshandlung freie Gewerkschaften. Im Juni 1967 war es so weit: Der nationale Ausschuß der APE wurde aufgelöst, weil alle Funktionäre gemeinsam ihre Mandate niedergelegt hatten.

Eine Liberalisierung in der Universitäts-Struktur hat nicht stattgefunden, ebensowenig wie im Staatsapparat selbst. Die progressivsten Ausläufer waren Täuschungsversuche und Scheingefechte. Daß nicht nur *ein* Minister über derlei »Demokratisierungs-Erfindungen« stolperte, bestätigt die Vermutung, daß schon der Anflug eines scheindemokratischen Projekts von der Regierung als subversiv eingeschätzt wird.

»Das Autoritätsprinzip wird bestehenbleiben!«
(Franco 1967)

Nicht in allen Phasen der spanischen Studentenbewegung handelte es sich um ein politisches Aufbegehren gegen die Obrigkeit. Es gab Zeiten, zu denen sich die Interessen der meisten Studenten – ausgenommen die wenigen von außen Ideologisierten – auf ihre Ausbildung und schließlich auf ihr berufliches Fortkommen konzentrierten. Die festgestellten Mängel, so glaubten sie, könnten innerhalb der Universität behoben werden. Aus diesem Grund richteten sie die ersten, rein gewerkschaftlichen Forderungen an »ihre« Organisation, das SEU. Erst als sich herausstellte, daß dieser Verband sich der Forderungen nicht annahm, weil er seiner Struktur nach nicht die Interessen der Studenten, sondern die der Regierung zu vertreten hatte, formulierten die Studenten ihre »Revindicación« (Rückforderung) außerhalb der legalen Institutionen und abseits offiziöser Kontrolle in nach demokratischen Prinzipien ausgerichteten illegalen Gewerkschafts-Organisationen. In diesen Vereinigungen sollte sich der Wille der Studentenschaft unbeeinflußt bilden und ausdrücken.
Nachdem dieses Ziel der freien Gewerkschaft in der Illegalität erreicht war, traten die Studenten mittels Briefen, Eingaben, Konferenzen und Demonstrationen an die Öffentlichkeit. Eine Öffentlichkeit, die die Vorstellungen der Studentenschaft diskutieren konnte, gab es in Spanien jedoch nicht. Perfekte Zensur verhinderte jede nicht genehme Äußerung. Keine Zeitung konnte sich bis zum heutigen Tage der sachlichen Forderungen der Studenten sachlich annehmen. Die mit der Universität befaßten Gremien und Ministerien waren und sind in den Händen der Diktatur. Abgesehen von einigen Professoren, die daraufhin auch ihren Lehrauftrag einbüßten und bestraft wurden, nahm sich lediglich die Polizei des demokratischen Hochschulplebiszits an. Die Repression antwortete auf die Forderungen mit »äußerstem Einsatz«.
Illegalität und Kommunismus sind im Bewußtsein der faschistischen Sieger des Bürgerkrieges identisch. Wie gegen Grimau, so sprachen auch gegen die Studenten Militärgerichte das letzte Wort. Entlastungszeugen wurden der Verteidigung oft nicht zugestanden. Und wer der Verteidigung als Zeuge diente, klagte sich – in den Augen der Gerichte – praktisch selbst an. In all den vielen Prozessen wurde niemals die Frage untersucht, ob nicht die Studenten vielleicht ein Recht hätten, sich repräsentativ zu organisieren, und ob nicht zu Recht bestimmte Forderungen gestellt würden. Mit dem Hinweis auf die formale Illegalität fanden die Urteile ihre ausreichende Begründung.

An solchen Beispielen mußte es den Studenten klar werden, daß sich in Staat und demokratischer Studenten-Vereinigung zwei unüberbrückbare Rechtsauffassungen gegenüberstanden. Spätestens zu dem Zeitpunkt, da die Staatsgewalt mit der Brutalität der Polizei und neuen repressiven Erlassen die heimlichen Erfolge der Studenten zu tilgen versuchte, wandelten sich die regionalen und überregionalen Gruppen zu Kampforganisationen. Man mußte sich wehren gegen disziplinarische Maßnahmen der Universitätsverwaltung, gegen Mißhandlungen, gegen Verleumdungen, gegen das Stillschweigen, das die Studentenbewegung umgab, gegen Verhaftung, Verurteilung, Folter, gegen Gesetze und Zwangsvereinigungen. All diese Dinge wurden außerhalb der Universität in die Wege geleitet, also mußte auch der Kampf aus der Universität nach draußen getragen werden. So begann zwangsläufig ein politischer Lernprozeß. Struktur-Analysen lieferten schließlich das Bild des »Feindes«, des francistischen Systems, das es von der Basis her aufzubrechen gilt. In einer Erklärung des »Sindicato Democratico de Estudiantes« heißt es:

»Die politischen Strukturen und die Organisationsform der Universität, die heute unsere Rechte einschränken, benachteiligen auch breite Schichten unserer Gesellschaft. In diesem Sinne solidarisiert sich unsere Gewerkschaft mit allen Kräften, die für wirkliche Demokratisierung unseres Staates kämpfen.«

Zu Beginn der sechziger Jahre war die Studentenbewegung weitgehend politisiert. Die Studenten sahen ihre Rolle nicht mehr als den Kern des Konfliktes, sondern als Teil innerhalb der politisch-sozialen Unterdrükkung. Castroisten, Maoisten, traditionelle Kommunisten, militante Linkskatholiken, Liberale, Trotzkisten, Sozialisten verschiedener Färbung, Anarchisten, Sozialdemokraten, konservative Demokraten und sogar Linksfalangisten vereinigten sich zu gemeinsamer Aktion gegen Regime und Repression. Heute wollen die Studenten ihren Kampf zwar unabhängig von Arbeitern oder Priestern führen, wollen sich also im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu einer organisierten Volksfront zusammenschließen lassen, aber sie sind zur Zusammenarbeit mit den ebenfalls illegalen Arbeiterräten, den Comisiones Obreras, bereit.

Die Arbeiter wiederum, die ein historisch begründetes Mißtrauen gegen die Bourgeoisie haben (»Studenten im Arbeiterkampf: Ja! Die Universität im Arbeiterkampf: Nein!«[11]), sind ebenfalls nur zu lockeren Absprachen und spontaner Zusammenarbeit bereit. Darüberhinaus verbieten auch die Vorsichtsmaßregeln der Widerstandstätigkeit eine organisatorische Verbindung der beiden Gruppen. Aber sowohl die Studenten als auch die Arbeiter beobachten die Aktivitäten ihrer »Verbündeten« aufmerk-

sam und entschließen sich im gegebenen Augenblick zu Solidaritätsstreiks, parallelen Vorstößen und zu gegenseitiger Unterstützung.
Am 15. Mai 1966 wurde in einer Versammlung der Madrider Politisch-Ökonomischen Fakultät ein Schreiben der Arbeiter-Räte verlesen, in dem sowohl Gemeinsamkeit als auch vorsichtige Distanz anklingen:
»Wir sind auf Eurer Seite im Kampf um die Freiheit und die Demokratisierung der Universität. Eure studentischen Probleme sind im Grunde ähnlich den Problemen, die wir Arbeiter haben, und wir stimmen überein, was die Notwendigkeit betrifft, Freiheit und Demokratie für unser Land zu erreichen.
Madrid 5. Mai 1966 – Comisiones Obrera del Metal, Comisiones Obrera de Prensa y Artes Graficas, Comisiones Obrera de Industrias Quimicas, Comisiones Obrera de Construcción«.
Während Studenten und Arbeiter ihre politischen Möglichkeiten weit über die Grenzen, die die Sicherheit der Mitglieder gebieten, ausnutzen und auch abgestimmte Aktionen beraten, etwa eine Kampagne zur Bildung und Politisierung der Landarbeiter in Semesterferien und Urlaub, erhalten sie von jungen Priestern und Intellektuellen Unterstützung in ihrem Kampf. Ein von 227 Personen unterzeichnetes Manifest stärkte im Oktober 1967 den streikenden und demonstrierenden Gruppen den Rücken:

»Die Unterzeichner dieses Dokuments, Angehörige freier Berufe, Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler, wissen, daß sich die Comisiones Obreras entwickelt haben und weite Kreise der Arbeiterschaft in ganz Spanien repräsentieren. Wir haben jetzt gehört, daß die Comisiones, die nach unserer Meinung das Problem einer authentischen Vertretung der Arbeiterschaft in richtige Kategorien fassen und sich zum Sprachrohr der Volksunruhe machten, angesichts der Verschärfung der sozialen Bedingungen der letzten Monate ein öffentliches Manifest entworfen haben. Unter diesen Bedingungen betrachten wir es als unsere staatsbürgerliche und moralische Pflicht:
1. uns mit den von den Comisiones Obreras formulierten Forderungen, die auch die unseren sind, zu solidarisieren: Preisstopp, Kündigungsstopp und Abbau der Repression, Lohnerhöhung, gewerkschaftliche Freiheit, Streikrecht, Amnestie; wozu wir noch hinzufügen wollen die Meinungsfreiheit und die Aufhebung der Zensur in allen Formen, und grundsätzlich die Respektierung der Grundrechte des Menschen.
2. die Abwesenheit von freien Wahlen zu betonen, die den Arbeitern die Lösung ihrer Probleme erlauben würden. Wir unterstreichen, daß durch

die Nichtexistenz legaler Wahlen die Comisiones Obreras und ihre kämpferischen Forderungen gerechtfertigt sind.
3. zu versichern, daß nicht durch Unterdrückung sich dermaßen ernste Probleme regeln lassen, sondern nur durch eine wahrhafte Demokratisierung unserer sozialen, politischen und wirtschaftlichen Struktur.«
(Die Unterzeichner des Manifests wurden zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt).

Es steht nicht zu erwarten, daß zu Lebzeiten Francos das Regime freiwillig seinen Geist aufgibt. Von seinen rund 500 Erfüllungsgehilfen im Cortes[12] konnte der greise Caudillo zur Zeit der größten politischen Unruhen seit dem Bürgerkrieg, im Herbst 1967, stürmischen Beifall quittieren für eine zynische Feststellung: »Das Autoritäts-Prinzip wird bestehenbleiben.«
Die Studenten, die sich keine Illusionen über die Standfestigkeit der faschistischen Dreifaltigkeit von Klerus, Armee und politischem Management machen, werfen seit einiger Zeit die Stichworte »Gegengewalt« und »Revolution« in die Debatte der Opposition. Auch die Mehrzahl der Comisiones Obreras diskutieren ernsthaft den gewaltsamen Sturz Francos, und für sie heißt das »proletarische Revolution«. (Daß die Polizei ein Waffenlager in Madrid ausgeräumt habe und dort auch Pläne für die Sprengung des Cortes gefunden worden seien – so munkelt man in Spanien –, ist in der augenblicklichen Verfassung der Widerstandsbewegung jedoch nicht mehr als eine romantische Episode, aus der sich keinerlei Rückschlüsse ziehen lassen.) In diesem Zusammenhang muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß sich die aktive Opposition durch die Praxis mehr und mehr von den Richtlinien der traditionellen Oppositionsparteien entfernt.
Die zum Teil aus der Emigration gesteuerten sozialistischen und kommunistischen Parteien haben in den Jahren ihrer Ausschließung ein politisches Konzept entwickelt, das eindeutig jeden bürgerkriegsähnlichen Zustand ausklammert. Trotz der erheblich unterschiedlichen politischen Programme stimmen sie in dem Punkt überein, daß bei den herrschenden Bedingungen erst der Tod Francos eine Veränderung in Spanien bringen könne. Evolution ist ihrer Linie gemäßer, und seit Jahren bereiten sie sich auf den Einzug ins Parlament vor, um dort sich mit Falangisten, Monarchisten, Katholiken und Generalen zu messen.
Vorerst bedeutet dieses Rezept: Boden gewinnen und warten auf das Begräbnis des Diktators. Franco jedoch pflegt sich; er kann noch viele Jahre leben. Viele Studenten, Arbeiter und Intellektuelle, die in Spanien selbst täglich der Repression ausgesetzt sind, bezeichnen es als grotesk, ein poli-

tisches Programm auf zeitlich nicht zu fixierenden Eventualitäten aufzubauen. Wenngleich sie ihre eigene Schwäche und die Stärke des Gegners realistisch einzuschätzen vermögen, kommen sie mehr und mehr überein, jede sich bietende Möglichkeit, auch die des gewaltsamen Sturzes von Franco, wahrzunehmen, um auch nicht eine Stunde länger warten zu müssen, als unbedingt erforderlich. So richten sich ihre Organisationen nicht auf die Zukunft ein, sondern auf den zur Zeit stattfindenden Kampf gegen das Regime, mit dem Ziel, das Regime zu schwächen, zu irritieren, es zu Fehlern zu veranlassen und zu stürzen.
Eine Studentin:
»Wer die Verhältnisse an unseren Hochschulen kennt, wer das durchschnittliche Jahreseinkommen der Arbeiter kennt und die Bankkonten der feudalen Familien, wer sich klarmacht, wieviel hunderttausend Arbeitslose hungernd auf der Straße liegen, wer den ständig wachsenden Einfluß amerikanischen Kapitals auf unser Land beobachtet und dann noch wagt, Geduld zu empfehlen, der kann nur mit der Reaktion unter einer Decke stecken. Nein – wir sind uns einig, daß wir nicht auf den Tod Francos warten dürfen!«
Zweifellos wäre der größere Teil der Bevölkerung Spaniens lieber heute als morgen vom Francismus befreit. Aber die Erfahrungen des Bürgerkrieges, die Millionen Toten, haben eisiges Schweigen und politische Enthaltsamkeit zur Folge. Noch heute setzt sich die Angst vor dem Blutvergießen in Passivität um. Wenn junge Leute von der »Propaganda der Schüsse« reden, wenden sich auch die extremen Linken der alten Generation ab. Die junge Generation bringt nicht sehr viel Verständnis dafür auf, daß nach fast 30 Jahren ein Krieg, der nicht der ihre war, für die Zukunft Spaniens Auswirkungen haben soll. Fidel Castro und Che Guevara sind Leitfiguren, die ihnen näher liegen als die »Helden der Republik«, die erschossen wurden oder im Ausland vom Generalstreik träumen.
So gibt es neben dem politisch-sozialen Konflikt durchaus auch ein Generationsproblem, das die Opposition in einen zurückhaltend taktierenden und einen aktiv kämpferischen Teil spaltet.

Nach dem Gesetz einfacher Gewalt

Die teilweise von den Nationalsozialisten inspirierten Gesetze bilden die vorzügliche Grundlage, gegen alle Gegner Francos, gegen alle ungenehmen Tendenzen, Gruppen und Personen auf die rüdeste Weise vorzugehen. Wenn der Staatschef sagt: »Gegen die Versuche, Ordnung und

sozialen Frieden zu stören, haben wir genug Mittel im Rahmen des Gesetzes«, so trifft er den Nagel auf den Kopf. Genaugenommen reicht die »spanische Legalität« bis zur vorsätzlichen Körperverletzung im Amt; jedenfalls sind brutale Überfälle der Polizei auf Studenten bis heute ebensowenig der Illegalität geziehen worden wie die berüchtigten Vernehmungsfoltern dritten Grades der gefürchteten »Brigada Social y Política«.

»Da waren vierzehn oder fünfzehn Männer . . . Der eine machte es so mit dem Finger, der war unwahrscheinlich geschickt. Und jedesmal, wenn ich nach hinten zuckte, weil der andere mir einen Schlag von vorne gab, auf die Brust oder in den Magen, dann haute der nächste von hinten drauf, so daß mir die Leber und der Arm anschwollen. Der eine prügelte mich auf dieser Seite, der andere schlug mir mit der Handkante in den Nacken und schmiß mich auf den Boden. Und zynisch sagt er zu mir: ›He! Mach' dir das Hemd glatt, daß nachher deine Frau nicht behauptet, wir hätten dich hier geschlagen!‹«

(Arbeiter nach 72stündigem Verhör durch die Sicherheitspolizei Barcelona)

In einem Bericht über Spanien[13] wiesen Juristen 1962 nach, daß »die Militärgerichte noch immer einen der wesentlichen Pfeiler darstellen, auf denen das augenblickliche System beruht«. Die Kommission stellte unter anderem fest, daß sich Spanien kaum das Attribut des »Rechtsstaates« zuschreiben könne. 1940 legte das Gesetz zur Unterdrückung von »Freimaurern und Kommunisten« den Grundstein der bürokratischen Repression. Verbote, Erlasse, Empfehlungen, Verordnungen und gesetzgeberische Maßnahmen wurden je nach Bedarf hinzugefügt. So schloß man, der sauberen Argumentation halber, am 30. Juli 1959 durch ein neues »Gesetz zur Sicherung von Ruhe und Ordnung« eine weitere Lichtung im Paragraphendschungel; just in dem Moment, da Arbeiter- und Studentenunruhen die Machthaber beunruhigten. Mit Hilfe dieses Gesetzes können Streik, Unterwanderung, Propaganda (natürlich nur die der Opposition) ebenso »reibungslos« unterdrückt werden wie auch jede »Handlung, die geeignet ist, die ordnungsmäßige Stabilität von Wirtschaftsgütern und Preisen zu gefährden«. Eine Verordnung vom 21. September 1960 definiert jeglichen von politischen Motiven inspirierten Streik als »Rebellion«.

Der Polizeiapparat bietet ein abenteuerliches Spektrum verschiedener Instanzen, Kompetenzen, Dienstbereiche und Spezialaufgaben. Dem obersten Chef der Spionageabwehr und Ordnungshüter unterstehen unter anderen: ca. 50 Zivilgouverneure, über 10 000 Bürgermeister, die Guar-

dia Civil, die Brigada Social y Política (Seguridad) und die Policía Armada (gristapo). Weitere Ordnungsfunktionen haben die normalen Stadtpolizisten verschiedenen Typs. Handgelder für »kleine Tips« verdienen sich gelegentlich die Guardias Campestres, die Alguaciles, die Serenos und viele andere, die Uniformen tragen oder auch nicht. Der Geheimdienst, der nach amerikanischem Vorbild organisiert ist, hält im Kampf gegen die Roten engen Kontakt mit Gleichgesinnten. Benjamin Welles, einstiger Korrespondent der *New York Times* in Madrid: »Hohe spanische Polizei- und Abwehr-Offiziere besuchen auf Einladung ihrer amerikanischen Kollegen regelmäßig die Vereinigten Staaten.«

Gut ausgerüstet mit einem Gesetzeswerk, das zur Liquidierung jeder Art von Kritik hinreicht, begibt sich die spanische Polizei-Armada unter das Volk, von dem zunächst jeder, der nicht Uniform, Cutaway oder Talar trägt, als potentieller Landesverräter in Frage kommt. Ist gar organisierte Aufsässigkeit gemeldet, so beginnt die Maschinerie generalstabsmäßig zu arbeiten. Lediglich die Furcht vor einem Volksaufstand zwingt gelegentlich zu äußerer Zurückhaltung. (»Ich bat, daß sie mir die Handschellen lockerer machen sollten, aber die hörten überhaupt nicht hin. Erst als sie befürchteten, daß die Leute meine blutenden Handgelenke sehen könnten, wurden die Riegel lockerer gemacht.«)

Gegen die kritischen Studenten im Lande des Caudillo setzte die Polizei zum Zwecke der Niederschlagung von Unruhen ein: mit Stahlhelmen und zum Teil automatischen Waffen bewehrte Einheiten, als Akademiker verkleidete Spitzel, Wasserwerfer mit Farbstoff getankt, Pferde, abgerichtete Hunde und im Nahkampf ausgebildete Spezialbeamte, Tränengas, Schlagstöcke und in gleicher Weise verwandte Möbelstücke, Gewehrkolben, Peitschen.

Seit Ende März 1968 hindert die Polizei nun nichts mehr an ihren Knüppelmethoden. Auf Betreiben Francos beschloß der Ministerrat die Aufhebung des Sonderstatus der Universitäten. Die Gebäude sind sturmfrei. Der Polizeieinsatz kann ohne Genehmigung des Rektors nach Ermessen des Kommandierenden zu jeder Zeit erfolgen und beliebig ausgedehnt werden. Unmittelbar nach dem Beschluß machten bewaffnete Einheiten in verschiedenen Städten Gebrauch von ihren neuen Rechten. Heftige studentische Proteste hatten die Schließung der Universitäten Madrid und Santiago de Compostela zur Folge.

Psychologisch geschulte Berater scheinen im Kreise der Befehlsgewaltigen Zweifel am Erfolg der »einfachen Gewalt« geäußert zu haben. Es konnte nämlich den Beobachtern nicht entgangen sein, daß sich die Studenten der Art der Repression taktisch anpaßten und entsprechend konterten. Auf

Verhaftungen folgten Streiks und Demonstrationen, und auf den brutalen Einsatz der Polizei folgten Kanonaden von Steinen, unter denen mehrfach Polizisten in die Knie gingen. Verfügt auch die Staatsmacht bei derartiger Eskalation über den weitaus längeren Arm, so besteht doch die Gefahr, daß durch zu massiven öffentlichen Einsatz von Gewalt die Zurückhaltung weiter Bevölkerungskreise stark strapaziert würde und genau das einträte, was es den Regimegetreuen zu verhindern gilt. Denn Franco ist auf die Passivität und die Angst der Bevölkerung ebenso angewiesen wie auf seine mutige Polizei.

Seit einiger Zeit kann man neben weiterhin angewandten Brachial-Methoden sublimere Formen der Unterdrückung studentischer »Rebellion« beobachten. In Barcelona ließ man in relativer Ruhe Spitzel in der Universität aktive Studenten feststellen. Als eine ansehnliche Kartei zusammengetragen war, wartete man nicht mehr auf den Tatbestand sogenannter frischer Tat, sondern annullierte die Zurückstellung vom Militärdienst und zog die Studentenführer ein. In weit von ihrem Wirkungsfeld abgelegenen Kasernen würde man ihnen schon den nötigen Gehorsam eindrillen. Daß die Studentenbewegung individueller Führer nicht mehr bedarf, paßt natürlich nicht in das offizielle Bild klassischer Cliquen-Bildung und »Zusammenrottung zum Zwecke der Störung von Ruhe und Ordnung«.

Eine andere Methode hat, solange die Studentenbewegung über keine finanziellen Mittel verfügte, ihre Wirkung sicher nicht ganz verfehlt. Statt Freiheitsstrafen werden immer häufiger Geldstrafen verhängt. Wenn der wirtschaftlich äußerst schlecht gestellte Student die Summe von seinen Eltern erbitten würde, hätten diese – in der Regel aus Furcht loyal – ein Druckmittel gegen ihren Zögling. Sind die Eltern nicht in der Lage oder nicht willens einzuspringen, so muß der Bestrafte arbeiten gehen, um die Summe zu verdienen. Und, so glaubt man, Arbeit macht erstens frei (von Aggressionen), und zweitens geht dabei die sonst für revolutionäre Ideen aufgewandte Zeit verloren. Wer aber nicht zahlt, setzt sich erneut dem nach Belieben zu dosierenden und auszudehnenden Druck aus.

Geldstrafen und Militärdienst gelten darüber hinaus auch dem mehr oder weniger demokratischen Ausland, dessen EWG und NATO Spanien nicht ungern beitreten möchte, als angemessene Ordnungsmittel. Wer hätte für solche Maßnahmen nicht Verständnis, angesichts der eigenen aufbegehrenden, Ho Chi Minh und Castro verehrenden Studenten?

Organisations-Modell: Drachen

Während römische, Pariser oder Berliner Studenten, die Studienreform und Veränderung der Gesellschaftsordnung verlangen, immer noch erfolgreich in die Rolle des Bürgerschrecks gedrängt werden können, vollziehen die protestierenden Studenten Spaniens den geheimen Wunsch des sich auch tatsächlich unterdrückt fühlenden Volkes. Das bedeutet den vielleicht entscheidenden Vorteil, nicht an zwei »Fronten« kämpfen zu müssen. Ein weiteres Plus von politischer Tragweite ist zweifellos die in Spanien noch übersichtliche und für jedermann erkennbare und spürbare Schichtung der Klassen. Die herrschenden Verhältnisse geben nicht die Möglichkeit zum Ausweichen auf Pluralismus-Theorien, sondern bestätigen täglich die historische Notwendigkeit des Klassenkampfes. In dieser Situation betreiben die spanischen Studenten eine grundsätzlich andere Auseinandersetzung als ihre europäischen Kommilitonen. Das bedingt nicht nur andere Inhalte, sondern auch andere Formen des Kampfes. Daß die Taktik in der unmittelbaren Abwehr äußerer staatlicher Gewalt dennoch verblüffend ähnliche Züge trägt – in diesem Sinne wäre ein Vergleich zwischen Berlin und Madrid legitim –, könnte die Verantwortlichen in den Nachbarländern die Methoden der Polizei überdenken lassen.

Die spanischen Studenten mußten nicht den »Vorsitzenden Mao« bemühen, um die der Repression einzig adäquate Organisationsform zu finden. Die Polizei, entsprechend ihrer Funktion an anachronistischen Modellen der »Verbrecherbekämpfung« orientiert, ist daran gewöhnt, gegen hierarchische Formationen anzugehen, die sich zersplittern und auflösen, wenn man ihren Kopf zerschmettert. Gemäß dem Rädelsführer-Prinzip, das sie ihrer eigenen Ideologie entlehnen, machen sie sich auf die Suche nach Bossen, Zentralen und Befehlsquellen. Das beweist nur einmal mehr, wie wenig sie den Mechanismus wirklicher Demokratie, gegen die sie ausgeschickt sind, begreifen und durchschauen.

Die Studenten haben sich – ebenso wie die Comisiones Obreras – absolut horizontal organisiert. Dachorganisationen im bürokratischen Sinne existieren nicht. Führungszentralen sind gerade das, was sie bekämpfen. Jede Fakultät, manchmal sogar jedes einzelne Semester in einer Fakultät bildet sein eigenes Kader (oder mehrere). Diese Gruppen, an niemanden außer an ihre studentische Belegschaft gebunden, kollaborieren auf Fakultäts- und Universitätsebene. Die Zusammenarbeit ist gewährleistet durch informelle Kontakte. Die Geschwindigkeit und Sicherheit, mit der Informationen weitergereicht werden, entspringt einem Bedürfnis, das in autoritären Staaten wohl immer stark ausgeprägt ist.

Ebenso informell, wie die Gruppen sich in *einer* Universität abstimmen, funktionieren die Kontakte zwischen den verschiedenen Universitäten. Zwar sind die FUDE oder das SDE nationale Studentenverbände, dennoch sitzt nirgends ihr Kopf, nirgends ihr Kassenwart oder Revisor. Alle Gruppen, die gemeinsam die Studentenbewegung tragen, gleich ob sie nur lokal oder auch überregional existieren, sind grundsätzlich dezentralisiert und nur an der Basis ihres Einzugsgebietes orientiert.

Dieses Organisationsmodell ist in der Tat das einzige, das die dauerhafte, starke Repression überstehen kann. Nur so kann es der Polizei nicht gelingen, durch einen großangelegten Schlag gegen die Zentrale den Verband von oben nach unten aufzurollen; nur so bleibt die Studentenbewegung taktisch flexibel genug, ihrem Gegner auszuweichen, ohne selbst ihr eigenes Ziel aus den Augen verlieren zu müssen. Auf diese Weise können die schwachen Studenten Überraschungssiege feiern. Die Polizei ist niemals rechtzeitig vom strategischen Konzept der Studenten unterrichtet.

Die einträglichsten »Fischzüge« kann die Polizei bei überregionalen Delegierten-Konferenzen machen. Dennoch vermag die Verhaftung von 60 aktiven Studenten die Bewegung nicht lahmzulegen. Hinter jedem »Abgeordneten« stehen hunderte seiner Kommilitonen, die seine Arbeit übernehmen und schon Stunden nach der Festnahme Streiks und Demonstrationen veranlassen. Mancher Gefangene mußte schon auf Grund spontaner Protestwellen freigelassen werden, weil den Strategen der Polizei-Kommandos der »Fang« in keinem Verhältnis zu seinen Auswirkungen zu stehen schien. Ein Student aus Valencia verglich die Organisationsform der Studentenbewegung mit einem Drachen, der mit jedem Mal, wenn ihm die Polizei einen Kopf abschlage, mächtiger werde und eines Tages auch stark genug sei, seine Gegner mit Feuer zu bespeien. Die Parabel klingt naiv, aber man muß zugeben, daß die letzten drei, vier Jahre der spanischen Studentenbewegung sie in ihrem Gehalt bestätigen.

Das dezentralisierte Organisationsmodell hat noch einen zweiten, nicht minder wichtigen Effekt. Geht man davon aus, daß jede Vereinigung, jede gemeinsame Aktion bei dem einzelnen Studenten einen sozialen und politischen Lernprozeß in Gang setzt, dann darf man annehmen, daß die Mehrheit aus dem selbstgewählten Schema lernen kann. Lernt sie, daß Fehler gemacht wurden, so wird sie *dann* bemüht sein, die Fehler abzustellen, wenn sie gelernt hat, daß es notwendig ist und daß es die Möglichkeit gibt, sich zu verändern.

In einer hierarchischen Organisation können sich die Mehrheiten nicht über ihre Kraft klarwerden, weil sie selbst den Prinzipien der Autorität

verfallen sind. Brechen sie diese innere Abhängigkeit, so werden sie an den autoritären Gesetzen der Hierarchie als Außenseiter scheitern, es sei denn sie stürzten die Hierarchie. Das dezentralisierte, antiautoritäre Modell dagegen ist bereits seiner Struktur nach Kritik am hierarchischen Modell. Die spanischen Studenten können qua Mehrheit jederzeit die Konsequenzen aus eigenen, erkannten Fehlern ziehen und von der einen auf die andere Stunde in einer Versammlung Korrekturen vornehmen. Eine solche Veränderung eines einzelnen Kaders hat dann zwar nicht zwangsläufig Einfluß auf alle anderen, die gesamte Bewegung tragenden Gruppen, ist aber auch nicht abhängig vom Wohlwollen der anderen. Auf diese Weise bleibt die kleine Zelle autonom und direkten demokratischen Einflüssen ausgesetzt.

Daß in Spanien die Studentenbewegung trotz aller innerer Divergenzen dennoch geschlossen auftreten kann, daß sich die einzelnen Gruppen untereinander beeinflussen und korrigieren, daß sich außerhalb der beherrschenden Strukturen eine homogene, demokratische »Subkultur« entwickelt, hängt nicht zuletzt von der politischen Einsicht in die eigene Lage ab. Aktionsformen und politische »Reivindicación« scheinen sich im Bewußtsein des antifrancistischen, antikapitalistischen Teils der spanischen Studentenbewegung zu decken.

Die Theorie, daß die opponierenden Gruppen, die im Machtkampf mit der Staatsgewalt stehen, ihre Organisation zwangsweise so strukturieren müßten, daß sie der Organisation des Gegners entspricht, scheint unter anderem durch die Praxis des spanischen Widerstandes widerlegt. Der hierarchischen Machtanordnung steht hier eine spontane, selbsttätige Bewegung erfolgreich gegenüber. Mit dem Schritt, dem massiven Einsatz staatlicher Gewalt eine Studenten-Miliz entgegenzustellen (dieser Entschluß wurde jetzt in Madrid und Barcelona gefaßt), könnte sich allerdings die Theorie von der Entsprechung der Gegengewalt bestätigen. Nur dann, wenn die Miliz sich nicht unmittelbar der Polizei gegenüber formiert, sondern nur der besseren Durchführung von Einzelaktionen – etwa nach dem Muster der Guerilla-Taktik – dient, kann das spontane, flexiblere Modell beibehalten werden. Sobald sich aber eine Minderheit von den Herrschenden die Taktik aufzwingen läßt, ohne augenblicklich die Mehrheit für sich mobilisieren zu können, ist sie zum Untergang verdammt. Bisher ist die spanische Studentenbewegung bewußt dieser Konfrontation aus dem Weg gegangen. Es wird von großer Bedeutung sein, welche Rolle ihre Miliz künftig spielen soll.

Rollenkonflikt und Politisierung

In den vierzehn Universitätsdistrikten Spaniens studieren in diesem Jahr über 130 000 Studenten. Weniger als 1 Prozent davon sind Arbeiterkinder. Die Kinder der 2,3 Millionen verarmten Bauern und der 8 Millionen Arbeiter hindert nach wie vor die finanzielle Lage der Eltern nicht nur am Studium, sondern bereits am Besuch der zum Teil privaten und sehr teuren Gymnasien (Franco: »Wir haben mehr Nutzen aus unserer Armut geschlagen als sonst irgend jemand!«). Dieser skandalöse Tatbestand stellt jedoch im Vergleich zu früheren Jahren schon einen relativen »Fortschritt« dar. Die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft hat sich allmählich geändert. Waren es nach dem Bürgerkrieg fast ausschließlich Offizierssöhne und Kinder höherer Beamter und großbürgerlicher Familien, die die Akademiker-Laufbahn einschlagen durften, so ist in den letzten fünfzehn Jahren sehr stark die Mittelschicht in den Hochschulen vertreten. Damit ist die Elite etwa der 275 Großfinanziers-Familien (die über 70 Prozent des spanischen Bankkapitals verfügen) oder der Großgrundbesitzer-Dynastien (0,86 Prozent der Grundbesitzer halten über 53 Prozent des bebauten Bodens) nicht mehr so ausschlaggebend für den sozialen Quotienten der Hochschüler. Hinzu kommt, daß sich die Zahl der Studierenden in den letzten Jahren vervielfacht hat.

Zwar ist die spanische Jugend in den Hochschulen nicht repräsentativ vertreten, aber der Konflikt zwischen den Generationen liegt hier so offen wie überall in diesem Land, wo Jugendliche sich gemeinsam ihrer Rolle bewußt werden können. Dieser Konflikt, der so tiefgreifend ist, daß er gar nicht mehr ausgetragen wird, sondern zur Abwendung voneinander geführt hat, wäre einer ausführlichen sozialpsychologischen Untersuchung wert. Spezifisch stellt er sich bei der akademischen Jugend so dar: zwischen konservativem Elternhaus und tendenziell fortschrittlicher Wissenschaft gerät der Student in einen Rollenkonflikt. Im Umgang mit der Wissenschaft erkennt er den krassen Gegensatz zur patriarchalischen Struktur seiner Familie. Die Tabuisierung von Sexualität, Religion und Politik auf der einen und die kritische Konfrontation mit diesen Themen auf der anderen Seite müssen Unsicherheit auslösen, die dann in Pessimismus umschlägt, wenn selbsterarbeitete Theorien zur Lösung des Konflikts keinerlei Ansatz in der Praxis finden.

Die Jugendlichen, die in diesem Stadium Rationalisierungen nicht zuwege bringen, bleiben in dumpfer Zwiespältigkeit und in Resignation befangen. Es gibt in Spanien keine Statistik, die die Selbstmordrate bei Jugendlichen ausweist. Beobachter sind sich jedoch einig, daß die Rate wesentlich höher

liegt als in den europäischen Nachbarländern. In den Jahren 1966 und 1967 mehrten sich die Nachrichten, daß Jugendliche sich auf Straßen, Höfen und in Parks mit Benzin übergossen und angezündet haben. Fast jeder dieser Fälle löste Erstaunen aus, weil ersichtliche Gründe scheinbar fehlten. Eine Zeitung begnügte sich mit der Feststellung, daß die »Selbstverbrennung eine Art Epidemie« geworden sei. Entrüstet berichteten Journalisten, ein junger Mann, der sich auf der Autobahn Madrid in seinem von innen verschlossenen Kleinwagen verbrannte, habe herbeigeeilten Helfern »obszöne Handzeichen« gemacht, ehe er qualvoll starb. Anwohner einer Madrider Straße verlangten von der Stadtverwaltung, daß eine in der Nähe gelegene Brücke endlich mit Netzen versehen werden solle, damit ihren Kindern der widerliche Anblick von zerschmetterten Selbstmördern erspart bliebe. Allein in den ersten drei Monaten des Jahres 1967 hatten sich an dieser Stelle fünf junge Leute in den Tod gestürzt.

Verschiedentlich wurde die politische Studentenbewegung mit dem Hinweis auf »Ersatzhandlung« und »Kompensation« abgetan, oder es wurde darauf hingewiesen, daß politischer Pessimismus in intellektuellen Optimismus umgeschlagen sei. In diesem Zusammenhang werden die Schreie eines verhafteten Studenten zitiert: »Ich habe bei allem mitgemacht. Ich habe gebrüllt und mit Steinen geworfen. Aber ich habe es nicht getan, weil ich etwas gegen die Regierung habe, sondern wegen meiner Mutter!«

Mindestens ein entscheidender Fehler sollte solcher psychologisierenden Beweisführung angekreidet werden: Der Konflikt zwischen dem die Gesellschafts-Struktur ausweisenden und wenigstens passiv das System tragenden Elternhaus und dem sich zur Wehr setzenden Jugendlichen ist bereits – welche Lösung der Jugendliche auch finden mag – objektiv ein politischer Konflikt. Subjektiv führt er entweder zur Apathie oder aber zur Aktivität, zur Politisierung und zur Bewußtseinsbildung. Daß die akademische Jugend den nach wie vor bestehenden Rollenkonflikt zumindest in den letzten Jahren positiv kompensiert, bewußt in den Ansatz ihres autodidaktischen Lernprozesses einbezieht und zu entsprechenden Schlüssen kommt, zeigt die theoretische Kritik und der Versuch ihrer praktischen Anwendung gegen das faschistische und paternalistische System.

Anmerkungen

1 APE (Asociación Profesionales de Estudiantes)
2 FUDE (Federación Universitaria Democratica Española)
3 SDE (Sindicato Democratico de Estudiantes)
4 SEU (Sindicato Española Universitario)
5 Ministeria de la Governación (entspricht etwa dem Innenministerium in der BRD)
6 Comisiones Obreras (Arbeiterräte, die in den Betrieben illegal gewählt werden und nach dem Muster des Rätesystems die Interessen der Arbeiter vertreten.)
7 In Burgos ist die größte Haftanstalt für politische Gefangene.
8 FUE (Federación Universitaria Española)
9 Opus Dei (Katholische Verbindung, die eine Art Staat im Staate in Spanien darstellt. Opus-Dei-Mitglieder sitzen in der Regierung und in allen anderen wichtigen Positionen. Das Opus Dei besitzt eigene Industriebetriebe, eigene Institute, Publikationsmittel, Schulen und die Universität Navarra. Es dürfte die einflußreichste politische und wirtschaftliche Kraft in Spanien sein. Die Linie des Opus Dei ist konservativ-katholisch.)
10 Movimiento (»Bewegung zur Nationalen Erneuerung«, die als eine Art Rahmen der fascistisch-francistischen Ideologie dient. Ursprünglich von der Falange beherrscht, hat das »Movimiento« inzwischen seine dogmatische Ideologie verwässert und dient mehr als äußeres Zeichen der Sammlung loyaler Kräfte denn als theoretisches Rückgrat.)
11 Zitat aus einer Diskussion von Arbeitern und Studenten im Jahr 1967.
12 Cortes (Madrider Ständeparlament, in dem Vertreter »gesteuerter« Interessengruppen und von Franco ernannte Mitglieder sitzen. Seit kurzem werden etwa ein Fünftel der »Abgeordneten« von Familienoberhäuptern und verheirateten Frauen »frei« gewählt. Die Kandidaten müssen sich aber, bevor sie aufgestellt werden, zu den Zielen des »Movimiento« bekennen.)
13 International Commission of Jurists: *Spain and the Rule of Law*, Genf 1962.

Carlo Donolo
Theorie und Praxis der Studentenbewegung in Italien

1. Die Studentenrevolte der letzten Monate bezeichnet eine entscheidende Wendung im Verhältnis von Studenten und Politik, und von Opposition und Regime. Sie bedeutet das Ende des politischen Monopols der institutionalisierten Studentenvertretungen, ja deren Krise und praktisches Verschwinden. Die Studentenbewegung hat zugleich die Stufe erreicht, auf der sie als politische Bewegung tout court auftritt, und modifiziert dadurch prinzipiell die frühere politische Situation, als den offiziellen Institutionen des Systems nur die kleinen Gruppen der Neuen Linken gegenüberstanden. Dieser qualitative Sprung ist durch die politische Arbeit der letzten Jahre vorbereitet worden, insbesondere durch die Erfahrungen des letzten akademischen Jahres in Turin, Trient und Pisa. In Pisa hatte man die Idee einer einheitlichen, überparteilichen, freiwilligen Organisation entwickelt, gestützt auf die direkte Demokratie in einer Studentengewerkschaft. Außerdem wurden die Probleme der Universität explizit mit denen der kapitalistischen Gesellschaft in Zusammenhang gebracht, in der Einsicht, daß der eigentliche Antagonist der Studentenbewegung nicht die geplante Hochschulreform, sondern die neokapitalistische Planung ist. In Trient (wo es nur eine sozialwissenschaftliche Fakultät gibt) wurde eine »negative Universität« als politische Schule und als Instrument zur Kritik des Wissenschaftsbetriebes entworfen. Das Neue an der Idee bestand vor allem in der Kritik der institutionell vorgesehenen Rolle des Studenten im Rahmen der Universität und später als qualifizierte Arbeitskraft in der Gesellschaft. In Turin hatte sich die völlige Nutzlosigkeit der parlamentaristischen Vermittlungen, die Krise einer auf die »Spitzen« verselbständigten Struktur ohne Kontakt mit der Basis (»verticismo«) praktisch erwiesen.[1] Durch die Kritik an den offiziellen Studentenvertretungen wurde das formale Prinzip der repräsentativen Demokratie und zugleich die parteipolitische Kontrolle über die Hochschulpolitik in Frage gestellt. Für ein adäquates Verständnis der trotz allem ziemlich unerwarteten Revolte der letzten Monate muß man sich folgende Momente vergegenwärtigen:

a) Die italienische Universität ist, gleich anderen europäischen, durch eine

archaische und rigide Struktur gekennzeichnet, die dem Übergang von einer elitären zu einer Massenuniversität völlig unangepaßt ist. Doch sind einige Dysfunktionen für die italienische typisch: so die hohe Quote derer, die ihr Studium nicht beenden (60%); die abnorme Anzahl der parallel zu einer festen Anstellung Studierenden, die die Universität nur zu den Examina besuchen (vor allem in der humanistischen, juristischen und volkswirtschaftlichen Fakultät); die wuchernde Struktur der Immatrikulationen in einigen, meist beruflich ungerichteten Fakultäten, als bloßer Ausdruck der sozial gebotenen Status-Aspiration; die allmähliche Verlagerung der relevanten Forschung aus der Universität (wo sich nur noch eine ritualisierte Forschungstätigkeit abspielt) in privat-öffentliche Institutionen. Die Universität ist nicht nur, wie das gesamte Schulsystem, sozial ungeheuer selektiv, sondern ihre Dysfunktionen bedingen eine weitere Selektion zwischen den bereits Immatrikulierten »in erstens diejenigen, die die Universität als Sprungbrett zu Machtpositionen in der Sozialstruktur *benutzen*; zweitens jene, die die Universität als notwendige Phase, die man überstehen muß, um eine prädeterminierte soziale Lage in der Hierarchie der mystifizierten sozialen Schichtung zu erreichen, *passiv über sich ergehen lassen*; und drittens solche, die von der Universität nur *unterdrückt* werden, sofern diese als Legitimationsinstanz ihrer untergeordneten sozialen Stellung funktioniert«.[2] Die seit langem geplante Hochschulreform fand in einem Regierungsentwurf Ausdruck, der vor allem eine verbesserte Anpassung der Universität an die Erfordernisse des ökonomischen Systems bewirkt hätte. Von Studenten, teilweise auch von Professoren heftig kritisiert, ist sie kürzlich durch das Ende der Legislaturperiode auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

b) Die Mitte-Links-Regierung bedeutet die endgültige Eingliederung der sozialistischen Partei in den Interessenbereich der herrschenden Klasse; das bedingt eine gewisse, aber nur parlamentarische, Stabilisierung des Regimes, bietet ein Alibi für ausgebliebene oder verschleppte Reformen, verfestigt die Institutionalisierung von Konflikten ohne Veränderung der Machtstruktur (z. B. durch die ökonomische Programmierung), ist eine modernisierende Lösung für ein in sich starres politisches System; andererseits wird die Befürwortung der parlamentarischen Strategie durch die KPI immer expliziter, diese Partei als radikal-oppositionelle Kraft immer ungeeigneter. Daraus ergibt sich eine tendenzielle Abdichtung des Systems, das kein politisch widersprüchliches Moment in sich duldet. Die Bildung von kleinen Gruppen der Neuen Linken ist eine erste Antwort auf diese Situation; sie spielen heute eine wichtige, wenn auch nicht immer positive, Rolle in der Studentenbewegung.

c) Auf sozialer Ebene darf man das Versagen des »Wirtschaftswunders« als Illusion einer rationalen Modernisierung der Gesellschaft nicht unterschätzen; während der fortgeschrittenere Teil des ökonomischen Systems in eine neue Phase neokapitalistischer Entwicklung eintritt, bleiben die großen, historischen Probleme der meisten Regionen und Sektoren der italienischen Gesellschaft ungelöst. – Aus dem irrational sich stabilisierenden Verhältnis von politischem System und bürgerlicher Gesellschaft entsteht ein allgemeines Unbehagen, das weitgehend noch vorpolitisch bleibt. In der Studentenrevolte spielen diese generelleren Faktoren eine wichtige Rolle, insofern der Protest nicht so sehr direkt durch die miserablen Zustände an den Schulen – und auch nicht durch ein ausdrückliches Bewußtsein von politischen Einzelproblemen – genährt worden ist, als vielmehr durch die Unzufriedenheit mit der der Universität von dem System zugedachten Rolle und den fehlenden Perspektiven innerhalb der bestehenden Institutionen.

Ein Merkmal der heutigen Jugend in Italien ist eben die Intoleranz gegenüber irrationalen, geschichtlich sinnlosen und nicht weiter legitimierten Autoritäten. Dabei fällt als Altersfaktor ins Gewicht, daß die heute engagierte Generation nach dem Weltkrieg und dem Widerstand geboren ist: sie hat die Illusionen solcher Erfahrung nicht erlebt, sowenig wie die Zeiten des kalten Krieges, und brauchte deshalb auch keine symbiotische Beziehung zum Mythos der Linken, vor allem der KPI, zu entwickeln. Vielmehr ist sie in den Jahren des Wirtschaftswunders mit der Versprechung des Überflusses aufgewachsen; sie weiß, daß Knappheit sozial bedingt ist, während ihre Zeitperspektive in der Bedürfnisbefriedigung sich verkürzt hat. Daher ihre unmittelbare Ansprechbarkeit für eine umwälzende politische Praxis, die eine erste Artikulation in der unakademischen Kultur findet: in einer Reihe meist von kleinen Gruppen edierter Zeitschriften (wie *Quaderni Rossi*, *Quaderni Piacentini*, *Giovane Critica* oder *Nuovo Impegno*), wo vor allem die neuen revolutionären Ansätze in der Dritten Welt und in den Metropolen einer wachsenden Öffentlichkeit von jungen Studenten vorgestellt werden. Die Diskussionen über Vietnam, Angola, Lateinamerika, Black Power und die chinesische Kulturrevolution – die mit ihrer Idee der kollektiven Diskussion als politischer Waffe und der permanenten Revolte gegen die sich verselbständigenden Institutionen vor allem die Führer der Bewegung beeinflußte – haben einen sozialisierenden Effekt gehabt, indem sie das Gefühl der Teilnahme an einem historisch weltweiten Prozeß vermittelten. Während die innenpolitische Erstarrung erst das Material für die Revolte bot, gewinnen diese internationalen Zusammenhänge, als motivierende Modelle, die Funktion

von Kristallisationspunkten studentischen Unbehagens, weil sie Distanz zum eigenen soziopolitischen System erlauben und die Möglichkeit bezeugen, jetzt und hier den Aufstand zu proben.

2. Von Turin aus verbreitete sich die Revolte im November 1967 mit unvorhergesehener Virulenz, und oft fast ohne spezifischen Anlaß, auf alle anderen Universitäten. Der erste Akt ist fast überall eine Okkupation der Universität durch die Studenten – als Herausforderung der akademischen Autorität, Bekundung der eigenen Autonomie, ein sich Querstellen gegenüber jeder Reform, die bloß von oben oktroyiert wäre. Die Okkupationen dienen vor allem dazu, den Studenten die Diskussion und Verarbeitung der Thematik der Revolte zu erlauben; in Gruppen oder Kommissionen werden die Ziele der Bewegung geklärt, wird ihnen ein neuer organisatorischer Rahmen gegeben. Das neue Element in den Agitationen der letzten Monate ist synthetisch formuliert in dem Slogan »potere studentesco«: damit wird die autoritäre Struktur der Universität direkt angegriffen und die politische Natur der Bewegung – als Kampf der Machtlosen gegen die Machtinhaber – behauptet. Er begründet zugleich den Autonomieanspruch der Bewegung, ihren Anspruch, sich in der Hochschulstruktur selbst zu verwurzeln. Konsequent wird die Politisierung der Studenten aufgrund ihrer Rollenwidersprüche betrieben: privilegiert gegenüber der Masse der nicht Studierenden, wird der Student zugleich in erzwungener Unmündigkeit gehalten und einer Sozialisierung zum Konformismus und zur Nichtreflexion unterworfen; Verzicht auf Praxis ist die Bedingung seiner theoretischen Bildung nach institutionellem Muster. Das Falsche und Ambivalente an der Rolle des Studenten bezeichnet seine Zwischenstellung als heute relativ Privilegierter und zugleich Bevormundeter, und als zukünftiger Ausgebeuteter und Ausbeuter: seine Privilegien fallen mit der Unmöglichkeit seiner Befreiung zusammen. Er erlebt die Repression in der Schule als Sozialisierung in die späteren Berufs- und Anpassungszwänge: gerade aus diesem Zusammenhang versteht er aber die ganze Kette der zunächst nur als Unbehagen empfundenen Repression in der Sphäre der Familie, des Konsums und der Kultur. Die Reflexion über solche Widersprüche lehrt, daß ihre Lösung nicht individuell bleiben kann, sondern politisch vorzubereiten ist.[3]
Die erste Form der Repression, die dem Studenten begegnet, ist – den Analysen der Bewegung nach – der akademische Autoritarismus, der heute in zwei komplementären Gestalten auftritt: als der archaische Aspekt der Hochschulorganisation (der Lehrstuhl, die Aura des Professors, die feudale Beziehung zwischen ihm und dem Studenten oder Assistenten, die büro-

kratische Kontrolle wie die Ritualien des Gegenzeichnens und des Examens) und als der technokratische Aspekt, der sich in einigen Fakultäten (vor allem in den technischen Hochschulen) schon durchsetzt und die Universität in einen reibungslosen Betrieb verwandeln möchte. Die Studenten kritisieren die repressive Funktion des Autoritarismus, indem sie seine gesamtgesellschaftliche Bedeutung aufzeigen, durch die die Universität zum Instrument der Selektion, Integration, Kooptation und Unterwerfung, also der sozialen Kontrolle wird. Damit erweitert sich die Kritik des Autoritarismus zur Kritik der Didaktik und der kulturellen Inhalte, ja der Kultur und der Wissenschaft in ihrer bürgerlichen, ideologisch verzerrten Gestalt, ebenso wie des heutigen Zusammenhangs von Schule und Gesellschaft. Vor allem in Turin und Trient hat man versucht, kritisch-soziologisch die Rolle des Lehrers in der Schulhierarchie, den Sinn der bürokratischen Kontrollen, der oft sinnlosen Lehrpläne und Routinen unter dem Gesichtspunkt ihrer integrativen Funktion zu analysieren. Ausgehend vom Klassencharakter der Schulorganisation hat man das Thema des Rechts auf Bildung und Ausbildung behandelt, sei's im Hinblick auf die Schichten, die aufgrund sozialer Unterprivilegierung gar nicht zur Schule (selbst zur Pflicht-Schule) gelangen können, sei's im Hinblick auf Schüler und Studenten, die nur partiell und subaltern die Schule und die Universität besuchen können (Abendschüler, Pendler, Arbeiter-Studenten usw.).

Das Spezifische der heutigen Studentenbewegung besteht in den genannten Inhalten und in der Anwendung einiger methodologischer und organisatorischer Prinzipien, die, erst aus der Praxis entstanden, die Studentenpolitik von der Politik im offiziellen Sinne und im Sinne der oppositionellen Minderheitsgruppen unterscheiden.

a) Die Idee, von der Reflexion der sozialen Rolle auszugehen, um den Politisierungsprozeß in Gang zu setzen, impliziert die Ablehnung einer abstrakt-ideologischen Politisierung, die durch von außen eingeführte Formeln bewirkt wäre. Man betont dagegen, daß die Politisierung durch die Probleme des »Arbeitsplatzes«, »in der Institution«, geschehen soll. Diese Idee ist die Voraussetzung der politischen Selbstbildung und Selbstverantwortung durch kollektive Diskussion.[4]

b) Diese wird in der Studentenversammlung und in den Untergruppen als Hauptinstrument anerkannt, um Probleme zu formulieren und zu lösen. Die Erziehung zur Gruppendiskussion ist die erste Phase der Politisierung selbst, die erste Form der Auflösung der internalisierten Repression und der Aufhebung der individualistischen Deformationen, die zur Gruppenarbeit unfähig machen. Dadurch soll die Fertigkeit ausgebildet

werden, den Zusammenhang von Bewertung der Situation, verändern-dem Eingriff (was die Veränderung der Subjekte miteinschließt) und daraus folgender Perspektiven zu erfassen und bewußt zu halten. Die kollektive Diskussion wird somit zu jenem Moment, an dem die Beziehung von Theorie und Praxis gleichsam anschaulich wird. Diese Art Diskussion ist das genaue Gegenteil der üblichen akademischen, in der der Zusammenhang von Interessen und Fragestellung undurchsichtig bleibt.

c) Die Idee der Studentenversammlung (auf Fakultäts- oder allgemeiner Basis) als einziges politisches Entscheidungsorgan der Bewegung befürwortet eine explizite Entscheidung für das Prinzip der direkten Demokratie: grundsätzlich gibt es keine Repräsentanz, für technische Funktionen gilt das imperative Mandat und die Regel der Abberufbarkeit von Delegierten. Hinter dieser Idee steht keine kommunardische Illusion; man weiß allzu gut, daß unter den bestehenden Bedingungen von einer vorgegebenen Reife aller Beteiligten gar keine Rede sein kann. Man hofft vielmehr, durch die Vermeidung der politischen Arbeitsteilung die Unreife aufzuheben: ohne Selbsttätigkeit ist eine Bewegung von Studenten nicht zu denken.

d) So ist es charakteristisch für die Bewegung, daß die Dialektik von Führung (besser: Avantgarde) und Basis immer in Gang bleibt; oft gibt es überhaupt kein leadership (das nur informell, als Summe der politisch reiferen oder erfahreneren Personen existiert), keine geschlossene Gruppe also, sondern eine mit fluktuierenden Mitgliedern, die sich von 10 Studenten bis zu einer Quasi-Versammlung von 30–40 erweitern kann. Das leadership soll sich immer wieder durch seine Fähigkeit, die Situation richtig einzuschätzen, sowie durch produktive Vorschläge legitimieren. Seine Zusammensetzung läßt sich vielleicht in einer vorläufigen Typologie gliedern: 1. ein politisch gemischtes leadership, das sich durch den Kampf herausgebildet hat, mit sehr geringer Bedeutung der linken Splittergruppen als solcher (Turin); 2. ein durch den Kampf hervorgebrachtes leadership, das die Grüppchen verdrängt und teilweise ersetzt hat, aber immer wieder – vor allem in Perioden verminderter Spannung – seine Autorität zu verlieren riskiert (Rom); 3. ein leadership, das unter starkem Einfluß einer linken Splittergruppe steht (Pisa); 4. ein allzu schwaches leadership, das unfähig ist, sich gegen die Vorherrschaft der Kleingruppen zu behaupten, die praktisch die Situation beherrschen, sei es auch nur negativ, indem sie eine Vetogewalt ausüben oder die Diskussion auf bestimmte Punkte konzentrieren (Mailand); 5. ein leadership, das praktisch mit einer Splittergruppe identisch ist, so daß die Bewegung zu verschwinden droht, sobald es handlungsunfähig wird (Neapel). Wenn vom leadership die Rede

ist, kommt man unvermeidlich dazu, von der Rolle der linken Minderheitsgruppen zu sprechen (Gruppen marxistisch-leninistischer, trotzkistischer, »chinesischer« oder sonstiger Observanz; eine zum Teil besondere Kategorie bilden die Gruppen, die sich hauptsächlich mit politischer Arbeit in der Arbeiterklasse befassen). Während sie der Bewegung oft gute Analysen und Führer angeboten haben, gehört ihre Tendenz, in sektiererischer Weise die Bewegung (oft über politisch irrelevante oder verfrühte Themen) zu spalten und sie damit lahmzulegen oder wieder auf das Niveau von Grüppchen zu reduzieren, zu den negativen Aspekten solcher Gruppen. Manchmal hindern ihre ideologisierten oder gar irrationalen (»avventurismo«) Vorstellungen die Entwicklung einer spezifischen Strategie innerhalb der Studentenbewegung. Die Kritik dieser Verhaltensweise kann nur praktisch geschehen.

In der Tat hat jede Universität eigene Erfahrungen und unterschiedliche Reifeniveaus erreicht. Die Verschiedenheit tendiert oft dazu, die einzelnen Bewegungen gegenseitig abzudichten. Dieser Lokalpatriotismus ist ein Problem, sofern er die Kommunikation, den Austausch von Einsichten und Programmen bremst. Jedenfalls stellt sich die Frage einer Verbindung auf nationaler Ebene (Vereinigung wäre wahrscheinlich zuviel gesagt). Es setzt sich aber langsam die Überzeugung durch, daß weder ein bürokratischer Apparat noch von Zeit zu Zeit zusammengerufene Konferenzen wünschenswert sind. Beide Lösungen riskieren – wie die Erfahrung lehrt – den Kontakt mit der realen Bewegung zu verlieren und nur dem Meinungsaustausch selbsternannter Führer zu dienen. Zweckmäßiger scheint eine Verbindung zwischen einigen Universitäten mit gemeinsamen Problemen, in der der Austausch auch auf informeller Basis geschehen kann. Erstes Resultat könnte die Publikation gemeinsamer politischer Dokumente sein, die dann auf nationaler Ebene den Prozeß der Homogenisierung beschleunigen würden. Zwar hat sich das Prinzip der Einheit der Bewegung auf nationaler Ebene, sowie der Einheit der Studenten aller Fakultäten, allgemein durchgesetzt, aber die Wirklichkeit bleibt weit dahinter zurück. Auf lokaler Ebene klafft die größte Kluft noch immer zwischen den humanistischen und den naturwissenschaftlich-technologischen Fakultäten. Die Dynamik der Revolte ist fast überall von den ersteren ausgegangen, an denen die objektiven und subjektiven Bedingungen günstiger sind. Hier gibt es eine Masse von Studenten ohne festgelegte Berufsperspektiven, nicht eingespannt in eine strenge Studienroutine; sie verfügen über Zeit und Vokabular, um kritische Ideen zu rezipieren und zu verarbeiten. Aus diesen Fakultäten kommen meist auch die Führer der Bewegung, die ihr Bewußtsein von der Sinnlosigkeit eines solchen Stu-

diums, ihr Bedürfnis nach neuen Lebensinhalten, Identität und Selbstbestimmung in politische Praxis umsetzen. Dagegen sind die technisch-wissenschaftlichen Fakultäten bis heute in ihrem politischen Reifeprozeß und in ihrer Beteiligung an der Bewegung zurückgeblieben. Faktoren wie die strenge Studiendisziplin, die Ideologie der Wissenschaftlichkeit und Technizität – der angeblich abstrakten Ideologisierung der Politisierten entgegengesetzt –, die (in der Tat illusorische) Perspektive eines durch hartes Studium zu erwerbenden hohen sozialen Status, die Kosten dieser Studiengänge, die mehr bürgerliche Zusammensetzung der Studenten in diesen Fakultäten – sie alle erschweren eine Politisierung, die aktive Teilnahme verlangt. Wie der Kontakt zwischen unterschiedlichen Fakultäten zu erhalten sei, bleibt in vielen Fällen eine kritische Frage für die Bewegung.
In diesem Zusammenhang ist noch die quantitative Beteiligung der Studenten an der Bewegung zu erwähnen. Die Revolte ist fast überall von winzigen Minderheiten entzündet worden; doch von Anfang an stand der Bewegung eine breitere Basis zur Verfügung als je zuvor. Die repressive Reaktion der akademischen Autoritäten und der Polizei hat den Zulauf sich engagierender Studenten von selbst erhöht. Sie bleiben trotzdem noch eine kleine Minderheit verglichen mit der Gesamtzahl der Studierenden. Dennoch hat ihre Initiative weitreichende politische Folgen: fast überall ist der Hochschulbetrieb, oft monatelang, lahmgelegt worden, die Studentenbewegung hat sich zu einer nationalen Angelegenheit entwickelt.

3. Nach der Vertagung des Reformentwurfs der Regierung auf unabsehbare Zeit ist ein Interregnum eingetreten, in dem didaktische Experimente und Veränderungen der Studienpläne offiziell erlaubt sind. Das Hauptproblem der Studentenbewegung heute ist, wie sie sich mit einem Maximum an Autonomie organisieren und zugleich die Konzessionsbereitschaft der akademischen Autoritäten für eine Minderung der Repression in der Universität ausnutzen kann, ohne dabei in einem ständigen Kuhhandel verfangen zu bleiben.
In den ersten Dokumenten, in denen die studentischen Forderungen formuliert wurden (»carte rivendicative«), tauchte die Idee der Mitbestimmung auf, um bald darauf durch die der Selbstverwaltung (»autogestione«) ersetzt zu werden. Die erste Forderung, Produkt syndikalistischer Auffassungen, sieht in der Universität nach dem Modell des Industriebetriebs zwei Kontrahenten sich gegenüberstehen, die durch die Mitbestimmung gleichberechtigte Partner werden sollen. Dagegen reklamiert die Idee der Selbstverwaltung, aus der Parole »potere studentesco« abgeleitet, die

ganze Universität für die Studenten als ihre wahren Benutzer. Die Macht der Professoren soll nicht geteilt, sondern einfach negiert werden. Implizierte die erste Idee die Gefahr der Mithaftung, der Kooptation, des Verlustes an Autonomie und der Majorisierung, so würde die zweite darauf hinauslaufen, daß die Studentenbewegung völlig durch universitäre Fragen absorbiert wird. Ernst genommen, bedeutet sie die Verwandlung der Universität in eine politische Schule, die die Studenten allein regieren. In der ursprünglichen Formulierung ist nicht klar gesagt, ob die Universität noch ihre »normale« Ausbildungsfunktion beibehalten soll. Es handelt sich um eine offensichtlich unrealistische Vorstellung, da weder das System eine solche totale Unterwanderung einer Institution dulden würde, noch die Studenten einer solchen Aufgabe gewachsen wären. Gleichwohl hatte diese Idee eine wichtige Funktion, weil sie die Frage der politischen Autonomie der Studenten radikalisierte im Zeichen einer Bewegung, die nicht die Reform einer Institution, sondern die Sprengung aller Institutionen dieser Gesellschaft anstrebt. Das hat zum politischen Bewußtsein der Bewegung ungeheuer beigetragen. Es gibt jetzt Symptome dafür, daß andere Lösungen gesucht werden. Die Frage wird besonders in Turin und Rom diskutiert. Man strebt eine Organisation der Bewegung an, die diese in der Universität verankert, ohne sie auf die Universität zu beschränken. Diese zwiespältige Rolle wird der Bewegung von der objektiven Situation aufgezwungen: einerseits liegt ihre Basis in der Universität, andererseits muß sie als die einzige jetzt vorhandene politische Bewegung eine Rolle übernehmen, die in keinem Verhältnis zu ihren heutigen Kräften steht.

Die Lösung des Dilemmas wird (vor allem in Turin) in folgender Richtung gesucht: Die Universität wird in zwei Bereiche aufgeteilt; der erste ist der, wo der eigentliche, wie immer auch reformierte, Lehr- und Forschungsbetrieb unter der Kontrolle und Verwaltung der akademischen Autoritäten weitergeht; der zweite ist ein »politisch strukturierter Raum« innerhalb der Gast-Institution, der Bereich studentischer Autonomie. In diesem Raum konstituiert sich die Studentenbewegung als allgemeine Versammlung (»assemblea generale«) in Arbeitsgruppen und Kommissionen. Dieser Bereich soll in seiner Autonomie institutionell garantiert werden; die Garantien, die Objekt von Verhandlungen zwischen akademischer Autorität und Studentenbewegung werden sollen, betreffen unter anderem das Recht auf Verfügung über ein adäquates Maß an Zeit und Raum innerhalb der Universität, auf Selbstbestimmung bei der Organisation von Veranstaltungen (»Gegenseminare« inbegriffen) im Rahmen der Universität, ohne irgendeine Kontrolle und Zensur seitens der akademischen Verwaltung. Von diesem Bereich aus üben die Studenten am offiziellen

Lehrbetrieb Kritik und machen Reformvorschläge, ohne auf jener Ebene selbst mitzubestimmen. Zugleich organisieren sie innerhalb des autonomen Raumes eine politische Schule, die gleichzeitig Forum für die politische Diskussion in der Bewegung, politischer Ausbildungsort und Aktionszentrum ist. Basis dieser Organisation sind Studiengruppen, die als Projektgruppen auch praktisch wirken sollen. In der entfalteten Form würde diese Struktur eine Gegenuniversität innerhalb der offiziellen bilden. Die Universität ist wahrscheinlich die einzige Institution der Gesellschaft, die eine solche »Doppelherrschaft« vertragen könnte, und in der sie auch mit einigen Chancen durchzusetzen wäre. Dieser Plan ist insofern interessant, als er ein Programm anti-institutioneller Politik verkörpert, das vornehmlich aus dem Aufbau von widersprüchlichen Momenten innerhalb offizieller Institutionen besteht.
In Bezug auf die offizielle Universität ist die Studentenbewegung fast nirgends mehr darauf aus, einen Gegenentwurf zu dem der Regierung auszuarbeiten. Man stellt vielmehr eine Reihe von Forderungen auf, die die Wiederaufnahme des alten Reformentwurfs sehr schwierig machen wird. Diese Linie – die durch Verhandlungen auf lokaler Ebene durchgesetzt wird – hatte vor kurzem einen gewissen Erfolg an der Universität von Trient. Nach monatelanger Okkupation haben die Studenten dort eine weitgehende Liberalisierung der Studienpläne und des Lehrbetriebs erreicht. Die Prüfungen werden entweder durch eine allgemeine Beurteilung der Seminararbeit ersetzt, oder durch Garantien wie die Abstimmung des Examensprogrammes zwischen Dozent und Student, Einspruchsrecht im Fall von ungerechten Noten, Publizität usw. rationalisiert. Inzwischen formuliert man auch an anderen Universitäten neue Forderungen, z. B. das Recht der Studenten auf Kritik des Lehrbetriebs oder auf Information in universitären Angelegenheiten. Diese Linie zielt also auf eine Veränderung der Universität nicht durch ein Gegenmodell, sondern durch zyklische Eingriffe in die offizielle Universität, die so unter Druck bleibt.

4. Die Studentenbewegung hat sehr bald angefangen, Initiativen außerhalb der Universität zu unternehmen und ihre soziale Basis zu erweitern. Dazu drängte die Kohärenz der theoretischen Analyse und die Notwendigkeit, gegen die Repression Verbündete zu finden. Die ersten Gruppen, die erreicht wurden, sind die Mittelschüler und Gymnasiasten. Schüler erleben die soziale Repression wegen der legalisierten Unmündigkeit, der Abhängigkeit von der Familie, der strengeren Disziplinierung in der Schule noch intensiver. Ihr erstes Problem betrifft eine Verminderung dieser Zwänge; die Teilforderungen bekommen bald eine politische Bedeu-

tung schon wegen der aus Strafen und Paternalismus gemischten Reaktion der Schulautoritäten. Inzwischen kam es zu vereinzelten Okkupationen von Schulen und zu verschiedenen Formen der Zusammenarbeit von Studenten und Schülern bei Manifestationen und Schulstreiks. Eine breitere Politisierung der Schüler ist noch nicht eingetreten; unter dem Einfluß der Studentenbewegung wird sie jedoch entscheidend beschleunigt, wie sich an der großen Beteiligung von Schülern an den Demonstrationen in Mailand, Turin und Rom gezeigt hat. Eine besondere Gruppe bilden die Schüler an Abend- und Berufsschulen, die, gleichsam das Proletariat der Schüler, die Schule schon als Vorstufe der Fabrik erleben; an ihrem Beispiel läßt sich das Versagen des Schulsystems und die Herrschaft rein ökonomischer Interessen im Schulbereich augenfällig demonstrieren. Sie bilden also objektiv das Bindeglied zwischen Schulsystem und Arbeitswelt und besitzen damit eine strategische Bedeutung. Bis heute litt jedoch ihre Beteiligung an der Bewegung unter den materiellen Schwierigkeiten. Ähnliches gilt für die pendelnden oder hauptsächlich arbeitenden Universitätsstudenten. Kontaktaufnahmen in akuten Momenten haben positive Erfolge gehabt (z. B. in Turin und in der Provinz), aber die Beziehungen sind schwach geblieben. Dabei muß man berücksichtigen, daß die subjektiven Interessen dieser Studenten nicht eindeutig sind: einerseits studieren sie, um durch das Prestige des akademischen Titels sozial zu avancieren, und zeigen deswegen Desinteresse und Distanz gegenüber der Universität; andererseits sind sie die »Ausgeschlossenen«, diejenigen, die nur subaltern das Privilegium genießen können. Die politische Initiative im Hinblick auf diese Gruppe sollte den Schein der sozialen Mobilität durchbrechen und ihre Interessen als Unterprivilegierte aktivieren.

Eine andere soziale Gruppe, die unmittelbar die Probleme der Schule miterlebt, sind die Lehrer. Eine besondere Schwierigkeit für die politische Arbeit entwächst in Italien dem unbestimmten und disqualifizierten beruflichen Status der Lehrer. Mangels einer auch nur annähernd adäquaten Ausbildung als Pädagogen, beherrschen sie kaum die Problematik ihrer Rolle. Eine breite Masse von Lehrern betrachtet diesen Beruf nur als Ausweicharbeit, Zwischenlösung oder Ausdruck des Versagens in anderen Berufen; besonders verheiratete Frauen verstehen ihre Arbeit nur als Mittel, das Familienbudget aufzubessern. Es handelt sich um eine sozial deutlich charakterisierte, aber politisch amorphe Schicht. Die wenigen Politisierten sind im Höchstfall Mitglieder von Parteien und kaum über ein bloß gewerkschaftliches Bewußtsein der Schulprobleme hinausgekommen. Deswegen wird der politische Reifeprozeß langsam sein. Ausgehend von der in der Schule durch die Studentenbewegung erzeugten Spannung, ver-

suchen trotzdem jetzt in einigen Städten junge Lehrer, eine politische Aktivierung nach dem Muster der Bewegung zustande zu bringen. Man arbeitet in zwei Richtungen: einmal werden Schülergruppen organisiert, die meistens an den Nachmittagen in der Schule selbst arbeiten (sie diskutieren vor allem didaktische Probleme, das Disziplinar-, Prüfungs-, und Notensystem); dadurch sollen die Lehrer selbst, außerhalb des repressiven Lehrbetriebs, in die Probleme der Schüler involviert werden; sodann versucht man, Gruppendiskussionen unter Lehrern zu organisieren. In Turin haben beispielsweise einige engagierte Lehrer ein politisches Dokument verfaßt, das die Bedeutung der Studentenbewegung für die Schulreform und die Konvergenz der Interessen von Schülern und Lehrern an der Emanzipation erklärt, und über das man jetzt eine Auseinandersetzung zu erreichen versucht. Auch in diesem Fall möchte man die immanenten Widersprüche der Lehrerrolle evident machen und daraus allgemeinere Konsequenzen für die Reform des Schulsystems und für eine Neudefinition der Lehrerrolle in der Gesellschaft ziehen.

In der letzten Zeit hat die Studentenbewegung Kontakte auch mit der Arbeiterklasse aufgenommen. Dazu drängen verschiedene Momente. Zunächst entspricht es nicht dem Selbstverständnis der Bewegung, sich selbst als neues revolutionäres Subjekt zu betrachten. Ihre Gesellschaftsanalyse hat die Studenten veranlaßt, das Hauptobjekt der Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft zu sehen. Während die Organisationen der Arbeiterklasse halbintegriert sind, sofern sie die Initiative der kapitalistischen Seite überlassen oder den Rahmen der ökonomischen Programmierung akzeptieren, schwankt die Arbeiterklasse selbst zwischen Apathie, die von der Konsumgesellschaft induziert und verstärkt wird, und Konfliktbereitschaft, die meistens unartikuliert und desorganisiert bleibt. Dem steht die Tatsache der fortschreitenden physischen und psychologischen Degradation, der Verkürzung der Arbeitsrhythmen und der Erhöhung des Leistungssolls gegenüber. Vor allem bei jungen Arbeitern staut sich ein Kampfpotential. Die Initiativen der Bewegung gegenüber der Arbeiterklasse bestehen bis heute hauptsächlich in der Beteiligung von Studenten an Picketing und Flugblätterverteilung vor den Toren der Fabriken, wo es auch zu Diskussionen und kleinen Versammlungen kommt. Solche Aktionen haben besonders im Fall von Streiks, wie neulich bei der FIAT in Turin, eine positive Wirkung. Unter den Arbeitern besteht ein relativ verbreitetes Interesse für die Kampfmethoden und Programme der Studentenbewegung. So schlagen sie manchmal selbst Treffpunkte vor, wo sie ohne Polizei- oder Gewerkschaftskontrolle mit den Studenten reden können. Zunächst geht es um Austausch von Erfahrungen und Problemen,

da die beiden Gruppen eine große soziale Distanz zu überwinden haben. Eine andere Form der Intervention entstammt dem Beispiel der Bürgerrechtsbewegung in den USA: sie besteht darin, den Kontakt mit der Arbeiterklasse nicht unmittelbar vor der Fabrik und aufgrund von Arbeitsproblemen zu suchen, sondern im Arbeiterviertel, in der Kneipe oder in der Familie selbst. Dieser Arbeitsweise liegt die Hypothese zugrunde, daß Repression und Unterprivilegierung den Arbeiter und seine Familie in einem weiteren sozialen Zusammenhang als dem der Fabrik betreffen, nämlich in der Konsumsphäre, in der Frage der Lebenskosten, der Mieten, der ärztlichen Betreuung, des Rechts auf Ausbildung etc. Dieser Ansatz hat den Vorteil, daß er eine Reihe von anti-institutionellen Themen enthält. Gegenwärtig wird er besonders in Rom und Mailand entwickelt.
Die Kontakte mit der Arbeiterklasse stellen sofort die Frage nach der Beziehung zu den Gewerkschaften und nach der Rolle der Splittergruppen. Im Moment gibt es ein Kontinuum, das von »diplomatischer« Zusammenarbeit bis zu direkter praktischer Kritik an den Gewerkschaften und von der Absorbierung der Splittergruppen durch die Bewegung bis zu deren Wettbewerb mit der Bewegung reicht. Die Gewerkschaften waren zunächst meist aufgeschlossen und begrüßten die Hilfe der Studenten bei Streiks; weichen aber die Parolen der Studenten von der offiziellen Linie ab, so werden die Funktionäre nervös; vereinzelt ist es auch zu Drohungen und Diffamierungen gekommen. In der Studentenbewegung ist die Diskussion darüber im Gang; wahrscheinlich werden sich verschiedene Aktionslinien bilden, da nicht alle Teile der Bewegung in der Kritik an den Gewerkschaften gleich weit gehen wollen. Ein offener Bruch scheint von niemandem befürwortet zu werden.
Diese politische Arbeit stellt die Bewegung oft vor neue organisatorische Probleme. Sie absorbiert die Energien der besten Leute, die dadurch für die notwendige Arbeit innerhalb der Universität ausfallen, und führt manchmal bis zur drohenden Spaltung der Bewegung: die Kontakte nach außen werden von einer Gruppe kontrolliert, während eine anders orientierte die Tätigkeit in der Hochschule monopolisiert. Da die Wurzeln der Bewegung in der studentischen Basis noch immer schwach sind, kann man sich eine solche Arbeitsteilung eigentlich nicht leisten. Das Problem steht auf der Tagesordnung, aber befriedigende Antworten sind noch nicht gefunden.
Bei den Versuchen, die Tätigkeit der Studentenbewegung über den Hochschulbereich hinaus zu erweitern, tauchen prinzipielle Probleme auf, über die die Bewegung sich bisher keine adäquate Rechenschaft gegeben hat. Ausgeblieben ist vor allem eine strategische Analyse, an Hand derer sich

Kriterien für eine weniger »spontane« Auswahl der politischen »Partner« ausarbeiten ließen. Aus guten Gründen hat die Studentenbewegung den Kontakt mit der Arbeiterklasse gesucht. Aber aus weniger guten Gründen hat sie den Kontakt mit anderen sozialen Gruppen vermieden oder die Planung von Aktionen gegenüber der allgemeinen oder spezialisierteren Öffentlichkeit – wie sie in den USA und in Deutschland üblich sind – vernachlässigt. Die weniger guten Gründe sind beispielsweise die mangelnde Bereitschaft der Splittergruppen, sich mit den neuen Aspekten in der Politik der Studentenbewegung zu befassen; die latente, oft auch bei den Führern anzutreffende Tendenz, zugunsten der unmittelbaren Aktion die Reflexion zu suspendieren; eine gewisse Verdrängung der Reflexion über die eigene Rolle im Zeichen eines stereotypisierten Begriffs von Politik; die politische Verklärung der Arbeiterklasse bei Splittergruppen und Studenten bürgerlicher Herkunft. Die Suche nach einem immanenten Zusammenhang zwischen der Politisierung als Student und der allgemeineren politischen Tätigkeit führt zu dem Problem der möglichen Politisierung der »kognitiven Rollen«, eben jener, welche die Studenten später im Berufsleben einnehmen werden: Techniker, Ingenieure, freie Berufe, Lehrer, Richter usw. In all diesen Fällen ist potentiell die Chance gegeben, durch politische Interpretation die institutionelle Rollendefinition zu sprengen und gegen das System zu kehren. Gerade das von oben delegierte Quentchen Macht, das solchen Rollen zufällt, würde sich dann nicht mehr nach unten (gegen Klienten und Untergebene) richten, sondern nach oben, gegen die vorgesetzten Instanzen. Um diese Rollensysteme hat sich die Studentenbewegung bis heute wenig gekümmert, was nicht nur subjektive, sondern auch objektive Gründe hat: eben weil Italien ein noch teilweise unterentwickeltes Land ist, haben sich kognitive Rollensysteme noch nicht so stark entfaltet wie z. B. in Deutschland. Das verdunkelt das Bewußtsein der Möglichkeit politischer Initiativen in dieser Richtung, einer Möglichkeit, die man nicht aus dem Auge verlieren sollte, zumal die politische Kooperation mit der Arbeiterklasse, nach einer akuten Phase, ihren Elan verlieren oder am Widerstand der offiziellen Organisationen scheitern könnte. Die Hauptwidersprüche des Systems drücken sich zwar vornehmlich durch die Arbeiterklasse aus, aber es hat vielleicht schwächere Stellen, die die Studentenbewegung treffen könnte, ohne ihre Kräfte unrealistisch zu überspannen.

5. Es ist nicht möglich, hier die Reaktionen der Institutionen auf die Studentenbewegung ausführlich darzustellen. Es seien also nur einige wichtige Punkte herausgehoben. Unter den Argumenten, die verschiedene In-

Goethe Institut Bibliothek

stitutionen (Presse, akademische Autoritäten, Regierungsparteien, konservative Öffentlichkeit) gegen die Bewegung vorgebracht haben, um sie wegzudiffamieren, ist eins besonders anschaulich: man sagte, daß die Bewegung nicht repräsentativ sei, da sich nur eine kleine Minderheit aktiv beteilige, deren »elitäre« Interessen denen der Masse der Studenten widersprächen; überdies sei die Umgehung der institutionell-legitimen Repräsentanzen unzulässig. Darauf konnten die Studenten leicht antworten, daß gerade die formale »parlamentarische« Repräsentanz in Frage gestellt ist, weil sie jede Legitimation verloren hat; daß die Apathie der Masse eben durch das praktisch kritisierte Schul- und Gesellschaftssystem erzeugt ist und nicht schon als bewußte Bedürfnisinterpretation angenommen werden kann, weil sonst die in Frage stehenden repressiven gesellschaftlichen Vermittlungen übersprungen würden; daß letztlich die Repräsentativität einer politischen Gruppe nur durch die Triftigkeit ihrer Analysen und Vorstellungen begründet ist. Mit diesem Argument der Autoritäten werden zugleich Ressentiments der Masse gegen die vermeintliche Elite geweckt, wobei die kapitalistisch-kontrollierte Presse sich besonders ausgezeichnet hat. Ein weiteres Argument gegen die Bewegung lautete, alle diese Unruhen seien das Produkt der Agitation einer kleinen außeruniversitären Gruppe. Polizei und Richter haben das wörtlich genommen und mehrmals den sogenannten Kopf der Bewegung abzuschneiden versucht. Dabei verkannte man gerade die spezifische Natur der Bewegung, die zwar oft um solche Kleingruppen zentriert ist, im wesentlichen aber von einer spontanen Dynamik lebt und in der Auseinandersetzung mit der Repression immer wieder neue Führer produziert. In keinem Fall hat die Festnahme oder die Neutralisierung der vermeintlichen Agitatoren die Bewegung bremsen können. Auffallend ist die Analogie zur Argumentation in Deutschland, wo die Virulenz der Bewegung Kommunisten, Roten oder gar »Chinesen« zugeschrieben wird: in beiden Fällen die banale Verschwörungstheorie einer auf die Polizei angewiesenen herrschenden Klasse.

Zu einer anderen Kategorie gehört die Reaktion der linken Parteien (KPI und PSIUP) auf die Ereignisse in der Universität. Ihre Haltung ist grundsätzlich ambivalent: einerseits billigen und begrüßen sie die Studentenrevolte, weil diese ihre oppositionelle Rolle zu legitimieren, ihr Programm der »demokratischen strukturellen Reformen« überzeugender zu machen scheint; andererseits neigen diese Parteien dazu, die Bewegung zu patronisieren, sie unter Kontrolle zu bringen und im Wahlkampf zu kassieren. Die begrüßenswerte Autonomie der Studenten gegenüber den Autoritäten sollte – ihrer Meinung nach – die führende Rolle der Oppositionsparteien

und deren Hegemonie über jede umwälzende Kraft anerkennen. Die linken Parteien schwanken also zwischen Unterstützung und Kooptation. Während die PSIUP sich als Partei der aktiven Studenten auszugeben versucht, beginnt die KPI schon die »Extremisten« in der Bewegung (d. h. die verschiedenen Splittergruppen der Neuen Linken) zu kritisieren. Die KPI hat in der Tat begriffen, daß die Kritik an der offiziellen Linken ein wichtiges Moment der Studentenbewegung ist, daß die Neue Linke von der Unfähigkeit der parlamentarischen Linken, das Konfliktpotential der Gesellschaft zu sammeln und zu organisieren, profitiert. Insgesamt versuchen diese Parteien, die Bewegung zu instrumentalisieren oder in für sie ungefährlichen Bahnen zu lenken. Das ist nicht leicht, schon deshalb nicht, weil, obwohl Kommunisten und Linkssozialisten (oft in kritischer Haltung gegenüber ihrer Partei) an der Bewegung teilnehmen, keine der Parteien irgendwelchen Einfluß auf sie ausüben kann. Ein Merkmal der heutigen Bewegung ist gerade ihre extreme Unabhängigkeit von den Parteien. Eine prinzipielle Auseinandersetzung zwischen der Bewegung und den Parteien über ihre gegenseitigen Beziehungen ist bis heute ausgeblieben; ein Grund dafür ist, daß im Moment kein Konsensus darüber innerhalb der Bewegung zu erreichen wäre.

6. Selbstverständlich gibt es keine authentische Interpretation über Sinn und politisches Ziel der Studentenbewegung; das Selbstverständnis variiert nicht nur von einer Universität zur anderen, sondern auch innerhalb jeder einzelnen. Man kann nur schematisch die Hauptalternativen rekonstruieren, die sich heute gegenüberstehen und die Strategie der Bewegung entscheidend mitbestimmen.

a) Es gibt zunächst zwei reduktive Interpretationen. Die eine sieht in der Bewegung nur eine Kraft und eine Chance, Störungen und Konflikte im System zu verschärfen; die Masse der sich politisierenden Studenten wäre dann, unter der Führung meist außeruniversitärer oder jedenfalls präexistierender Splittergruppen, gegen wechselnde Ziele gerichtet; die Provokation, und nicht nur die gewaltlose, wäre die zentrale Technik. In dieser Perspektive wird der Studentenbewegung kein politisch autonomer Inhalt zuerkannt, der Kampf in der Universität scheint nur ein Zeitverlust, ein Rückzugsgefecht oder eine korporative und elitäre Angelegenheit zu sein, soweit er mehr als Störung des Betriebs ist. Die zweite Interpretation ist weniger krude; sie anerkennt, zumindest anfangs, eine gewisse Autonomie der politischen Erfahrung in der Hochschule, insofern diese als politische Schulung nützlich ist. Sie betrachtet aber die Bewegung vornehmlich unter dem Gesichtspunkt der Ausbildung von »Kadern«, die

so bald wie möglich außerhalb der Universität eingesetzt werden sollten, vor allem für die politische Arbeit mit der Arbeiterklasse. Diese beiden instrumentellen Interpretationen kommen in der Regel aus den Minderheitsgruppen, die mit einer schon festgelegten politischen Linie der Bewegung beitreten. Diese Positionen sind heute minoritär und in gewisser Hinsicht durch die Fakten selbst widerlegt: die Studentenbewegung hat sich schon überuniversitäre Ziele gesetzt und sich als mehr als eine bloße Kaderschule erwiesen.

b) Bezeichnet man diese beiden Interpretationen als »extremistisch«, so ist die dritte eine restriktive und gemäßigte Deutung der Bewegung als bloße Hochschulreformbewegung, der keine politische Rolle außerhalb der Universität zugebilligt wird: ihr politisches Potential solle den schon vorhandenen politischen Organisationen zugeführt werden. Auch diese Position ist minoritär und konnte sich nur selten behaupten. Doch gerade in dem Maß, in dem die Bewegung sich mit außeruniversitären Problemen beschäftigt, wächst die Gefahr, daß diese Gruppe die Hochschulproblematik monopolisiert (eine solche Situation zeichnet sich jetzt in Rom ab).

c) Unter den Mehrheits-Interpretationen findet man wieder zwei Positionen, die »linksgemäßigte« und die »linksradikale«. In vielen Fällen basiert die Bewegung auf einer Koalition beider Tendenzen. Die erste, meist durch Linksliberale, Linkskatholiken und Sozialisten unterstützt, möchte die Studentenbewegung für eine antirepressive, nicht technokratische Reform der Universität benutzen, darüberhinaus als Instrument einer konstruktiven Kritik der Gesellschaft. Sie verneint die außeruniversitäre Rolle der Bewegung nicht und setzt ihr keine inhaltlichen Grenzen; sie hält die Initiativen nach außen – auch gegenüber der Arbeiterklasse – für durchaus legitim und ist bereit, dabei mit den »Radikalen« zusammenzugehen. Die eigentliche Differenz besteht in den strategischen Zielen: die »Linksgemäßigten« schließen die Umwälzung der Gesellschaft aus – eine Differenz, die die Beziehungen der beiden Gruppen gelegentlich an den Rand einer Krise gebracht hat. Doch beide scheinen von der heutigen Notwendigkeit der Allianz und der Vermeidung einer Spaltung aus bloß ideologischen Motiven überzeugt zu sein.

Die »linksradikale« Interpretation möchte nicht der Studentenbewegung als solcher eine revolutionäre Rolle zuschreiben, als ob sie das neue Subjekt umwälzender Praxis wäre. »Linksradikal« ist vielmehr die – besonders in Turin und Rom vertretene – Position, welche die Politik der Bewegung als nicht reduzierbar auf die politischen Dimensionen der Parteipolitik oder auch der Minderheitsgruppenpolitik betrachtet. Der Begriff von Autonomie enthält in dieser Auffassung das Moment sowohl der Un-

abhängigkeit gegenüber dem offiziellen akademischen Leben als auch der Selbstbestimmung gegenüber schon vorhandenen politischen Organisationen. Die Bewegung agiert dieser Deutung zufolge zwar in erster Person ohne weitere institutionelle Vermittlung, stellt sich aber den anderen Gruppen oder Organisationen nicht als das neue führende Subjekt vor. Sie möchte vielmehr die Methoden, die Erfahrungen, die Kräfte der politisierten Studenten in den Dienst von anderen unterdrückten und heute noch politisch sprachlosen sozialen Gruppen stellen. Ihre Rolle wäre es, Konfliktpotential und Kampfbereitschaft zu einem Zeitpunkt zu reaktivieren, da Parteien und Gewerkschaften sie bloß kontrollieren, ein neues Vertrauen in die Chance der kollektiven, selbsttätigen Aktion zu wecken, politisch noch unartikulierte Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Die Studentenbewegung wäre nur der Zünder, der institutionelle und kulturelle Widerstände bricht, die das Bewußtwerden sozialer Probleme verhindern.

Die Bewegung entwickelt sich heute zwischen alternativen Handlungslinien, die widersprüchliche, oft aber auch komplementäre Erfordernisse ausdrücken. So werden Dilemmas wie das ihrer Rolle als Modernisierungs- oder Störungsfaktor in der Universität, der Erweiterung der studentischen Basis oder der Radikalisierung und möglichen Spaltung der Bewegung, der Manipulation der Studentenversammlung von oben oder ihrer »spontaneren« – manchmal irrationalen – Entfaltung, der Wahl zwischen Legalität und Illegalität, Gewalt und Gewaltlosigkeit (praktisch gab es beides) jeweils auf pragmatische Weise gelöst. Diese Dilemmas aber bergen Versuchungen und Risiken für die Studentenbewegung, die politisch folgenreich sein können: das Risiko des »Abenteurertums« (»avventurismo«) und des verbalen Extremismus, also einer abstrakt-radikalen Ideologisierung als Ersatzbefriedigung, und das Risiko des Opportunismus und des Reformismus, die einer Negation der eigentlichen Motive der Bewegung gleichkämen. Viel spezifischere Schwächen gründen in der Natur der sozialen Basis der Bewegung selbst: der Status Student ist vergänglich; viele können es sich nicht erlauben, zugunsten der politischen Tätigkeit das Studium zu suspendieren oder abzubrechen; die Dynamik der Bewegung ist oft zeitraubend und belastend, die Organisation fast überall noch spontan und muß immer wieder neu aufgebaut werden. Aber sie hat in den letzten Monaten eine Stufe erreicht, auf der eine Auflösung oder ein längeres Abebben sehr unwahrscheinlich ist.

Anmerkungen

1 L. Bobbio, »Le lotte nell' università: l'esempio di Torino«, *Quaderni Piacentini*, n. 30, 1967.

2 G. Viale, »Contro l'università«, *Quaderni Piacentini*, n. 33, 1968.

3 und 4 Eine signifikante Erfahrung ist in diesem Zusammenhang während der November-Dezember-Okkupation der humanistischen Fakultäten in Turin gemacht worden.

Aus der Notwendigkeit, die Studenten während der Okkupation vernünftig zu beschäftigen, wurden sie in Diskussionsgruppen aufgeteilt. Anfangs tauchten als Objekte der Diskussion entweder noch an einem traditionell verstandenen Studium orientierte Themen oder unmittelbar politische auf, von denen man sich einen raschen Politisierungseffekt erwartete. Die Erfahrung zeigte sehr bald, daß beides inadäquat und – gemessen an den realen Problemen der Bewegung – unpolitisch war. So setzte sich langsam die Einsicht durch, daß zunächst die unmittelbaren Probleme der Mitglieder selbst Objekt der kollektiven Diskussion sein sollten. Damit wurde ein Prozeß der Identitätsveränderung in Gang gesetzt, der zunächst die individuelle und kollektive Unsicherheit steigerte. Da aber das Bewußtsein einer politisch relevanten Erfahrung immer vorhanden war, lag es auf der Hand, Unsicherheit und Konflikte in Argumente für die eigene Politisierung umzusetzen. Das Resultat war in den besten Fällen auf individueller Ebene eine relative Befreiung aus internalisierten Zwängen und zugleich eine artikuliertere Politisierung, die von dem Bewußtsein des Zusammenhangs zwischen persönlichen und kollektiven Problemen ausging. Die Hauptelemente der Situation waren: a) die Okkupation hatte die akademischen Autoritäten vorläufig aus der Universität eliminiert, somit war der geschriebene und ungeschriebene repressive Verhaltenskodex außer Geltung gesetzt worden; in dieser relativ herrschaftsfreien Sphäre hatten die Studenten – die erstmals eine solche Erweiterung des eigenen Wirkungsraumes in einer Kampfsituation erlebten – ein gewisses Omnipotenzgefühl; b) die Lage war trotzdem prekär, weil man wußte, daß die Okkupation nicht unendlich sein würde, – draußen stand die Polizei als Mahnung an die zu erwartenden gesellschaftlichen Sanktionen. Man handelte in einem institutionell nicht gesicherten Raum und in einer Situation von äußerster Status-Unsicherheit. Dennoch stammte die unterschwellige Angst weniger aus der drohenden äußeren Gewaltanwendung als aus dem unglücklichen Bewußtsein, daß die in Gang gesetzten Reflexionsprozesse in gewisser Hinsicht ein Privileg von kurzer Dauer sein würden; c) die kollektive Diskussion erlaubte eine bis dahin von den meisten noch nicht erlebte Artikulation einer persönlich und politisch bedeutenden Problematik; es gab emanzipatorische Gruppenprozesse im Verein mit dem Bewußtsein der Notwendigkeit des eigenen politischen Engagements. In den besten Momenten traten sie in der neuerworbenen Fähigkeit zutage, komplexe Zusammenhänge verbal zu artikulieren: gegen die bis dahin internalisierte, durch Familie und Schule geforderte Unterdrückung der Reflexionsfähigkeit. Man hatte in nuce eine Kulturrevolution erlebt. Man darf natürlich diese Erfahrung nicht verklären, da es sich mehr um Indizien als um vollendete Tatsachen handelte. Trotzdem schien es wichtig, ihre Modellbedeutung auch für den neuen Begriff von Politik in der Studentenbewegung festzuhalten.

Dossier 1: Studenten in Prag

Die Studenten in Prag und in der ganzen ČSSR waren bislang ohne eigene Organisation; ihre Vertreter waren in örtlichen Hochschulausschüssen organisiert und unterstanden dem hierarchisch und autoritär gelenkten Jugendverband (ČSM) beziehungsweise dem Zentralausschuß des Jugendverbands (UV ČSM).
Dem Jugendverband, dessen Mitgliederzahl in den letzten Jahren erheblich gesunken war, was nicht eben für seine Attraktivität spricht, und der nurmehr zu 26% aus Jugendlichen zwischen 15 und 26 Jahren bestand, hatten die Studenten bereits lange vor den Demonstrationen vom 31. Oktober 1967 Reformen organisatorischer Art vorgeschlagen, jedoch immer wieder ohne Erfolg. Die radikalen Studenten strebten eine eigene Studentenorganisation an, die dem UV ČSM nicht mehr direkt unterstehen, sondern mit ihm auf der Basis einer Föderation verbunden sein sollte. Jan Kavan, einer der Studentenvertreter im Prager Hochschulausschuß, schildert die Differenzen zwischen den Studenten und dem Jugendverband in einem Artikel, der im März 1968 in der Studentenzeitschrift Student *unter dem Titel* David und Goliath *erscheinen konnte.*

Es ist schwer, die ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem VOV ČSM und dem UV ČSM genau zu datieren; lange Zeit waren es eher Meinungsverschiedenheiten zwischen den radikalen Studenten und den höheren Verbandsorganen. Schon im Jahre 1963 formierten sich an einigen Prager Fakultäten Gruppen radikaler Studenten, die einen Raum für das eigene politische Engagement suchten. Später begannen diese Gruppen zusammenzuarbeiten; vor allem verbanden sich die Studenten der Techn. Hochschule mit der sog. Gruppe X von der FTJF, dem *Klikoziv (Clique der oppositionellen Elemente)* der Philosophischen, Juristischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät, wodurch die sogenannte *Gruppe der Fünf* entstand. Die Bestrebungen, den ČSM zu beleben, aus ČSM eine wirkliche Jugendorganisation zu machen, die die wahren Interessen ihrer Mitglieder vertreten würde, war charakteristisch für die studentische Bewegung der damaligen Zeit. [. . .]

Viele der radikalen Studenten hörten mit der Zeit auf, den VOV von außen zu kritisieren, sondern versuchten, den VOV von innen heraus zu ändern, um schließlich die Studenten aller Prager Fakultäten durch den VOV zu einigen. Im Jahre 1965 hatte die Gruppe der Radikalen schon beachtlichen Einfluß im VOV. Zu seinen Mitgliedern gehörte auch Jiří Müller, der später vor allem durch sein Auftreten auf der Gesamtstaatlichen Konferenz der Studenten im Dezember 65 bekannt wurde, wo er einen Beitrag verlas, der die Föderation des ČSM vorschlug.

Die Konferenz beschloß, eine Arbeitskommission zu bilden (später bürgerte sich der Name *Kommission der Elf* ein), die Entwürfe beurteilen und ausarbeiten sollte, die vornehmlich von Jiří Müller und Oskar Novotný aus Preßburg eingebracht wurden.

Auf der andern Seite wurde der Beitrag von Jiří Müller unzählige Male von jenen Menschen zitiert, die aus verschiedenen Gründen beweisen wollten, daß J. Müller und seine Freunde den ČSM in eine gewisse oppositionelle Partei umwandeln möchten. Leider mußten wir, und zwar sehr oft und ohne Erfolg, über den Inhalt des Begriffs Opposition diskutieren. Der Gedanke des Föderalismus wurde unter den Studenten jedoch immer populärer, die Vorstellung eigener Hochschulorgane lockte.

Der Zentralausschuß des ČSM und die Parteiorgane reagierten aber auf den Gedanken eines föderierten Verbandes mehr als gereizt. Es ist typisch für den UV ČSM, daß er jeden Vorschlag zur Reform des Jugendverbandes als einen Angriff auf sich selbst sieht, und deshalb nutzte er seine Machtstellung und überschwemmte Presse, Funk und Fernsehen mit langen Erklärungen über die Einigkeit der Jugend, die unberührbar und geheiligt sei und die niemand entehren dürfe. Die Tatsache, daß es im Jugendverband in Wirklichkeit überhaupt keine Einigkeit, weder ideelle noch organisatorische, gibt, interessierte die Verbandsorgane nicht. Die Anhänger der Föderation wurden unter Druck gesetzt; sie sollten aufhören, diesen vernichtenden Gedanken zu propagieren, und schon das Aussprechen dieses Wortes wurde beinahe für eine partei- und staatsfeindliche Tat gehalten.

Allen leeren Worten über die Notwendigkeit der Einigkeit zum Trotz, trotz allen flammenden Aufforderungen zur Aktivität nehme ich an, daß es gerade die wirklich aktive Einigkeit der Jugend ist, die vorher nicht genehmigte Aktivität von unten her, Engagement als Ergebnis selbständigen Denkens, die dem UV ČSM am meisten wider den Strich gehen.

Im Laufe des Jahres 1966 wurden die Studenten immer radikaler. Als am 25. November ein neuer VOV ČSM gewählt wurde, hatten die Radikalen schon eine beachtliche Mehrheit.

Am 30. November reichte ein Teil der Kommission 11 seine Vorschläge zur Änderung des Programms und der Struktur des Verbandes dem UV ČSM ein. Mit Spannung wurden die Reaktionen des UV oder seines Hochschulrats zu diesen Vorschlägen erwartet. Am 22. Dezember 1966 wurde Jiří Müller dann ganz plötzlich aus dem Jugendverband ausgeschlossen. Einen Tag später wurde er auch vom Studium an der FSI ČVUT ausgeschlossen. Vier Tage später erhielt er den Einberufungsbefehl. Jiří legte sofort Berufung ein. Die gesetzliche Frist für Berufung und Erledigung der Berufung beträgt insgesamt 28 Tage, aber Frist hin, Frist her – J. Müller mußte am 5. Januar 1967 seine militärische Grundausbildung antreten.

Ich weiß bis heute nicht, wer auf die Idee gekommen war, J. Müller zu relegieren, aber ein besonders kluger Politiker war es auf keinen Fall. Es war klar, daß dieser Schachzug die ganze studentische Bewegung lahmlegen sollte. Aber der »Fall Müller« erwies sich als Bumerang. Heute kennen wir die Empörung der Studenten, die Protestbriefe, die der UV ČSM von den Fakultäten bekam, die leidenschaftlichen Polemiken mit Jindřich Poledník bei den Plenarsitzungen der Fakultäten, die schrittweise Rehabilitierung der inkriminierten Gedanken [. . .].

Lubomír Holeček, ein Freund von J. Müller, wurde zu seinem besten Verteidiger. Da J. Müller Prag verlassen mußte und sich selbst nicht verteidigen konnte, erhielt Lubomír Holeček von ihm eine Vollmacht und das Recht, ihn bei allen Verhandlungen zu vertreten. Nach der Ablehnung der Berufung Jiří Müllers, die vom rechtlichen Standpunkt nicht gerade eindeutig ist, und nachdem auch der UV ČSM die Entscheidung bestätigt hatte, gab Lubomír Holeček sein Studium auf und engagierte sich ganz im »Fall Müller«, zum anderen in der Vorbereitung auf den V. Kongreß des ČSM. Auf dem Kongreß legte er dann Vorschläge vor, an denen er lange mit Jiří gearbeitet hatte. Am 25. August wurde er zum Wehrdienst einberufen. Am 26. September wurde er relegiert. Nachträglich erfuhr er zu seiner Überraschung, daß er selbst um seine Einberufung gebeten haben soll. Die Umstände seiner Einberufung zum Wehrdienst sind reichlich unklar, aber sie deuten auf den Eingriff einer »höheren Macht« hin.

Ich kann mich nicht erinnern, daß es seither, auch nur für einen Augenblick, jemals wieder Einigkeit zwischen dem VOV ČSM und den höheren Verbandsorganen gegeben hätte. Wir hatten aufgehört zu glauben, der UV würde je auf unsere Vorschläge eingehen. Die Wirklichkeit gab uns bald recht. Auf der anderen Seite aktivierte der »Fall Müller« die Studenten, er politisierte sie. Die empörten Studenten fingen an, sich für das

Schicksal von Jiří zu interessieren, für die tatsächlichen Ursachen seines Ausschlusses, für seine Gedanken und Vorschläge. Die VOV-Mitglieder informierten die Plenarsitzungen der Fakultäten über das Material der Kommission 11, dessen Diskussion der UV immer noch hinausschob und das er – im Widerspruch zum Beschluß der Gesamtstaatlichen Konferenz – vor den Hochschulorganisationen der Fakultäten geheimhielt. Der UV blockierte dadurch die vorbereitenden Diskussionen zum V. Kongreß.

Ein Flugblatt der Studenten: *So ist die Praxis!*

Auf der Pressekonferenz über die Vorbereitung des V. Kongresses des ČSM sagte der Vorsitzende des UV, M. Zavadil, auf die Frage nach den Ergebnissen der Vor-Kongreß-Diskussion auf den Hochschulen:
– Unsere Materialien wurden dort unterschiedlich aufgenommen. Ihre Sprache entspricht angeblich nicht der Mentalität der Jungen. Mit dem Inhalt war der Großteil der Hochschulausschüsse einverstanden, nur der Prager Ausschuß hat ihn abgelehnt. Der lehnt alles ab. Einige Prager Fakultäten äußerten sich positiv, so zum Beispiel die Hochschule für Landwirtschaft. Über die bei uns eingegangenen sachlichen Anmerkungen haben wir verhandelt, den Brief des VOV ČSM Prag, der eine Häufung von Angriffen auf den UV war, haben wir abgelegt.
Warum hat der UV ČSM den Beschluß der I. Gesamtstaatlichen Konferenz der Hochschulstudenten verletzt und statt einer Konferenz der Studenten nur eine Versammlung der Hochschulfunktionäre einberufen?
– Es ist Sache des UV zu beurteilen, was in der augenblicklichen Situation von Vorteil ist, welches Programm abgesteckt wird, und was und wann einberufen wird. Ich glaube, der UV gab die Gelegenheit, sich zu den Materialien des Kongresses zu äußern, über sie zu beraten, und damit hat er den Beschluß der I. Gesamtstaatlichen Konferenz erfüllt.
Wird der endgültige Wortlaut des Statuten-Entwurfes veröffentlicht?
– Nein. Das ist Sache des Kongresses. Die Delegierten erhalten ihn bei Beginn der Verhandlungen.
Wird die Kandidatenliste des neuen UV ČSM veröffentlicht?
– Nein.
Warum?
– So ist die Praxis.

j[an] k[avan]

In seinem Artikel David und Goliath *zieht J. Kavan Zwischenbilanz:*

Die lange Zeit der Versuche, den ČSM zu reformieren, ging zu Ende. Eine Zeit, deren Bilanz unerfreulich ist: ein Meer von Kräften, Energie und Stunden, ein paar angegriffene Nervensysteme, einige Parteiprozesse, zwei Kollegen beim Wehrdienst. Auf der anderen Waagschale liegen Erfahrung und ein Stoß Papier: Zeugnisse eines ehrlichen und vergeblichen Kampfes. Nach den Ferien und den langen und peinlichen Streitereien mit dem UV ČSM konstituiert der VOV ČSM den *Akademischen Klub der Freunde der Kunst* als eine Grundorganisation des ČSM. Beim augenblicklichen Stand des Vereinsrechts ist es beinahe die einzige Möglichkeit, eine Art von studentischem Verein ins Leben zu rufen. Selbstverständlich war das nur eine zeitlich begrenzte und unvollkommene Form.

In dieser gespannten Situation, die der IV. Kongreß des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes, d. h. die harte Reaktion der Partei auf den Ruf nach Demokratisierung im Lande nicht eben entschärft hatte, kam es am 31. Oktober zu der Protestkundgebung der Studenten gegen die untragbaren Verhältnisse in den Wohnheimen am Strahov.
Da die Presse diese Kundgebung entweder verschwieg oder in einer Weise darüber schrieb, die den Vorstellungen der Studenten von Objektivität widersprach, gab das Präsidium des VOV, das unmittelbar nach den Zwischenfällen am 2. November zusammengetreten war, ein Informationsbulletin heraus, das die Öffentlichkeit mit der Version der Studenten bekanntmachen sollte. Dieses Bulletin, das allerdings erst vom 24. November datiert, besteht aus 13 Schreibmaschinenseiten und enthält 1. einen Bericht über die Demonstration aus studentischer Sicht, 2. die Beschlüsse des VOV-Präsidiums über das weitere Vorgehen der Studentenvertreter zur Durchsetzung ihrer Forderungen (sie wurden vom Plenum des VOV am 21. 11. bestätigt) und 3. Auszüge aus den Resolutionen, die von den verschiedenen Fakultätsausschüssen der Prager Hochschulen angenommen worden waren.

Bericht über die Ereignisse vom 31. 10. 1967,
erarbeitet aufgrund von Zeugenaussagen unmittelbar Beteiligter

Am 31. 10. 1967 gegen 20.30 Uhr ging im ganzen Areal [der Studentenwohnheime am Strahov] wiederum das Licht aus. Wie in den vorangegangenen Fällen begann sich aus allen Blocks Lärm zu erheben. Zu dieser Zeit fand auch die Plenarsitzung des KRAS statt, bei der auch die

unhaltbare Situation verhandelt wurde. Von der elementaren Aktion der Studenten erfuhren die Sitzungsteilnehmer erst am Schluß der Verhandlung, gegen 23.15 Uhr.
Nach einer Meldung des Verwalters der Nordtribüne erschien im Studentenheim 4/5 ein VB-Angehöriger, um die Ursache des Lärms festzustellen. Durch Vermittlung der Pförtnerin informierte er seinen Vorgesetzten über den tatsächlichen Sachverhalt.
Aus einigen Blocks kamen Studenten mit Kerzen in Händen und formierten sich zu einem Zug um den betonierten Platz herum. Diese Gruppe, zu der immer neue Studenten stießen, ging einige Male um den ganzen Platz. Dann schlug die etwa tausendköpfige Menge die Richtung auf Dlabačov ein. Unaufhörlich wurde gerufen: »Wir wollen Licht! Wir wollen studieren!« Der Zug bewegte sich durch den Uvoz in die Nerudagasse. Etwa in der Mitte der Nerudagasse passierte ein VB-Fahrzeug in Richtung Pohořelec, und zwar unbehindert. Unaufhörlich riefen die Studenten: »Wir wollen Licht! Wir wollen studieren!« Beim Eintritt in den oberen Teil des Kleinstädter Rings wurde die Menge von einem VB-Angehörigen angehalten. Daraufhin versuchten die Menschen, durch die Nerudagasse in den unteren Teil des Kleinstädter Rings zu gelangen. Hier war die Straße von denVB-Fahrzeugen versperrt, und die Verhandlungen mit den VB-Angehörigen begannen. Sie schlugen vor, Vertreter der Studenten zu den zuständigen Stellen zu fahren. Es war unmöglich, die Masse der Studenten ohne technische Hilfsmittel, nur durch mündliche Aufforderung, zum Weggehen zu bewegen.
Inzwischen kamen weitere VB-Fahrzeuge dazu, und sofort wurde damit begonnen, die Menge energisch abzudrängen. Zunächst war die Menge so dicht, daß die Studenten in den vordersten Reihen keine Möglichkeit hatten zurückzutreten, und die heranfahrenden Fahrzeuge deshalb mit den Händen aufzuhalten versuchten. In dieser Situation machten die VB-Angehörigen zum erstenmal Gebrauch von Schlagstöcken.
Nach einer Auflockerung der Menge fuhren die Fahrzeuge mit erhöhter Geschwindigkeit durch die zurückweichende Menge. Durch die Fenster der Fahrzeuge hindurch schlugen die VB-Angehörigen auf die nicht schnell genug zurückweichenden Studenten ein und versprühten Tränengas. Nicht motorisierte VB-Angehörige gingen hinter den Fahrzeugen des VB einher und jagten die Studenten auf die Gehsteige. Einige von ihnen begleiteten die Knüppelschläge mit den Worten: »Da hast du dein Licht!« und vulgären Ausdrücken, die unter den Studenten Äußerungen des Unwillens hervorriefen. Auch nach den Aussagen einiger Bürger in Uvoz wurde immer die Parole laut: »Wir wollen Licht! Wir wollen studieren!«

Über Dlabačov fuhren die VB-Wagen ständig mit erhöhter Geschwindigkeit an den Gehsteigen entlang, auf denen die Studenten zurück zum Areal gingen. Tränengas wurde immer noch aus den Wagenfenstern gesprüht. Einige Studenten wurden ins Gebüsch oberhalb des Gehsteiges gedrängt, wo sie mit Fußtritten und Knüppelschlägen traktiert wurden. Unter den zurückkehrenden Studenten war auch eine große Anzahl von Mädchen; auch sie blieben von den Knüppelschlägen nicht verschont.
Die Studenten wurden in den Raum des Areals hineingedrängt. Zu diesem Zeitpunkt stellten sie fest, daß sich in den VB-Fahrzeugen einige festgehaltene Studenten befanden. Sie sammelten sich also wieder – am Ausgang des Areals – und forderten mit dem Ruf: »Laßt sie los!« die Freigabe der festgehaltenen Kollegen.
In dieser Phase versuchte der Kommandant des KRAS-Ordnungsdienstes, sich mit den VB-Angehörigen zu einigen. Es dauerte eine ganze Zeit, bis sie ihn endlich anhörten, dann wurde einer von ihnen als Kommandant bezeichnet. Mit ihm versuchte der Vertreter der Selbstverwaltung die gespannte Situation zu entschärfen. Nach längerer Verhandlung versprach der Kommandant der Einheit, die festgehaltenen Studenten würden freigelassen und mit VB-Wagen nach Dlabačov gebracht. Nach längerem Hin und Her, in dessen Verlauf sich einige VB-Angehörige den versammelten Studenten näherten und ihnen mit den Schlagstöcken drohten, wurden die festgehaltenen Studenten freigelassen. Die Menge ging also auseinander. Nach erneuten Rufen, ein Student werde immer noch festgehalten, kam die Menge wieder zusammen und folgte den sich entfernenden VB-Fahrzeugen. In der Kurve vor den Armee-Garagen war die Straße mit VB-Fahrzeugen versperrt. Die Studenten blieben stehen und forderten in Sprechchören die Freilassung des letzten Kollegen.
In diesem Augenblick kam VB-Verstärkung in zwei Lastwagen an und griff ohne jegliche Vorwarnung ein. Nach dem Zusammenstoß zogen sich die VB-Angehörigen zurück, und in der so entstandenen Lücke blieb ein Student liegen. Über sein Gesicht floß Blut. Danach setzten sich einige Studenten auf den Bordstein. Die VB-Angehörigen griffen erneut an, sie schlugen und traten die Studenten. Die übrigen flüchtenden Studenten wurden hart verfolgt. Die Angriffe richteten sich wiederum mit gleicher Vehemenz gegen Studenten wie auch Studentinnen.
Der Student, der sich über den auf dem Boden liegenden Kollegen beugte, wurde an der Schulter gepackt, und als er sich umdrehte, bekam er einen Knüppelschlag ins Gesicht, wobei er einen Nasenbeinbruch erlitt. Ähnlich harte Angriffe (Schläge und Fußtritte für am Boden liegende Menschen) können in vielen anderen Fällen bezeugt werden.

In dem schmalen Durchgang über den ausgehobenen Graben am Eingang zum Areal kam es zu einer Stauung. Einige Studenten von der anderen Grabenseite warfen Steine auf die VB-Angehörigen.
Die Studenten flüchteten vor den Schlägen in die einzelnen Blocks, und in den Türen kam es zum Gedränge. Die Glastür wurde eingedrückt, und es gab weitere Verletzungen am zersplitterten Glas. Diejenigen Studenten, die draußengeblieben waren, wurden weiterhin von den VB-Angehörigen verfolgt. Einige erhielten Schläge auf den Hinterkopf. Es kam auch vor, daß bewußtlos am Boden liegende Studenten Fußtritte bekamen. Auch diejenigen Studenten (ausländische nicht ausgenommen) wurden geschlagen, die vergebens zu erklären versuchten, sie hätten sich überhaupt nicht beteiligt; solche Erklärungen wurden von den VB-Angehörigen ungehörig kommentiert. Die ganze Aktion zeichnete sich oft durch reichlich vulgäre Angriffe auf die Studenten aus. Kleine Gruppen der VB-Angehörigen drangen auch in einige Blocks ein, wo sie in den Treppenhäusern mit Gummiknüppeln auf Studenten einschlugen und Tränengas versprühten. In vielen Fällen versuchten die VB-Angehörigen in die Zimmer einzudringen, andere verlangten nach Licht, weil sie annahmen, das Licht sei nur deshalb abgeschaltet worden, um ihnen ihre Tätigkeit zu erschweren. Ein Student wurde von einigen VB-Angehörigen aus dem Block herausgeschleppt und unterwegs als Anführer bezeichnet. Obwohl er beteuerte, er würde freiwillig mitkommen, wurde unablässig auf ihn eingeschlagen. Draußen schlugen ihn etwa 12 VB-Angehörige bewußtlos. Ein anderer Student wurde von den VB-Angehörigen mit den Worten angehalten »Auf dich hab ichs von Anfang an abgesehen, du Schwein!« Diesem Studenten wurde der Arm auf dem Rücken verdreht, und zwei VB-Angehörige schlugen ihn auf dem ganzen Weg bis zum Wagen, obwohl auch er beteuerte, er würde freiwillig überall hin mit gehen. Man drang auch in die Blocks der Mädchen ein, wo auf die Studentinnen eingeschlagen und Tränengas versprüht wurde. Die Studenten reagierten auf alle diese brutalen Angriffe der VB-Angehörigen mit spontanen Ausrufen des Unwillens.
Gegen Mitternacht war der Platz zwischen den Blocks unter Kontrolle des VB. Einige VB-Angehörige griffen Studenten an, die aus der Stadt in ihre Blocks zurückkehrten. Gegen 1.00 Uhr herrschte wieder Ruhe.

Aufgrund der Informationen, die ihm zur Verfügung stehen, kam der KRAS zu folgenden Schlüssen:

1. Technisch war es unmöglich, daß 1500 Menschen in der schmalen Nerudagasse sofort umkehrten und schnellstens wieder zum Strahov

zurückkehrten, besonders da keine Sprechanlagen (Megafone, Funkwagen) eingesetzt wurden.
2. Wir nehmen an, daß die von den VB-Angehörigen angewandten Methoden nicht der wirklichen Schuld der Studenten entsprechen.
3. Für das Verschulden der Studenten halten wir ihre unangemeldete Versammlung, die Störung der Nachtruhe, Verkehrsbehinderung in der Nerudagasse.

Wir betonen, daß das einzige Bestreben der Studenten war, die unhaltbare Situation in den Studentenheimen zu verbessern, und daß es zu dieser Aktion erst kam, nachdem alle üblichen Mittel, Abhilfe zu schaffen, sich als wirkungslos erwiesen hatten.

Wir stellen fest, daß die Berichte in der Presse die Öffentlichkeit keineswegs von dem tatsächlichen Verlauf der Ereignisse informierten.

Mit Rücksicht auf die Tatsachen halten wir eine öffentliche Aufklärung über das Vorgehen der VB-Angehörigen für erforderlich.

Die Beschlüsse über das weitere Vorgehen der Studenten im Zusammenhang mit den Demonstrationen vom 31. Oktober stellen kein politisches Maximalprogramm, sondern ein sehr detailliertes Aktionsprogramm der Studenten dar, denen bei der Ausarbeitung dieses Programms die Erfahrungen aus ihrer bisherigen Arbeit mit oder gegen den Jugendverband und andere Institutionen zweifellos zugute kamen. Die Umsicht und die Gründlichkeit, mit der die Studenten bei der Aufstellung ihres Aktionsplans vorgingen, zeigt, daß die Studenten im Fall Strahov ein Exempel statuieren wollten und die Ereignisse, wie es in einer ihrer Resolutionen heißt, als Ergebnis der ungesunden Atmosphäre im Staat, als Resultat der politischen und ökonomischen Gesamtsituation begriffen. Dennoch spielen die Forderungen der Radikalen nach studentischer Selbstverwaltung und nach Lösung vom Jugendverband in dem Aktionsprogramm eine eher untergeordnete Rolle, was angesichts der gespannten Lage verständlich ist, keineswegs jedoch auch die Billigung aller Mitglieder des VOV fand. Daß sich auch unter den Studenten im Falle Strahov die Geister schieden, zeigt der Diskussionsbeitrag Karel Kovandas (s. u.), der beispielsweise den Rat der Studentenheime (KRAS) kritisiert, weil für dieses Gremium die ganze Angelegenheit mehr eine Frage der technischen Mängel und elektrischen Kabel blieb.

Das Präsidium des VOV ČSM kam zusammen mit den Repräsentanten des FV ČSM und den Studentenheim-Räten [am 2. 11. 1967 bzw. am 3. 11.] zu folgenden Beschlüssen:

Ursachen der Demonstration

- Im vollen Umfange müssen die Ursachen erforscht werden sowie die verantwortlichen Verursacher der wirtschaftlichen Mängel, die die eigentliche Ursache der Strahov-Ereignisse waren. Die breite Öffentlichkeit muß mit den Ergebnissen bekannt gemacht werden. [. . .]

Einstellung zur VB

- Es müssen strenge Konsequenzen gegenüber all denjenigen gezogen werden, die im Rahmen dieser Ereignisse ihre Vollmachten überschritten haben, gleichgültig, ob es sich um Studenten oder um VB-Angehörige handelt.
- Die Bemühungen des KRAS sind zu unterstützen, eine Zusammenkunft der am Strahov wohnenden Studenten mit den VB-Repräsentativen herbeizuführen, und bei dieser Zusammenkunft die Beschlüsse der ganzen Aktion zu verhandeln.
- Bis zum 16. 11. 1967 ist das Material des KRAS zu verarbeiten: die Aussagen einzelner Studenten, die bei dem Eingreifen der VB gegen die Demonstration betroffen wurden, und dieses Material ist bis zum 18. 11. 1967 dem Kommandanten des MS VB Prag, Tichá̌ček, zu übergeben. Zu den Verhandlungen beim MS VB ist eine Delegation zu entsenden – Teilnehmer: die G[enossen] Kymlička, Koudelka und Pšenička. KRAS erhält die Auflage, seine eigenen Vertreter zu benennen.
- Mit der juristischen Fakultät ist über die Möglichkeiten zu verhandeln, die betroffenen Studenten rechtlich zu beraten.
- Beim MS VB ist eine objektive Beurteilung der ganzen Angelegenheit anzustreben.

Allgemeine Beschlüsse des VOV

- Wir sind gegen die Lösung wichtiger studentischer Probleme ohne Verbandsorgane, ohne Studentenheim-Räte, gegen die Lösung solcher Probleme durch elementare Demonstrationen.
- Die Koordinierung aller studentischer Aktionen übernimmt der VOV ČSM in enger Zusammenarbeit mit dem KRAS.
- Es werden keine Unterschriftenaktionen organisiert. Die Resolutionen einzelner Fakultätsausschüsse sind (in Kopien) dem VOV einzureichen, der durch die Repräsentanten der FV ČSM die studentische Öffentlichkeit über den Fortgang der Lösung informieren wird.

Regierungskommission

- Der VOV ČSM Prag ersucht das Regierungspräsidium, in der Regie-

rungskommission, die sich mit den Strahov-Ereignissen beschäftigt, die Möglichkeit einer Erweiterung der Vertretung der Prager Studenten zu erwägen, und zwar um den KRAS-Vorsitzenden G. Vladimír Vortel und G. Zdeněk Pinc, Präsidiumsmitglied des VOV ČSM;
- das VOV-Plenum erteilt dem PVOV und dem KRAS die Auflage, alle Strahov betreffenden Unterlagen der Regierungskommission und dem UV ČSM vorzulegen;
- unsere Vertreter in der Regierungskommission haben den Auftrag, die in der Armee und den Einheiten des Innenministeriums verbreiteten unwahren Informationen darüber, daß die Strahov-Ereignisse vom Ausland finanziert worden seien, zu entkräften und diese Kommission zu ersuchen, die Widerlegung solcher Nachrichten und die Aufklärung über den wirklichen Tatbestand zu sichern.

Bisherige Informierung der Öffentlichkeit
- Mit der Kommission der ČVUT ist die Möglichkeit zu verhandeln, in den Bericht der Kommission auch das Gesuch um objektive Berichterstattung in der Presse aufzunehmen. Mit dem KRAS sind die Folgerungen aus den bisherigen Veröffentlichungen zu ziehen. [. . .]
- Das Plenum beauftragt den PVOV, mit den Redaktionen der Zeitungen *Mladá Fronta, Student, Universita Karlova* in Verbindung zu treten und mit ihnen darüber zu verhandeln, daß ihm Platz eingeräumt wird, um die Stellungnahmen der Fakultätsausschüsse sowie andere Unterlagen veröffentlichen zu können, die bisher von der übrigen Presse ignoriert wurden. [. . .]
- Der FV FF UK wird beauftragt, mit Persönlichkeiten aus den Reihen der Professoren der FF UK Verhandlungen über die Möglichkeit aufzunehmen, eine polemische Antwort auf den Artikel des F. J. Kolár zu verfassen. [. . .]

Der in den Beschlüssen mehrfach genannte Kommentator F. J. Kolár hatte in der Zeitung Kulturní tvorba, *die im Verlag der Parteizeitung* Rudé právo *erscheint, am 16. November 1967 einen polemischen Artikel über die Studentendemonstration geschrieben, der, freilich ohne auf die konkreten Forderungen der Studenten einzugehen, sich nur in diffamierenden Anschuldigungen ergeht. Unter dem Titel* Reden wir mal drüber . . . *war zu lesen:*

[. . .] Die wichtigste und unmittelbare Ursache der Demonstration war tatsächlich die unhaltbare Situation in den Studentenheimen, aber wir soll-

ten uns nichts vormachen und uns nicht selbst mit dieser bloßen Feststellung betrügen. Ich habe dieser Tage an einem Gespräch der Studenten teilgenommen, und ich weiß, in welchen Zusammenhängen einige von ihnen über die Demonstration sprachen. Auch wenn die Mehrzahl in der Demonstration einen Protest gegen Schlendrian und Verantwortungslosigkeit oder auch gegen Regression sah, so gibt es unter den Studenten – und vor allem unter ihren erwachsenen, falschen Lobsängern – auch solche, die der Demonstration *politischen* Sinn und Ziele beimaßen. Nicht zufällig sprachen manche über einige Diskussionsbeiträge bei dem Schriftstellerkongreß. Und die Argumentation einiger einzelner unter den Studenten beweist die absolute Kenntnis der heutigen westlichen antikommunistischen Propaganda, namentlich der des Senders *Radio Freies Europa*. Auch die zehnjährige Publizistik der *Literární Noviny* blieb nicht ohne Einfluß. Und das alles zusammen klagt die unzureichende, undurchdachte und unsorgfältige politische Arbeit der pädagogischen und anderen Organe unter den Studenten in den letzten Jahren an. Die Studenten behaupten, es habe sich nur um einen Protest gegen die Verhältnisse am Strahov gehandelt, sie hätten keine politischen Beweggründe und Absichten gehabt. Bei dem Großteil von ihnen mag es ohne Zweifel so gewesen sein, es gibt keinen Grund, den Studenten nicht zu glauben.

Wir leben aber in einer konkreten historischen und politischen Situation, und objektiv hatte der Auftritt der Studenten seinen politischen Aspekt. Davon zeugt auch das Echo in der westlichen Presse. Die *FAZ* schreibt von »Verfolgungen«, und das österreichische ÖVP-*Volksblatt* vom »Ultimatum der Prager Studenten«. Die italienische Presse behauptet sogar, »mehr als hundert Studenten sind verletzt worden«, »es wurden auch Mädchen geschlagen« und »mehr als hundert Studenten mußten sich im Krankenhaus behandeln lassen«. Die Strahov-Demonstranten wissen selbst am besten, daß diese Behauptungen erdacht und erlogen sind. Aus der Erklärung des Rektors des ČVUT und aus andern glaubwürdigen Quellen geht unwiderlegbar hervor, daß nur ein schwacher nächtlicher Bereitschaftsdienst des zuständigen VB-Abschnittes gegen eine mehrfache Überzahl von Studenten auftrat. Nur zwölf Studenten sind verletzt worden. Auch VB-Angehörige wurden verletzt. Der Rektor der ČVUT erklärte, er »vermisse rechtlichte Grundlagen« über die Unangemessenheit des VB-Engreifens, weil sich auf seine Aufforderung keiner von den angeblich Betroffenen gemeldet hatte, es »sei ihm aber trotzdem von den verantwortlichen Funktionären des Innenministeriums zugesichert worden, die VB würde die Sache sorgsam untersuchen und die Konsequenzen ziehen«.

Heute würden viele Studenten und manche ihrer Lehrer gern alles auf

die sogenannte »Brutalität« der VB abwälzen. Hier kommen wir allerdings mit einem emotionellen Gesichtspunkt und mit den Klagen derjenigen nicht aus, die zufällig in das Gedränge hineingerieten, und begreiflicherweise auch einen Knüppelschlag abbekamen, wenn auch vielleicht unschuldig. Man muß sehen, wer den Konflikt hervorgerufen hat, wer die Gesetze verletzte. Der Hinweis auf die Jugend und auf die Unbedachtsamkeit kann die Studenten nicht entschuldigen. Die VB-Angehörigen sind ebenso jung, und sie mußten ihre Pflicht erfüllen – die Ordnung und die Gesetze schützen, die wir uns selbst gegeben haben.

Diese Denunziationen aus offizieller Feder erschienen zu einem Zeitpunkt, da man in Prag mit neuen Studentendemonstrationen rechnete, nachdem die Forderungen der Studenten – beispielsweise nach objektiver Informierung der Öffentlichkeit – nicht und am wenigsten durch F. J. Kolárs Kommentar erfüllt worden waren. Erst vier Wochen später wagte es die Redaktion der Universitätszeitung UK, *F. J. Kolár in dem Artikel* Die Logik der Unwahrheit *zu antworten:*

Unbestreitbar ist es zu Ereignissen gekommen, die politisch außerordentlich heikel und ernst sind. Die Beziehungen zwischen den jungen Menschen und dem Staatsapparat wurden gestört, aus Ursachen, die in einer sträflichen Nachlässigkeit der verantwortlichen Organe liegen. Deshalb ist es klar, daß eine solche Situation, auf die nicht nur die Hochschulen, sondern unsere ganze Öffentlichkeit intensiv reagiert haben, nur mit einer objektiven Beurteilung zu lösen ist, einer Beurteilung voller Umsicht und maximalem Verständnis. Nur so kann man zu einer optimalen politischen Auslegung und Lösung gelangen.
Die Hochschulstudenten sind keine einheitliche Masse ohne innere Widersprüche und Differenzierung. (Beispielsweise haben viele bis vor kurzem nachzuweisen versucht, es gäbe einen Unterschied zwischen »bewußter« technischer Intelligenz und »nicht bewußter« humanistischer . . .) Aber sie werden doch durch etwas charakterisiert, was ihnen gemeinsam ist: durch das aktive Streben, kritisch auf Mängel hinzuweisen, zu deren Beseitigung beizutragen und so an der Schaffung einer modernen, wirklich demokratischen und sozialistischen Gesellschaft teilzuhaben. In diesem Sinne sind sie also politisch, konkret politisch; und eine solche aktive, schöpferische, engagierte politische Tätigkeit ist im Sinne des Sozialismus. [. . .]
F. J. Kolár hat seine Anschuldigungen nirgends belegt – es sei denn, daß die westliche Presse ein Argument wäre, die er gegen die Prager Studenten zitiert. Über seine unbewiesenen Behauptungen läßt sich leider nicht dis-

kutieren, da sie jeden sachlichen Arguments entbehren. Solch eine Stellungnahme kann nur Verwirrung und Unklarheit bringen und einen Teil der Öffentlichkeit desorientieren, respektive zur Verbreitung schädlicher Stimmungen gegen die Hochschulintelligenz überhaupt beitragen. [...] F. J. Kolár ist der Dialog mit den Studenten mißlungen. Aber auch im Monolog auf den Seiten seines Blattes bewies er Mangel an Sachkenntnis und an gutem Willen, objektiv die wahren Ursachen zu beurteilen. Seine Anklage muß sich deshalb wohl oder übel gegen ihn selbst kehren. Das ist die Logik der Unwahrheit.

Aus den Resolutionen der einzelnen Prager Fakultätsorganisationen, wie sie in dem Informationsbulletin der Studenten vom 24. November 1967 zitiert werden:

Die Studenten der FF UK verabschiedeten am 8. 11. diese Resolution:
»[...] Wir bringen unsere Beunruhigung über die Niveaulosigkeit und die Qualitätsmängel der neu erstellten Studentenheime zum Ausdruck, weil gerade diese Mängel unmittelbar zu diesen Ereignissen führten. Wir nehmen allerdings an, daß diese Ereignisse tiefere Ursachen haben, die keineswegs durch bloße Beseitigung der konkreten Mängel gelöst werden können.
Wir sind beunruhigt über die a priori ablehnende Haltung bestimmter Schichten gegenüber den Studenten und der Intelligenz überhaupt. Wir nehmen an, daß diese Haltung typisch ist für die Mehrzahl der VB-Angehörigen, und daß sie nicht nur von der Mentalität der einzelnen Mitglieder herrührt, sondern aus der ungeklärten Aufgabe des gesamten VB-Apparates in der sozialistischen Gesellschaft.
Wir verlangen Garantien, damit sich solche Ereignisse nicht wiederholen können, und stellen deshalb folgende Forderungen:

1. Die Forderung nach Autonomie des Hochschulgeländes, sowohl in den Fakultäten als auch in den Studentenheimen,
2. Bekanntgabe der Namen der Verantwortlichen für das Eingreifen der VB und Aufklärung über deren administrative Kompetenzen,
3. Kennzeichnung der VB-Angehörigen mit sichtbaren Nummern;
4. wir ersuchen den Kulturminister Prof. Dr. J. Hájek, die Strahov-Ereignisse der National-Versammlung zur Verhandlung vorzulegen,
5. wir fordern die Richtigstellung der ursprünglich veröffentlichten Presse-Berichte über die Strahov-Ereignisse,
6. wir fordern das Verbot der Anwendung jeglicher chemischer Mittel gegen Menschen auf dem Gebiet der ČSSR,

7. wir verlangen die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse der Kommission des Rektors des ČVUT,
8. wir fordern, daß die gesamte Untersuchung bis Ende November abgeschlossen und zu konkreten Ergebnissen geführt wird. [. . .]«

Mit diesen acht Punkten der Philosophen identifizierte sich voll und ganz die Resolution der FVL UK vom 20. 11. Einen ähnlichen Wortlaut der Resolution verabschiedete auch die Versammlung der Studenten der Naturwissenschaftlichen Fakultät am 20. 11. und die Versammlung der Kollegen von der *Universität des 17. November* am 23. 11. Aus der Resolution der Studenten der USL:

»[. . .] Wir verurteilen die Art, wie unsere Presse über diese ganzen Ereignisse berichtete, die sich unter anderem über die Repressalien gegen die Westberliner Studenten im Juni dieses Jahres empörte und dabei in den Berichten über Strahov die Tatsache verschwieg, daß die Studenten durch die schnell fahrenden Polizeifahrzeuge lebensgefährlich bedroht wurden, daß sie mit Füßen getreten und mit Knüppeln geschlagen wurden, daß man gegen sie Tränengas einsetzte; dabei wurde in gleicher Weise auch gegen Frauen vorgegangen. [. . .]«

Am 20. und 21. 11. trat nach dem aus der Resolution vom 8. 11. hervorgehenden Beschluß wiederum die Versammlung der Studenten der FF UK zusammen, an der u. a. auch Rektor Prof. Dr. O. Starý, Prorektor Prof. Dr. E. Goldstücker und der Sekretär des VV KSČ Z. Docenko teilnahmen.

Diese Versammlung verabschiedete folgende Resolution:

»[. . .] Die Ereignisse am Strahov sind das Ergebnis der ungesunden Atmosphäre in diesem Staat und das Ergebnis der politischen und ökonomischen Gesamtsituation. Deshalb lehnen wir die Bestrebungen ab, sie nur auf die bloße Beseitigung der mangelhaften Arbeit der Baubetriebe zu reduzieren. Wir glauben jedoch, daß die Inter-Ressort-Kommission – bei vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung – die technischen Aspekte dieses Konflikts und den Rechtskonflikt mit dem VB lösen wird.

Wir ersuchen den Regierungspräsidenten, in diese Kommission weitere Vertreter der Hochschulstudenten zu benennen. [. . .]

Weiterhin ersuchen wir die Regierungskommission, als erstes sich von den bisherigen Informationen zu distanzieren, die durch die Presse gegangen sind. Wir ersuchen sie um eine verbindliche Zusage bezüglich der Objektivität der Informationen, die sie der Öffentlichkeit zukommen lassen wird. Wir halten es für zweckmäßig, daß diese Kommission die Studenten über ihre Tätigkeit laufend informiert, und zwar durch die Interfakultäre Kommission, weil die ganze Angelegenheit tiefere Wurzeln hat

und weil ihre Lösung unter anderem von einer dauernden Aktivität der Studenten abhängen wird.«
Abschließend eine Frage, die die USL in ihrem Schreiben stellte und die wir nicht zu beantworten wissen:
»Wie sollen wir den ausländischen Studenten, die mit Vorstellungen von einer sozialistischen Demokratie zum Studium in die *sozialistische* Tschechoslowakei kamen, erklären, daß ein solches Eingreifen in unserer Gesellschaft in einem solchen Falle überhaupt möglich ist.«

[Angekündigt wird eine zweite Ausgabe des Bulletins.]

Prag, den 24. 11. 1967

Jan Kavan rekapituliert in seinem Aufsatz David und Goliath *die Folgen der Studentendemonstration und der Zusammenstöße mit der Polizei sowie das Schicksal des studentischen Informationsbulletins:*

Die Brutalität des VB-Eingreifens gegen die Strahov-Demonstranten empörte auch die Studenten, die sich bisher überhaupt nicht engagiert hatten. Die Presse ignorierte systematisch die Stimmen der Studenten. Der VOV ČSM gab deshalb ein Informationsbulletin heraus, in dem er den KRAS-Bericht über den eigentlichen Verlauf der Demonstration veröffentlichte, dazu die Haltung des VOV zu der ganzen Angelegenheit und die Resolutionen, mit denen der VOV von den einzelnen Fakultäten förmlich überschüttet wurde. Aber auch dieses Stimmchen schien dem UV ČSM offenbar zu laut, so daß – wahrscheinlich aus Angst, es könnte im Unisono der anderen disharmonisch klingen – das Bulletin das Etikett eines einseitigen, unobjektiven Berichts des VOV ČSM bekam. 250 Exemplare, die sich der UV und der MV ČSM abgeholt hatten, um sie an die Prager Kreise und an die Fakultäten außerhalb Prags zu verschicken, landeten in den Schubladen. Die Empfehlung des Kulturministeriums, das Bulletin an den schwarzen Brettern auszuhängen, wurde von den Dekanen unterschiedlich interpretiert, so daß das Bulletin in verschiedenen Fakultäten abgerissen wurde.
Wir dachten an die Herausgabe einer weiteren Nummer des Bulletins, aber bei einer gemeinsamen Sitzung des VOV-Präsidiums und des Sekretariats des UV ČSM drohte Genosse Zavadil sogar mit der Auflösung des VOV. Dennoch entschloß sich das VOV-Plenum, die Nummer 2 des Bulletins herauszugeben; zwei Tage später wurden wir davon unterrichtet, daß die Herausgabe des Bulletins dem Pressegesetz zuwiderlaufe. Später wurde es uns sogar unmöglich gemacht, auch nur einen offenen Brief an die übrigen Fakultäten zu versenden, womit die Kommunikation zwi-

schen dem VOV und den Fakultäten auf ein Minimum reduziert worden war. Bald danach wurde ein Bericht des Presse-Sekretärs der Regierung veröffentlicht, der einen Punkt hinter die Strahov-Ereignisse setzen sollte und hinter die Unruhen, die sie hervorgerufen hatten. Die Mehrzahl der Mitglieder des PVOV sprach sich grundsätzlich gegen den ganzen Bericht der Regierung aus.
In dieser Situation entschloß sich der VOV, ein Aktiv aller Prager Hochschulstudenten einzuberufen, was nach einigen Schwierigkeiten am 13. Januar 1968 geschah. Am Vorabend des Aktivs entschloß sich das Plenum des VOV, in den Hochschulen ein Referendum über den Sinn des ČSM durchzuführen.

Auf dieser Sitzung der Prager Studentenvertreter am 13. Jan. 1968 legt Karel Kovanda die Ansichten der Studenten dar:

Die Ereignisse am Strahov und ganz besonders, was darauf folgte, beschleunigte in uns einen ganz bestimmten Prozeß, den ich als Bewußtwerdung der Studenten bezeichnen möchte. Einen großen Einfluß auf diese Bewußtwerdung hatten die Realitäten selbst, aber einen nicht geringeren Einfluß hatte – bis zu einem gewissen Grad (den ich nicht zu schätzen vermag) – auch unsere eigene geistige Entwicklung, die von den äußeren Erscheinungen unabhängig war. [. . .] Ich will nur einige der Fälle anführen, in denen der UV gegen die Interessen der Studenten eintrat, und zwar nur aus dem Vorjahr:
- der Ausschluß von Müller;
- die Degradierung des Hochschulrates, einer demokratisch gewählten Studentenvertretung, zu einem vom UV benannten, beratenden Organ ohne jegliche Vollmacht;
- das systematische Ignorieren des Beschlusses der I. gesamtstaatlichen Konferenz der Studenten und die unablässige Vermittlung des Eindrucks, es habe sich auch um die letzte Konferenz gehandelt;
- die Hetze gegen den VOV ČSM Prag – vor der Beratung in Brünn und vor der Städtischen Konferenz des ČSM in Prag;
- die Sabotage der Diskussion vor der Konferenz; trotz mehrmaliger Hinweise, Gesuche und Versprechungen lieferte der UV niemals ausreichendes faktisches Grundlagenmaterial. [. . .]

Ich nehme an, gerade Strahov war jenes Prisma, an dem sich klar das ganze Spektrum der verschiedenen Lösungsmethoden zeigte: wer welche wie anwendet, und vor allem, wie zweckmäßig sie sind.

Die Haltung der Studenten selbst:
Sie wären in ihrer politischen Naivität, die ich außerordentlich schätze, weil sie von unserer Politikmacherei so absolut unberührt ist, am liebsten gleich wieder losgezogen, um gegen all das zu demonstrieren, womit sie nicht zufrieden sind.
Die Haltung des KRAS:
Er erlangte zwar großes Ansehen, aber nur oben, leider nicht auch bei den Studenten – weil für den KRAS, aus Gründen, die ich nicht begreife, Strahov tatsächlich nur eine Frage der elektrischen Kabel blieb.
Die Haltung des VOV:
Mit mehr Einigkeit als sonst üblich trat der VOV hervor, als Vertreter der studentischen Interessen, nicht als abstrakter, chimärenhafter Vertreter der sogenannten objektiven Wahrheit, sondern als parteiischer Vertreter des studentischen Standpunkts. Pathetisch in seiner Hilflosigkeit, als alle unsere Bemühungen sich als vergeblich erwiesen.
Die Haltung des UV ČSM:
Er zeigte – zumindest mir – klar und deutlich, daß es solchen Kreaturen wie Zavadil und seinem ganzen Verein wirklich um nichts anderes als um ihre Posten geht. In einer Frage, die alle Hochschulstudenten in der ganzen Republik, also Hunderttausende von Menschen betrifft, wartet dieser Ausschuß mit seiner Stellungnahme, bis ein anderer Stellung nimmt – und schließt sich a priori dieser Stellungnahme an, wie sie auch ausfallen mag. Ohne daran zu denken, daß nicht nur die Warren-Kommission zu Schlüssen gelangte, deren Qualität uns hinreichend bekannt ist. Ein UV, der in seiner Angst, seinen guten Namen in einer Zeit großer innerparteilicher Kämpfe nicht zu beschädigen, nicht bereit ist, in praxi zu beweisen, daß er jener lauthals proklamierte »Repräsentant der jungen Generation« ist. Wahrscheinlich eher einer Degeneration.
Zavadil erklärte, daß ehrbare Menschen, die mit den Prinzipien einer Organisation nicht einverstanden sind, diese Organisation verlassen sollten. Ich denke, nach den Strahov-Ereignissen sollte Zavadil demissionieren, aber ich glaube nicht, daß Zavadil ein ehrbarer Mensch ist.
Die Haltung Minister Hájeks,
wie sie bei seiner Begegnung mit dem erweiterten VOV Präsidium klar wurde: [...] Herr Minister Hájek ersuchte uns sehr nachdrücklich, hinter diesen Fall einen Punkt zu setzen. Der prinzipielle Grund, warum für mich Strahov ohne Punkt bleibt, ist dies: Wir alle kennen den Namen Benno Ohnesorg. Oberst Tichá̌ček äußerte sich dahingegehend, die gegebene Situation habe es dem SNB ermöglicht, von Schußwaffen Gebrauch zu machen. Für mich ist es nur ein Zufall, daß niemand getötet wurde.

Der Unterschied zwischen schwerer Körperverletzung und Tod, und weiter, daß man dort festgestellt hat, wer getötet hatte. Hier würden wir nicht einmal den Namen des Mörders erfahren, weil es hier kein Leder für Nummernschilder gibt . . .

Ich kehre zurück zum VOV. Ich erwähnte schon, daß unser größter Fehler darin lag, in alle unsere Kalkulationen so oder so immer auch unsere höheren Organe einzubeziehen, auch wenn langjährige Erfahrungen dafür sprachen, daß es unmöglich ist. Auch bei Strahov war es nicht anders. Unsere Überlegungen enthielten immer auch die Dimension, *ob sie es uns erlauben werden* – und wenn sie uns etwas nicht erlaubten, haben wir es respektiert. Deshalb erfuhr – außer den Prager Studenten – niemand unsere Version von den Strahov-Ereignissen. (Nebenbei: die hämische Art, mit der die vorgesetzten Organe von uns 250 Stück des Bulletins anforderten, gerade um die anderen zu informieren, ist ohne Beispiel: soviel ich weiß, liegen die Bulletins bis heute in den entsprechenden Tresoren. Die Kosten für diese 250 Stück sind uns nie erstattet worden.) Aus diesem Grunde haben wir kein weiteres Bulletin herausgegeben; aus diesem Grunde haben wir dieses Aktiv nicht schon am 20. Dezember einberufen; aus diesem Grunde haben wir auch nicht ernsthaft an die Möglichkeit einer weiteren Demonstration gedacht. Aus diesem Grunde sind hier auch – bis auf einige wenige Ausnahmen – keine Kollegen von anderen Hochschulzentren.

Wir müssen uns endlich bewußt machen, daß wir und der UV an entgegengesetzten Enden stehen – genau wie in *Mladá Fronta:* wir ziehen zwar an einem Strang, nur zieht jeder an einem anderen Ende. Wir haben mit ihnen überhaupt nichts mehr gemeinsam, und wir müssen unseren eigenen Weg gehen. Es bleibt mir nur noch zu sagen, daß es für mich unannehmbar ist, daß Zavadil und F. J. Kolár für gute Kommunisten gehalten werden. [. . .]

Der UV bedeutet heute für die studentische Bewegung die konservativste Kraft. Ich halte es nicht für zweckmäßig, mit meiner Anwesenheit im Verbandsorgan einen solchen UV zu unterstützen, und deshalb reiche ich meine Demission vom VOV ein. Die Zeit ist reif dafür, daß wir eine offene Opposition eröffnen. [. . .]

Je länger sich die studentischen Beratungen hinzogen und in der Öffentlichkeit, vor allem seitens des Jugendverbandes, keine Unterstützung fanden, desto stärker spürbar zeichneten sich zwei Fraktionen unter den Studentenvertretern ab – entgegen der kompromißbereiten Fraktion bestand die der radikalen Studenten auf dem Gedanken der Selbstverwaltung an den Hochschulen. Die umfassende Demokratisierung, die nach dem Ja-

nuarplenum des ZK und dem Sturz Novotnýs einsetzte, gab selbstverständlich auch der studentischen Bewegung neuen Auftrieb. Jan Kavans Artikel vom 13. März charakterisiert die Diskussionen Anfang März:

Viele Studenten haben inzwischen begriffen, daß man eine schlechte Grundlage nicht ewig ausbessern kann. Der ČSM gibt sich für den Repräsentanten der ganzen Jugend in der Republik aus. Dazu hat keine freiwillige Organisation das Recht, geschweige denn eine solche, in deren Reihen nur 26% junge Menschen im Alter von 15 bis 26 Jahren sind. Überdies erhält sich der ČSM die Mehrzahl seiner Mitglieder nur mit Hilfe von Korruption. Anders kann man nämlich den Mißbrauch der Monopol-Vorteile im materiellen Bereich (MBT, Auslandsreisen, Studentischer Betrieb usw.) nicht bezeichnen.
In diesen Tagen werden bei den Fakultäts-Plenarsitzungen drei Alternativ-Vorschläge diskutiert, die der VOV verschickt hatte.
1. Reform des ČSM
2. Eine selbständige studentische Organisation
3. Studentische Selbstverwaltung

Das Plenum des VOV neigt zu dem dritten Vorschlag: zur studentischen Selbstverwaltung, die als erste die Studenten der Philosophischen Fakultät aufgestellt hatten, etwas später dann die Studenten der Journalistik. An der Arbeit der studentischen Selbstverwaltung kann sich jeder Inhaber des Tagesstudium-Indexes beteiligen. Alle Studenten, ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu irgendeiner Organisation, wählen ihren eigenen *Akademischen Studenten-Rat* [ARS], der dann ein wirklicher Repräsentant und Sprecher der Studenten der Fakultät ist. Der ČSM sollte sein Monopol auf den Fakultäten aufgeben, was allerdings nicht besagen soll, daß er eingehen sollte. Die Selbstverwaltung kann er mittels Wahlen so beeinflussen, daß die gewählten ČSM-Mitglieder im ARS die Linie des ČSM vertreten werden.
Die studentische Selbstverwaltung schließt aber auch die Gründung einer selbständigen studentischen Organisation nicht aus. Sobald das neue Vereinsrechts-Gesetz verabschiedet wird (bisher gilt das Gesetz aus dem Jahre 1951, das bis zu einem gewissen Grade der Verfassung aus dem Jahre 1960 widerspricht), können sich auf den Fakultäten Vereine und Organisationen konstituieren, je nach Interesse und Bedarf. Ich nehme an, daß eine politische studentische Organisation sehr vorteilhaft wäre. Eine solche allerdings, die dann tatsächlich die echten Ansichten ihrer Mitglieder durchsetzen würde, und nicht die Wünsche ihrer Leitung. Die Forderung nach einer baldmöglichen Verabschiedung des Vereinsgesetzes halte ich

heute für eine der aktuellsten Forderungen, und ich glaube, die Mehrzahl der Prager Studenten wird sich hinter dieses Gesetz stellen. Auch die Delegation der Prager Hochschulstudenten sollte es nicht vergessen, die vor kurzem um Empfang bei G. A. Dubček gebeten hatte.

Zwei Meldungen im Parteiorgan *Rudé právo* am 13. 3. 1968

Entwurf zur Organisation der studentischen Bewegung
Prag 12. März (jp) – In Prag trat die Leitung des Hochschulrates zusammen und machte sich mit den ersten Beschlüssen der Teams bekannt, die an den Entwürfen der organisatorischen Struktur und des Programms der studentischen Bewegung in der Tschechoslowakei gearbeitet hatten. Nach ihrer Ansicht sollte die Organisation auf den Grundlagen des sozialistischen Humanismus stehen und sich zur aktiven Teilnahme an der Prägung des kommunistischen Charakters unserer ganzen Gesellschaft melden.
In dem Kommuniqué, das in der Redaktion eingegangen ist, wird weiter ausgeführt, die Organisation sollte die Selbstverwaltungsformen im intellektuellen und funktionellen Bereich der Hochschul-Bewegung vertiefen, an der Erziehung der politisch reifen Fachleute teilnehmen und die studentischen Interessen durchsetzen, den Raum und den Anteil der Organisation am Leben und an der Arbeit der Hochschulen und deren Einrichtungen vergrößern, breitere Möglichkeiten für die Bewährung studentischer Vertreter im öffentlichen Leben schaffen usw. Sie sollte also die Forderung einer politischen, Interessen- und gewerkschaftlichen Organisation erfüllen.
Grundprinzip der studentischen Organisation sollte das Recht eines jeden Studenten und eines jeden jungen Assistenten sein, an ihrer Arbeit teilzuhaben. Die Grundeinheit würde die Fakultätseinheit, vom Parlament der Fakultät geführt, wobei ihr innerer Aufbau sich nach der eigenen Spezifikation einer jeden Fakultät richten würde. Ihnen übergeordnet wäre ein repräsentatives, informatives und koordinatives Distriktsorgan mit Führungsvollmacht. Das Zentralorgan hätte dann die gleiche Aufgabe wie die Distriktsorgane und würde überdies die Studenten in der internationalen studentischen Bewegung repräsentieren.
Die vorgeschlagene Organisation sollte auch ihr Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen und politischen Jugendorganisationen so lösen, daß es zu keinen Störungen der unter ihnen erwünschten gegenseitigen Zusammenarbeit kommen könnte.

Brief der Philosophiestudenten an die Arbeiter

Prag 12. März (ČTK) – Der Akademische Studentenrat (ARS) bei der Philosophischen Fakultät in Prag hielt am Dienstag eine öffentliche Versammlung ab, während derer er die Teilnehmer mit dem Entwurf eines offenen Briefes bekanntmachte, der an alle Arbeiter gerichtet war: »Die Ansicht, daß die Studenten der Tschechoslowakei den Kapitalismus, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend wieder einführen wollten, trifft uns tief«, heißt es in dem Brief. »Es tut uns umso mehr leid, als wir es ab und zu auch aus dem Munde von Arbeitern hören. Möglicherweise könnten solche Nachrichten ein ernstes Mißverständnis verursachen; wir befürchten, daß einige Leute, denen es überhaupt nicht um das Schicksal unserer Heimat, sondern nur um ihre Posten geht, die Arbeiter von den Studenten absichtlich isolieren und durch das Hervorrufen eines solchen Mißverständnisses die Aufmerksamkeit von Problemen ablenken könnten, die zur Verbesserung des Lebens von Arbeitern und Bauern und allen übrigen Bürgern dieses Staates gelöst werden müssen.«

Mehr oder weniger direkte Folge des Sturzes von Novotný und seinen Anhängern war, daß nun auch das Parteiorgan Rudé právo *der studentischen Politik Raum gab und darüber berichtete oder daß, wenige Tage nach dem Rücktritt des Innenministers Kudrna, das Innenministerium am 11. März folgende Erklärung zu den Zwischenfällen am Strahov abgab:*

Am Montag [11. 3. 68] erhielt die Redaktion die Erklärung des Innenministeriums zu den Ereignissen am Strahov am 31. Oktober 1967. In dieser Erklärung wird gesagt:

Das Innenministerium und die VB halten den Strahov-Konflikt der Studenten mit der VB für eine äußerst bedauernswerte, zufällig entstandene und unglückliche Begebenheit, unternehmen alle erforderlichen Schritte, damit sich ein ähnlicher Konflikt nicht wiederholt und damit die guten Beziehungen zwischen der studentischen Jugend und der VB wiederhergestellt werden. Der Innenminister persönlich spricht seine Überzeugung aus, daß auch die Studenten selbst die ehrlichen Bemühungen unterstützen werden. [...]

Das [...] unangemessen harte Eingreifen einzelner VB-Angehöriger gegen die Studenten [kann] nicht entschuldigt werden, im Gegenteil, es ist schärfstens zu verurteilen, wobei die Schuld auch nicht dadurch herabgemindert wird, daß sie von der Psychose des beiderseitigen Zorns und der Meinungsverschiedenheiten beeinflußt wurden.

Allen Studenten gegenüber, die durch das Einschreiten der VB-Angehö-

rigen zu unrecht geschädigt wurden, wurde bereits eine Entschuldigung ausgesprochen, oder es wird noch geschehen, sie erhalten Schadenersatz.
Sieben VB-Angehörige, die an dem Einsatz direkt beteiligt waren, wurden für Handlungen, die den entsprechenden Vorschriften zuwiderliefen, disziplinarisch bestraft.
Zur Beseitigung der technischen und fachlichen Mängel, die im Verlauf des VB-Eingreifens auftraten, wurden folgende Maßnahmen ergriffen oder werden noch ergriffen:
1. Alle in der Tätigkeit des VB beim Einsatz am Strahov festgestellten Mängel wurden mit dem zuständigen Kommandanten und den Parteifunktionären der VB Prag besprochen, mit dem Ziel, der fachlichen und der politischen Ausbildung der VB-Angehörigen maximale Aufmerksamkeit zu widmen. Desgleichen wurden die aufgeführten Mängel mit den Leitern der VB-Verwaltungen aller Kreise erörtert. Die entsprechenden Dienstvorschriften wurden erneut überprüft, mit besonderem Nachdruck auf die Art und Weise des Eingreifens und des Auftretens der VB-Angehörigen in der Öffentlichkeit.
[...]
4. Vom 1. April d. J. an werden alle Angehörigen des Patrouillendienstes der VB Prag, Preßburg, Brünn und Ostrau, und nach und nach auch in den übrigen Städten, mit Dienstnummern ausgestattet, die ihre Anonymität beseitigen und die Kontrollmöglichkeit durch die Öffentlichkeit erhöhen.

Unter dem Eindruck dieser ersten Erfolge, die nicht ausschließlich Resultat der Studentenbewegung sind und auch nicht nur den Studenten zugutekommen, haben die Studentenvertreter rege politische Aktivität entfaltet. Die Studentenzeitung Student, *einst ein farbloses Blatt, gehörte Ende April (Auflage 60 000) zu denjenigen Zeitungen, die kurz nach Erscheinen schon vergriffen sind. Verständlicherweise haben die tschechischen Studenten, nachdem immer neue Verbrechen des stalinistischen Regimes unter Novotný bekanntwerden, andere aktuelle Probleme als ihre westlichen oder etwa ihre jugoslawischen Kollegen. War unter den Verhältnissen vor Novotnýs Sturz bereits eine hochpolitische Tat, den Strahov-Demonstrationen nachzugehen, so ist Frühjahr 1968 die Kernfrage des politischen Engagements nicht nur der Studenten: Wie konnte es zu alldem kommen? – Bei allem Engagement, bei aller Aktivität, bei allen Initiativen, den Staatsapparat zu demokratisieren, sehen die Studenten – auch im Bereich ihrer Hochschulpolitik – keinen Grund zur Euphorie. Jan Kavan in seinem Aufsatz* David und Goliath:

Wir haben zu lange um die Gewinnung an Raum im ČSM gekämpft, und heute, da er sich ein bißchen aufgeschlossener stellt (wie lange?), haben wir zu einer Zusammenarbeit keine Kraft mehr, auch keine Lust.
Die Art, wie die Verbandsorgane heute den Fall Müller revidieren, illustriert sehr charakteristisch ihre Visitenkarte. Die selben Leute, die Jiří [Müller] im Vorjahr verurteilten, rehabilitieren ihn heute, die selben Leute, die seine Gedanken für parteifeindlich hielten, proklamieren sie heute selbst. Einige von ihnen besitzen sogar solch eine Portion Frechheit, daß sie heute den Föderationsgedanken ausgerechnet unter Berufung auf Müller propagieren, obwohl sie genau wissen, daß die These, die vor zwei Jahren aktuell war, der heutigen Zeit nicht mehr entspricht, und daß Jirka selbst jetzt nicht mehr mit einer Föderation einverstanden ist.
Auch die größten Vollmachten, die dem Hochschulrat heute noch eingeräumt werden könnten, können heute keine Garantie mehr sein. Die Statuten erlauben es dem UV ČSM, sie jederzeit wieder aufzuheben, und wir haben nicht den geringsten Grund, dem UV zu vertrauen. Im Gegenteil.

Abkürzungen

UV	– Zentralausschuß, hier meist in Verbindung mit
ČSM	– Tschechoslowakischer Jugendverband
VOV	– Hochschulbezirksausschuß (beim ČSM)
PVOV	– Hochschulbezirksausschuß Prag
FV	– Fakultätsausschuß
MV	– Stadtausschuß
VV KSČ	– Hochschulausschuß der KP
OV	– Kreisausschuß
KRAS	– Akademischer Rat der Studenten-Wohnheime
UK	– Karlsuniversität
FFUK	– Philosophische Fakultät an der UK
ČVUT	– Technische Hochschule, Polytechnikum
FSI	– Fakultät für Maschinenbau
FTJF	– Fakultät für Kernphysik
VSL	– Hochschule für Forstwirtschaft
FTVS	– Hochschule für Körperkultur und Sport
FON	– Institut für Journalistik
FAMU	– Filmakademie
VB	– Polizei

Dossier 2: Warschauer Bilanz

Protestaktionen der Studenten von Warschau seien anders zu werten als Studentendemonstrationen in West-Berlin. Für die Mehrzahl westdeutscher Kommentatoren war dies keine Frage: Wer in West-Berlin gegen das kapitalistische Establishment protestierte, war Revoluzzer, wer in Warschau ähnliches tat, war Freiheitsheld. – Das System ist umkehrbar: die polnische Informationspolitik beweist es. Protestiert der VDS gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam, so vermerkt es Polens offizielle Presse lobend; protestieren Westberliner Studenten gegen das brutale Vorgehen der Polizei gegen Warschauer Kommilitonen, so diffamiert Polens Parteipresse diese Aktion als »Charakteristische Unterstützung der Vorfälle in Warschau: Antipolnische Demonstration in Westberlin«.
Das Interesse an objektiver Berichterstattung ist auf beiden Seiten gering; ganze Wahrheit ist, ideologisch-taktischer Rücksichten wegen, von keiner zu erwarten und offenbar schon gar nicht in bezug auf demonstrierende Studenten. Nachstehende Dokumentation der Warschauer Studentenunruhen beschränkt sich deshalb bewußt auf die Feststellung von Tatsachen, soweit sie von beiden Seiten bestätigt worden sind; sie erhebt nicht den Anspruch, systematische Darstellung einer Studentenbewegung zu sein: sie dokumentiert Bewegungen.
Zu den Demonstrationen kam es wegen des Verbots eines Theaterstückes der klassischen polnischen Literatur; in Bewegung geraten war ein Teil der Studentenschaft jedoch längst vor diesem administrativen Eingriff in das Kulturleben. Die Forderung nach Demokratisierung des Sozialismus – konkret: nach Abschaffung der Zensur – hat in der Volksrepublik Polen eine lange Tradition.

1962: Ähnlich den Diskussionsklubs von 1956 (*Der schiefe Kreis*, organisiert durch die schon 1957 verbotene Zeitung *Po prostu*) sammeln sich 1962 Schüler und Studenten in dem Klub der *Widerspruch-Sucher;* 1963 hat der Klub 109 Mitglieder; er erhält finanzielle Unterstützung vom Jugendverband (ZMS), die jedoch bald wegen »oppositioneller politischer Tätigkeit« des Klubs eingestellt wird. Als damalige »Aktivisten« des Klubs

werden heute genannt: Adam Michnik, Jan Gross, Ewa Zarzycka, Piotr Fejgin, Helena Brus, Józef Dajczgewand, Blumsztajn, Lityński, Grudziński, Kofman, Toruńczyk u. a.

1963–1965: Studenten der UW, vor allem Studenten der Ökonomie, Politikwissenschaft, Philosophie und Geschichte treffen sich im *Politischen Diskussionsklub;* im Klub der *Widerspruch-Sucher* und der *Baby-Revisionisten.* Im Zusammenhang damit werden u. a. genannt: J. Kuroń, K. Modzelewski, A. Michnik, H. Szlajfer. Szlajfer und Michnik stehen auch mit dem über ganz Polen verbreiteten jüdischen *Babel-Klub* (benannt nach Isaak Babel) in Kontakt.

14. März 1964: »Brief der 34« Schriftsteller an Ministerpräsident Cyrankiewicz gegen direkte Zensur und indirekte repressive Maßnahmen (Papierzuteilung). Am 14. April demonstrieren Studenten auf dem Gelände der UW gegen die Unterdrückung des Briefes durch die polnische Presse und fordern seine Veröffentlichung.
27. November: Jacek Kuroń und Karol Modzelewski werden aus der Partei, daraufhin auch aus dem ZMS ausgeschlossen; Kuroń und Modzelewski sind die Autoren eines *Offenen Briefes an die Polnische Arbeiterpartei* (Auszüge in *Kursbuch* 9). Am 19. März 1965 werden Kuroń und Modzelewski verhaftet. Die Wohnungen vier anderer Studenten werden durchsucht: A. Michnik, S. Blumsztajn, J. Kofman und K. Weiss, Michnik und Blumsztajn bleiben mehrere Wochen in Haft.

22. März 1965: Studenten der Physikalischen Fakultät veranstalten eine Diskussion über den *Offenen Brief.* Rektor Turski verbietet die Versammlung, die dennoch stattfindet. Tage darauf finden Versammlungen auch der Philosophischen und Soziologischen Fakultät statt. Der Rektor antwortet mit einem generellen Versammlungsverbot. Die Studenten fordern die Einsetzung einer Kommission, der die UW-Professoren Kołakowski, Brus und Baumann angehören sollen und die den *Offenen Brief* von Kuroń und Modzelewski prüfen soll. Die Kommission empfiehlt, den *Brief* den ZMS- und Parteimitgliedern zugänglich zu machen.
Juli: Prozeß gegen Jacek Kuroń und Karol Modzelewski. Modzelewski wird zu dreieinhalb, Kuroń zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.
Studenten der UW veranstalten eine Sammelaktion für die Angehörigen der Inhaftierten. In einer öffentlichen Versammlung, in der Professoren die Verteidigung der angeklagten Rädelsführer übernehmen, werden gegen acht Studenten Verwarnungen ausgesprochen.

1. Mai 1966: Studenten protestieren mit Sprechchören während des Mai-Umzugs gegen die Einführung einer neuen Studienordnung, die die Teilnahme am Philosophiestudium wesentlich erschwert. Eine auf den 12. Mai angesetzte Diskussion wird vom Rektor der UW verboten.
21. Oktober: Leszek Kołakowski, Philosophieprofessor an der UW, spricht zum 10. Jahrestag des »Polnischen Oktober« über das Thema *Polnische Kultur der letzten beiden Jahrzehnte*: er erinnert an 1956 und kritisiert die Verhinderung des damals einsetzenden Demokratisierungsprozesses. – Diskussionsredner üben scharfe Kritik an der bürokratisch-hierarchischen Struktur des Jugendverbandes und fordern die Freilassung der inhaftierten Kuroń und Modzelewski. Daraufhin werden sechs Studenten vorübergehend relegiert: A. Duracz, M. Sawicki, H. Szlajfer, A. Michnik, S. Blumsztajn und J. Dajczgewand. Weitere Studenten werden verwarnt, Leszek Kołakowski wird aus der Partei ausgeschlossen.
15. November: Auf einer Versammlung des Parteiaktivs der UW verteidigen die Professoren Brus, Baczko, Bauman und Morawski ihren Kollegen Kołakowski wie auch die Ansichten J. Kurońs und K. Modzelewskis. 22 Schriftsteller und Kritiker protestieren gegen den Parteiausschluß Kołakowskis; einige geben demonstrativ ihr Parteibuch zurück.
3. November: Disziplinarverfahren gegen Adam Michnik wegen »anstößigen Verhaltens« am 21. Oktober. Von 35 geladenen Zeugen spricht nur einer im Sinne der Anklage (Prorektor Rybicki); L. Kołakowski wird von der Zeugenliste gestrichen. Eine von 1036 Studenten unterzeichnete Petition verlangt von Rektor Turski die Einstellung des Verfahrens; gegen das Verfahren wenden sich auch 165 Dozenten und Professoren. – Der Ausschluß Michniks von der UW wird auf ein Jahr befristet.

27. November 1967: Im Warschauer Nationaltheater: Uraufführung der *Totenfeier (Dziady)* von Adam Mickiewicz (1798–1855). Regie führte der Direktor des Nationaltheaters und neben Erwin Axer bekannteste polnische Regisseur Kazimierz Dejmek.
Die *Totenfeier* gehört zu den Glanzstücken der klassischen polnischen Literatur. Das romantische Lesedrama befaßt sich in seinem dritten Teil, den Mickiewicz im Exil, unter dem Eindruck der Niederwerfung des polnischen Novemberaufstands 1831 schrieb, mit dem Gedanken des Freiheitskampfes gegen die ausländischen Unterdrücker. Die *Totenfeier* ist seit 1955 in Polen siebzehnmal inszeniert worden; der dritte Teil erschien 1967 in einer Auflage von 150 000 Exemplaren. Über die Neuinszenierung anläßlich des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution schreibt die Presse am 28. 11.:

»Es gibt in der Weltliteratur kaum eine so leidenschaftliche, flammende, schmerzerfüllte Proteststimme gegen das Martyrium einer Nation, einen ähnlich ergreifenden Freiheitsruf. Es ist schwierig, in kühler Analyse die Emotion zu dämpfen. [...] Die wunderbaren Sätze: ›Unser Volk ist wie Lava‹ werden mit voller Abgewogenheit des Sinnes und der Bedeutung auf der Bühne dargeboten.« *Życie Warszawy*
»Eine suggestive, äußerst erregende Wirkung geht von der Auseinandersetzung zwischen Konformismus und Kollaboration und dem aufsässigen Geist aus. [...] Die *Totenfeier* wird also in das ständige Repertoire des Nationaltheaters eingehen.« *Trybuna Ludu*

16. Januar 1968: Das Kulturministerium hat beschlossen, Ende Januar die *Totenfeier* vom Spielplan des Nationaltheaters abzusetzen, nachdem es während der letzten Aufführungen an gewissen Stellen zu demonstrativem Applaus gekommen war.
Die Studentin Irena Lasota-Hirszowicz übermittelt dem Sejm (dem Parlament) eine Petition der Studenten, in der die Wiederzulassung der *Totenfeier* gefordert wird. Die Petition ist von 3145 Personen unterzeichnet, »darunter jedoch nur 1469 leserliche Unterschriften« (W. Gomułka in seiner Rede am 19. 3. 1968).

30. Januar: Gegen die Absetzung der *Totenfeier* demonstriert eine etwa 200köpfige Studentengruppe vor dem Theater, anschließend auch vor dem Mickiewicz-Denkmal. »Polizisten hatten die Jugendlichen aufgefordert, zu dieser nächtlichen Stunde nicht die Ruhe zu stören, schritten aber erst energischer ein, als sie zu erkennen glaubten, daß einige Demonstranten sich auf den Weg zum Gebäude der Zensur machen wollten.« (*FAZ*, 2. 2. 68) Adam Michnik und Henryk Szlajfer werden als »Aktivisten« der Demonstration vorübergehend festgenommen.
5. Februar: Prozeß gegen Janusz Szpotański, der wegen »Verleumdung der Volksrepublik Polen« bereits ein Jahr in Untersuchungshaft gesessen hatte. Verhandelt wird das Musical *Die Leisen und die Großmäuler oder Der Präsidentenball.* Eine Bandaufnahme des unveröffentlichten Werks war in der Wohnung der Sekretärin eines Warschauer Schriftstellers, Mina Karsów, gefunden worden. Szpotański wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.
Noch vor der Premiere im Nationaltheater wird auch das Stück *Gyubal Wahazar* des Absurd-Dramatikers Stanisław I. Witkiewicz (1885–1939) abgesetzt; die Aufführung war an Litfaßsäulen und in den Zeitungen bereits angezeigt worden. Motto des Stücks: »Die Macht verdummt«

29. Februar: Sondersitzung des Warschauer Schriftstellerverbandes.
»Die polnischen Schriftsteller [...] stellen im Zusammenhang mit dem Verbot der weiteren Aufführungen der *Totenfeier* auf der Bühne des Nationaltheaters fest:

1. Seit längerer Zeit wächst und intensiviert sich die Indolenz der die Aufsicht über die Kulturtätigkeit und das Kunstschaffen ausübenden Behörden. Die Einmischung bezieht sich nicht nur auf den Inhalt der literarischen Texte, sondern auch auf die Verbreitung und die Aufnahme seitens der Öffentlichkeit.
2. Das System der Zensur und ›Kulturverwaltung‹ ist willkürlich und nicht-öffentlich, die Kompetenzen der einzelnen Behörden sind nicht festgelegt, ebensowenig die Möglichkeiten des Einspruchs gegen ihre Beschlüsse.
3. Dieser Zustand gefährdet das nationale Kulturleben, beschränkt seine Entwicklung, verhindert seine Authentizität und verurteilt es zu fortschreitender Sterilität. Das Verbot, das die *Totenfeier* betroffen hat, ist dafür ein besonders grelles Beispiel.
4. Die Forderungen der Schriftsteller, die in Form von Beschlüssen und Denkschriften vom Schriftstellerverband und führenden Vertretern der literarischen Kreise wiederholt vorgelegt worden sind, wurden nie berücksichtigt.

Von patriotischer Sorge bewegt, appellieren wir an die Behörden der Volksrepublik Polen um die Wiederherstellung unserer jahrhundertelangen Tradition im Sinne von Toleranz und schöpferischer Freiheit. Wir fordern die Wiederzulassung der *Totenfeier* in der Inszenierung von Kazimierz Dejmek, deren Verbot eine verständliche Verbitterung unter den Bewohnern der Hauptstadt ausgelöst hat.«
Diese Resolution, eingebracht von dem Schriftsteller und Mitherausgeber der Literaturzeitschrift *Twórczość*, Andrzej Kijowski, wurde – bei 431 Anwesenden, von denen sich jedoch nur 356 an der Abstimmung beteiligten – mit 221 Stimmen angenommen. Eine Gegenresolution des Parteiaktivs im Schriftstellerverband erhielt nur 124 Stimmen.

6. März: Brief der Schriftsteller an den Rektor der Warschauer Universität, Prof. Dr. Stanisław Turski:
»Magnifizenz!
Das Verbot weiterer Aufführungen der *Totenfeier* Mickiewiczs in der Inszenierung von Kazimierz Dejmek hat denjenigen Teil der Gesellschaft tief betroffen und erbittert, dem das Schicksal der Nationalkultur nicht gleichgültig ist. Die Deklaration, die auf der Sondersitzung des Warschauer

Schriftstellerverbandes am 29. Februar d. J. angenommen wurde, definierte diese Erbitterung in angemessener Weise.
Die akademische Jugend protestierte als erste gegen das Verbot und legte damit einen Beweis für staatsbürgerliche Haltung ab. Wir sind überzeugt, daß dieser Auftritt auf schöne Weise die Geschichte der Warschauer Hochschulen bereichert.
Wir erfahren jetzt, daß gegen einige unter diesen Studenten Disziplinarverfahren angestrengt worden sind.
Wir appellieren an Eure Magnifizenz, kraft Eurer Macht als Rektor die Fortsetzung der Disziplinarverfahren niederzuschlagen gegen junge Menschen, die – vielleicht die Ordnungsvorschriften übertretend – sich treu gezeigt haben gegenüber der nationalen und allgemein menschlichen Kultur.
Empfangen Sie bitte den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.
Paweł Jasienica, Antoni Słonimski, Mieczysław Jastruń, M. Wańkowicz, Tadeusz Konwicki, Jerzy Andrzejewski, Adam Ważyk, Jacek Bocheński.«

7. März: Der Rektor der UW verbietet jegliche Demonstrationen und bezeichnet sie als illegal. Der Erlaß geht den Dekanen und Lehrstuhlinhabern zu und wird der Studentenschaft bekanntgemacht.

Die offizielle Version der studentischen Protestversammlung vom 8. März, einem Freitag, erschien mit einem Tage Verspätung in der Sonntagsausgabe der Zeitung *Życie Warszawy* und schildert die Vorfälle, auch vom Samstag, immerhin recht ausführlich. Die Studenten quittierten den folgenden Bericht mit dem Ruf: »Die Presse lügt!«
»Am Freitag, gegen 12.00 Uhr, hatte sich im Hof der Warschauer Universität eine große Studentengruppe versammelt. An die Kommilitonen wurden Flugblätter staatsfeindlichen Inhalts verteilt. Irena Lasota, Studentin der Soziologischen Fakultät, verlas eine Resolution gegen die Relegierung der Studenten Adam Michnik und Henryk Szlajfer. Die Resolution wurde nochmals verlesen von den Studenten Wiktor Górecki, aus früheren abenteurerischen Auftritten bereits bekannt, und Mirosław Sawicki. [...] Einer der Studenten erklärte, sie seien ›die legale Opposition‹. Zu den Versammelten versuchte Prorektor Zygmunt Rybicki zu sprechen. Er erinnerte daran, daß die Universitätsbehörde die Kundgebung nicht genehmigt hatte, und rief die Jugend auf, auseinanderzugehen. Ein Teil der Studenten unterbrach die Rede des Prorektors mit Zwischenrufen und Pfiffen. Die erregte und verworrene Stimmung verschärfte sich.

Man begann, den Arbeitern, die angesichts der entstandenen Lage im Universitätshof erschienen waren, beleidigende Parolen entgegenzurufen: ›Dunkelmänner, raus aus der Universität‹, ›Söldner‹, ›Banditen‹, ›Gestapo‹, ›Faschisten‹. [...] Die Spannung unter den Versammelten wuchs, das Arbeiteraktiv wurde nicht nur unaufhörlich mit Beschimpfungen, sondern auch mit Schneebällen, Steinen und Kleingeld überschüttet. Die Arbeiter ließen sich nicht provozieren. Als die Überredungsversuche nichts halfen, zogen sie sich vom Universitätsgelände zurück, und die ORMO-Leute machten sich an die Wiederherstellung der Ordnung. Die Kundgebung wurde auseinandergetrieben, wobei, wie das so üblich ist, eine Reihe von Personen Verletzungen erlitt, sowohl unter den Demonstranten als auch unter den ORMO-Leuten.

Nach Verlassen des Universitätsgeländes begann ein Teil der Studenten in kleineren Gruppen in den Straßen zu randalieren. Hier und da schlossen sich ihnen zufällig hinzugekommene Abenteurer und einige sensationslüsterne Schüler an. Daraufhin schritt die Polizei ein, um den Exzessen Einhalt zu gebieten und die Ordnung in den Straßen wiederherzustellen. [...] Am Samstag versammelten sich die Drahtzieher der Umtriebe vom Freitag vor dem Polytechnikum. Ohne Erfolg versuchten sie, die Studenten des Polytechnikums auf ihre Seite zu ziehen; anschließend entfachten sie Händel an verschiedenen Punkten der Stadt, in der Nähe des Polytechnikums und der Universität.

Im Verlauf der Vorfälle von Freitag und Samstag erlitt eine Reihe von Personen Verletzungen. Sorgfältig überprüfte Angaben des Gesundheitsdienstes zeigen, daß 30 der an den Umtrieben beteiligten Personen ärztliche Hilfe geleistet wurde. Zwei befinden sich zwecks eingehender Untersuchung im Krankenhaus. Verletzt wurden auch 28 Funktionäre der Polizei und der ORMO-Leute (davon drei ernsthaft). Alle Gerüchte, in denen von ernsthafter Verletzten die Rede ist, haben nichts mit der Wahrheit zu tun. [...] Im Verlauf der Vorfälle wurden einige Dutzend der aktivsten Teilnehmer festgenommen, von denen etwa die Hälfte nichts mit der Universität zu tun hat. Mit den Anstiftern beschäftigte sich ein Richterkollegium des Kreisgerichts, das bereits eine Reihe von Geld- und Arreststrafen aussprach. Die Universitätsbehörden werden den Schuldigen gegenüber strenge Konsequenzen ziehen.«

Życie Warszawy vom 10. 3. 1968 und *Trybuna Ludu* vom 11. 3. 1968

Als Rädelsführer werden beschuldigt: Adam Michnik und Józef Dajczgewand; Aleksander Smolar, Sohn des Chefredakteurs »einer Zeitung«, »Aktivist« im *Babel-Klub*, Assistent bei Prof. Włodzimierz Brus; Wiktor

Górecki, Sohn des Generaldirektors im Finanzministerium; Irena Lasota-Hirszowicz, Tochter eines Obersten i. R.; Henryk Szlajfer, Sohn eines Zensors im Hauptamt für Pressekontrolle; Katarzyna Werfel, Tochter des ehemaligen Chefredakteurs verschiedener Zeitungen; Ewa Zarzycka, Tochter des ehemaligen Oberbürgermeisters von Warschau.
Aus der sozialen Herkunft der Studenten wird ein Komplott »politischer Bankrotteure« abgeleitet: die Eltern der »Rädelsführer« hatten ehemals einflußreiche politische Stellungen inne. Von einem Großangriff des »Zionismus« ist in den ersten offiziellen Berichten noch keine Rede. Wie später bekannt wird, hielt sich Ewa Zarzycka seit Wochen schon nicht mehr in Warschau auf, was den Eindruck hervorrufen mußte, die Liste der zu Verhaftenden habe bereits vor Beginn der Demonstration festgestanden. Neun der »Anstifter« sind festgenommen worden: drei werden im Schnellverfahren zu vier, einer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.
»Die Professoren der Universität haben sich bisher sehr zurückgehalten. Nun wird bekannt, daß einzelne Studenten, die wegen der Teilnahme an den Demonstrationen mit Geldstrafen belegt worden waren, wenig später Prämien in gleicher Höhe für besondere Leistungen erhalten haben.« FAZ
Die durch das harte Eingreifen der Polizei entstandene Erbitterung unter den Studenten verschärft sich mit dem Gerücht, eine Studentin sei bei den Demonstrationen ums Leben gekommen.
Flugblätter der Studenten, von Gomułka in der Absicht zitiert, die »Methoden der Provokateure zu illustrieren«:
»An den Mauern der Akademie der Schönen Künste hängt der Nekrolog für das Mädchen, das erschlagen worden ist. Ein anderes Mädchen, die Enkelin des Journalisten Kozicki, liegt im Spital. Ein Junge kämpft mit dem Tod, andere haben gebrochene Rippen, noch ein anderer hat ein Auge verloren.«
»Schlagt die Polnische Arbeiterpartei! Greifen wir zu den Waffen! Fort mit dem Kommunismus! Werfen wir das Moskauer Joch ab! Wir haben die schwedische Sintflut überlebt, wir überleben auch die sowjetische! Sparen wir weder Steine noch Ziegel für die Polizisten und die anderen Scheißer. Fort mit der UdSSR! Fort mit den Sowjets Gomułkas!«

10. März: Erneut kommt es zu Demonstrationen. Unter dem Ruf »Die Presse lügt!« verbrennen Studenten die Sonntagsausgabe der Zeitung *Życie Warszawy*. Sprechchöre: »Verfassung«, »Demokratie«, »Warschau mit uns«, »Die Armee mit uns« und »Wir grüßen die Studenten der ČSSR«.
11. März: Während Studenten im Innern der UW zu Gesprächen mit den

Professoren zusammenkommen, sammeln sich vor den geschlossenen Toren der Universität Jugendliche, solidarisieren sich in Sprechchören mit den Studenten und verbrennen Zeitungen. Am Nachmittag veranstalten Jugendliche, Studenten und Passanten einen Marsch zum ZK der Partei. Die Polizei setzt Tränengas ein; Hilfspolizisten in Zivil riegeln das Universitätsgelände ab.

Vor dem Parteiaktiv der Stadt Warschau geht dessen 1. Sekretär, Józef Kępa, auf die Studentendemonstrationen ein. Kępas Schilderung der Vorfälle weicht nur wenig ab von den Berichten in *Trybuna Ludu* und *Życie Warszawy*, sie bringt die Namen der »Rädelsführer« jedoch erstmals mit dem Zionismus in Verbindung: »Wir sind entschieden gegen den Antisemitismus, aber wir gestatten bei uns nicht die Entfaltung zionistischer Propaganda und Tätigkeit.« Der »sehr kleinen Gruppe von Studenten unter den Demonstranten und allen an den Exzessen beteiligten unverantwortlichen Elementen« werden harte Konsequenzen angedroht.

Die Partei organisiert den Volkszorn. In allen Betrieben des Landes werden Versammlungen veranstaltet, die »spontan« die »Warschauer Exzesse« verurteilen. In Warschau formieren sich Arbeiter zu einem Protestmarsch gegen den Studentenprotest. Die auf den Betriebsversammlungen verabschiedeten Resolutionen füllen vom 11. März an täglich die Seite 1 der Parteizeitung *Trybuna Luda*. Transparente des Volkszorns:

- »Warschau will Ruhe haben«,
- »Arbeit, Wissenschaft, Ruhe«,
- »Studenten an die Wissenschaft, Literaten an die Feder«,
- »Mehr Arbeiterkinder auf die Hochschulen«,
- »Säubert die Partei von Zionisten«.

12. März: Trotz offiziellen Warnungen sammelt sich auch an diesem Tage wieder eine große Menschenmenge vor der UW. Hilfspolizisten in Zivil kontrollieren jeden, der das Universitätsgelände betreten will. Wieder kommt es zu Zusammenstößen. In der Hochschule für Architektur hängt eine Resolution, in der die Studenten verlangen: »Die Aufhebung der aus politischen Gründen eingeleiteten Untersuchungen des Disziplinarrates gegen eine Anzahl Studenten; die Freilassung der verhafteten Studenten und Wissenschaftler; die moralische und finanzielle Entschädigung der Opfer der Zwischenfälle; ein Dementi der in der Presse über die Ereignisse verbreiteten Meldungen; Respektierung der Studienfreiheit und der bürgerlichen Freiheiten, einen öffentlichen Prozeß für die verfolgten Studenten; Autonomie der Universitäten.« *AFP* in der *NZZ* vom 13. 3.

13. März: »In Warschau herrscht Ruhe. [...] In den Mittagsstunden

fand in der Aula des Polytechnikums eine große Studentenversammlung statt, an der sich auch der Rektor des Polytechnikums, Prof. Dr. Dionizy Smoleński, sowie die Professoren beteiligten. Im Zusammenhang mit den Vorfällen der letzten Tage in Warschau appellierte der Rektor an die Studenten, ihren Standpunkt neu zu überdenken, sich nicht provozieren und in politische Abenteuer hineinziehen zu lassen, die von Personen inspiriert worden sind, deren Ziele den Studenten unbekannt sind. Professor Smoleński ging auch auf andere von der Jugend aufgeworfene Fragen ein. Zum Schluß der Zusammenkunft wurde eine Resolution angenommen, die, durch einige Zusatzanträge ergänzt, dem Rektor übergeben wurde.«

Trybuna Ludu vom 14. 3.

Resolution der Studenten des Warschauer Polytechnikums

Der volle Wortlaut der Resolution [vom 13. März 1968], die in Anwesenheit des Rektors und des Senats angenommen wurde, enthält einleitend die Bitte um Weiterleitung der Resolution an das Parlament, das ZK und die staatlichen Behörden.

Die dreizehn Forderungen lauten:

1. Wahrung der Verfassung, insbesondere des Artikels 71 über die Zusicherung der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit;
2. Freilassung der Verhafteten und Einstellung der Repressalien sowie Veröffentlichung der vollen Liste der Verhafteten;
3. Bestrafung der Schuldigen an den brutalen Ausschreitungen gegenüber der Jugend und ihre Verurteilung;
4. Einstellung der Versuche, die Arbeiterklasse und die Intellektuellen sowie die akademische Jugend zu entzweien.
5. Korrekte Erläuterung der Ereignisse in Presse, Rundfunk und Fernsehen sowie Richtigstellung falscher Interpretationen.
6. Garantie für die Unantastbarkeit akademischer Institutionen.
7. Einstellung von Repressalien gegenüber denen, die die Jugend unterstützt haben.
8. Entfernung von Miliz und Sicherheitsdienst vom Hochschulgelände.
9. Die Studenten lehnen Antisemitismus und Zionismus ab.
10. Sie fordern die Jugend zur Selbstkontrolle auf und zu Festigkeit gegenüber Provokationen von außen.
11. Sie fordern regelmäßige Besprechungen mit den akademischen Behörden über Angelegenheiten, die alle Studenten angehen.
12. Sie fordern publizistische Verbreitung der diskutierten Probleme.
13. Sie fordern die Bekanntgabe der gesamten Resolution in Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Die Resolution schließt mit der Versicherung an die Adresse der akademischen Behörden und der Bevölkerung, daß die Studenten in erster Linie lernen und den Sozialismus in einem demokratischen Vaterland aufbauen wollen.

Studentenversammlungen meldet die amtliche Nachrichtenagentur PAP auch aus der Medizinischen Fakultät und der Hochschule für Planung und Statistik. – Sympathiekundgebungen finden in Lublin, Krakau, Posen, Breslau, Stettin und Danzig statt.
Über die von der Partei organisierten Gegendemonstrationen berichtet die Presse ausführlich. Exemplarische Äußerungen:
»Auf der Massenversammlung ergriffen viele Arbeiter das Wort, u. a. sagte Jan Kępa aus der Waggonfabrik: ›Ich habe vier Kinder, die unter den in der Volksrepublik Polen geschaffenen Bedingungen lernen und voll die Möglichkeiten der allseitigen Entwicklung auskosten können. Die Bedingungen dazu hat die Arbeiterklasse geschaffen. Im Bemühen um das Wohl des Landes und der Gesellschaft erstarkte auch unsere Belegschaft. Deshalb gibt es keinen einzigen unter uns, der die Urheber der Exzesse in der Hauptstadt nicht verurteilte. Wir haben das Recht zu fordern, daß die Aufwiegeleien und die Zerstörung von Volkseigentum während der Warschauer Ausschreitungen unterbunden werden.‹«
Die Ingenieurschule in Zielona Góra verurteilt die Warschauer Demonstrationen. »Dank der Volksmacht hat die Jugend breiten Zutritt zu den Schulen. Dank ihrer konnten wir auch die Oberschule absolvieren und können gegenwärtig an der Hochschule studieren. [...] Wir wollen, wie die überwältigende Mehrheit der polnischen Studenten, lernen, wir wollen alle Kraft dem Wohl und der Entwicklung Volkspolens widmen. Deshalb verurteilen wir die Initiatoren der Vorfälle in der Hauptstadt, die Zerstörer der öffentlichen Ordnung und die Ausschreitungen der Hooligans. Den guten Namen der Studenten Volkspolens wahrend, distanzieren wir uns von den unverantwortlichen abenteuerlichen Auftritten sowie den polenfeindlichen Gruppen der Jugend und ihren ideologischen Protektoren.«
In der Presse werden die »Inspiratoren und Organisatoren« der Studentendemonstrationen namhaft gemacht: Schriftsteller, die sich schon vorher mit dem studentischen Protest gegen das Verbot der *Totenfeier* solidarisch gezeigt hatten (Jasienica, Kisielewski, Słonimski), sowie Professoren der UW, unter ihnen die Philosophen Leszek Kołakowski und Adam Szaff, der Soziologe Zygmunt Bauman, der Nationalökonom Włodzimierz Brus. Im Zusammenhang mit den Unruhen werden auch die ersten

Entlassungen hoher Staatsbeamter bekannt. Die Partei nutzt die Unruhen und nimmt die in der Presse erhobenen Vorwürfe zum Anlaß, eine Säuberung innerhalb der Partei durchzuführen, die mit den studentischen Forderungen nurmehr wenig zu tun hat. Im Hintergrund der Säuberung steht die parteiinterne Auseinandersetzung zwischen den polnischen Nationalkommunisten (den sogenannten Partisanen) unter Führung des Innenministers General Moczar und der moskautreuen Fraktion unter Parteichef Gomułka. Ungeachtet dieses Machtkampfes innerhalb der Partei haben sich die Fronten zwischen Partei und Studenten verhärtet. Die Studenten sind entschlossen, ihre Forderungen durchzusetzen.

15. März: Vorlesungsstreiks in Krakau und Warschau. Die Studenten beschließen, die Vorlesungen bis Montag zu boykottieren, und fordern die Veröffentlichung ihrer Resolution in der Presse.
Der 1. Sekretär der Parteiorganisation Kattowitz, Gierek, macht für die Demonstrationen die »Handlanger der Imperialisten und Zionisten«, die »Revisionisten, Zionisten und Diener des Imperialismus« verantwortlich.
Ein Journalist aus der ČSSR, der Sonderkorrespondent der Prager Tageszeitung *Mladá fronta,* wird aus Polen ausgewiesen, nachdem offizielle Prager Stellen das Vorgehen der polnischen Polizei scharf kritisiert hatten.
16. März: Der VII. Kongreß des Journalistenverbandes eröffnet seine Beratungen mit einem Grußtelegramm an Władysław Gomułka, in dem es heißt:
»Wir wollen Sie versichern, daß die polnischen Journalisten mit voller Entschiedenheit das Programm und die Politik der Partei unterstützen [...]. Wir distanzieren uns entschieden von allen feindlichen, antisozialistischen und antinationalen Kräften, von Unruhestiftern und Aufwieglern, von politischen Bankrotteuren, die nichteinmal vor dem Versuch zurückschreckten, einen Teil der akademischen Jugend gegen die Volksmacht aufzuwiegeln. Wir glauben, daß die Störenfriede die verdienten Konsequenzen finden werden.«
In ihren am 18. März in *Trybuna Ludu* publizierten Diskussionsbeiträgen kritisiert eine Reihe von Journalisten die offizielle Informationspolitik, die es »verschiedenen Inspiratoren« erleichtert habe, die Jugend irrezuleiten.
An dem für Samstag angesagten Vorlesungsstreik nehmen die Studenten der UW in großer Zahl teil. Die Studenten des Polytechnikums erwägen ebenfalls einen Sitzstreik, falls ihre Resolution nicht bis zum Mittwoch, dem 20. 3., in Warschauer Zeitungen veröffentlicht würde.
»Die Professoren der Warschauer Fakultät für Biochemie und Biophysik

haben jetzt in einer Resolution gegen die ›brutale Aktion der Polizei‹ protestiert, ebenso gegen das angewandte Prinzip der Kollektivverantwortung und die Sanktionen gegen Eltern, die für die Haltung ihrer mündigen Kinder verantwortlich gemacht werden. Auch die Professoren der Mathematik und Physik der Warschauer Universität sollen sich gegen die Methoden der Polizei und deren ungerechtfertigtes Eingreifen auf dem Gelände der Universität ausgesprochen haben. [...] Auch unter den Mitgliedern der polnischen Akademie der Wissenschaften soll die Beunruhigung über die öffentlichen Beschuldigungen namhafter Vertreter der polnischen Wissenschaft wachsen. Eine Delegation der Akademie soll, wie man hört, bei Staatspräsident Ochab vorstellig geworden sein.« *FAZ*
Der Korrespondent der Londoner Tageszeitung *Times*, Richard Davy, der am 13. 3. nach Warschau gekommen war, wird aus Polen ausgewiesen.
18. März: Vergeblich warten ca. 3000 Studenten der UW auf das Erscheinen eines zu dieser Versammlung geladenen Mitglieds des ZK der Partei. Ein Sprecher der Studenten teilt mit, von der Universität wegen ihrer Teilnahme an den Studentenunruhen ausgeschlossene Kommilitonen seien unverzüglich zur Armee einberufen worden.
19. März: Der 1. Sekretär der Partei, Władysław Gomułka, nimmt erstmals zu den Warschauer Vorfällen Stellung. Seine Rede vor dem Warschauer Parteiaktiv, die durch ihren gemäßigten Ton (das Stichwort »Zionismus« betreffend) auffällt, enthält das unbefristete Versprechen, die Resolutionen der Studenten zu prüfen, wendet sich jedoch scharf gegen die Schriftsteller P. Jasienica, St. Kisielewski und die Universitätsprofessoren Brus, Morawski, Kołakowski und Bauman.
20. März: Bei einer Versammlung im Polytechnikum beschließen zwei- bis dreitausend Studenten einen zweitägigen Sitzstreik, um ihrer Forderung nach Veröffentlichung und Diskussion der am 13. 3. verabschiedeten Resolution Nachdruck zu verleihen.
21 März: Der von den Studenten angekündigte Sitzstreik wird von etwa 2000 Studenten befolgt. An den Haupteingängen der UW und des Polytechnikums rufen Appelle der Rektoren zur Ordnung.
22 März: Ein handgeschriebenes Transparent über dem Haupteingang des Polytechnikums bringt die 13-Punkte-Resolution der Studenten. Andere Spruchbänder: »Sozialismus – Demokratie«, »Keine Wissenschaft ohne Freiheit«, »Weg mit der Zensur«, »Freiheit für unsere Kommilitonen«, »Wir wollen wahrheitsgetreue Informationen«.

In einem Flugblatt wird die Treue der Studenten zu Polen und dem Sozialismus betont: Die Demonstrationen seien nicht gegen das Gesell-

schaftssystem, gegen die UdSSR oder den Staat gerichtet. »Im Verhältnis zu uns ist die offizielle Version über angebliche Inspiratoren der Ereignisse, die sich aus unidentifizierten sogenannten politischen Bankrotteuren rekrutieren, und über ihren Einfluß auf die Gedanken der Jugend eine primitive, demagogische Lüge.« *(FAZ)* Mehr als 10 000 Warschauer Bürger versammeln sich am Abend vor der Hochschule und bekunden in Sprechchören ihre Sympathie mit den Studenten.

Aufruf des Rektors des Polytechnikums Warschau an die Studenten:
»Eine Gruppe von Studenten der Technischen Hochschule Warschau, die für sich das Recht in Anspruch nimmt, im Namen aller Studierenden zu sprechen, hat die Jugend unserer Hochschule zu Handlungen aufgerufen, die im Widerspruch zum akademischen Eid und den elementaren Grundsätzen der Studienordnung und der öffentlichen Ordnung stehen; sie übt außerdem einen moralischen und physischen Druck auf jenen Teil der Studenten aus, die Ruhe, Ordnung und Lehre verlangen.
Im Zusammenhang damit fordern wir kategorisch:

1. Die Räume der Technischen Hochschule sind am 22. 3. 68 bis 21.00 Uhr zu verlassen.
2. Der normale Lehrbetrieb hat am 23. 3. 68 um 8.00 Uhr zu beginnen. Wenn vom 23. 3. 68 an die Ordnung nicht wiederhergestellt wird und die Studenten ihre normale Beschäftigung nicht aufnehmen, wird die Arbeit der Hochschule mit Billigung des Ministers für das Hochschulwesen unterbrochen; nach gewisser Zeit werden neue Immatrikulationen für alle Semester und Fakultäten ausgeschrieben werden.«

Bei Zusicherung von Straffreiheit brechen die Studenten ihren Sitzstreik vorzeitig (um 3 bis 4 Stunden früher) ab; Milizsoldaten bringen die Studenten in Omnibussen in die Wohnheime zurück.

Die polnischen Bischöfe führen in einer Botschaft an die katholischen Gläubigen des Landes die Studentendemonstrationen zurück auf ein »Ringen um Wahrheit und Freiheit« und verurteilen nachträglich die »brutale Gewaltanwendung« gegen die Studenten.
Der Chefredakteur der Wochenzeitung *Życie Prawo:* »Wir hatten es mit dem Versuch eines Staatsstreichs zu tun. Eine mit zionistischen Kreisen verbundene Konspiratorengruppe versuchte auf organisierte Weise mit patriotischen und demokratischen Schlagworten intensive Demonstrationen und Straßenzusammenstöße herbeizuführen, die dann die Kontinuität der Führung zumindest in personeller Hinsicht zu einem offenen Problem gemacht hätten.« »Die öffentliche Meinung und vor allem die Par-

teiorganisationen haben das Recht zu wissen, wer auf welche Weise die Prozesse positiver Änderungen auf vielen Gebieten unseres Lebens paralysiert hat. Wessen Unterstützung ist es zu verdanken, daß unfähige Leute geblieben sind? Welche Einflüsse konnten die Absichten der Parteiführung durchkreuzen, sie verdrehen und manchmal zunichtemachen?« Gomułka und die Parteiführung »stehen vor der dringenden Aufgabe, dem Volk Antwort auf die Perspektiven der weiteren Entwicklung zu erteilen. [. . .] Wir warten auf ein großes und grundsätzliches Gespräch der Partei mit der Nation.«

26. März: Życie Warszawy veröffentlicht, mit redaktionellem Kommentar, die Resolution der Studenten; in bezug auf die Polizeiaktion heißt es dort: »Wo gehobelt wird, da fallen Späne.«
Gleichzeitig wird die Entlassung folgender Professoren der UW bekannt: Bronisław Baczko, Zygmunt Bauman, Włodzimierz Brus, Maria Hirszowicz, Leszek Kołakowski, Stefan Morawski. – Bauman und Brus hatten schon Anfang des Jahres ihre Parteiausweise zurückgegeben.
28. März: Studenten (»hartnäckige Störenfriede«) rufen, nachdem die Entlassung der sechs Professoren bekanntgeworden ist, zu neuen Versammlungen auf. Alle nach 16.00 Uhr angesetzten Vorlesungen fallen aus, die UW wird geschlossen. Die nicht genehmigte Versammlung der Studenten nimmt zwei Resolutionen an, in denen die Wiedereinstellung der sechs entlassenen Professoren und Assistenten gefordert und die Zensur sowie die Verhaftung der Studenten im Zusammenhang mit den früheren Demonstrationen verurteilt werden. *Życie Warszawy:* die Universitätsbehörden hätten nicht nur das Recht, sondern auch die gesellschaftliche und moralische Pflicht, entschlossen dafür zu sorgen, daß die Studenten die Rolle der Universität als Ort des Studiums respektieren. Wenn dieses Studium unmöglich werde, sei es notwendig, die Semester zu suspendieren und für alle Studienjahre neue Immatrikulationslisten aufzustellen. Die Wahl liege nur bei den Studenten. Wenn alle Mittel der Diskussion und Überzeugung erschöpft seien, bleibe allein Entschlossenheit übrig.
Sieben Fakultäten der Warschauer Universität sind nach einer Meldung von *Trybuna Ludu* geschlossen worden. Im Zusammenhang mit der geheimen Studentenversammlung vom Donnerstag wurden 34 Studenten relegiert. Elf weiteren wurde vorläufig die Fortsetzung ihres Studiums untersagt. Gegen eine nicht genannte Zahl von Studenten sollen disziplinarische Maßnahmen eingeleitet werden.

Nachbemerkung zu Dossier 1 und 2

Die Informationen über die Studentenbewegungen in Polen und in der Tschechoslowakei sind lückenhaft, ungenau und widersprüchlich. Die hier vorgelegten Dokumente können diese Mängel nur zum Teil ausgleichen. Es ist sehr wohl möglich, daß sie mehr verschweigen als aussprechen. Was zwischen den Zeilen vorsichtig lavierender Kommentare und bürokratisch verklausulierter Resolutionen steht, ist für Außenstehende kaum auszumachen. Unter diesen Umständen wäre der Versuch einer umfassenden Analyse verfrüht. Dagegen muß es erlaubt sein, einige charakteristische Züge der Bewegung in der Tschechoslowakei festzuhalten.

Die Dokumente zeugen von einem äußerst beschränkten Horizont. Ihre politische Substanz ist dürftig. Enges Verbandsdenken steht im Vordergrund: der parteiamtlichen Organisation soll eine eigenständigere Studentenvertretung entgegengesetzt werden, die eine erweiterte Autonomie, aber kein eigentlich politisches Mandat anstrebt. Das Konzept ist im wesentlichen trade-unionistisch. Inhaltliche Forderungen, die auf tiefergreifende Änderungen der Hochschulstruktur abzielen, sind nicht bekanntgeworden; Kritik am autoritären Lehrbetrieb wird nicht laut. Noch viel weniger werden Fragen der politischen Ökonomie erörtert; sotto voce äußert sich allenfalls der Wunsch nach einer Art von »Entwicklungshilfe« von Seiten der imperialistischen Länder. Dabei wird vor allem an die Bundesrepublik gedacht. Das Verlangen nach realer sozialistischer Demokratie wird angedeutet, bleibt aber abstrakt. Sein Kern ist der Wunsch nach der Wiederherstellung gewisser bürgerlicher Freiheiten, insbesondere nach der Vergrößerung des kulturpolitischen Spielraums. So vage die politischen Vorstellungen der Studenten sind, so deutlich ist ihre stark nationale Färbung. Das außenpolitische Interesse konzentriert sich nach wie vor auf die kapitalistischen Länder. Die DDR gilt als Außenfeind. Sympathien im eigenen Lager richten sich allenfalls auf Jugoslawien und Rumänien. Die cubanischen und chinesischen Vorstellungen und Erfahrungen werden ignoriert oder pauschal abgelehnt. Das Problem der Koexistenz ist bisher nicht zur Diskussion gestellt worden. Beschäftigung mit Fragen der Dritten Welt gilt als intellektueller Luxus. Charakteristisch hierfür war die Haltung der Prager Studenten und des Akademischen Rates der Universität angesichts einer Vietnam-Demonstration vor der amerikanischen Botschaft in Prag. Nordvietnamesische Studenten hatten die Fahne und das Wappen der Botschaft herabgerissen. Die tschechischen Studenten griffen ein, brachten die Fahne in Sicherheit und entschuldigten sich beim amerikanischen Botschafter. Der Akademische Rat distanzierte sich von der Demonstration. Die

Episode wirft ein grelles Licht auf den Zustand der Prager Studentenbewegung.

Mit gewissen Einschränkungen gelten diese Feststellungen auch für die Entwicklung in Polen. Freilich ist die Lage dort, schon wegen der weit stärkeren Repression, undurchsichtiger und schwerer zu beurteilen. Ein Dokument, das an Radikalität und politischem Weitblick dem Offenen Brief *von Kuroń und Modzelewski (*Kursbuch 9, *S. 34–44) gleichkäme, ist seither aus Polen nicht bekanntgeworden. Offensichtlich ist der Einfluß jener Gruppen, die einen revolutionären Internationalismus vertreten, zurückgegangen; partikulare Interessen und interne Probleme scheinen in Warschau im Vordergrund der Entwicklung zu stehen.*

Andererseits ist es völlig normal, daß sich eine politische Bewegung an den unmittelbaren Bedürfnissen der Beteiligten entzündet. Diese Anlässe sind oft, wie in Berlin oder Paris, minimal, örtlich begrenzt und scheinbar unerheblich. Außerdem wird jede Kritik von außen zu bedenken haben, daß die Risiken, mit denen jede politische Aktion zu rechnen hat, in einem Land wie Polen kaum abschätzbar sind. Revolutionäre Ratschläge aus Paris, Rom oder Berlin nehmen dadurch leicht einen fatalen Beigeschmack von Gratismut an. Schließlich hat der Stalinismus in den Ländern Osteuropas nicht nur die Spuren seiner Verbrechen hinterlassen, sondern auch eine unvorstellbare politische Apathie. Die zutiefst entpolitisierten Massen betrachten jede Losung, die sich nicht auf ihr unmittelbares materielles Interesse, auf ihre Bewegungs- und Redefreiheit oder auf rechtsstaatliche Garantien bezieht, mit grenzenlosem Mißtrauen. Unter solchen Bedingungen ist auf eine Solidarisierung dieser Massen mit den Befreiungsbewegungen in der Welt nicht zu rechnen. Sie ist nur dialektisch zu erkaufen, dadurch, daß die Liberalisierung in Osteuropa ihren Fortgang nimmt. Ohne Zweifel wird sie revisionistische, opportunistische, vielleicht sogar konterrevolutionäre Züge annehmen, bevor die Massen ihr Selbstvertrauen zurückgewinnen, zu spontaner politischer Aktion wieder fähig werden und anfangen, revolutionäre Forderungen zu stellen. *H. M. E.*

Heinz Rudolf Sonntag
Versuch über die lateinamerikanischen Universitäten

Für Américo Martin und Freddy Muñoz*

Ein Zollbeamter auf dem Flughafen von Santo Domingo (Dominikanische Republik) fragte mich nach meinen Plänen während meines Aufenthalts. Ich sagte ihm, ich wolle unter anderem Fachkollegen an der Universität besuchen. Seine weitere Frage: »An welcher Universität?« setzte mich in Erstaunen, denn ich kannte nur die National-Universität in der Hauptstadt der karibischen Inselrepublik. Der Zollbeamte wies mich darauf hin, daß es in Santo Domingo zwei Universitäten gebe. Nähere Informationen bekam ich später von Freunden: Weil der Regierung des Präsidenten Balanguer die etablierte Nationaluniversität zu linksorientiert war, wurde eine »Gegen-Universität« gegründet; es gibt Vermutungen (und nicht nur unter den sogenannten Linksintellektuellen), daß die finanziellen Mittel zu ihrem Aufbau und zu ihrem Unterhalt unter anderem vom CIA bereitgestellt werden. Diese Vermutungen sind so abenteuerlich nicht.

Im Dezember 1966 landeten eines Nachts 3 000 Fallschirmjäger und etliche Hubschrauber auf dem Gelände der Universidad Central de Venezuela in Caracas; zahlreiche Panzer und gepanzerte Fahrzeuge mit aufgesessenen Infanterie-Soldaten trugen den Angriff zu Lande vor. Die Studentenwohnheime wurden mit Gewalt geräumt. Danach machte sich das Militär, bald unterstützt von den Beamten der beiden politischen Abteilungen der Polizei, an die Durchsuchung der Universität. In ihrem Verlauf entstand ein Sachschaden von rd. 200 000 Bolivares (1 Bolivar entspricht dem Wert von DM 0,95), verschwanden aus den Büros von Rektor und Vizerektor Mappen und Korrespondenzen, wurden von Forschungsberichten bis zu Manuskripten und Klischees im universitätseigenen Verlag »Materialien« beschlagnahmt. Lehr- und Forschungsbetrieb waren während der ganzen Zeit lahmgelegt. Nach drei Monaten endete die Besetzung ebenso spukhaft schnell, wie sie begonnen hatte: Eines Morgens waren Fallschirmjäger, Infanteristen, Geheim- und uniformierte Polizisten, Panzer, Hubschrauber und sonstiges Kriegsgerät verschwunden.

Ungefähr acht Wochen vor meinem Besuch in Columbien, der Anfang September 1967 stattfand, befahl Präsident Carlos Lleleras den militäri-

schen Sturm auf die Universidad Nacional. In wenigen Stunden war das Universitätsgelände genommen und hermetisch abgeriegelt. Kein Mitglied der Universität, weder Student noch Professor noch Rektor, durfte das Gelände betreten. Auch hier wurde eine Durchsuchung durchgeführt. Nach zehntägiger Okkupation zogen die Truppen feldmarschmäßig ab. Die Zerstörungen, die – absichtlich wie unabsichtlich – angerichtet worden waren, konnten (und können womöglich noch) besehen werden.
Die Universitäten in den meisten lateinamerikanischen Staaten genießen volle Autonomie, die häufig in den Verfassungen verankert ist. Der Staat hat kein Recht, in ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einzugreifen; er hat nicht einmal das Recht, den Beamten seiner Exekutive die Durchführung von Amtshandlungen innerhalb der Universität zu befehlen; er hat schon gar nicht das Recht, in das Gelände der Universität einzudringen. Dem Staat darf es, nach dem Willen der Verfassung, nicht einfallen, ihm mißliebig gewordene Universitäten (soweit sie staatlich sind) finanziell auszuhungern und Gegenuniversitäten ins Leben zu rufen. Der Bruch der Verfassungen, der sich in Geschehnissen wie den dargestellten und in zahlreichen ähnlichen Fällen manifestiert, ist die Reaktion auf bestimmte soziale und politische Tatbestände. Sie ist nicht nur legal unzulässig, sondern auch für die Universitäten bedrohlich und – wahrscheinlich – auf die Dauer gefährlich für den Bestand der Gesellschaften, jedenfalls in ihren heutigen Entwicklungstendenzen.

Die Universitäten haben in den Staaten Lateinamerikas eine alte Tradition, die in die Anfänge der spanischen und portugiesischen Kolonialzeit zurückreicht: Die erste auf lateinamerikanischem Boden wurde 1538 durch eine Bulle des Papstes Paul III. in Santo Domingo ins Leben gerufen. Später erfolgten Gründungen in vielen anderen Städten der spanischen Vizekönigreiche, teils durch weltliche Behörden mit kirchlicher Unterstützung, teils durch Orden wie den der Jesuiten und andere kirchliche Institutionen mit der Unterstützung der spanischen Krone. Das Schicksal der Universitäten hat recht bunte Züge; zumal die von Orden getragenen wurden – im Gefolge der Veränderungen der spanischen Politik gegenüber den Orden – immer wieder einmal geschlossen und neu eröffnet. Allerdings blieb das Verhältnis der Universitäten zur kolonialen Gesellschaft aus eindeutigen Gründen unproblematisch.
Auch während der Jahre und Jahrzehnte, die den Unabhängigkeitskämpfen um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert folgten, blieb dieses Verhältnis ungetrübt. Das liegt teilweise daran, daß die Umstrukturierung der Gesellschaft, die zumindest von dem bedeutendsten Kopf der politi-

schen Unabhängigkeitsbewegung, Simón Bolivár, angestrebt war, sich nicht durchsetzte. Die Gesellschaften der meisten Länder blieben, wiewohl politisch vom einstigen Kolonialherrn unabhängig, kolonialistisch-feudalistisch geprägt. Die Universitäten waren die Ausbildungsstätten der Eliten jener Gesellschaften. Langsam aber setzten sich in den Kreisen der Professoren und Studenten wissenschaftlich positivistische und politisch liberale Ideen durch. Sie blieben auf geraume Zeit sozial unwirksam, gewannen dann jedoch rasch an Sprengkraft – ein Vorgang, mit dem häufig ihre qualitative Veränderung verbunden war.

Das erste Ereignis, in dem dieser Umschlag deutlich sich ausprägte, war die Universitätsreform von Córdoba (Argentinien) im Jahre 1918. Die vom Staat verfügten Reformen gingen auf eine Revolution der Studenten zurück. Im Anfang war diese Bewegung auf die inneren Strukturen der Universität gerichtet, deren Obsolenz sich immer deutlicher zeigte. Bald aber schlug sie um und orientierte sich auf die gesamte Gesellschaft hin. Sie griff über auf andere lateinamerikanische Länder. Die allgemeinen Ursachen lagen in abgeschlossenen oder noch im Gang befindlichen Veränderungen: In ganz Lateinamerika tauchten neue gesellschaftliche Klassen auf; die alten kolonialistisch-feudalistischen Sozialstrukturen waren bankrott und konnten zumal die Integration der neuen Klassen nicht mehr leisten; in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts lösten sich fast alle Gesellschaften in mehr oder weniger starkem Maße aus der Umklammerung des Staates: es entwickelte sich gesellschaftliches Bewußtsein. Als bedeutende Faktoren von internationaler Relevanz, die diese Prozesse beschleunigten, kamen hinzu: 1. der Erste Weltkrieg; 2. die Revolution in Mexiko, die sich später in der Umstrukturierung dieser Gesellschaft in eine solche mit halb-sozialistischem Charakter vollendete; 3. die russische Revolution von 1917. Die Ereignisse in Córdoba bedeuten den ersten Schritt auf dem langen Weg, der von der Universität als Stütze der kolonialistisch-feudalistischen Gesellschaft hin zu der Universität als Gefahr für die heutige »Entwicklungsgesellschaft« führte. Ihre unmittelbaren Auswirkungen bestanden darin, daß die lateinamerikanischen Staaten den Universitäten die Autonomie endgültig garantierten und daß die Kirche ihres Einflusses auf die Universitäten beraubt wurde.

Die Entfremdung der Universitäten von den Gesellschaften setzte sich fort. Das lag auch daran, daß die Universitäten, wenngleich reformiert und politisch liberalisiert, noch immer mehr den Anforderungen der alten Gesellschaftsstrukturen gehorchten als den aufkommenden sich anpaßten. Ein Symptom dafür ist, daß sie in erster Linie jene akademischen Berufe produzierten, die in den kolonialistisch-feudalistischen Zeiten das höchste

Prestige genossen: vornehmlich Rechtsanwälte. Der Umbruch der gesellschaftlichen Strukturen wurde gefördert durch die Erschließung ökonomischer Resourcen, durch die immer stärker werdende Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten der lateinamerikanischen Gesellschaften (die sowohl auf wirtschaftlichen als auch auf hegemonialen Interessen beruhte und eine Zeitlang einige fortschrittliche Folgen hatte) und durch die sich emanzipierenden Mittelschichten, die Bourgeoisie, deren Angehörige häufig zu Wohlstand gelangte Abkömmlinge von Einwanderern waren. Er beruhte auf dem Bankrott der alten Ordnungen. Diese Wandlungen, wiewohl zu Beginn mit großer Kraft aufbrechend, konnten sich allerdings nie vollenden: Obgleich die alte Ordnung bankrott war, erhielten sich ihre Funktions- und Anpassungsmechanismen. Das hat seinen Grund: Die Wandlungen berührten nicht die soziale und politische Stellung der alten Oberklassen, die auf Grund ihrer Macht ihr Wertsystem weiter als allgemeingültiges proklamieren konnten. So kam es zu Modernisierungen in partiellen Bereichen, nie jedoch zur Modernisierung der ganzen Gesellschaft; denn die neuen Mittelschichten, anstatt den von ihnen begonnenen Umbau konsequent zu Ende zu führen, paßten sich nur zu gern dem Wertsystem der alten Mächtigen an. Doch selbst mit diesen partiellen Umstrukturierungen hätte auch das Verhältnis der Gesellschaft zu ihrer Universität sich verändern müssen. Denn die Strukturen, die sich in einigen Bereichen der Gesellschaft herausbildeten, verlangten nach anderen Formen akademischer Ausbildung als denen, auf die die Universitäten in erster Linie ausgerichtet waren, und nach einer neuen Prestigeskala der Berufe, die ihrem realen gesellschaftlichen Stellenwert angemessener wäre.

Bezog sich die Entfremdung also im Anfang auf das Verhältnis der Universität zur alten Gesellschaftsstruktur, so stellte sich bald heraus, daß weder die teilweise neue gesellschaftliche Ordnung aus den genannten Gründen fähig war, sie aufzuheben, noch die Universität – gefangen im Bannkreis dieser Ordnung – aus eigener Kraft sich anpassen konnte. Diese merkwürdige Lage brachte es mit sich, daß die Universität mehr und mehr zu einem Raum wurde, in dem die sozialen Anpassungsmechanismen, die in den anderen gesellschaftlichen Institutionen ihre Funktionen erfüllten, nicht funktionierten, sondern tatsächlich einfach suspendiert waren; die an der Universität verbrachte Zeit war dadurch gekennzeichnet, daß der Student nicht dem sonst durchgängigen Sozialisierungsprozeß unterworfen war – eben wegen der Spannung zwischen Gesellschaft und Universität.

Hand in Hand mit diesem Vorgang und teilweise durch ihn bedingt vollzog sich eine fortschreitende Politisierung der Universitäten. Seit dem

Erfolg der Revolution von Córdoba und der ihr geistig und zeitlich folgenden Bewegungen empfanden sich die Studenten und – mit ihnen verbündet – ein Teil der Professoren als die tatsächlichen geistigen und präsumptiven politischen Führer ihrer Nationen. Sie fühlten sich aufgerufen, an der Modernisierung ihrer Gesellschaften mitzuarbeiten, was in der Mehrzahl der Fälle eine heftige Opposition gegen die geltenden sozialen Ordnungen und die herrschenden politischen Strukturen einschloß. Dieses gesellschaftliche Bewußtsein, das sie prägte und ihr Handeln bestimmte, war der realen Lage angemessen. Denn da sie aus dem institutionalisierten Sozialisierungsprozeß herausgenommen waren, ist die Annahme gerechtfertigt, daß sie objektiv in der Lage waren, die Situation ihrer Gesellschaften sozusagen von außen zu betrachten und die angemessenen praktischen Maßnahmen ins Auge zu fassen. Das Problem dieser kritischen Intelligentsia – und damit der Vorteil der Gesellschaften – bestand jedoch darin, daß die Studenten sich spätestens nach Abschluß des Studiums den herrschenden Institutionen ausliefern mußten und daß die bestehende Ordnung die Opposition der Studenten gerade deshalb als vorübergehende hinnehmen konnte, weil sie wußte, daß nach deren Studienabschluß die gesellschaftlichen Institutionen für die nötige Sozialisierung und damit Domestizierung sorgen würden.

Natürlich war sich die Gesellschaft, waren sich ihre Protagonisten der der Lage innewohnenden Gefahren bewußt. Ihr Rezept hieß und heißt: »Funktionalisierung« der Universität. Unter diesem Schlagwort wird die Anpassung und das »Auf-die-Zeit-Bringen« der Universität verstanden: Die Universität soll den modernisierenden Strukturen sich anpassen; soll den Erfordernissen der Gesellschaft in Bezug auf Bildung, Erziehung, Ausbildung, Spezialisierung dienen; soll auf der Höhe der ökonomisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit sich befinden, wie sie von den Mächtigen definiert wird. Die den Interessen der Gesellschaft entsprechende neue Wissenschaft zieht sich mit der Bildungsökonomie ein zeitgemäßes Kleid an. Dieser Funktionalisierung der Universität immament ist ihre Entpolitisierung; denn wenn sie der gesellschaftlichen Lage voll eingepaßt ist, dann fehlt ihr – so geht der Gedanke der Herrschenden – die kritische Distanz zur Gesellschaft als Voraussetzung einer Politisierung der Universität. – Ein anderes Rezept heißt: »Akademisierung« der Universitäten. Es wurde – und wird – auf einer qualitativ anderen Ebene von qualitativ anderen Protagonisten der gesellschaftlichen Ordnung vertreten. Inhaltlich geht es davon aus, daß die Universität zwar eine gesellschaftliche Institution sei, aber eine solche mit eigener Ordnung. Sie sei eine der Forschung und Lehre gewidmete Anstalt. Aus dieser Zwecksetzung ergeben sich für

die Anhänger dieses Rezepts bestimmte inner-institutionelle Ordnungsprinzipien, die allein das Funktionieren der Universität als einer der Wissenschaft geweihten Einrichtung gewährleisten. Die politische Unruhe, so wird behauptet, sei unter den Studenten und unter vielen Professoren nur deshalb so groß, weil die ersteren auf die Zwecksetzung der Universität nicht sich eingestellt und die letzteren sie nicht begriffen hätten (der Vorwurf der mangelnden wissenschaftlichen Qualifikation der politisch engagierten Professoren wird gern mit dieser Aussage verbunden). Die Universität könne den an sie herangetragenen gesamtgesellschaftlichen Anforderungen dann am besten genügen, wenn sie sich auf ihren akademischen Charakter und die daraus resultierende Ordnung besinne. Zumal dieses Rezept klingt dem vertraut in den Ohren, der die Diskussionen über die Lage der deutschen Universität kennt. Es entlarvt sich vollends als apologetisches, wenn damit der Hinweis verbunden wird, nur diese »akademische« Ordnung garantiere die von der Universität wahrzunehmende Position wissenschaftlicher Kontrolle über die Gesellschaft und ihre Funktionen.

Die Voraussetzung für die Angemessenheit dieses zweiten Rezepts wäre, daß der Modernisierungsprozeß in den lateinamerikanischen Gesellschaften total wäre und ihre weitgehende Rationalisierung schon hervorgebracht hätte. Nur dann wären die Kontrollfunktionen der Universität als Hort der Wissenschaften sinnvoll, nur dann hätte die »Akademisierung« einen gesellschaftlich relevanten Nutzen. Diese Voraussetzung ist jedoch nicht erfüllt. So schwer es auch ist, verallgemeinernde Aussagen über so verschiedene Gesellschaften wie die in Lateinamerika versammelten zu machen, eine Feststellung läßt sich doch als allgemeine treffen: Das Überleben gewisser Funktionsmechanismen der kolonialistisch-feudalistischen Strukturen hat die durchgängige Rationalisierung dieser Gesellschaften mit Erfolg verhindert. Dies bedeutet: Die Modernisierung in partiellen gesellschaftlichen Bereichen, wie sie etwa im Aufstieg neuer sozialer Schichten sich ausdrückt, konnte nicht in gesamtgesellschaftliche Rationalisierung umschlagen, weil dem gesellschaftlich und geschichtlich gewachsene Hemmnisse entgegenstanden. Dieser Befund wird erhärtet durch zahlreiche Symptome. Eines davon ist der noch immer große soziale Stellenwert und die noch immer bedeutende politische Macht der traditionellen Oberschichten, die Mobilitätskanäle blockieren und Modernisierungsprozesse innerhalb der sozialen und politischen Strukturen verhindern können, letzteres vor allem deshalb, weil sie in den meisten Gesellschaften noch mit dem Offizierskorps der Armeen und den Spitzenpositionen in beherrschenden Institutionen fast identisch sind.

Ein ähnlicher Grund spricht gegen die Anwendbarkeit des ersten Rezepts, der »Funktionalisierung« der Universität. Auch hier wäre die immanente Voraussetzung, daß die Gesellschaft so weit rationalisiert wäre, daß neue Prestigeskalen sich hätten entwickeln können und darin die Anforderungen der Gesellschaft prägnanter deutlich geworden wären. Dies ist nicht geschehen. Ein oberflächlicher, aber interessanter, weil für viele Widersprüchlichkeiten typischer Anachronismus in den lateinamerikanischen Gesellschaften besteht darin, daß neue technische und funktionale Berufsausbildungen gebraucht und gefordert werden und gleichzeitig die auf den überkommenen, traditionalen Sozialstrukturen beruhende Prestigeskala der Berufe sich nahezu ungebrochen erhalten hat. Das ist nicht der einzige Grund, der gegen die Anwendbarkeit des Rezepts »Funktionalisierung« spricht. Der zweite Grund ist sozusagen positiver Natur: Die Universitäten stellen den lateinamerikanischen Gesellschaften schon jetzt genügend technisch und funktional ausgebildete Fachleute zur Verfügung, wenn man Stand, Tendenz und Schnelligkeit der Entwicklungen auf denjenigen Gebieten als Maßstab ins Auge faßt, in denen der Bedarf an den technisch-funktionalen Berufen mit hohem Ausbildungsstandard am größten ist. Der Beweis für die Richtigkeit dieser Aussage scheint damit gegeben zu sein, daß besonders viele der technisch-funktional ausgebildeten Akademiker von der Berufsstruktur nicht absorbiert werden können und es deshalb vorziehen, sich in anderen, vornehmlich den entwickelten Gesellschaften einen Arbeitsplatz zu suchen; das ist die häufig zu beobachtende »Akademikerflucht«, die viel beklagt, aber zu selten auf ihre Ursachen hin analysiert wird. Mit anderen Worten: Die lateinamerikanische Universität »funktioniert« schon, zumindest in dem Sinne, wie die Anhänger dieses Rezepts es verstehen. Ein dritter Grund dafür, daß das Gerede von der »Funktionalität« der Universität auf der Höhe der Zeit nicht ist, kann einstweilen nur angedeutet werden: Inzwischen haben sich Intensität und Inhalt des studentischen und professoralen gesellschaftlichen Engagements gravierend verändert.

Wegen des unterschiedlichen Entwicklungsstandes der lateinamerikanischen Gesellschaften sind die Vorgänge, die ich geschildert habe, in den verschiedenen Gesellschaften verschieden weit fortgeschritten. Der Prozeß ist allgemein; aber ein Teilstück seiner Entfaltung, das für eine Gesellschaft bereits Vergangenheit ist, kann für eine andere noch Gegenwart oder unmittelbare Zukunft sein. Falls es in der Zukunft liegt, deuten die Tendenzen, die in der Gegenwart sich abzeichnen, klar auf den Gesamtprozeß hin.

Die Rezepte »Funktionalisierung« und »Akademisierung« der Universitäten sind ideologische Substrate des gesellschaftlichen Bewußtseins der Mächtigen, die auf Grund ihrer Macht die Möglichkeit haben, ihr Bewußtsein, ihr Wertsystem, ihr Weltbild als gesamtgesellschaftlich gültige zu deklarieren. So rekrutieren sich denn auch die (zahlreichen) Anhänger dieser Rezepte aus den das System heute tragenden Schichten, d. h. den traditionellen Oberschichten und den neuen, aufstrebenden Mittelschichten. Da diese Schichten auch die politischen Strukturen beherrschen, kann es nicht verwundern, daß mit der Forderung nach »Funktionalisierung« und »Akademisierung« der Universität auch die Forderung erhoben wird, der Staat habe als unabhängige, quasi schiedsrichterliche Instanz die Durchsetzung jener Rezepte zu garantieren. Hier enthüllen die Schlagworte sich vollends als ideologische. Denn wenn auf diese Weise die Autonomie der Universitäten abgebaut und dem staatlichen Einfluß auf sie das Tor weit geöffnet wird, ist abzusehen, daß die Universität bald zum Instrument der Herrschaft der Mächtigen gerät; sie wird dann nur zur Stütze der antiquierten Sozialstrukturen und trägt nichts mehr bei zur Modernisierung und Humanisierung von Gesellschaft und Staat.

Diese Rezepte sind vereinzelt angewandt worden. Sie haben auch – von der bestehenden Ordnung her gesehen – einige Erfolge gezeitigt, auf die voller Stolz hingewiesen wird. Ob die so angepaßte Universität der Gesellschaft auf sinnvolle Weise dienen kann, muß bezweifelt werden. Es ist nicht zu verkennen, daß die Universität aus der gesellschaftlichen Offensive in die Defensive gedrängt worden ist; daß sie reduziert wird auf Funktionen, die den verharschten Sozialstrukturen und den sie tragenden mächtigen Klassen nicht »gefährlich« werden können; daß sie eingebaut wird ins bestehende System, dessen mehr schlechtes als dem Menschen gerechtes »Funktionieren« sie dann wiederum gewährleistet und dem sie offenen oder verschleierten Tribut zollt, auch blutigen, zumindest (doch nicht nur) in des Wortes übertragener Bedeutung.

»Funktionalisierung« und »Akademisierung« sind nicht die einzigen Lösungen, die die herrschenden Mächtigen sich haben einfallen lassen, um die Universität mit den systemimmanenten Anpassungsmechanismen al pari zu bringen. Vor allem die katholische Kirche, aber auch andere finanzstarke Interessengruppen derer, die sozial »oben« sind, haben Privatuniversitäten teils ins Leben gerufen, teils wieder auferstehen lassen. Diese privaten Gründungen sind den Verfassungen nach nicht verboten, sofern der Staat sie nicht finanziell unterstützt, um den nationalen Universitäten so Geld entziehen oder doch mit Geldentzug drohen zu können. Da sie nicht (oder nur geringfügig) subventioniert werden, da viele von ihnen

weiterhin auf die eigenen wirtschaftlichen Mittel angewiesen sind oder – nach dem Willen ihrer Träger – sogar Gewinn erwirtschaften sollen, müssen sie sich das Geld für ihren Unterhalt oder für den möglichen Gewinn durch hohe Studiengebühren verschaffen (derweilen die nationalen Universitäten in der Regel keine Studiengelder erheben dürfen): Die jährliche Matrikelgebühr für Studierende der »Universidad Catolica Andrés Bello« in Caracas beispielsweise beträgt zwischen 2.150 Bolivares (Ingenieurwissenschaften) und 1.650 Bolivares (Philosophie), zuzüglich einer einmaligen Einschreibegebühr von 200 Bolivares und einer jedmaligen Rückmeldegebühr von 100 Bolivares. Das Studium an dieser Universität kostet also die Eltern monatlich zwischen 200 und 250 Bolivares nur an Studiengebühren. Ähnliche Zahlen ließen sich für andere Privatuniversitäten in anderen lateinamerikanischen Ländern nennen. Die Zahl der von den Universitäten vergebenen Stipendien ist gering: Fachkollegen von der Universidad Catolica Andrés Bello gaben den Anteil der Stipendiaten mit ca. 5 Prozent der Studierenden an. Die Verteilung der privaten Universitäten auf die verschiedenen lateinamerikanischen Gesellschaften ist recht unterschiedlich; auch sind es recht verschiedene Institutionen, die sie tragen. In Bogotá gibt es rund ein Dutzend Privatuniversitäten – von der »Universidad Pontifica Javeriana«, getragen von der katholischen Kirche, über die »Universidad Inca«, deren Träger offenbar eine private Gruppe von kolumbianischen Geldgebern ist, bis zur »Universidad de los Andes«, die hauptsächlich eine Forschungsuniversität darstellt und in erster Linie von US-amerikanischen Geldgebern unterhalten wird. In Caracas gibt es dagegen nur zwei private Universitäten, die schon genannte katholische und eine andere, die von einer Dame der Oberschicht – mit Gewinn – unterhalten wird.

Diese Universitäten »funktionieren«, und sie stellen auch jene »akademischen« Einrichtungen dar, die von den Anhängern des Rezepts »Akademisierung« gefordert werden. Dennoch ist ihr gesamtgesellschaftlicher Stellenwert mehr als fragwürdig. Die Privatuniversitäten tragen gewöhnlich zur Konsistenz und Permanenz der alten Oberklassen bei. Die hohen Studiengebühren haben die Wirkung, daß nur Kinder jener Schichten diese privaten Universitäten besuchen können, deren Angehörige in der Lage sind, dafür beträchtliche Summen aufzuwenden. Außer den traditionellen Oberklassen sind dies noch die neuen, rasch zu Wohlstand gelangten Mittelschichten, die sich in Einstellungen, Haltungen und Verhaltensweisen den von den Oberschichten beherrschten Sozialstrukturen anpassen. Ihre potentielle Kraft zur umfassenden Modernisierung wird auf diese Weise zum Vehikel der Affirmation des Bestehenden. Ihr

Wunsch, ihre Kinder auf die Privatuniversitäten – und zumal auf die katholischen und/oder von Orden getragenen – zu schicken, ist der deutliche Beweis für jenen Prozeß der Anpassung an die alten Eliten. Die Folge ist, daß die privaten Universitäten zur weiteren Verharschung der Sozialstrukturen beitragen; daß ein elitärer Geist systematisch gezüchtet wird und sich ausbreitet, der von einem Bewußtsein getragen wird, das im Rahmen einer »Entwicklungsgesellschaft« ein blanker Anachronismus ist; daß die Universität aus dem Raum der Freiheit von den Anpassungsmechanismen der Gesellschaft herausgenommen und in ihren Sozialisierungsprozeß voll eingegliedert wird.

Ich nahm an einer Diskussion mit Professoren einer Privatuniversität teil. Es erwies sich, daß fast alle die gefährlichen Obsolenzen der bestehenden Gesellschaften durchschauten. Sie hatten allerdings jeden Gedanken daran verdrängt, daß die Institution, der sie angehören, genau zu diesen Obsolenzen beiträgt. Einer der Professoren kritisierte mit harten Worten die Permanenz der Macht der alten mächtigen Klassen; aber er war sich nicht bewußt, daß er seine Studenten einem Sozialisierungsprozeß unterwirft, der damit endet, daß sie in jene Klassen voll sich eingliedern oder es zumindest versuchen.

Der zweite Grund für die Fragwürdigkeit des gesamtgesellschaftlichen Stellenwertes der Privatuniversität ist womöglich noch wichtiger. Keine Gesellschaft kann es sich leisten, daß sich ein großer Teil des Erziehungssystems in privater Hand befindet; das gilt besonders für das »höhere« Erziehungswesen, also Oberschulen und Universitäten. Daß es von Privatinstitutionen getragen wird, bedeutet nämlich auch, daß es privaten, von der Gesamtgesellschaft aus gesehen partikularen Interessen dient, private und partikulare Ziele verfolgt. Diese sind gewöhnlich nicht in völligem Einklang mit den Interessen der Gesellschaft, die aus dem Stand ihrer realen Basis sich ergeben, obzwar sie in diesem oder jenem Bereich übereinstimmen können und mögen. Wenn die partikularen Interessen und Ziele nun eine große Chance der Durchsetzung im Rahmen des Erziehungsprozesses erhalten, werden dadurch viele junge und jüngere Glieder der Gesellschaft ihr »negativ entfremdet«. Diese »negative Entfremdung« schließt ein, daß die Gesellschaft und die Chancen ihrer Entwicklung zu einer moderneren und – vor allem – humaneren hin unter dem Blickwinkel von privaten und partikularen Interessen gesehen werden. Sie bedeutet demzufolge, daß ein großer Teil der Chancen der Entwicklung verschleiert oder verschüttet wird, weil sie nicht in das von den Sonderinteressen geprägte Konzept passen; daß für einen großen Teil der Schüler, Studenten und Intellektuellen die Möglichkeit jener »positiven Ent-

fremdung« von der Gesellschaft verstellt wird, die die kritische Distanz zu ihr, ihre nüchterne Analyse und das von der Idee der humaneren Gesellschaft geformte Engagement ihr gegenüber erst freisetzen kann. Die »negative Entfremdung« ist als Negation die Aufhebung der »positiven Entfremdung« (über die noch zu sprechen sein wird); die institutionelle Apparatur, die jene bewirkt, ist fixiertes Derivat einer antiquierten Gesellschaft, die diese bekämpft.
Ein dritter Grund ist in diesem Zusammenhang anzuführen. Die Partikularität der Interessen und Ziele, die von den privaten Erziehungsinstitutionen verfolgt werden, hat ihre reale Basis in dem Wunsch, den Anteil an der Macht, den die meisten der Trägerinstitutionen haben, sich für immer zu sichern. Ein besonders gutes Beispiel dafür bietet die katholische Kirche. Sie hat traditionell eine mächtige Stellung in den lateinamerikanischen Gesellschaften, besonders auch dadurch, daß es ihr gelungen ist, diese Stellung im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern (nicht zuletzt dank ihrem Einfluß im Erziehungssystem). Ihr Einfluß auf die Universitäten war in den Jahren nach der Universitätsrevolution von Córdoba stark zurückgegangen. Um ihn zu restaurieren und damit ihre Macht auf diesen Sektor der Gesellschaft wieder auszudehnen, gründete sie ihre Universitäten wieder oder rief neue ins Leben. Der Schachzug gelang. So weitete sie ihre Macht noch weiter aus; ihr Einfluß im Volk ist ohnehin so groß, daß ein marxistischer Intellektueller bitter-ironisch bemerken konnte, die Durchsetzung des Sozialismus im gesellschaftlichen Bewußtsein des Volkes sei kaum anders denn auf dem Weg über seine Umsetzung in katholische Terminologie und sakrale Formeln möglich. Die Restaurierung des Einflusses der Kirche auf die Universitäten will den in diesem Satz sich ausdrückenden Sachverhalt auch auf Schüler, Studenten, Intellektuelle übertragen. Analoges gilt für andere Trägerinstitutionen privater Universitäten.

Die Rezepte »Funktionalisierung« und »Akademisierung« sind inadäquat; die Gründung von Privatuniversitäten ist gesamtgesellschaftlich fragwürdig bis gefährlich. Nun folgt daraus jedoch nicht ohne weiteres die Anwendung der rohen Gewalt (wie bei den Universitätsbesetzungen in Caracas und Bogotá) oder der sublimierten in Form von bildungspolitischen Winkelzügen (wie bei der Gründung einer Zweit- oder Nebenuniversität in Santo Domingo). Es sind andere Lösungen denkbar. Ihr Entwurf scheitert an zwei grundlegenden Sachverhalten: einmal an den Obsolenzen der sozialen und politischen Strukturen, und zum anderen an der neuen Form des Engagements, über das jetzt zu reden ist. Das scheint mir der

wichtigere Grund zu sein, weil er auf die Betroffenen direkt sich bezieht, weil er durch gesamtgesellschaftliche Reformen nicht aufgehoben werden kann (was zumindest für einen Teil der sozialstrukturellen Antiquiertheiten durchaus denkbar wäre) und weil er verhindert, daß die Gesellschaft die Universität ins System einfängt.

Es lassen sich drei Phasen des Verhaltens von Studenten, Professoren und – allgemeiner – Intellektuellen unterscheiden, die zum Zwecke der Darstellung mit »feindseliger«, »analytischer« und »positiver Entfremdung« benannt werden sollen. Die erste Phase erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1918 in der Universitätsrevolution von Córdoba. Die Studenten und Professoren waren, wie gesagt, in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts mit politisch liberalen und wissenschaftlich positivistischen Ideen in Berührung gekommen und mehr und mehr unter ihren Einfluß geraten. Die Folge war eine Entfremdung von den gesellschaftlichen Strukturen, die in der Feindseligkeit ihnen gegenüber am deutlichsten sich ausdrückte. Man wandte sich gegen die Antiquiertheit der Gesellschaftsordnung, gegen die Illiberalität der politischen Strukturen, gegen den Einfluß der sozial und politisch mächtigen Klassen, der Institutionen, vornehmlich der katholischen Kirche. Die Feindseligkeit war häufig emotional und idealistisch, die Lösungsvorschläge orientierten sich mehr oder weniger offen an den politischen Ideen des individualistischen Liberalismus, der Blick richtete sich in erster Linie auf die Universität. Das geht aus dem am 12. Juni 1918 von den Studenten und den mit ihnen verbündeten Professoren erlassenen Manifest von Córdoba »Die argentinische Jugend von Córdoba an die freien Menschen Südamerikas« recht eindeutig hervor. Die Hauptforderung während dieser Phase der »feindseligen Entfremdung« war die nach der Autonomie der Universität. Dabei wurde die Universität – allzu einseitig – als das »getreue Abbild jener dekadenten Gesellschaftsformen« angesehen, »die hartnäckig darauf bestehen, das traurige Schauspiel einer senilen Regungslosigkeit zu bieten« (so wörtlich im Manifest). Man ging von der Annahme aus, die revolutionäre Umstrukturierung der Universität auf ihre volle Autonomie hin sei der Beginn der Umgestaltung der gesamten Gesellschaft. Dahinter steht der Wunsch, eine Enklave zu schaffen und ihren Bestand zu garantieren, in der die »feindselige Entfremdung« sozusagen dauernd sich verkörpert und die dann als Herd für die Veränderung der Gesellschaft wirkt; daher das ausdrückliche Verlangen nach der Autonomie der Universität. Die Vorstellung von der Sozialstruktur, obgleich verschwommen, war geprägt von einigen Axiomen: Sie solle auf das Interesse des einzelnen ausgerichtet sein und demzufolge in einer liberalen Marktwirtschaft allen Individuen

gleiche Chancen bieten, keine Privilegien auf Grund der Geburt, sondern nur noch auf Grund der Leistung verleihen und dergleichen – kurz: die Gesellschaft solle auf die individuelle Vernunft als das Prinzip ihres Funktionierens gegründet werden. Es wäre aufschlußreich zu untersuchen, ob nicht die idealistische Universitätsreform Wilhelm von Humboldts ähnliche soziale Inhalte hatte. Die »feindselige Entfremdung« der Studenten, Professoren und Intellektuellen von der Gesellschaft ist die Basis der späteren Entwicklung. Als eigene Phase mußte sie sozial und politisch wirkungslos bleiben (sofern man die Gesamtgesellschaft und nicht bloß die Universität im Auge hat, deren Autonomie ja durchweg erreicht wurde).
Die zweite Phase ist die der »analytischen Entfremdung«; natürlich ist sie nicht ohne die durch die »feindselige Entfremdung« erzeugte Distanz und kritische Einstellung gegenüber der gesamten Gesellschaft denkbar. Sie ist noch nicht völlig abgeschlossen, und Symptome deuten darauf hin, daß sie in einigen lateinamerikanischen Gesellschaften noch längere Zeit fortdauern wird, ohne die Kraft zu haben, in die dritte Phase umzuschlagen. Die »analytische Entfremdung« äußert sich darin, daß die Studenten, Professoren, Intellektuellen die Funktionsmechanismen der überkommenen Gesellschaftsstruktur untersuchen, auf ihre Fähigkeit zur Freisetzung von Entwicklungs- und Modernisierungsprozessen hin prüfen, dabei meist zu negativen Ergebnissen kommen und neue Funktionsmechanismen sowie Systeme von Funktionsmechanismen »erfinden«, die die Entwicklung und Modernisierung der Gesellschaft gewährleisten können. So verschieden die weltanschaulichen Standorte der Exponenten dieser Phase sind, so unterschiedlich fallen auch die politischen Antworten aus. Ein Grundzug ist ihnen gemeinsam: Es geht allemal um die entwickeltere, modernere, sozial-rationalere Gesellschaft; daß sie alle – von der bestehenden Gesellschaft aus gesehen – »links« stehen, ist eine Banalität, die kaum als Merkmal angesprochen zu werden verdient. In Venezuela z. B. gehören in diesen Umkreis Romulo Betancourt, der langjährige Führer der »Acción Democratica« und – von 1960 bis 1964 – Präsident des Landes, Rafael Caldera, der Führer der christdemokratischen Partei COPEI, und Rodolfo Quintero, einer der Initiatoren der Gewerkschaftsbewegung und – bis zu deren Verbot – einer der Führer der kommunistischen Partei PCV; in der Dominikanischen Republik Juan Bosch, der demokratisch gewählte Nachfolger des Diktators Trujillo – Bosch wurde von rechtsstehenden Offizieren, teils Trujillo-Anhängern, gestürzt; in Peru Haya de la Torre, der Gründer und langjährige Chef der APRA. In vielen Gesellschaften sind diese Männer oder ihre Adepten und Epigonen in der Zwischenzeit an die Macht gelangt. Obwohl die meisten von ihnen zu Beginn ihrer Laufbahn

»radikal« waren, d. h. das gesellschaftliche System als gesamtes in Frage stellten, ließen sie sich dann doch mit ihm ein – dies häufig durch offene oder verschleierte Intervention der USA veranlaßt, die längst aufgehört haben, für die lateinamerikanischen Gesellschaften als Faktor einer partiellen Modernisierung zu wirken. Die alten Oberklassen und sozialen Strukturen erwiesen sich als so stark, daß sie die radikalen Gegner des Systems ins System zwingen konnten; dies gilt selbstverständlich für die Kommunisten, die es blieben, nicht – sie bezahlten den Preis der Ohnmacht.

Die dritte Phase ist die der »positiven Entfremdung«. Es versteht sich von selbst, daß auch sie weder ohne die durch die »feindselige Entfremdung« erzeugte Distanz und kritische Einstellung noch ohne das von der »analytischen Entfremdung« herkommende rationale Engagement denkbar ist. In einigen Gesellschaften ist diese Phase gerade dabei, Wirklichkeit zu werden; in manchen ist sie verurteilt, vorerst und noch einige Zeit Hoffnung zu bleiben (nämlich da, wo die – alten oder neuen – Diktaturen und/oder die äußeren Einflüsse voraussichtlich für länger stark genug sein werden, ihre Entfaltung zu verhindern); eine Gesellschaft – die kubanische – hat sogar angefangen, die aus der »positiven Entfremdung« sich nährende Utopie in Wirklichkeit umzusetzen.

Die »positive Entfremdung« ist durch einige besondere Merkmale gekennzeichnet, die genauer darzustellen sich lohnt. Den Ausgangspunkt hat sie mit der »analytischen Entfremdung« gemein, nämlich die Einsicht, daß die Funktionsmechanismen der alten Sozialordnung ihren Dienst nicht mehr tun. Auch hier geht es darum, ob neue Mechanismen Entwicklungs- und Modernisierungsprozesse freisetzen können. Diese werden jedoch nicht mehr als »Wert an sich« noch ausschließlich vom Standpunkt der »gesamtgesellschaftlichen Interessen« aus betrachtet (welch letzterer die Reintegration der Protagonisten der »analytischen Entfremdung« ins bestehende System mit verschuldet haben mag). Entwicklung, Modernisierung und Rationalisierung der gesellschaftlichen Strukturen werden vielmehr unter dem Blickwinkel des »Humanen« gesehen. Solch überstrapazierter Begriff verlangt nach exakterer Bestimmung. Der Gedankengang, der in der Forderung nach Humanisierung sich ausdrückt, verläuft folgendermaßen: Entwicklung, Modernisierung und Rationalisierung der Gesellschaft haben nur Sinn, wenn sie nicht die Strukturen, sondern in erster Linie die Menschen betreffen; denn würden sie sich nur auf die Strukturen beziehen, so würde es Jahrzehnte in Anspruch nehmen, bis die Menschen von ihnen profitieren könnten, und das ist zu lange, zumal jedes zeitliche Fortdauern der strukturellen Inhumanität diese noch tiefer ins gesellschaftliche Bewußtsein einpflügt und damit schwerer überwindbar macht,

weil sie immer mehr als unausweichlich hingenommen wird; es muß also eine Entwicklung angestrebt werden, die die Humanisierung der Gesellschaft garantiert; diese läßt sich an bestimmten Gegebenheiten ablesen und daher durch bestimmte Maßnahmen schaffen, zuerst und grundlegend durch die sofortige Beseitigung der strukturellen Ursachen für physische Not, dann durch die durchgängige Alphabetisierung und später Erziehung und Ausbildung aller Schichten der Bevölkerung, weiter durch die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum auf dem Wege über die Verteilung des Bodens und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel (auch der natürlichen Resourcen), schließlich durch den Umbau aller gesellschaftlichen Institutionen zu solchen, deren Struktur nicht nach dem Willen der alten und neuen Mächtigen oder nach angeblichen Eigengesetzlichkeiten gefügt ist, sondern den Menschen als Maß allen Funktionierens hat.

Mit dem grundlegenden charakteristischen Merkmal der Forderung nach Humanisierung verbindet sich in der »positiven Entfremdung« ein weiteres, das implizit im ersten enthalten ist. Die Studenten, Professoren, Intellektuellen starren nicht mehr gebannt auf die »überentwickelten Gesellschaften« (dies ein Ausdruck von C. Wright Mills). Sie sehen klar, daß deren Entwicklung, Modernisierung, Rationalisierung weitgehend an den Menschen vorbei verlaufen sind; daß diese Prozesse nur zu noch tieferen Repressionen und psychischen Vergewaltigungen geführt haben; daß – mit einem Wort – sie nicht die Humanisierung der Gesellschaften erreicht haben. Daher sehen die Protagonisten der »positiven Entfremdung« die überentwickelten Gesellschaften nicht mehr als beispielhafte an. Zwar sind sie willens, die von jenen entwickelten technisch-organisatorischen Apparaturen zu übernehmen und zu lernen, aber nicht deren sozialstrukturelle und ideologische Voraussetzungen. Das impliziert, daß sie den eigenen Entwicklungsweg gehen und nicht den anderer Gesellschaften sich aufzwingen lassen wollen. Mir scheint, daß sich dieses Bewußtsein mit der Lage der Gesellschaften al pari befindet. Denn gerade die Tatsache, daß die partiellen Modernisierungs- und Rationalisierungsprozesse noch nicht zu verfestigten »industriegesellschaftlichen« Sozialstrukturen geführt haben, setzt die Möglichkeit qualitativ anderer Entwicklungen als der in den überentwickelten Gesellschaften stattgefundenen frei. Darüberhinaus impliziert der Gedanke der anderen Entwicklung auch, daß die historischen Lagen und Tendenzen der einzelnen Gesellschaften stärker in den Blick genommen und für die Humanisierung fruchtbar gemacht werden; denn auch sie bieten dafür Anhaltspunkte genug.

Ein drittes Merkmal zeichnet die »positive Entfremdung« aus. Ihre Protagonisten sind Anhänger der Gewalt. Nun ist es in den lateinameri-

kanischen Gesellschaften nichts Neues, daß Intellektuelle die Anwendung der Gewalt befürworten. Was dies jedoch zu einem Kennzeichen dieser Form der Entfremdung macht, ist der Grund, warum Gewalt für notwendig erachtet wird. Gewalt, so geht die Argumentation, ist nicht nur in ihrer brutalen Form ein Charakteristikum der obsoleten sozialen und politischen Strukturen in Lateinamerika, wo es Gesellschaften gibt, in denen die dauernde Reproduktion von roher, physischer Gewalt nahezu als einziger Faktor der gesamtgesellschaftlichen Kohäsion außer Armut, Unwissenheit und fatalistischer Schicksalshinnahme wirkt. Würde die Argumentation hier enden, so wäre sie den Aussagen verwandt, die Protagonisten früherer Stadien der Entfremdung gemacht haben. Man sagt aber weiter, daß die Gewalt in den subtileren Formen ihrer Reproduktion (doch nicht nur in diesen) auch für die überentwickelten Gesellschaften kennzeichnend sei. Um die Gewalt zu brechen, müsse man ihre Mittel zum Umsturz der Strukturen einsetzen; mit Gewalt müsse man sich der Herrschaft bemächtigen und den eigenen Entwicklungsweg durchschreiten; die zu schaffende Gesellschaft sei dann mit großer Wahrscheinlichkeit auf keine Form der Reproduktion von Gewalt mehr angewiesen. Aus dieser Argumentation erklärt sich, warum erst den Protagonisten der »positiven Entfremdung« die Organisierung einer Guerilla-Bewegung einfiel; denn läßt man es bei dem ersten Teil der Argumentation (wie die Intellektuellen in früheren Stadien der Entfremdung), so wird die Anwendung von Gewalt zumindest der Anlage nach perenniert: die Politik derer, die, ehemals von der »analytischen Entfremdung« beeinflußt, in einigen Gesellschaften die Macht haben, beweist es.

Diese drei Merkmale geben den Charakter der »positiven Entfremdung« nicht erschöpfend wieder. Sie scheinen mir jedoch die wichtigsten. Allerdings dürfen sie nicht so isoliert gesehen werden, wie sie hier zum Zwecke der Analyse dargestellt sind. Humanisierung, Forderung nach eigener Entwicklung und Gewalt gehören ihrem Wesen nach zusammen. In dieser Zusammengehörigkeit zeichnet deutlich sich ab, warum dieses Stadium »positive Entfremdung« genannt wurde: Nur in dieser Phase konnte sich entwickeln, was Utopie geheißen werden mag, d. h. ein intelligibles Konzept menschengerechter Entwicklung, das durch seinen Entwurf die Chance seiner Verwirklichung in sich birgt, wenn, wie bei konkreter Utopie, Theorie und Praxis nahtlos ineinander sich fügen.

Das Problem dieser »positiven Entfremdung« liegt auf ähnlicher Ebene wie die Schwierigkeiten der früheren Phasen. Es läßt sich in eine Frage kleiden: Wie ist es möglich, das gesamtgesellschaftliche Bewußtsein auf die gleiche Höhe mit seiner realen Basis zu bringen, die »positive Entfrem-

dung« so ins Bewußtsein der gesamten Gesellschaft zu heben, daß die aus ihr sich nährende Utopie die Chance ihrer Verwirklichung erhält? Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die zu Anfang dieses Jahrhunderts sich entfaltenden Modernisierungsprozesse nur partielle Bereiche erfaßten und daß im gleichen Zeitraum ein gesellschaftliches Bewußtsein sich entwickelte. Dieses Bewußtsein wurde in seiner Ausbreitung rasch eingedämmt, weil die überlebenden antiquierten Funktions- und Anpassungsmechanismen eine intensive Wirkung immer von neuem reduzierten. So kam es, daß die hauptsächlichen Träger des Bewußtseins, die neuen Mittelklassen, sich mehr und mehr dem Wertsystem der alten Oberklassen anpaßten und teilweise als neue zu ihnen aufstiegen. Die gesamte Gesellschaft wurde und wird auf diese Weise künstlich im Zustand eines »reduzierten Bewußtseins« belassen, das sich – auf Abruf – als nationale Akklamationsinstitution gerieren darf, vornehmlich bei Staatsbesuchen, von der Regierung (damit von den alten und neuen Oberklassen) angeordneten Manifestationen des »Volks«-willens, bei Demonstrationen gegen die »Kommunisten«. Die Folge ist Frustration, die Fatalismus gebiert; man stellt einen auf die Wirkung nach außen berechneten unverbindlichen, wiewohl heißen Nationalismus zur Schau und legt sich gewisse Attitüden zu. Dieses Dilemma zeigt gleichwohl Ansätze zu seiner Überwindung; das im Volke meistens weit verbreitete Gefühl der Feindseligkeit gegenüber den USA mag als Symptom dafür stehen: es muß zu einer rational verarbeiteten Haltung, die tiefer geht und umfassend ist, sich entwickeln lassen. Allerdings muß der Pfad durch einen Dschungel von Hemmnissen dahin gefunden werden. Fidel Castro ging *einen* Weg, aber es scheint mir fraglich, ob er in anderen Ländern ohne weiteres auch gangbar ist. Die Guerilla-Bewegungen in Columbien, Guatemala, Venezuela und, wie die Diktatur des General Barrientos behauptet, Bolivien scheinen, wenigstens einstweilen, dem Erfolg ferner als je zuvor; inwieweit das daran liegt, daß die je einzelnen Gruppen in den verschiedenen Ländern in oberflächliche, weil die Einheitlichkeit des Ziels nicht berührende Streitigkeiten untereinander verwickelt sind und daher nach unterschiedlichen Strategien einzeln operieren, kann nicht leicht entschieden werden. – Camilo Torres Restrepo, laïsierter Priester und Soziologie-Professor an der Universidad Nacional de Colombia in Bogotá (vom *Spiegel* in typischer Anpassungsignoranz als »Terrorpriester« gebrandmarkt) – Camilo Torres versuchte einen anderen Weg: Er wollte die Gesellschaft auf dem Weg über die »marginalen Gruppen«, die in den lateinamerikanischen Gesellschaften gewöhnlich die große Mehrheit darstellen, zum Aufbruch in die Verwirklichung der Utopie mobilisieren; er dachte an die arbeitslosen oder nur

halb und zu erbärmlichen Löhnen beschäftigten Bewohner der Elendsviertel in Großstädten, die Studenten, die »campesinos« – die armen Landarbeiter und Kleinbauern, die ständig am Rande des Hungertodes vegetieren – und andere Gruppen; ihre Integration sollte die Integration der ganzen Gesellschaft zum Aufbruch in die Zukunft vorwegnehmen. Die von ihm gegründete Zeitung wurde verboten, er selbst starb, von Kugeln durchlöchert, unter bis heute nicht geklärten Umständen. – Die Frage bleibt also. Doch der Weg läßt sich finden.

Der Kreis schließt sich. Zu Anfang wurde die Frage gestellt, ob die Aktionen roher Gewalt (wie bei den Universitätsbesetzungen in Caracas und Bogotá) oder sublimierter (wie bei der Gründung der Gegenuniversität in Santo Domingo) nicht für die Universitäten bedrohlich und für den Bestand der Gesellschaften, jedenfalls in ihren heutigen Entwicklungstendenzen, gefährlich seien. Wo die Aktionen ihren Ursprung haben, ist deutlich: in der Einsicht der Mächtigen, daß in der Phase der »positiven Entfremdung« das Wieder-Einfangen ins System nicht so recht gelingen will; daß das Kalkül, nach Verlassen der Universitäten würden die Absolventen in den Sozialisierungsprozeß der Gesellschaft schon wieder eingegliedert und durch ihn domestiziert, nicht mehr aufgeht – zu viele Studenten, Professoren, Intellektuelle hängen direkt oder indirekt mit der Guerilla-Bewegung zusammen; daß die Rezepte »Akademisierung«, »Funktionalisierung« und Gründung von Privatuniversitäten nicht als adäquat und anwendbar sich erwiesen, um den Gefahren und Problemen zu begegnen; kurz, daß die »positive Entfremdung« den hervorragenden sozialen Stellenwert und die immense Macht der Oberklassen ernsthaft gefährdet, indem sie zur Revolution führen kann. Die ultima ratio der Ratlosigkeit ist die Anwendung der nackten, gleich ob rohen oder sublimierten, Gewalt.
Daß solche Aktionen dennoch bedrohlich sein können, ergibt sich daraus, daß sie die Universitäten als tragende Institutionen der »positiven (oder auch analytischen) Entfremdung« zerbrechen können. Wenn sie Erfolg haben, dann wird der Universität die die gesamte Gesellschaft beherrschende politische Struktur aufgezwungen; dadurch würden in sie, die sich in ihrer inner-institutionellen Ordnung weitgehende Demokratisierung bewahren konnte, die Zwangsmechanismen der obsoleten gesellschaftlichen Ordnung eingeführt. Nur in ihrer »Rückkoppelung« haben diese gewaltsamen Aktionen möglicherweise einen (wenngleich natürlich unbeabsichtigten) positiven Effekt: Sie können das gesellschaftliche Bewußtsein der noch zaudernden Studenten, Professoren, Intellektuellen auf die Höhe der Zeit bringen; dies ist jedoch leider kein zwangsläufiger Prozeß.

Die Gefahr für die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen der lateinamerikanischen Gesellschaften, die von solchen Aktionen ausgeht, liegt einigermaßen klar auf der Hand. Die Anwendung der Gewalt auf die Universität kann die Herrschenden, besonders wenn sie zu gewissen, wiewohl vorübergehenden, jedoch für dauernd genommenen Erfolgen führt, dazu verleiten, alle Probleme der Gesellschaft auf diesem Wege lösen zu wollen. Das kann zur Folge haben, daß die partiellen Entwicklungen, die im Laufe der Zeit auch gesamtgesellschaftlich relevant werden und damit zu einer am Vorbild der überentwickelten Gesellschaften orientierten Sozialordnung führen könnten, abgebremst und verschüttet werden. Zusätzlich kann dies in eine immer manifester werdende Bürgerkriegssituation einmünden. Die ultima ratio der Ratlosigkeit entpuppt sich also als gravierende Gefahr für die Entwicklungsgesellschaft.

Aber die Gewalt kann, ein weiterer »Rückkoppelungseffekt«, auch die Voraussetzungen schaffen für die tatsächliche Durchsetzung der »positiven Entfremdung« im gesamtgesellschaftlichen Bewußtsein. Sie geriete damit zum möglichen Werkzeug der Humanisierung der Gesellschaft – die Entwicklungsgesellschaft wäre dann die Voraussetzung für die Verwirklichung der Utopie, die als analytisch-normatives Gegenbild zu ihr sich entfaltete.

Anmerkung

* Américo Martin und Freddy Muñoz sind Führer der venezolanischen Studentenbewegung und gehören zu den Köpfen der Guerilla-Bewegung. In den Jahren 1966 und 1967 verhaftet, wurden sie von Militärgerichtshöfen zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt (Américo Martin zu 29 Jahren und 6 Monaten). Sie stehen stellvertretend für die vielen Intellektuellen in den Ländern der sogenannten »Dritten Welt«, die den Versuch der Humanisierung ihrer Gesellschaften mit dem Tode oder mit langjähriger Einkerkerung bezahlen mußten.

X. X.
Brief aus Brasilien

Vorgeschichte

Die Urheber des Staatsstreiches von 1964 in Brasilien nahmen, nach bekannten Mustern, den Titel eines »revolutionären« Regimes für sich in Anspruch. Sie hoben alle verfassungsmäßigen Rechte für eine »Übergangszeit« auf, über deren Dauer sie selbst widersprechende Angaben machten: die einen sprachen von 18, die andern von 24 Monaten. Danach, so hieß es, werde die brasilianische Gesellschaft reif genug sein, um sich selbst »ordentlich« zu regieren. Die Dekrete des Regimes sollten dann zu den Akten gelegt, der Ausnahmezustand aufgehoben und eine neue Verfassung verkündet werden. Die sofort eingeleitete Politik des Lohnstops und des militärischen Exhibitionismus förderten indessen die erhoffte »Reife« nicht. Die selbsternannten Revolutionäre regieren daher bis heute auf der Basis ihrer bewaffneten Macht; sie halten sich nicht einmal an die Gesetze, die sie selber erlassen haben. Brasilien ist ein Polizeistaat geworden. Die Gewerkschaften sind gleichgeschaltet. Direkte Wahlen finden nicht mehr statt. Das Recht auf freie Versammlung ist aufgehoben.

Dies betrifft vor allem die Studenten, die nach dem Herkommen des Landes als Wortführer der öffentlichen Meinung gelten. Die Nationale Studentenunion (UNE) wurde durch ein Dekret des Präsidenten aufgelöst und durch eine neue Körperschaft ersetzt, die ständig von den Direktoren und Rektoren der Hochschulen überwacht wird, die ihrerseits regelmäßig Bericht an die vorgesetzten Bundesbehörden zu erstatten haben. Die neuen Hochschulgesetze verbieten jede politische Aktivität und jede Demonstration von seiten der Studenten. Die offizielle Studentenvertretung sieht sich auf legale Kampagnen verwiesen, zum Beispiel auf Geldsammlungen für wissenschaftliche Geräte und dergleichen. Diskussionen und Druckschriften über die Politik der Regierung, den Krieg in Vietnam, den amerikanischen Imperialismus, die zunehmende Reprivatisierung brasilianischer Betriebe oder auch über das lächerlich geringfügige gesetzliche Mindesteinkommen sind verboten. (In Sao Paulo verdienen 80% aller Arbeiter nicht mehr als vierzig Dollar monatlich.)

Diese repressive Universitätspolitik steht nicht einzeln da, sie fügt sich in den allgemeinen Rahmen der politischen Situation ein. Die Regierung

strebt eine lückenlose Kontrolle über alle Massenbewegungen und Massenmedien an; sie möchte gleichzeitig eine gewisse demokratische Fassade wahren. Doch auf die Dauer ist das liberale Image mit der realen Unterdrückung nicht zu vereinbaren. Das gilt auch für die Hochschulpolitik. Das Regime hat die beste und modernste Universität Brasiliens, die Universität von Brasilia, zerstört. Hunderte von Wissenschaftlern und Hochschullehrern haben das Land verlassen, weil ihre persönliche Sicherheit gefährdet war, und weil von normalen Arbeitsbedingungen für die Forschung keine Rede mehr sein kann.
Die politische Polizei zeichnet sich durch Brutalität und Zuverlässigkeit aus. Ihre Spezialisten werden in eigenen Schlägerschulen ausgebildet; sie lernen dort beispielsweise, wie man einen Menschen tötet, ohne an der Leiche Spuren von Gewaltanwendung zu hinterlassen. Die USA leisten, über das Point Four Program, technische Hilfe bei der Ausbildung im Kampf gegen Demonstranten; die Lehrgänge im Straßenkampf und in Bürgerkriegstaktiken sind in der letzten Zeit intensiviert worden. Die Polizeitruppen werden sorgfältig mit antikommunistischen Parolen indoktriniert; als »kommunistisch« gilt jeder Widerspruch gegen die Regierungspolitik.

Die heutige Situation

In Brasilien gibt es 34 Universitäten. Die Studenten sind ohne jede demokratische Vertretung. Selbst für das Zusammentreten der regierungshörigen Organe der Studentenschaft muß jedesmal eine polizeiliche Erlaubnis eingeholt werden. An eine Legalisierung der UNE ist nicht zu denken. Die Union arbeitet jedoch in der Illegalität weiter; die offizielle Ersatzorganisation wird boykottiert. Die Regierung scheint sich damit abgefunden zu haben, daß die örtlichen Kader der UNE weiterfunktionieren.
Unterdessen haben die strukturellen Defekte der Universitäten ein Maß erreicht, das die Regierung beunruhigt. Die Erziehungsbehörden haben deshalb, zusammen mit einer amerikanischen Kommission der USAID, zehn Richtlinien für die Bildungspolitik ausgearbeitet. Die vorgeschlagenen Reformen spiegeln die Interessen einer ausländischen Macht, nicht aber die der brasilianischen Studenten wider, die bei diesem Verfahren überhaupt nicht gehört worden sind. Die Studenten widersetzen sich deshalb, bisher erfolgreich, den Vorschlägen und Anweisungen der Bürokratie. Besonderen Widerstand hat die Vorschrift hervorgerufen, derzufolge jeder Student bei der Immatrikulation eine ideologische Unbedenklich-

keitsbescheinigung vorzulegen hat – eine Vorschrift, die übrigens auch für Stellengesuche in der Industrie gilt. Die Macht der Studentenbewegung scheint bis jetzt ungebrochen; alle Anzeichen sprechen dafür, daß sie eher noch an Boden gewinnen wird.

Die Taktik der städtischen Guerilla

Zu den ersten größeren Straßenkämpfen kam es 1966. Unter Führung der Studenten fanden riesige Protestdemonstrationen gegen die Bundesregierung statt. Die Aktion zielte darauf ab, den Massen zu beweisen, daß auch unter den herrschenden Verhältnissen organisierte Proteste und Widerstandshandlungen möglich sind. Zeit und Ort waren sorgfältig und in der Absicht gewählt worden, möglichst viele Leute zu erreichen. Die Demonstrationen wurden auf die Stunde festgesetzt, zu der die Betriebe und Büros schließen; gleichzeitig erreicht der Autoverkehr die Tagesspitze. Sie war von Anfang an als dezentralisierte Kundgebung geplant. Geographisch wurden zentrale Punkte im Stadtverkehr, besonders Bus-Umschlagplätze gewählt. Die Studenten waren unbewaffnet, brachten aber mit Ammoniak getränkte Taschentücher zum Schutz gegen Tränengasangriffe mit. Die Taschen waren mit Korken und Glasmurmeln (Durchmesser etwa 2–2½ cm) gefüllt. Zu Hunderten aufs Pflaster geworfen, behindern diese Gegenstände die berittene Polizei. Kurz vor dem Beginn der eigentlichen Demonstration liefen Plakattrupps, einzeln vorgehend und sich erst am Ziel treffend, ausgewählte Punkte an und befestigten dort Plakate und Transparente, die sie sich, unterwegs, um den Leib gewickelt hatten, an hohen Mauern, Telefonstangen, Bäumen und anderen weithin sichtbaren Stellen. Die Texte richteten sich gegen die Regierung und gegen den Imperialismus der USA, viele waren gereimt. Auch das amerikanische Konsulat wurde auf diese Weise mit einem anti-imperialistischen Slogan, gemalt auf eine riesige Sackleinwand, geschmückt. Ausgewählte Journalisten wurden eingeladen, an dieser Arbeit teilzunehmen, vorausgesetzt, daß sie eine Sperrfrist einhielten. Ihre Anwesenheit war aus propagandistischen Gründen notwendig; die Studenten hätten Zehntausende von illegalen Flugblättern drucken müssen, um einen vergleichbaren öffentlichen Effekt zu erzielen. Bei den Demonstrationen wirkte sich die Anwesenheit von Foto- und Filmreportern auch insofern günstig aus, als ihre Kameras das Vorgehen und die Übergriffe der Polizei so gut wie lückenlos festhielten.

Die Demonstrationen fanden in den wichtigsten Städten des ganzen

Landes (Rio, Sao Paulo, Belo Horizonte, Salvador, Recife usw.) am selben Tage statt. Auch die Arbeiter beteiligten sich daran, allerdings nicht in großen Massen. Für die Demonstrationen selbst wurde folgende Taktik benutzt. Jeweils zehn bis fünfzehn Studenten bildeten eine Aktionsgruppe und wählten einen Anführer, der, als einziges Mitglied der Gruppe, Kontakt mit der koordinierenden Zentralstelle hielt. Dieses Verfahren führte zu einer großen Selbsttätigkeit der einzelnen Gruppen; es erschwerte außerdem Polizeispitzeln die Arbeit. Dezentralisierung erhöht die Sicherheit und weckt Spontaneität – aus diesem Grund sollte die Zentrale eher als eine Clearing-Stelle fungieren. Die Gruppen wählten meist Mädchen als Anführer, auch dies aus guten taktischen und psychologischen Gründen. Falsche Gerüchte über Ort und Zeit der Demonstration wurden systematisch verbreitet, um die Polizei zu verwirren. Infolgedessen wurden in Sao Paulo an zwei bis drei Punkten der Stadt, wo gar keine Demonstrationen geplant waren, starke Truppenverbände zusammengezogen. Allein am Platz der Republik standen vierhundert Uniformierte.

Die Demonstranten waren auf alle möglichen Eventualitäten vorbereitet. Sie wußten, daß es besser war, schnell zu gehen, sich nirgends festzusetzen oder einkeilen zu lassen, alle Transparente und Plakate unsichtbar unter der Jacke zu tragen und erst an der vorbestimmten Stelle aufzurollen. Losungen und Sprechchöre waren vorbereitet. Manche davon richteten sich direkt an die Truppen.

Jede Gruppe begann dann für sich an einer bestimmten Stelle auf der Mitte der Fahrbahn, aber entgegen der Fahrtrichtung der Automobile, vorzugehen. Dies führte sofort zu Verkehrsstockungen. Die Autos stellten eine bewegliche Abschirmung der Demonstranten gegenüber der Polizei dar. Kleine, blitzartige Ansammlungen wurden an den wichtigsten Autobus-Umsteigeplätzen gebildet. (Sao Paulo verfügt über keine Untergrundbahn.) Sobald die Polizei mit einem größeren Aufgebot erschien, verliefen die Studenten sich rasch, zwischen den langsam fahrenden Autos hindurch, in der dichten Menge. Einige Blocks weiter, an vereinbarten Punkten, begann das Spiel von neuem.

Die Regierung hatte alle verfügbaren Einheiten gegen die Demonstranten aufgeboten, nämlich die eigentliche Polizei, die »Öffentlichen Streitkräfte« und die reguläre Armee. Die Polizei verfügt über eine eigene, berüchtigte Spezialformation, die Marinepolizei, die aus völlig abgestumpften, wohlgenährten Schlägern besteht; sie ist mit einmeterlangen Holzknüppeln ausgerüstet, mit denen sie gegen streikende Hafenarbeiter vorzugehen pflegt. Die »Öffentlichen Streitkräfte« entsprechen der Nationalgarde in

den USA, die im vergangenen Sommer die Negerrevolten in den Ghettos niedergeschlagen hat; auch sie hat Spezialbrigaden, die für den Straßenkampf mit Tränengasbomben, Knallkörpern, Handgranaten und Wasserwerfern ausgestattet sind. Diese Wasserwerfer sind gepanzert und können notfalls auch mit Maschinengewehren bestückt werden. Auch berittene Einheiten gehören zu diesen »Öffentlichen Streitkräften«; diese Kavallerie pflegte früher mit der flachen Klinge auf Demonstranten einzuschlagen, eine Methode, die durch den technischen Fortschritt inzwischen überholt ist. Die Armee wird bei solchen Anlässen in Reserve gehalten; sie ist bisher nur in geringem Maß auf der Straße in Erscheinung getreten. Zwar ist ihr Bestand zahlenmäßig sehr groß, aber ihre Leistungsfähigkeit im Straßenkampf ist zweifelhaft, weil sie aus gepreßten Rekruten besteht, während die anderen Formationen aus professionellen Söldnern bestehen, die aus der Unterdrückung eine Karriere machen.

Die Demonstrationen von 1966 begannen um 17 Uhr und setzten sich bis Mitternacht fort. Zu dieser Stunde waren die meisten Anführer bereits im Gefängnis. Hunderte von Studenten wurden in diesen sieben Stunden niedergeschlagen, etwa zwanzig schwer verletzt, einer starb an den Folgen einer schweren Gehirnerschütterung durch einen Knüppelschlag. An einigen Stellen der Stadt beschlagnahmte die Polizei Autobusse und trieb unterschiedslos Dutzende von Leuten in die Fahrzeuge, die direkt in die Gefängnisse fuhren. Auf diese Weise wurde zahlreichen Bürgern der Stadt verdeutlicht, wie die brasilianische Demokratie in der Praxis aussieht.

Dossier 3: Politische Kriegsdienstverweigerung

Erstes Beispiel: Norwegen

Wie in den meisten anderen Ländern, so gibt es auch in Norwegen eine begrenzte Zahl von Möglichkeiten, dem Wehrdienst zu entgehen. Wer nicht blind, geisteskrank oder homosexuell ist, kann sich auf sein Gewissen berufen, einen Antrag stellen und zivilen Ersatzdienst leisten. Die Rechtsprechung erkennt praktisch nur religiöse Gewissensgründe an, doch haben auch Pazifisten eine Chance, die jede Gewaltanwendung ablehnen und sich beispielsweise auf Albert Schweitzer berufen. Dagegen lehnen die Behörden jede politische Argumentation ab.
Im Winter 1966/67 bildete sich an der Technischen Hochschule Trondheim eine Gruppe, die sich entschloß, die Probe auf das Exempel zu machen und den Wehrdienst aus konkreten und rationalen politischen Gründen zu verweigern. Die Gruppe bestand zunächst aus fünfzehn Studenten. Sie gab die folgende Erklärung ab, die im Februar 1967 veröffentlicht wurde:

Die Unterzeichneten verweigern den Wehrdienst aus folgenden Gründen:
Norwegen ist ein integrierender Bestandteil des militärpolitischen Systems der NATO. Wer in Norwegen Militärdienst leistet, unterstützt aktiv dieses System.
Wir machen auf die folgenden Tatsachen aufmerksam:
Die NATO-Macht Portugal hält ihre Kolonialherrschaft über Mozambique und Angola durch Terror und Foltermethoden und mit Unterstützung der NATO-Mächte aufrecht.
Die NATO-Macht Westdeutschland weigert sich nach wie vor, ihre großdeutschen Territorialansprüche gegenüber Polen aufzugeben.
Die führende Großmacht der NATO, die Vereinigten Staaten, hat völkerrechtswidrig in die Angelegenheiten der Dominikanischen Republik eingegriffen, konterrevolutionäre Invasionsversuche gegen Cuba unterstützt und einen verbrecherischen Krieg gegen das vietnamesische Volk angezettelt, der mit zunehmender Brutalität geführt wird.
Die USA, Frankreich, Großbritannien und Westdeutschland unterstützen das rassistische Regime in Südafrika mit großen Kapitalinvestitionen.

Norwegen dient der atomaren Strategie der NATO als militärische Basis; unsere Regierung hat wiederholt norwegisches Territorium als Manöverfeld, unter anderm amerikanischen Vietnam-Einheiten, zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig nimmt unser Land an der amerikanischen Wirtschaftsblockade gegen Entwicklungsländer wie Cuba, Nord-Vietnam und Nord-Korea teil.

Damit unterstützt unser Land eine Politik,

1. die dem Kampf gegen die Befreiung armer Völker dient;
2. die sich im Klassenkampf zwischen den reichen kapitalistischen Staaten und der Armen Welt eindeutig auf die Seite der Reichen geschlagen hat, und die danach trachtet, die entsprechenden ökonomischen und sozialen Strukturen zu verewigen; und die
3. überall auf der Welt reaktionäre Regimes unterstützt.

Demgegenüber solidarisieren wir uns mit den armen Völkern in ihrem Kampf um soziale Revolution und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Die Unterdrückungspolitik der NATO-Mächte und ihre Strategie der atomaren Erpressung ist mit unserer politischen Überzeugung nicht zu vereinbaren. Wir können diese Politik nicht unterstützen.

Daraus ziehen wir die klare Konsequenz, daß wir den Wehrdienst verweigern; auch lehnen wir es ab, das militärpolitische System der NATO in irgendeiner anderen Weise aktiv zu unterstützen.

Andere Gruppen an den Universitäten Oslo und Bergen schlossen sich an. Ende Februar 1967 waren bereits vierzig Unterschriften eingegangen. Die Reaktion in der norwegischen Öffentlichkeit war sehr lebhaft. Die Behörden reagierten zögernd. Von den einzelnen Unterzeichnern wurden individuelle Begründungen angefordert. Es folgen zwei Briefe, die an die zuständigen Behörden gerichtet sind.

An die Militärbehörden und an das Kgl. Justiz- und Polizeiministerium in Oslo

Begründung für meine Weigerung, Wehrdienst zu leisten.

Es ist eine banale Wahrheit, daß auch die Militärpolitik Politik ist. Aus diesem Grund ist für mich eine rein »ethische« Einstellung zur Frage des Wehrdienstes irrelevant. Mein militärpolitischer Standpunkt folgt aus meiner politischen Haltung: er ist von meinem politischen Standpunkt abhängig. Mein Standpunkt gegenüber der Wehrpflicht ändert sich deshalb mit der Divergenz zwischen meiner politischen Haltung und der Politik unserer Machthaber.

Ich bin Sozialist. Deshalb unterstütze ich (in meiner Lage nur *verbal*)

jeden Versuch, in armen und neukolonisierten Ländern sozialistische Gesellschaftsordnungen aufzubauen. Vor allem in diesen Teilen der Welt haben die sozioökonomischen Gegensätze ein solches Maß erreicht, daß die Massen dazu motiviert werden, um jeden Preis eine Änderung ihrer sozialen Verhältnisse zu erkämpfen. In diesen Gegenden der Welt wird heute der Kampf um Sozialismus am kompromißlosesten geführt. In letzter Instanz steht dort der Kampf zwischen nationaler Befreiung und Imperialismus, zwischen Sozialismus und Kapitalismus.
Gegenüber den Kämpfenden in der Armen Welt wird unser sozialistischer Standpunkt auf eine entscheidende Probe gestellt: Wer bereit ist, das militärpolitische System der Kolonialmächte aktiv zu unterstützen, der ist in Wirklichkeit auch bereit, im offenen Kampf gegen nationale Befreiung und sozialistische Revolutionen teilzunehmen. Er macht sich zum Diener der Unterdrücker. [. . .]
Weil die NATO »kommunistische Aggression eindämmen« soll, klafft kein Widerspruch zwischen dem amerikanischen Krieg in Vietnam und dem Nordatlantikpakt: Der Krieg der Vereinigten Staaten in Vietnam entspricht dem Ziel der NATO. Keine der europäischen NATO-Regierungen hat geltend gemacht, daß die amerikanischen Interventionen in Südost-Asien und Latein-Amerika, oder die Militäraktionen Portugals in Angola und Mozambique, mit den Artikeln 1 oder 8 des Nordatlantikpaktes unvereinbar seien. Ebensowenig haben sie geltend machen wollen, daß Organisationen wie OAS, CENTO oder SEATO dem Nordatlantikpakt nicht entsprechen. Deshalb haben die USA mit Recht um aktive Unterstützung ihrer europäischen Verbündeten im Vietnamkrieg gebeten.
Man kann nicht verleugnen, daß auch wir an den Aktionen unserer Verbündeten – z. B. in Vietnam, in Latein-Amerika und Angola – beteiligt sind: Norwegen ist im militärpolitischen System des Kapitalismus integriert. Die Interessen, die die Vereinigten Staaten in Vietnam vertreten, sind die gemeinsamen Interessen des Kapitalismus, und somit auch die Interessen der norwegischen Machthaber. Falls ich meinen Wehrdienst leiste, nehme ich am Kampf gegen die vitalen Interessen der armen Völker aktiv teil. Deshalb sage ich nein.
Trondheim, den 14. Januar 1967
Rune Skarstein

An das Tröndelag Ingenieur-Bataillon in Trondheim
Hiermit bitte ich Sie, mich aus Ihrer Wehrstammrolle zu streichen.
Dieses Gesuch begründe ich nicht mit irgendeiner pazifistischen Weltanschauung. Ganz im Gegenteil halte ich den bewaffneten Kampf in vielen

Situationen für ein angemessenes Mittel, zum Beispiel für die Farbigen in Südafrika. Meine Weigerung, mich einem militärischen Kommando zu unterstellen, hat vielmehr die folgenden Gründe: Unsere Mitgliedschaft in der NATO macht uns zu einem Teil eines militärischen Machtapparates, dessen Hauptaufgabe es ist, im Kampf zwischen den europäischen und amerikanischen Großkonzernen auf der einen und den Befreiungsbewegungen der armen Völker auf der anderen Seite den status quo aufrechtzuerhalten.
Anlage: Soldbuch
Durchschlag: An das Kgl. Justiz- und Polizeiministerium
Trondheim, den 30. Mai 1967
Björn Giske

Wer einen solchen Brief abschickte, wurde gewöhnlich nach einigen Wochen von der Polizei an seinem Wohnort vorgeladen und verhört. Dagegen äußerte sich das Ministerium monatelang überhaupt nicht. Erst am 9. September – die Zahl der politischen Wehrdienstverweigerer hatte inzwischen die 50 überschritten – lehnte das Justizministerium die Anträge der ersten vier Briefschreiber ab und veröffentlichte eine Erklärung, in der es hieß: »Selbst wenn die Konfliktsituationen, um die es sich hier handelt, für den Einzelnen ziemlich ernsthaft sein dürften, steht es doch außer Zweifel, daß eine Gewissensentscheidung nicht akzeptabel ist, bei der sich der Betreffende die Entscheidung darüber vorbehält, *auf wen* er in einer gegebenen Situation zu schießen hat.« Die Einberufungsbefehle an die vier Betroffenen wurden aufrechterhalten, eine Freistellung vom Wehrdienst abgelehnt.
Rune Skarstein teilt über den weiteren Gang der Dinge folgendes mit:
»Ich rechne damit, daß die Behörden die Behandlung der anderen Fälle aussetzen wird, bis über uns vier entschieden worden ist. Ein ordentliches Gericht, das Stadtgericht in Trondheim, wird nun zu befinden haben, ob das Ministerium das Wehrdienstverweigerergesetz von 1965 richtig ausgelegt hat, das heißt, ob die Ablehnung unseres Antrages rechtens ist. Wir werden den Prozeß benutzen, um unsere politischen Argumente an die Öffentlichkeit zu bringen, und wir werden gleichzeitig die politische Funktion dieses Gesetzes und die formaljuristische Manipulation deutlich machen. Wir werden Zeugen und politische Sachverständige aufbieten. Wenn wir den Prozeß verlieren, und damit rechnen wir, so legen wir Berufung ein und gehen vor den Obersten Gerichtshof. Ob die Berufung zugelassen wird, steht dahin. Nachdem der zivile Rechtsgang abgeschlossen ist, wird Anklage gegen uns erhoben werden. Der Strafprozeß wird

sich dann allenfalls um das Strafmaß drehen, da der Sachverhalt klar ist und von uns nicht bestritten wird. Wir rechnen mit einer Gefängnisstrafe von sechzehn Monaten. Die Taktik des Ministeriums läuft natürlich auf den Versuch hinaus, uns vier als Rädelsführer zu isolieren und die anderen Unterzeichner abzuschrecken. Damit haben sich die Behörden jedoch verrechnet. Alle, die sich bisher zur politischen Wehrdienstverweigerung entschlossen haben, sind durchaus militant und durchschauen die Taktik der Behörden. Es stoßen immer noch neue Unterzeichner zu uns. Der Prozeß wird sogar einen Solidarisierungseffekt mit sich bringen. Wir organisieren gegenwärtig in Oslo ein Seminar, in dem 36 Wehrdienstverweigerer über unsere Aktion orientiert werden; sie erfahren dort, wie man sich den Behörden gegenüber zu verhalten hat.
Wie wir hören, planen gleichgesinnte Gruppen in Dänemark und in Schweden ähnliche Aktionen.«

Eine ausführliche Dokumentation ist Ende 1967 im Pax-Verlag, Oslo erschienen: *Nei, vi elsker. Politisk militaernekting*, herausgegeben von Arnulf Kolstad. Im Vorwort des Buches wird die Argumentation noch einmal klar ausformuliert. Hier ist der Wortlaut:

Wozu politische Wehrdienstverweigerung?
Mao Tse-Tung hat gesagt: »Politische Macht wächst aus dem Gewehrlauf.« Dieser Satz drückt eine einfache Wahrheit einfach aus: Politik ist von jeher eine Machtfrage gewesen; und Macht ist letzten Endes immer auch militärische Macht. Militärische Macht dient politischen Zwecken. Es ist absurd, die Funktion des Militärs von der Politik zu isolieren.
Die öffentliche Diskussion um die Wehrpflicht hat in unserem Lande diese einfachen Wahrheiten ignoriert. Sie hat sich unablässig um »religiöse Überzeugungen, oder Gewissensgründe, die sich religiösen Überzeugungen gleichstellen lassen«, um »moralische Standpunkte«, »ethische Prinzipien« usw. gedreht. Diese ganze Suada dient schließlich nur der Bequemlichkeit und der Verdrängung dessen, worauf es ankommt: sie tastet die Grundlagen unserer Militärpolitik nicht an. Die Stürme finden im Wasserglas der Moralisten statt.
Die Autoritäten, die sich im Radio und in der Presse darüber verlauten lassen, Pfarrer und Minister, Konservative und Kulturradikale, scheinen sich darüber geeinigt zu haben, daß es sich bei dieser Debatte um einen Wettlauf in der individuellen Gewissenserforschung handelt. Es überrascht uns nicht, daß die bürgerlichen Parteien für ein solches Unternehmen Verständnis aufbringen; daß sie Leuten, die den Wehrdienst aus

religiösen oder moralischen Motiven verweigern, sogar vorsichtigen Beifall spenden; daß das Wehrersatzdienst-Gesetz als Bedingung für die Befreiung vom Kriegsdienst »die ernsthafte Überzeugung« nennt, daß »jeder Waffengebrauch mit dem Gewissen des Antragstellers unvereinbar« sei. Die politischen und ökonomischen Machthaber sind nämlich sehr daran interessiert, daß die Wehrpflicht–Debatte auf einen abstrakten Dialog über Gewissensfragen reduziert worden ist. Auf diese Weise werden die Gegner des Systems gezwungen, einen fiktiven, unpolitischen Standpunkt einzunehmen. Auf lange Sicht dient eine solche Debatte dazu, das Problem zu »privatisieren« und das politische Bewußtsein der Bevölkerung zu brechen. Eine Diskussion über die politische und ökonomische Funktion des Militärapparates soll umgangen, Aufklärung verhindert werden.
Dagegen ist festzustellen: es ist nicht der Einzelne, der Krieg zu führen und zu töten wünscht; der Einzelne ist weder in der Lage, einen Krieg anzufangen, noch ihn zu verhindern. Es ist die organisierte Macht, die politische, wirtschaftliche und militärische Macht, die die Massen zwingt, Krieg zu führen. Wenn die Völker in Frieden leben wollen, müssen deshalb die Machtverhältnisse grundlegend geändert werden.
Natürlich kann der Einzelne den Wehrdienst verweigern. Aber der Militärapparat ist selber nur eine Konsequenz, eine notwendige Folge der existierenden Machtstruktur. Ein Wehrdienstverweigerer, der diese Machtstruktur akzeptiert, trägt nichts zum Frieden bei – denn diese Struktur beruht auf Unterdrückung, sie reproduziert Unterdrückung, und sie bedient sich ihrer bewaffneten Macht, um den Fortbestand der Unterdrückung zu sichern. Unpolitische Wehrdienstverweigerung dient den Machthabern als Alibi: als Mittel, bei minimalen Unkosten ihre Liberalität zu demonstrieren. Wer erklärt, er sei »gegen den Krieg«, redet unserm Verteidigungsminister das Wort. Es handelt sich darum, die Ursachen des Krieges zu beseitigen. Das geht nicht ohne Kampf. Wenn dieser Kampf einen Sinn und eine Aussicht haben soll, muß er politisch geführt werden. Nur ein politischer Sieg macht es möglich, die norwegische Gesellschaft umzuformen und ein sozialistisches Norwegen zu schaffen. Nur ein sozialistisches Norwegen kann sich aus der Allianz der Unterdrücker befreien und eine Politik führen, die den Unterdrückten zu Hilfe kommt und zum Besten des Landes ist. Nur ein sozialistisches Norwegen kann dem System des Krieges absagen und eine wahre Friedenspolitik führen. Ohne diese konkrete politische Alternative ist der gute Wille zum Frieden nichtssagend und bedeutungslos.
(Verfasser: Bernt Michael Förre und Rune Skarstein.)

Die Erfolgschancen einer solchen Aktion hängen einerseits von der demokratischen Tradition, andererseits von der Größe des Landes ab, in dem sie unternommen werden. In einem Land wie Norwegen sind die Verhältnisse besonders günstig. Es existiert dort noch eine funktionsfähige Publizistik und eine politisch hochempfindliche Öffentlichkeit. Bei einer Einwohnerzahl von dreieinhalb Millionen und einer Teilnehmerzahl, die inzwischen die Hundert weit überschritten hat, ist unter diesen Bedingungen eine kritische Größe erreicht, die es der Bürokratie einerseits unmöglich macht, die Aktion zu ignorieren, und die es ihr andererseits nicht erlaubt, sie zu unterdrücken. Im Hinblick auf die Debatte um die Fortführung der NATO-Verträge nach 1969 kann es sich die Regierung politisch nicht erlauben, hundert Studenten zu kriminalisieren, deren Verhalten bei einer breiten Öffentlichkeit Verständnis findet. Die Aussichten für einen politischen Erfolg der Aktion sind somit günstig.

Zweites Beispiel: Die Vereinigten Staaten

Abgesehen von einer einzigen Konstanten, der juristischen Situation, befinden sich die politischen Wehrdienstverweigerer der USA in einer Lage, die sich in jeder Hinsicht von der norwegischen unterscheidet. Sie operieren in einem Land, das sich im Kriegszustand befindet. Darin liegt ihre Stärke, denn der Krieg ist nicht populär: mehr als ein Drittel der Bevölkerung lehnt ihn ab. Darin liegt aber auch die Stärke der Regierung, die, auch wenn der Krieg nicht erklärt ist, mit größerer Härte vorgehen kann.
Die Größenordnungen sind unvergleichbar. Die amerikanischen Wehrdienstverweigerer machen nicht eine kleine und vereinzelte, weithin sichtbare militante Gruppe aus, deren Position eindeutig definiert ist: sie rangieren vom einzelgängerischen Drückeberger bis zum bewußten Revolutionär. Ihre Zahl ist unbekannt. Sie kann nicht einmal annähernd zuverlässig geschätzt werden. Das existierende Zahlenmaterial läßt den Schluß zu, daß fünfundsiebzig- bis hundertfünfzigtausend junge Amerikaner in der einen oder andern Form sich dem Wehrdienst entziehen. Im einzelnen läßt sich sagen: Die Einberufungsbehörden führen eine offizielle Liste, auf der fünfzehntausend Straffällige erscheinen, die zur Musterung oder Gestellung nicht erschienen sind. Im Jahre 1967 wurden davon 952 verhaftet und abgeurteilt. Allein der amerikanische SDS (Students for a Democratic Society), der sich offen für die politische Wehrdienstverweigerung erklärt hat, nimmt eine Zahl von 30 000 Mitgliedern für sich in Anspruch.

Weitere Indizien: von den *graduate students*, die vor dem Examen stehen, haben sich 1968 in Yale 38%, in Harvard 59% als politische Kriegsdienstverweigerer bezeichnet. Im ganzen ist die Dunkelziffer derer, die sich dem Wehrdienst entziehen, ohne Zweifel enorm.

Das Verhältnis beider Seiten zur Publizität ist ambivalent. Die Regierung versucht, das Ausmaß der Bewegung zu verheimlichen, sie ist andererseits daran interessiert, sie als gefährlich hinzustellen. Die Wehrdienstverweigerer wollen ihre Aktionen so sichtbar wie möglich machen, aber die gesetzliche Situation zwingt sie in vielen Fällen zur Geheimhaltung. Die Massenmedien behaupten einerseits, es handle sich um eine geringfügige Minderheit, andererseits sprechen sie davon, daß die Grundfesten der Gesellschaft in Gefahr seien. Die enorme geographische Größe des Landes macht die Lage unübersichtlich. Die Verhältnisse von San Francisco sind mit denen der Südstaaten und des Mittelwestens nicht zu vergleichen. Die Bewegung ist stark dezentralisiert, eine Steuerung von oben existiert nicht. Das macht sie unfaßbar, für den Betrachter, aber auch für die Polizei.

Die kritische Größe ist, nach der Reaktion der Medien zu urteilen, noch nicht erreicht. Die nahezu tausend Wehrdienstverweigerer, die sich bereits in den Gefängnissen befinden, genügen bei der Größe des Landes offenbar immer noch nicht, um das System der Militärbehörden von innen zu sprengen. Die Unruhe an den Universitäten hat jedoch permanent zugenommen. »Draft Resistance« ist primär und ursprünglich eine studentische Kampagne. Ihre politische Funktion auf dem Campus reicht über das unmittelbare Ziel hinaus: in ihr organisiert sich die Avantgarde der amerikanischen Studentenbewegung schlechthin. Andererseits trägt sie den Widerstand, nicht nur gegen den Krieg, sondern gegen das imperialistische System im Ganzen, in breitere Schichten der Bevölkerung. Sie erreicht Teile der middle class, an manchen Stellen auch die weißen Armen. Die Querverbindungen zur Black-Power-Bewegung ergeben sich von selbst. In der Arbeiterschaft dagegen regt sich nur vereinzelt Widerstand.

Zu berücksichtigen sind, bei einer Beurteilung des Phänomens, die Besonderheiten der politischen Tradition des Landes, und die Besonderheiten der amerikanischen Wehrdienstbehörden.

Auch diese Behörden, zusammengefaßt unter der Bezeichnung Selective Service System, sind stark dezentralisiert. Über die Aushebung entscheiden lokale Musterungs- und Einberufungskommissionen mit zivilen Beisitzern aus dem jeweiligen Ort. Ein kompliziertes Schema klassifiziert die Wehrdienstpflichtigen nach mindestens sechzehn Kategorien. Für Studenten gewisser Fachrichtungen gibt es die Möglichkeit befristeter Zurück-

stellung; gewisse Personenkreise gelten als »unabkömmlich«; ein besonderer Status existiert für »Wehrdienstverweigerer aus religiösen Gründen«, die als solche in einem besonderen Verfahren anerkannt worden sind. Die Klassifikation liegt weitgehend im Ermessen der lokalen Behörde; minutiöse Richtlinien gibt es nicht. Die Rechtslage ist, im Hinblick auf die politische Kriegsdienstverweigerung, eindeutig. Eine Nationale Kommission hat festgestellt, daß der sogenannte »selektive Pazifismus« kein Freistellungsgrund ist; er wird beurteilt als »die politische Entscheidung für oder gegen einen bestimmten Krieg, die nicht unter dem Gesichtspunkt eines moralischen Imperativs gesehen werden kann«. Mit der gleichen reinlichen Scheidung von moralischen und politischen Fragen operieren die Militärbehörden aller Länder.

Die Klassifikation in sechzehn verschiedenen Gruppen schwächt die politische Wehrdienstverweigerung insofern, als sie eine Reihe von leichteren Auswegen eröffnet. Jeder amerikanische Student kann über medizinische, psychiatrische, religiöse Tricks Auskunft geben, die es begabten Einzelnen möglich machen, dem Wehrdienst ohne Konfrontation zu entgehen. Homosexualität zieht ebenfalls. Ein richtig gewähltes Studienfach und eine gute Beurteilung durch die Professoren schützen vor der Einberufung. Die Behörden machen vom Sicherheitsventil der Zurückstellung neuerdings auch bewußt politischen Gebrauch. Wer noch vor der Musterungskommission seine Agitation fortsetzt, mit Sabotage und Anti-Kriegs-Propaganda in der Armee droht oder kommunistische Ansichten äußert, hat eine Chance, als »wehrunwürdig« oder »geistesgestört« abgeschrieben zu werden. Diese Hintertür öffnen die Kommissionen umso bereitwilliger, je mehr der organisierte Widerstand wächst.

Im übrigen fungieren die Wehrersatzbehörden, über ihre unmittelbare Aufgabe hinaus, als politisches Herrschaftsinstrument zur Manipulation der amerikanischen Gesellschaft. Das geht aus den folgenden Auszügen aus einem offiziellen Dokument des Selective Service Systems deutlich hervor:

Kanalisierung

Das Selective Service System ist in der Öffentlichkeit bekannt als eine Einrichtung, die den Streitkräften die nötigen Kräfte liefert, aber es versorgt auch andere nationale Unternehmungen mit den benötigten Arbeitskräften. Viele junge Wissenschaftler, Ingenieure, Werkzeugmacher und Stahlarbeiter, sowie andere Fachkräfte würden aufhören, für die Landesverteidigung zu arbeiten, wenn sie nicht ihre U. K.-Stellung daran hindern würde. Auch Lehrer bleiben gewöhnlich in ihren Stellungen,

selbst wenn sie schlecht bezahlt sind, weil sie nicht eingezogen werden. Wir können durch den Musterungsprozeß den Zustrom von Studenten zu technischen und wissenschaftlichen Fächern steuern, die für das nationale Interesse von Bedeutung sind ... Das Wort »Dienst«, bisher nur im engeren, militärischen Sinn angewendet, wird künftig zweifellos einen weiteren Sinn annehmen. Dadurch stellt sich das Problem immer ernster, wie der Dienst von Individuen, die den Streitkräften nicht angehören, wirksam kontrolliert werden kann. Das Selective Service System hat mit seinen Mitteln millionenfach Individuen zu Dienstleistungen veranlaßt, die für die Landesverteidigung wichtig sind, ohne direkten Zwang anzuwenden. Die wichtigste Methode hierfür ist die befristete Zurückstellung. Der Knüppel der Einberufung ist benutzt worden, um Individuen, die von sich aus dazu nicht willens oder in der Lage waren, in Gebiete zu treiben, die als wichtig angesehen werden müssen. Die Behörde sieht eine weitere Entwicklung in dieser Richtung voraus und richtet sich darauf ein ... Im Falle der Studenten wird über das ganze Studium hinweg Druck ausgeübt, weil die Zurückstellung jederzeit widerrufen werden kann. Auch nach dem Abschluß des Studiums läßt der Druck nicht nach. Die Behörde verlangt regelmäßige Berichte, aus denen hervorgeht, womit sich das Individuum beschäftigt. Es wird gezwungen, seine Fähigkeiten einer wichtigen Tätigkeit im nationalen Interesse zuzuwenden. Vom Standpunkt des Individuums betrachtet, befindet es sich in einem überhitzten Raum, aus dem heraus nur wenige Ausgänge offenstehen. Sie führen alle zu anerkannten patriotischen Formen des Dienstes an der Nation. (Orientation Kit, Selective Service System, Juli 1965)

Diese unverhüllt totalitäre Sprache ist amerikanischem Herkommen fremd; sie zeugt von einer fortschreitenden Militarisierung der Gesellschaft, dem unvermeidlichen Pendant zum außenpolitischen Imperialismus. Dagegen gibt es in den Vereinigten Staaten eine alte Tradition des zivilen Ungehorsams, die unter den gegenwärtigen Umständen virulent wird. Sie hat religiöse Wurzeln. Es ist kein Zufall, daß sich auch auf dem extremen Flügel der Bewegung gegen die Wehrpflicht zahlreiche Geistliche finden. Das Engagement, das solchen Traditionen entspricht, verbindet persönliche Opferbereitschaft mit rein moralischer, im Grunde unpolitischer Argumentation, ein Zug, der die amerikanische Protestbewegung noch bis vor wenigen Jahren kennzeichnete.
Ein Zeichen für die zunehmende Politisierung der Bewegung war die große Demonstration vor dem Pentagon im Oktober 1967, an der weit über hunderttausend Leute teilnahmen. Die Losung der Demonstranten

war: Vom Protest zum Widerstand; und es gelang ihnen, die militärische Befehlszentrale der USA in eine belagerte Festung zu verwandeln. Die Regierung mobilisierte eine Fallschirmjäger-Brigade und umgab das Gebäude mit einem Bauwerk, das der Berliner Mauer verblüffend ähnlich sah.

Im Widerstand gegen die Wehrpflicht lassen sich folgende Phasen unterscheiden.

A. Eine Gruppe von Studenten, politisch organisiert oder nicht, erläßt, meist in einer lokalen Studentenzeitung, eine öffentliche Ankündigung des Inhalts, daß die Unterzeichner nicht gesonnen seien, ihren Wehrdienst zu leisten, verbunden mit der Aufforderung an andere, sich ihnen anzuschließen. Es folgen zwei typische Veröffentlichungen dieser Art aus Harvard und aus Princeton:

»Wir, die Unterzeichneten, Amerikaner im wehrdienstpflichtigen Alter, können jederzeit einberufen werden, um an dem Krieg in Vietnam teilzunehmen. Wir haben die Geschichte und die Natur dieses Krieges untersucht und sind zu dem Schluß gekommen, daß wir es nicht mit unserem Gewissen vereinbaren können, daran teilzunehmen. Wir erklären deshalb, daß wir entschlossen sind, den Wehrdienst zu verweigern, solange die Vereinigten Staaten in Vietnam Krieg führen. Wir unterzeichnen diese Erklärung in der Absicht, mit allen andern Wehrpflichtigen, die unsere Überzeugung teilen, gemeinsame Sache zu machen, um unsere individuelle und moralische Ablehnung dieses Krieges in eine wirksame politische Opposition zu verwandeln.«

(*The Harvard Crimson*, April 1967)

»Wir, die unterzeichneten Studenten an der Universität Princeton, sind gegen den Krieg in Vietnam. Wir halten dafür, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die wachsende Opposition gegen diesen Krieg leichtfertig ignoriert, und daß sie diesen Krieg hinter dem Rücken einer Öffentlichkeit, die sie über die Natur und die Tragweite des Konfliktes belogen hat, vorsätzlich ausweitet und intensiviert. Wir wollen dieser Regierung keine Beihilfe leisten. Wir werden unter keinen Umständen in Vietnam kämpfen. Wir werden im Gegenteil Widerstand gegen den militärischen Apparat leisten, und wir gründen zu diesem Zweck eine Union für den Widerstand gegen die Aushebung. Wir werden allen mit Rat und Hilfe zur Seite stehen, die sich weigern, der Einberufung zu folgen.«

(*Daily Princetonian*, April 1967)

Solche Publikationen stellen an sich eine strafbare Handlung dar. Sie sind jedoch derart zahlreich geworden, daß sich die Justizbehörden außer-

stande sehen, die Unterzeichner zu verfolgen. Auch die Universitätsbehörden verhalten sich passiv. Massenprozesse, die mit einer Zahl von vielen Tausenden Angeklagter zu rechnen hätten, sind politisch untunlich; sie würden zu einer Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der betreffenden Strafvorschriften führen. (Der Oberste Gerichtshof neigt dazu, die Garantie der Meinungsfreiheit extensiv auszulegen.) Öffentliche Ankündigungen wie die zitierten führen meist rasch zur Gründung von Widerstandsgruppen. Allein in Californien wurden im Herbst 1967 38 solcher Gruppen gezählt. Für die gesamte USA ist mit einer Zahl von vielen Hunderten zu rechnen. Daneben bestehen die älteren Organisationen der Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen weiter (Conscientious Objectors). Andere traditionelle Gruppen, wie die Civil Liberties Unions, stellen sich an vielen Orten mit Rechtshilfe und Bürgschaften zur Verfügung.

B. Der nächste Schritt ist meist eine Solidaritätsaktion von Seiten älterer Leute, die von der Einberufung nicht direkt erfaßt werden. Darunter befinden sich zahlreiche Professoren, Geistliche, Schriftsteller, aber auch Geschäftsleute und Ärzte, »angesehene Bürger«. Diese öffentlichen Unterstützungserklärungen nehmen verschiedene Formen an. Manche von ihnen gehen sehr weit, bis zur Aufforderung an die Strafbehörden, gegen die Unterzeichner vorzugehen. Auch hierfür einige Beispiele. Der folgende Text hat inzwischen internationale Verbreitung gefunden. Auch französische und deutsche Intellektuelle haben ihn unterstützt:

Aufruf zum Widerstand gegen unrechtmäßig angemaßte Autorität

An die amerikanische Jugend, an das amerikanische Volk, und an alle, wo immer, die guten Willens sind:

1. Täglich wächst die Zahl der Amerikaner, die voller Empörung, teils mit moralischen, teils mit religiösen Argumenten erklären, den amerikanischen Krieg gegen Vietnam nicht mitmachen zu können. Wir teilen die Abscheu dieser Männer und Frauen.

2. Dieser Krieg widerspricht nicht nur unserer Verfassung, sondern auch jedem internationalen Recht. Bekanntlich hat der Kongreß diesen Krieg noch nicht einmal erklärt. Ebenso bekannt ist es, daß gemäß unserer Verfassung ausschließlich vom Kongreß erklärte Kriege überhaupt als Kriege gelten können. Ferner bestimmt die Verfassung, daß den vom Präsidenten unterzeichneten und vom Senat ratifizierten Verträgen dieselbe Rechtskraft zukommt wie der Verfassung. Nun ist die Charta der Vereinten Nationen ein solcher Vertrag. Und in diesem, auch von den Vereinigten Staaten anerkannten Vertragstext verpflichten sich die Unterzeichner ausdrücklich, sich in internationalen Beziehungen jeder Gewalt oder Gewalt-

androhung zu enthalten; jedes friedliche Mittel zur Beilegung von Streitfällen auszuschöpfen; und diejenigen Differenzen, deren friedliche Lösung Schwierigkeiten bereitet, dem Sicherheitsrat vorzulegen. Dreizehn Jahre lang haben die Vereinigten Staaten diese Bestimmungen der Charta systematisch verletzt.

3. Ferner ignoriert dieser Krieg andere internationale Übereinkommen, Verträge und Rechtsgrundsätze, zu denen sich die Regierung der Vereinigten Staaten ebenfalls feierlich bekannt hat. So verletzt der kriegerische Einsatz der amerikanischen Truppen in Vietnam das Genfer Abkommen von 1954, das zu unterstützen unsere Regierung sich verpflichtet hatte, das sie seitdem aber einfach als Luft behandelt hat.

Von der Liquidierung von Reis, Getreide und Vieh wollen wir hier schweigen. Aber es ist üblich, daß ganze Dörfer, in denen nur Zivilisten leben, niedergebrannt oder dem Erdboden gleichgemacht werden; daß Nicht-Kombattanten in Konzentrationslager gepfercht werden; und völlig üblich ist die summarische Hinrichtung von Einwohnern eroberter Dörfer, von Zivilisten, die ihre Treue zur südvietnamesischen Regierung nicht zulänglich beweisen können oder sich dagegen sträuben, sich in diese Lager verschleppen zu lassen, oder es sich erlauben, auf ihren Feldern stehend die Fäuste gegen amerikanische Hubschrauber zu schütteln.

Alle diese Handlungen gehören in die Klasse jener Akte, die die Vereinigten Staaten und die Siegermächte des zweiten Weltkrieges in die Kategorie der »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« aufgenommen haben – der Verbrechen, für die jeder Einzelne persönlich verantwortlich ist, auch dann, wenn er sie auf Befehl seiner Regierung begeht; der Verbrechen, für die deutsche Kriegsverbrecher in Nürnberg zu langjährigen Gefängnisstrafen und sogar zum Tode verurteilt worden sind.

Die Klassifizierung solcher Akte als Kriegsverbrechen und deren Verbot haben durch die Genfer Konvention von 1949 internationale Gültigkeit angenommen; auch die USA haben diese Konvention ratifiziert.

Es ist unsere Überzeugung, daß diese Verpflichtungen anderen Ländern und der Menschheit als ganzer gegenüber auch dann für uns bindende Kraft haben würden, wenn der Kongreß sich entschlossen hätte, Vietnam den Krieg zu erklären.

4. Ferner ist es unsere Überzeugung, daß jedem auf Grund seines religiösen oder philosophischen Standpunktes das Recht zustehen muß, sich zu weigern, an Kriegen teilzunehmen, die in den westlichen religiösen Überlieferungen schon immer als ungerecht bezeichnet worden waren; und daß es auf eine verfassungswidrige Beschneidung der religiösen Freiheit und des Prinzips der Gleichheit des gesetzlichen Schutzes herausläuft, wenn

solchen überzeugten Kriegsdienstverweigerern das Recht auf Befreiung von Kriegsdienst versagt wird.

5. Jeder freie Mensch ist dazu verpflichtet, seine Beteiligung an diesem Kriege zu verweigern und andere dazu zu ermutigen, ebenso zu handeln – kurz: alle Anstrengungen zu unternehmen, um diesem Kriege ein Ende zu bereiten. Die jungen Männer beim Militär und diejenigen, denen die Einberufung droht, stehen vor einer qualvollen Wahl. Welche Art von Widerstand sie auch wählen mögen, in jedem Fall riskieren sie es, von ihren Familien und von ihrem Lande getrennt zu werden, ihre berufliche Laufbahn zu zerstören oder ihre Freiheit, wenn nicht sogar ihr Leben, zu verlieren.

Jeder Einzelne muß auf sein Gewissen hören. Jeder muß sich aber auch ein Bild von den jeweiligen Umständen zu machen versuchen, um entscheiden zu können, zu welcher Art von Widerstand er sich entschließt.

Unter denen, die bereits zum Militär eingezogen sind, gibt es solche, die sich weigern, gewisse ungesetzliche und unsittliche Befehle zu befolgen; andere, die es versuchen, ihre Kameraden über die Barbarei dieses Krieges aufzuklären; [schließlich solche, die ohne Erlaubnis ihren Truppenteil einfach verlassen.]

Unter denjenigen, die noch nicht eingezogen sind, gibt es solche, die ausdrücklich beantragen, als Kriegsdienstverweigerer klassifiziert zu werden; andere, die sich einfach weigern, sich einziehen zu lassen – in beiden Gruppen wiederum solche, die offenen Widerstand leisten und einen schweren Preis dafür zahlen; solche, die den Widerstand in den Vereinigten Staaten organisieren; und schließlich solche, die ins Ausland fliehen.

6. Jede dieser Widerstandsformen gegen angemaßte Gewalt zeugt von persönlichem Mut und ist legitim. Viele von uns sind fest davon überzeugt, daß der offene Widerstand gegen diesen Krieg und gegen die Einberufung am besten dazu geeignet ist, jene moralische Entschlossenheit zu erzeugen, die erforderlich ist, wenn dem Krieg wirklich ein Ende gesetzt werden soll.

7. Alle, die diesen Krieg bekämpfen, können unserer Hilfsbereitschaft gewiß sein. Um der Zusammenarbeit derer, die ihre Einberufung verweigern, eine Basis zu verschaffen; um ihnen Verteidiger in Prozessen und Kautionen zu sichern; um ihren Familien zu helfen; und um, wie auch immer, den Widerstand gegen diesen Krieg zu stärken, werden wir eine systematische Finanzierungskampagne organisieren.

8. Dieser unser Appell kann sich auf unsere Verfassung berufen, und zwar auf das erste »Amendment«, in dem das Recht auf freie Rede verbürgt wird. Die Aktionen, die wir unternehmen werden, werden ebenso

legal sein wie der Widerstand der jungen Leute selbst. [Freilich sind wir uns im klaren darüber, daß die Gerichte anderer Ansicht sein und anders entscheiden könnten; und daß wir alle dadurch Verfolgung und strenge Bestrafung riskieren. Trotzdem dürfen wir nicht zurückschrecken.] Wir haben unsere Verantwortung zu erfüllen gegenüber den jungen Leuten, von denen viele unsere Studenten sind; gegenüber dem Lande, dessen Freiheit uns so teuer ist; und gegenüber den religiösen und philosophischen Überlieferungen, die wir der jungen Generation von heute weiterzugeben versuchen.
Wir appellieren an alle, die guten Willens sind, sich uns anzuschließen. Vor allem wenden wir uns an die Universitäten, die wir dazu aufrufen, ihre Aufklärungspflicht zu erfüllen; und wir bitten alle religiösen Organisationen, sich ihrer ererbten Idee der Brüderlichkeit würdig zu erweisen. *Der Tag ist gekommen, an dem es gilt, Widerstand zu leisten!*

Das Papier trägt, neben mehr als hundert anderen, die Unterschriften von Noam Chomsky, Allen Ginsberg, Paul Goodman, Lawrence Ferlighetti, Robert Bly, Thomas Merton, Alexander Calder, Robert Lowell, Denise Levertov, Staughton Lynd, Linus Pauling, Edgar Snow, Susan Sontag, Benjamin Spock, Tomi Ungerer, Leo Huberman, Philip Roth, Conor Cruise O'Brien und Herbert Marcuse. Der Text ist als bezahlte Anzeige in der *New York Review of Books* und in *The New Republic* erschienen; die Anwälte dieser Zeitschriften bestanden darauf, daß die in Klammern gesetzten Textstellen gestrichen wurden. Weitere Unterschriften sind willkommen. (Deutsche Kontaktstelle: SDS, Frankfurt am Main, Wilhelm-Hauff-Straße 5; französische Kontaktstelle: *Lettres Nouvelles*, 14 rue Amélie, Paris 7e; amerikanische Kontaktstelle: Professor Noam Chomsky, MIT, Cambridge, Mass.)
Vier Unterzeichner dieser Erklärung sind Anfang 1968 vor Gericht gestellt worden. Es wird ihnen eine »Verschwörung zu dem Ziel« vorgeworfen, »zur Begehung einer strafbaren Handlung aufzufordern und beizuhelfen«. In den USA wie anderwärts können sich die Machthaber Widerstand anders nicht erklären als durch die bürgerliche Konspirationstheorie, welche die kapitalistische Machtstruktur auf den Gegner projiziert.
Der folgende, erheblich schärfer gefaßte Text gibt ein Beispiel für lokale Solidaritätsaktionen ab:

Aufforderung zum Widerstand
Die fundamentale Unmoral und die zunehmende Brutalität unseres Vorgehens in Vietnam zwingen uns dazu, mit unserer eigenen Existenz dafür

einzustehen, daß das Verhalten unseres Landes geändert werde. Jeder von uns ist dafür verantwortlich. Wer schweigt und untätig bleibt, ist mitschuldig daran, daß das Töten weitergeht. Wir stellen uns auf die Seite derjenigen jungen Männer, die im Geiste einer amerikanischen Tradition, des zivilen Ungehorsams, einen Wehrdienst verweigern, der unmoralisch geworden ist. Wir selbst gehören nicht zu den Einberufenen, aber wir erklären hiermit öffentlich, daß wir, als Einzelpersonen und als Gruppe, dazu auffordern, das Wehrdienstgesetz zu brechen, und denen, die dieser Aufforderung folgen, Beihilfe leisten wollen.
Wir unternehmen diese Aktion nicht leichten Herzens. Wir wissen, daß wir uns durch ein solches Vorgehen strafbar machen:
Allgemeines Militärdienst- und Ausbildungsgesetz, Abschnitt 12: Strafbare Handlungen. »Wer wissentlich zur Verweigerung der Musterung oder des Wehrdienstes auffordert, rät oder beihilft, wird einem ordentlichen Gericht vorgeführt und mit Gefängnis nicht über fünf Jahren oder einer Geldstrafe von bis zu zehntausend Dollars oder sowohl mit dieser Geldstrafe wie auch mit Gefängnis bestraft.«
Wir ermutigen ausdrücklich zu dieser strafbaren Handlung des Ungehorsams und werden jede mögliche Beihilfe leisten. Wir stellen uns somit den Wehrdienstverweigerern juristisch gleich, weil wir die Risiken, die ihre Gewissensentscheidung mit sich bringt, mit ihnen teilen wollen.
San Francisco Comittee for Draft Resistance
(Es folgen die Namen von neunzig Bürgern von San Francisco)

C. Ein dritter Schritt besteht in der öffentlichen Verbrennung von Wehrpflichtigen-Ausweisen und Einberufungsbefehlen. Diese Aktionen werden so organisiert, daß Dutzende oder Hunderte von Wehrpflichtigen gemeinsam vorgehen, soweit wie möglich vor einer Menschenmenge und vor den Kameras des Fernsehens. Mindestens drei- bis viertausend Amerikaner haben das bis zum März 1968 getan. Hier handelt es sich um einen eindeutig strafbaren Akt. Die Vernichtung einer solchen Draft Card wird mit Gefängnis bestraft, ja es genügt sogar, nicht im Besitz des Ausweises zu sein. In vielen Fällen wagen es die Behörden auch bei solchen Handlungen nicht mehr, gerichtlich vorzugehen, weil die Zahl der Beteiligten zu groß geworden ist. Auch hierfür ein Beispiel: Die Dezember-Ausgabe der Zeitschrift *Ramparts*, die eine Auflage von über 200 000 hat, zeigte vier Hände. Jede Hand hält einen brennenden Wehrpflichtigen-Ausweis. Die Namen sind deutlich zu lesen: es sind die des Verlegers und Herausgebers Warren Hinckle und die seiner drei wichtigsten Redakteure. Die Justizbehörden haben gegen diese vier Publizisten keinerlei Schritte eingeleitet.

D. Ein vierter Schritt ist der direkte Angriff gegen die Musterungs- und Einberufungsbehörden. Im Dezember 1967 wurde eine Stop the Draft Week organisiert, die zu massiven Demonstrationen in New York, in Neu-England, im Mittleren Westen und an der Pazifik-Küste führte. An mehreren Punkten kam es zu förmlichen Belagerungen. In New York wurde die berittene Polizei eingesetzt. Im Oktober desselben Jahres gelang es zehntausend Demonstranten in Oakland, Californien, die dortigen Wehrersatzbehörden fünf Tage lahmzulegen.

E. Der letzte Schritt ist die Fahnenflucht. Die Gesamtzahl der Deserteure (das sind, im Sinne des Gesetzes, Soldaten, die sich für mehr als dreißig Tage ohne Erlaubnis von der Truppe entfernt haben) liegt, nach offiziellen Auskünften des Pentagon, bei zehntausend; eine inoffizielle Schätzung, die von Regierungsstellen herrührt, gibt diese Zahl mit zweiundzwanzigtausend an. Viele Wehrpflichtige, darunter auch Deserteure, gehen nach Canada. Die Grenze ist leicht und ohne Paßkontrolle überschreitbar; die canadische Regierung liefert die Flüchtlinge nicht aus. Kontaktleute in den USA schätzen ihre Zahl auf drei- bis fünftausend, canadische Quellen sprechen von dreizehntausend Fahnenflüchtigen, welche die Grenze überschritten hätten. Ein Netz von Unterkünften innerhalb der USA besteht bereits seit mehreren Monaten; man nennt diese Fluchtwege, nach ähnlichen Einrichtungen zur Versorgung flüchtiger Sklaven im letzten Jahrhundert, »underground railways«. Auch in Asien und Lateinamerika findet man fahnenflüchtige Amerikaner. Der SDS teilte im Oktober 1967 folgendes über die Lage in Europa mit:
»In den letzten Monaten sind die Zahlen amerikanischer Deserteure in der Bundesrepublik sprunghaft angestiegen. Das US-Hauptquartier in Stuttgart spricht von sechzig Deserteuren pro Monat. Den Informationen nach zu urteilen, die wir von holländischen, schwedischen und französischen Organisationen erhalten haben, liegt die Rate der Deserteure aus der BRD mindestens dreimal so hoch . . . Gleichzeitig laufen in der Bundesrepublik die ersten Strafverfahren gegen Personen, die über Flugblätter amerikanische Soldaten zum Verlassen der Armee aufgefordert haben.«
Die amerikanischen Wehrdienstbehörden fühlen offenbar, daß die Situation ihnen aus der Hand zu gleiten droht; nur so ist die Kurzschlußreaktion zu erklären, die den Direktor des Selective Service System, General Lewis B. Hershey, Ende Oktober zu einem Vorgehen »etwas außerhalb der Legalität« veranlaßt hat. Hershey richtete einen Rundbrief an alle Musterungs- und Einberufungskommissionen des Landes, in dem er

empfahl, »illegal protestierende und den Geschäftsablauf störende Wehrpflichtige« sofort einzuziehen. Damit überschritt der General seine Befugnisse in zweierlei Hinsicht. Er ist erstens nicht berechtigt, den lokalen Kommissionen Weisungen zu erteilen; zweitens aber liegt es nicht in seiner Kompetenz, zu entscheiden, was eine strafbare Handlung ist. Dafür sind die Gerichte zuständig. Schließlich ist der Wehrdienst, nach amerikanischem Recht, keine Strafe. Hersheys Vorprellen erwies sich als ein Fehler; er wurde von den Präsidenten der angesehensten Universitäten, vom überwiegenden Teil der Presse und von mehreren Abgeordneten zurechtgewiesen. Er hat die liberalen Spielregeln verletzt. Die Universitätspräsidenten, die Massenmedien, der Kongreß – sie hätten gern einen imperialistischen Krieg, der demokratischen Stil zeigt, und eine militärische Maschine, die auf die Menschenrechte des Kanonenfutters achtet. Der General Hershey weiß, daß er das Gewünschte nicht liefern kann.

Die politische Wehrdienstverweigerung in den USA hat derzeit keine Chance, die Leistungsfähigkeit des militärischen Apparates zu brechen. Dagegen ist ihr politischer Effekt unabsehbar. Eine Nation, die Zehntausende ihrer intelligentesten jungen Männer kriminalisiert, bildet Zehntausende von Revolutionären aus, die an die Illegalität gewöhnt sind und deren politische Erfahrung mit jedem Tage wächst. In der amerikanischen Studentenbewegung mehrt sich die Zahl von Leuten wie Carl Davidson, die diese Konsequenz sehen. Sie sind bis jetzt noch in der Minderheit. Der folgende Aufsatz von Davidson ist der Zeitschrift *New Left Notes* vom Frühjahr 1967 entnommen. Einige seiner Vorschläge sind inzwischen bereits verwirklicht, einige seiner Losungen zum Allgemeingut der Bewegung geworden.

Soviel ist klar: Der Krieg in Vietnam wird weiter wachsen und sich über ganz Südostasien ausbreiten. Die Konfrontation mit China steht vor der Tür. Gleichzeitig haben sich die Streitkräfte der USA direkt in die Unterdrückung der Guerillabewegungen in Lateinamerika eingeschaltet. Die Luftwaffe hat Dörfer in Peru mit Napalm belegt, die *Special Forces* bauen »strategische Wehrdörfer« im Nordosten Brasiliens, und in Guatemala sind tausend »Grüne Mützen« stationiert. Die Vietnamkriege der Zukunft haben bereits begonnen.
Wie halten wir die Kriegsmaschine auf? Wir wissen alle, daß es auf diese Frage keine einfache Antwort gibt. Sollen wir weiter demonstrieren und Teach-ins veranstalten? Die Armen organisieren? Für die Beteiligung der Studenten an der Macht kämpfen? Den Wehrdienst verweigern? Die Hip-

pies in Provos verwandeln? Mit der Arbeiterklasse zusammenarbeiten? Radikale Kandidaten bei den Wahlen aufstellen? Die Antwort heißt in jedem Fall: Ja. Wir müssen vom Protest zum Widerstand fortschreiten, uns auf den langen Marsch begeben. Mit einem Wort, wir müssen die Revolution herbeiführen. Wie, wann, und wo? Ich meine, daß wir eine Reihe von strategischen Kriterien für unsere Aktionen aufstellen können.

1. Jede Einzelkampagne muß sich um eine Sache drehen, die von einer großen Zahl ganz gewöhnlicher Leute als ihr eigenes Problem verstanden werden kann.
2. Wir müssen jene Fragen wählen, die direkte Aktionen erforderlich machen.
3. Jede solche Kampagne muß unsere Basis in der Studentenschaft, bei den Armen und in gewissen Sektoren der Arbeiterschaft verbreitern.
4. Es muß sich um Fragen handeln, die es der Machtstruktur unmöglich machen, die Bewegung zu »vereinnahmen«.
5. Es muß sich um Fragen handeln, welche die Machtverhältnisse und den Machtgebrauch in Amerika deutlich machen.
6. Die Kampagnen müssen das politische Bewußtsein sowohl derer, die sie führen, wie auch derer, die sie erreichen, entwickeln.
7. Die Kampagne muß nicht nur das moralische Empfinden der Leute, sondern auch ihre Interessen berühren und ihnen klar machen, daß sie im herrschenden System politisch Enteignete sind.

Der Widerstand gegen die Wehrpflicht erfüllt alle diese Bedingungen.

1. Die Wehrpflicht ist hierzulande nie populär gewesen, der Krieg macht sie verhaßter. Erst die Ausdehnung des Krieges hat sie für viele Betroffene, und für ihre Familien, zum Problem gemacht. Die Frage der Wehrpflicht läßt sich von der des Krieges in Vietnam nicht mehr trennen.
2. Eine Kampagne gegen die Wehrpflicht eröffnet weitgehende Möglichkeiten für die direkte Aktion. Die Musterungsbehörde bietet sich logisch als ein idealer Brennpunkt für Diskussionen, Flugblatt- und Plakat-Agitation, Meetings, Teach-ins und alle Formen der Obstruktion an. Unsere Erfahrungen zeigen, daß die Musterung psychologisch der günstigste Zeitpunkt ist: vor der Musterung sind die Wehrpflichtigen kritischen Gesprächen über den Wehrdienst, den Krieg und die Außenpolitik der USA am ehesten aufgeschlossen. Die Behörden sind hier am leichtesten verwundbar, Obstruktion gegen das Militär ist hier am ehesten möglich.
3. Sofern wir auf unsere Privilegien als »Akademiker« verzichten, können wir hier auch die nicht-studentische Bevölkerung und ihre Familien erreichen: die Armen, die Schwarzen, und die Arbeiter. Auch bietet diese Frage leichten und radikalen Zugang zu den Oberschülern.

4. Die Forderung nach der Abschaffung der Wehrpflicht kann von der Regierung auf keine Weise »geschluckt« werden. Wenn wir mit unserer Analyse der amerikanischen Außenpolitik recht haben, ist eine Armee von Berufssoldaten keine Alternative für die Regierung.
5. Ein kurzer Blick in den Mechanismus der Wehrdienstbehörden zeigt, daß er die autoritären, manipulativen und antidemokratischen Züge des Systems getreulich widerspiegelt. Die offiziellen Handbücher des Selective Service System sprechen selber von »Lenkung durch Druckausübung«, »Kanalisierung von Arbeitskräften«, dem »Knüppel der Einberufung« und der »Technik, Furcht einzuflößen«. Die Vorschriften über Freistellung und Klassifikation zeigen eine deutliche Klassenstruktur, sie beweisen die Kollaboration der Universitätsbehörden mit der Kriegsmaschinerie und den Zwangscharakter der Prüfungen. Nachforschungen ergeben gewöhnlich, daß die zivilen Beisitzer der Musterungskommissionen der herrschenden Klasse angehören.
6. Die Frage der Wehrdienstverweigerung wirft sofort eine allgemeinere politische Frage auf: die nach dem Verhältnis zwischen Bürger und Staatsgewalt. Während die meisten Proteste gegen den Krieg nur einen Konflikt mit einem bestimmten Aspekt der amerikanischen Politik ausdrücken und es nur mit einem bestimmten Fall (Vietnam) zu tun haben, führt die Wehrdienstverweigerung zu einer direkten und totalen Auseinandersetzung mit der eigenen Regierung. Die Bewegung schreitet sozusagen von selber vom Protest zu einer Resistance fort, die aufrührerischen Charakter hat. Die direkten Aktionen vor den Musterungsbehörden und Wehrbezirkskommandos, vor und in den Gerichtssälen entzaubern traditionelle amerikanische Institutionen und zeigen, daß diese Institutionen der inneren und äußeren Unterdrückung dienen. Die Leute, die von der Bewegung erreicht werden, transformieren ihre persönlichen Befürchtungen, den Krieg und die Einberufung betreffend, in politischen Widerspruch und Opposition gegen das System insgesamt.
7. Wehrdienstverweigerung ist eine Bewegung, die über viele politischen Trennungslinien hinausführt. Selbst konservative Leute werden von Slogans wie »Ohne mich« (»Not with *my* life«) angezogen, die einen individualistischen Kern haben. Auch die moralische Ausgangsbasis ist eindeutig: der Krieg in Vietnam ist ungerecht, unterdrückerisch, und schlecht. Daraus folgt: »We won't go«. Auch Leute, die bisher die offizielle liberale Rhetorik nicht durchschaut haben, sympathisieren mit unserer Sache, sobald ihnen ernste Zweifel an der moralischen Berechtigung dieses Krieges kommen. Schließlich erreichen wir auch jene jungen Leute, die nur deshalb gegen den Krieg und die Einberufung sind, weil sie weder töten

noch getötet werden wollen, und weil sie ihr eigenes Interesse bedroht sehen.
Die politische Wehrdienstverweigerung ist also in jeder Hinsicht ein sinnvolles Programm für uns. Die politischen Implikationen reichen über die Frage des Vietnam-Krieges und über die Frage der Wehrpflicht weit hinaus: die Kampagne kann ein radikales Bewußtsein entwickeln und diesem Bewußtsein eine Basis in wichtigen Teilen der Bevölkerung verschaffen.
Es bleibt die Frage zu klären, welche Taktiken bei der Bekämpfung der Wehrbehörden am wirksamsten sind. Ich möchte zunächst auf den Unterschied zwischen der traditionellen Wehrdienstverweigerung und dem Widerstand hinweisen, der sich heute entwickelt. Früher sind die Militärgegner gewöhnlich als »moralische Zeugen« aufgetreten, als Märtyrer des Pazifismus. Die Regierung kann, dies war ihre Haltung, unsere Leiber einsperren, aber sie kann uns nicht unserer Freiheit berauben, zu tun, was wir für richtig halten. Und so ließen sich die Pazifisten widerstandslos abführen. Viele von uns haben diese Handlungen tief bewegt. Aber was erbrachten sie? Einige Schlagzeilen, ein oder zwei Demonstrationen; dann verlief sich die Empörung, und die Kriegsmaschinerie lief weiter, ungestört von denen, die nun in der Zelle saßen.
Warum führten diese mutigen Beispiele nicht dazu, daß eine Massenbewegung entstand? Ich glaube, das liegt an der psychologischen Wirkung, die sie auf die weniger Mutigen ausübten. Die Handlung des Märtyrers führt dazu, daß sich andere mit ihm vergleichen, und daß sie sich, durch diesen Vergleich, *schwächer fühlen* als zuvor. Außerdem ist eine Märtyrer-Handlung immer individuell; sie führt zur Isolation, zur Verzweiflung, zu einem Gefühl der Vergeblichkeit. Um eine starke, lebensfähige und breite Bewegung gegen den Wehrdienst zu schaffen, brauchen wir ein diametral entgegengesetztes psychologisches Klima.
Statt zu argumentieren: »Tut mit mir was ihr wollt, ich kann nicht gehorchen«, müssen wir sagen: »Mit *meinem* Leben zahle ich nicht.« Unsere Haltung muß herausfordernd, nicht resignierend sein. Wir müssen denen, die über Amerika herrschen, entgegenhalten, daß wir ihnen weder unser Gewissen, *noch unsere Leiber* überlassen werden. Wenn sie uns einsperren wollen, dann müssen sie uns zuerst einmal fangen. Wir werden es ihnen nicht leicht machen.
Wir können auf die juristische Konfrontation nicht verzichten. Aber es genügt nicht, sich vor Gericht stellen zu lassen. Wir müssen anderen, Vielen, aktiv dabei helfen, dem Militär zu entgehen. Wir müssen sie beraten, legal oder illegal, mit allen Tricks. Wir müssen Befehlsverweigerer und Deserteure aufnehmen und versorgen, die legale und illegale Emigration

nach Canada organisieren und ein Gegenmilieu des Untergrundes im Lande selber schaffen, in dem jeder Betroffene untertauchen kann.
Die Frage der Verhaftung ist keine Frage des Prinzips oder der Strategie, sondern einzig und allein eine taktische Sache. Wir werden versuchen, der Verhaftung zu entgehen, aber nicht um den Preis der Aufgabe wesentlicher Ziele und Aktionen. Wer verhaftet, in Untersuchungshaft genommen und/oder angeklagt wird, sollte die Obstruktion soweit wie möglich innerhalb der Justizmaschinerie fortsetzen. Die Organisatoren des Widerstandes sollten, wo ihnen eine Gefängnisstrafe droht, flüchten, unter Grund gehen oder ins Ausland gehen. Die Folgen für das künftige Leben des Einzelnen sind schwerwiegend, aber nicht schwerwiegender als ein Gefängnisaufenthalt. Letzten Endes muß die Entscheidung dem Betroffenen selbst überlassen bleiben.
Wir brauchen also revolutionäre Kühnheit. Wir brauchen aber auch, im Gegensatz zur traditionellen Haltung der Wehrdienstverweigerer, die auf individuelle Akte, also auf die Isolation hinausläuft, eine Solidarität, die sich nicht nur in unserm Denken, sondern auch in unserer Praxis zeigen muß. Jede Exklusivität ist schädlich. Es gibt Widerstandsgruppen, die von ihren Mitgliedern eine Art Eintrittskarte verlangen: sie fordern, daß jeder Teilnehmer seine Privilegien als Student (Zurückstellung, Freistellung) aufgibt und sich k. v. schreiben läßt, also bewußt das Risiko der Einberufung und damit einer fünfjährigen Gefängnisstrafe eingeht. Ich halte das für völlig falsch. Diese Gruppen schneiden sich selbst von der Mehrzahl ihrer Mitstudenten, von ihrer Basis ab. Sie übernehmen Einteilungen und Klassifikationen, welche die Regierung für ihre eigenen Zwecke geschaffen hat. Zwar ist es richtig, daß Wehrdienstverweigerung ohne Risiken, ohne ernsthaftes Engagement nicht möglich ist. Aber unser Kriterium muß sein, ob einer gewisse *politische* Ziele und eine gewisse *politische* Strategie akzeptiert, welche die Gruppe definiert. Auf diese Weise kann eine Gruppe auch Mädchen, Jugendliche, Arbeiter, ältere Leute für sich gewinnen. Die Kriterien müssen klar genug sein, um schlechte Kompromisse auszuschließen; sie müssen aber elastisch genug sein, um jedem Einzelnen die Möglichkeit zu geben, ein starkes politisches Bewußtsein erst in der Gruppe selbst zu gewinnen. Wer dieses Bewußtsein zur Vorbedingung macht, isoliert sich von denen, die es zu erreichen gilt. Was wir brauchen, ist nicht eine abstrakte und »interne« Solidarität, sondern eine Solidarität, die Millionen von Leuten umfaßt, deren Probleme die unseren sind, und ohne die wir diese Probleme nicht lösen können.

Redaktion, Übersetzung und Kommentar: Hans Magnus Enzensberger

Walter Kreipe
Studenten in Frankreich
Hintergrund und Potential einer politischen Bewegung

1. Westeuropäischer Kontext

»Wir rufen die antiimperialistischen Widerstandsbewegungen auf, (...) immer wieder auf gemeinsame Massenmanifestationen gegen den US-Imperialismus und alle seine Handlanger in Westeuropa hinzuarbeiten. Im Verlauf dieses gemeinsamen Kampfes muß die politische und organisatorische Zusammenarbeit zwischen den revolutionären Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und den Widerstandsbewegungen in den USA und in den westeuropäischen Ländern intensiviert und zu einer Einheitsfront ausgebaut werden.«
Aus der Schlußerklärung der Internationalen Vietnamkonferenz vom 17. bis 18. Februar in West-Berlin.

Seit dem Ende der fünfziger Jahre haben westeuropäische Studenten, die noch während ihrer Schulzeit ideologische Versatzstücke eines ERP-geförderten, antikommunistisch-abendländischen Europa der Adenauer, Schuman, De Gasperi reproduzieren mußten, oppositionelle Bewegungen entwickelt, in denen auf den ersten Blick nur oberflächlich zusammenhängende Momente bestimmend waren: einerseits die Anprangerung der europäischen Kolonialkriege in Algerien und im Kongo, der Protest gegen die amerikanische Aggression in Vietnam, andererseits der mit tradeunionistischen oder plebiszitären Mitteln geführte Kampf der Lernenden gegen die auf ihre Kosten zwischen Regierung, Wirtschaftsmanagement und Ordinarien ausgehandelte Anpassung der Universitäten an die Profitinteressen des Kapitals.
Angesichts der fortschreitenden Verlagerung aller lebenswichtigen Entscheidungen aus den bürgerlichen Nationalparlamenten in das supranationale Verbundnetz des Spätkapitalismus und der Weigerung der sozialdemokratisierten Arbeiterorganisationen, dem kapitalistischen Internationalismus eine antimonopolistische Integration Europas entgegenzusetzen, haben revolutionäre Studenten- und Jugendorganisationen in den hochentwickelten Industrieländern Westeuropas damit begonnen, ihren Provinzialismus zu überwinden und gemeinsame Möglichkeiten einer Mobilisierung der in Universität und Gesellschaft abhängig Gehaltenen zu diskutieren und zu verwirklichen.
Die lokalen Studentenvertretungen der wichtigsten westeuropäischen

Universitätszentren sind dem Beispiel des AStA der FU-Berlin und der FGEL (Fédération des Groupes d'Etudes de Lettres), der Sorbonne-Sektion der nationalen französischen Studentengewerkschaft UNEF (Union Nationale des Etudiants de France), gefolgt und haben in bi- und multilateralen Aktions- und Diskussionskonferenzen erste Schritte zu einer Zusammenarbeit getan. Will dieser sich praktisch und antiimperialistisch verstehende studentische Internationalismus nicht in der appellatorischen Phrase stecken bleiben, so darf er weder auf der CIA-finanzierten Studentendiplomatie der zu Beginn des kalten Krieges gegründeten internationalen Ausspähungsorganisation ISC (International Student Conference, Sitz in Leyden) aufbauen, noch kann er den papierenen Internationalismus der östlichen IUS (International Union of Students, Sitz in Prag) fortsetzen. In West-Berlin und London haben Protestaktionen im Februar und März dieses Jahres gezeigt, daß sozialistischer Internationalismus, der jenseits der traditionellen Organisationen den gemeinsamen Kampf aller Abhängigen Westeuropas antizipieren will und beginnt, nur das Ergebnis praktischer Erfahrungen der Massen sein kann und nichts zu tun hat mit diplomatischen Gipfelgesprächen der Verbandsbürokratien. Spontane Solidaritätsdemonstrationen in den westeuropäischen Hauptstädten nach dem Attentat auf Rudi Dutschke haben diese These inzwischen bestätigt und die Verbreitung eines antiinstitutionellen »europäischen Geistes« sichtbar gemacht, der die zur Perpetuierung des Bestehenden verordnete Schulweisheit der fünfziger Jahre hinter sich gelassen hat. Die in West-Berlin von sozialistischen Studentenorganisationen Westeuropas errichtete Dokumentationszentrale gegen den Mißbrauch der Wissenschaft zu Zwecken der imperialistischen Kriegsführung (INFI: Internationales Nachrichten- und Forschungs-Institut) soll eine von den etablierten Publikationsmitteln unabhängige Informations- und Aufklärungspolitik ermöglichen und die nächste Etappe einer Internationalisierung der Studentenopposition in Westeuropa, die Kampagne »Zerschlagt die NATO«, vorbereiten. Diese Kampagne soll zum Lehrstück einer Theorie und Praxis der massenhaften internationalen Zusammenarbeit an bestimmten Objekten werden. Sie soll die Agitation, die vorab in den wichtigsten westeuropäischen Universitätszentren »national« zu leisten ist, auf die Ebene des Internationalismus bringen. Das bedeutet jedoch, daß die Strategie des Internationalismus im gegenwärtigen Stadium weder von dem Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung ökonomischer und politischer Bedingungen in den einzelnen Ländern noch von der Situation in den Universitätszentren als den Bereichen, in denen die Studenten unmittelbar praktisch sein können, abstrahieren darf.[2]

In West-Berlin, Löwen, Nijmegen, Oslo, Turin, um nur einige Beispiele zu nennen, beginnen die Studenten mit unterschiedlichem Erfolg, im Rahmen von kritischen Universitäten, Gegen-Instituten und -Kursen, Universitätsbesetzungen, Blockaden des traditionellen Lehrbetriebs Formen der Selbstorganisation zu erproben, die es ermöglichen sollen, die Diskrepanz zwischen den Interessen der Studenten und dem liberalen oder technokratischen Universitätsstudium als partiellen Reflex der widersprüchlichen Entwicklung des Spätkapitalismus zu erkennen und modellhaft für alle, die von diesem Prozeß betroffen sind, zu radikalisieren.[3]
In Frankreich ist im Gegensatz zu den meisten westeuropäischen Ländern, eine »Universitätsrevolte«, die nicht in sporadischen Eruptionen stecken geblieben wäre, sehr lange ausgeblieben. Die internationale Strategie der oppositionellen Studentenbewegung muß die Gründe dieser Stagnation zur Kenntnis nehmen, will sie nicht in abstrakte Kongreß-Routine verfallen. Vor dem Hintergrund der Pariser Studentendemonstrationen der ersten Maiwoche dieses Jahres wird zu prüfen sein, ob bereits Möglichkeiten einer langfristigen Überwindung der jahrelangen UNEF-Krise vorhanden sind.

2. *Die Industrialisierung der französischen Universität*

»Es ist nicht gut, in einem Land leben zu müssen, in dem es einen Überschuß an hochqualifizierten Kräften gibt. Denn in Krisenzeiten stellt eine akademische Jugend mit langer Studiendauer und ohne entsprechende Stellung im Berufsleben nicht nur einen Reinverlust hinsichtlich der investierten Mittel dar, sie ist auch eine Gefahr für die etablierte Ordnung.« So der Generaldirektor der Kodak-Pathé AG in Humanisme et Entreprise, *einem Organ des französischen Unternehmerverbandes.*[4]

Verlautbarungen des westdeutschen Bundeskanzlers und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie[5] machen keinen Hehl daraus, daß die in Frankreich eingeleiteten Maßnahmen zur Überwindung der Strukturprobleme der kapitalistischen Gesellschaft nach dem Ende der Rekonstruktionsperiode als Modell für die BRD dienen sollen. Zu einer Zeit, da die perspektivlose Erhardsche »Freie Marktwirtschaft« noch nicht begriffen hatte, woher sie die Ressourcen, die ihr mit dem Mauerbau entgangen waren, nehmen sollte, leitete die staatsmonopolistische Programmierungsmaschinerie Frankreichs in allen Bereichen des öffentlichen Lebens eine als »Demokratisierung« ausgegebene Propagandakampagne ein, die an den Leistungswillen der Bevölkerung appellierte und die kurzfristige Verbesserung der Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte zum Ziele hatte. Die-

se Maßnahmen waren um so notwendiger geworden, da sich herausgestellt hatte, daß die jahrelange Weigerung des privaten Kapitals, Investitionen in der Infrastruktur und im Ausbildungswesen einzuplanen, die Akkumulationsmöglichkeiten der Unternehmer ernsthaft gefährdeten. Innerhalb des IV. und V. französischen Plans hatte daher die Reform der Bildungsinstitutionen zentrale Bedeutung. Ohne Umschweife verkündete der damalige Erziehungsminister Fouchet, es gehe nunmehr darum, die Universität und ihre Studenten zu »industrialisieren«.[6] Industrialisierung der Universitäten im Sinne der französischen Planifikation bedeutet, daß die Hochschulen unter der direkten Kontrolle des Wirtschaftsmanagements zu Zulieferbetrieben mit einer kalkulierbaren, gesteuerten Ausstoßleistung an fungiblen Kadern umgestaltet werden und damit einen festen Platz innerhalb des antizyklischen Instrumentariums kapitalistischer Planung einnehmen. Die widersprüchlichen Empfehlungen des westdeutschen Wissenschaftsrats zur Neuordnung des Studiums sowie die Entwürfe des italienischen Gui-Plans berücksichtigen aus politischen Gründen die traditionelle Autonomie der Universitäten und ihrer professoralen Mandarins in so hohem Maße, daß sie sich, verglichen mit dem Fouchet-Plan, wie matte Kopien ausnehmen, die ihr Original einstweilen noch verleugnen müssen. Die von der französischen Studentengewerkschaft UNEF vorgelegte Analyse der Fouchet-Reform[7] hat exemplarische Bedeutung für eine Hochschulstrategie, die bereits heute die Kritik an der noch nicht in Betrieb genommenen technokratischen Universität vorwegnimmt.[8]

Die Hauptmerkmale der Fouchet-Reform: Zwei-Klassen-Studium, frühzeitige Spezialisierung, Herabsetzung der Studienzeiten, eine Inflation von Prüfungen, direkte Einflußnahme der Unternehmerverbände, verschärfen die seit der napoleonischen Ära fest verankerte staatliche Reglementierung der Ausbildungsinstitutionen. Die traditionelle Aufgabe der bürgerlich-liberalen Universität, kultivierte Wachhunde der bestehenden Ordnung zu formen, tritt zurück hinter der output-Steigerung an mittleren Kadern, die das technologische Niveau der Produktion garantieren sollen.

Die starke Differenzierung der Ausbildungsgänge setzt bereits im höheren Schulwesen ein und ist nach dem Beginn des Universitätsstudiums vollends irreversibel. Eine gleichzeitige Immatrikulation in verschiedenen Disziplinen ist unzulässig. Der erste Studienzyklus des universitären Kurzstudiums umfaßt zwei Jahre und dient der Selektion. Jedes Studienjahr ist mit einer Prüfung abzuschließen, nur ein einziges darf wiederholt werden. Für einen Lehramtskandidaten entscheidet die Abschlußprüfung des ersten Studienzyklus darüber, ob er sich als jederzeit kündbarer Hilfslehrer verdingen muß, nach einem weiteren Studienjahr innerhalb des

zweiten Zyklus die Universität als Licencié zu verlassen hat oder aber mit insgesamt vier Studienjahren am Ende des zweiten Zyklus die Magisterprüfung ablegen kann. Von einer besonderen Erlaubnis hängt es ab, ob dieser Grad auch noch nach dem Erwerb der Licence angestrebt werden kann. Erst nach Ablegung der Magisterprüfung steht der Weg zur reinen, von der politischen Praxis gesonderten Forschung des Langstudiums offen. Eine politisch relevante Ausbildung bleibt denjenigen vorbehalten, die durch einen weiteren Sprung über sozio-kulturelle Klassenbarrieren hinweg beweisen können, daß sie sich an die Erfordernisse der Herrschenden angepaßt haben. Sie gelangen in die Ecole Polytechnique, die Ecole Nationale d'Administration (ENA)[9] oder in andere Institutionen der Grandes Ecoles, die als postuniversitäre Pflanzschulen der Elite Spitzenfunktionäre des Wirtschaftsmanagements und der staatlichen Planifikationsgremien ausstoßen. Diese »jungen Herren« bleiben durch einen ésprit de corps ihr Leben lang innig miteinander verbunden.

Wegen der katastrophalen Studienbedingungen lag der Prozentsatz derjenigen Studenten, die niemals einen Studienabschluß erreichten, bisher bei 70 bis 75 von 100 Studenten. Die von Fouchet installierte permanente Prüfungssituation verringert den »Reinverlust hinsichtlich der investierten Mittel« (s. o.), indem bereits ein Teil der Abiturienten sowie alle an den Examensbarrieren endgültig Gescheiterten dem neugeschaffenen Kurzstudium in den mit dem Euphemismus »Instituts Universitaires de Technologie« (IUT) bezeichneten extrauniversitären Ausbildungsstätten zugewiesen werden. (Im Jargon des Kruppianers Stoltenberg heißen diese auch für die BRD geplanten Einrichtungen »Fachakademien«.) Den IUT fällt die Aufgabe zu, innerhalb von zwei Jahren in engem Kontakt mit privaten Unternehmerorganisationen und staatlicher Verwaltungsbürokratie qualifizierte Fachkräfte auszubilden. Der V. Plan sieht vor, daß 1972 rund 25% aller Studenten ihr Studium innerhalb von zwei Jahren bewältigen sollen. Anfang April 1968 hat die Regierung diesen Prozentsatz auf rund 35% erhöht (*Le Monde*, 4. April 1968). Da diese Zahl auf dem bisher praktizierten Weg der »natürlichen Auslese« nicht erreicht werden kann, soll ab 1969 ein neues Sieb in den Ausbildungsgang eingeschoben werden: alle Studenten haben sich einer Universitätsaufnahmeprüfung zu unterziehen, damit von vornherein nur 60 statt bisher 95 von 100 Abiturienten im ersten universitären Studienzyklus eingeschrieben werden können. Diese Maßnahme soll dazu dienen, die für 1972 erwarteten 740 000 Studenten systemgerecht aufzufächern.

Obwohl sich die Fouchet-Reform nach außen »rationaler« und konsequenter als verwandte Instrumente westeuropäischen Krisenmanagements[10]

präsentiert, weist gerade ihre unverschleierte Konsequenz deutlich auf die Widersprüche hin, denen die kapitalistische Entwicklung der Produktivkräfte unterworfen ist:

»1. auf den Widerspruch zwischen den steigenden Produktionskosten für die gesellschaftlich notwendige Arbeitskraft (insbesondere längere Dauer und wachsende Kosten der Berufsausbildung) und der hartnäckigen Weigerung, der Gesellschaft die Verantwortung für diese sozialen Kosten zu übertragen.

2. auf den Widerspruch zwischen Art und Niveau der Ausbildung, die durch die Entwicklung der Produktivkräfte erforderlich werden, und derjenigen Form der Ausbildung, die – vom Gesichtspunkt des Unternehmers aus – eine Erhaltung der hierarchischen Unternehmensstruktur und der bestehenden Produktionsverhältnisse garantiert,

3. auf den Widerspruch zwischen der zunehmenden – wirklichen oder möglichen – Autonomie der produktiven Arbeit und deren unmittelbarer sozialer Bedeutung für eine wachsende Zahl von Arbeitern und ihrem heutigen Status innerhalb des Unternehmens und der kapitalistischen Gesellschaft.«[11]

Über diese von André Gorz geltend gemachten Widersprüche hinaus enthüllt die von den französischen Studenten angeprangerte »Ausbildung zu herabgesetzten Preisen« die Abhängigkeit einer als »demokratisch« ausgegebenen staatsmonopolistischen Programmierung von dem kurzfristigen Profitinteresse der Unternehmer. Die in der französischen Universitätsreform eingeplante Vernichtung von lebendiger Produktivkraft dient zwar der Ausbalancierung eines disziplinierenden Arbeitslosenpegels, sie kann in der Zukunft durchaus auch systemsprengend wirken. Die bornierte Spezialausbildung hat eine permanente Herabsetzung der Berufsqualifikation zur Folge. Sie gefährdet in allen Forschungszweigen die auf Unabhängigkeit von den USA bedachte gaullistische Wirtschaftsplanung und produziert ein akademisches Neo-Proletariat, das schon jetzt erste Anstrengungen macht, sein Bewußtsein mit den kanalisierten Klasseninteressen der Arbeiterschaft zu mischen: von 6000 Forschern des Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS) werden 50% unterbezahlt, von 1963 bis 1968 stieg die Zahl der Arbeitslosen unter den qualifizierten Kadern auf 18 000.[12]

3. *Der Kampf der* UNEF *gegen den Fouchet-Plan*

»In diesem Manifest geht es nicht darum, das Projekt einer demokratischen Universität zu präsentieren, so wie es im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft verwirklicht werden könnte, sondern vielmehr darum, Reformvorschläge zu unterbreiten, die durch Massenaktionen der im Wandel begriffenen Universität aufgezwungen werden können und die, wenn sie erst einmal akzeptiert worden sind, unerläßliche Ausgangspositionen für den weiteren Kampf um eine demokratische Transformation der Universität darstellen.« UNEF, Manifeste pour une réforme démocratique de l'enseignement supérieur.

Die seit dem Herbst des vergangenen Jahres fast reibungslos angelaufene Verwirklichung der Fouchet-Reform in den französischen Universitäten zeigt, daß die westeuropäische Studentenopposition die Anpassung der Ausbildungsinstitutionen an die vorhandene Produktionsstruktur, d. h. die institutionalisierte Unterdrückung von kritischer Erkenntnis, nicht wird verhindern können, wenn sie dabei auf sich allein gestellt ist. Die Erfahrungen der französischen Studentenbewegung scheinen die (bei eingefleischten Studentenfunktionären als defätistisch angesehene These) zu bestätigen, daß die Universitäten keine strategischen Punkte sind, an denen ein für den Kapitalismus entscheidendes Gefecht geliefert werden könnte.[13] Wenn man jedoch davon ausgeht, daß der selbstorganisierte Protest der Studenten in seiner Struktur modellhaft für die Mobilisierung aller Abhängigen sein kann, so ist es entscheidend, die Gründe zu erfahren, die abgesehen von der jüngsten Entwicklung in Nanterre, von der noch zu reden sein wird, diese kollektive Bewußtwerdung der französischen Studenten bisher blockiert haben.

Während des Algerienkrieges hatte die UNEF eine Avantgarde-Rolle übernommen. Sie bezog öffentlich Stellung für die algerische Befreiungsfront und unterstützte sie – oft gegen den Willen der opportunistischen KPF – durch eruptive Massenaktionen. Dieses Engagement begründete das politische Mandat der Studentengewerkschaft und vergrößerte die auf freiwilligen Beitragszahlungen beruhenden Mitgliedschaften erheblich. Der Algerienkrieg bewirkte eine Politisierung der französischen Studenten, die wegen ihrer Weigerung, den Einberufungsbefehlen zu folgen, direkt unter den Verfolgungen des Regimes zu leiden hatten. Diese Politisierung blieb jedoch im bekenntnishaften, ethisch-moralischen Protest stecken: man war »gegen den Krieg«, »solidarisch mit dem kämpfenden algerischen Volk« und »verbunden gegen den gemeinsamen Feind.«[14]

Nach dem Ende des Algerienkrieges mußte die UNEF, der die studentischen Massen treu geblieben waren, ihre Rolle innerhalb der französischen Gewerkschaftsorganisationen neu definieren. Sie griff die Krise der französischen Universität und die sich abzeichnenden technokratischen Reformen geschickt auf, um eine Hochschulpolitik zu entwickeln, die, wie die Studenten ursprünglich gehofft hatten, ihre systemsprengende Kraft durch ein antigaullistisches Bündnis mit den Arbeiterorganisationen vor dem Abbröckeln in puren Trade-unionismus bewahren sollte.

Aufbauend auf den organisatorischen Erfahrungen der gegen den OAS-Terror gegründeten FUA (Front Universitaire Antifasciste) – Komitees, entstanden im Vorlesungs- und Übungsbetrieb der Universitäten gewerkschaftliche Basisgruppen. Studentische Arbeitskollektive, Groupes de Tra-

vail Universitaires (GTU), sollten dem auf Leistungsdruck und Individualismus abgestellten universitären Arbeitsstil eine Alternative gegenüberstellen und damit zugleich die gewerkschaftlichen Forderungen positiv ausdrücken. Die Forderung eines generellen Studienhonorars, das nicht auf sozialen, sondern studiennahen Kriterien zu beruhen hätte, bildete die Grundlage dieser Hochschulstrategie. Mit dieser Forderung, an der auch heute noch festgehalten wird, will die französische Studentenbewegung den Studenten den Status von »jungen intellektuellen Arbeitern« geben, wie es die Charta von Grenoble 1946 im Überschwang der Befreiung vom Faschismus gefordert hatte. Mit der Diskussion über den ursprünglich idealistisch verstandenen Status des »jungen intellektuellen Arbeiters« wollte die Linke innerhalb der UNEF die antikapitalistischen Implikationen ihrer Strategie auf die Spitze treiben, da bei der Vergabe eines Studienhonorars nach studiennahen Kriterien nicht nur die Formen und Inhalte der in der Klassenuniversität tradierten Lehre hätten in Frage gestellt werden müssen. Auch der gesellschaftliche Nutzen eines Universitätsstudiums hätte einer neuen Definition bedurft.[15]

Die Kampagne gegen den Fouchet-Plan in den Jahren 1963/64 stellt den theoretischen und praktischen Höhepunkt, zugleich aber auch den Anfang vom Ende der zentral geplanten Hochschulorientierung des Studentensyndikats dar. Am 21. Februar 1964 scheitert die FGEL, die avantgardistische UNEF-Sektion der Sorbonne, als sie Fouchet und seinem Begleiter, dem italienischen Staatspräsidenten den Zutritt zur Sorbonne verlegen will. Angesichts der militärischen Besetzung des Quartier Latin und der vom staatlichen Rundfunk ausgestoßenen Drohungen ignoriert die Mehrzahl der Studenten den Aufruf zur Besetzung der Universitätsgebäude. Das Regime reagiert mit dem Abbruch der Kontakte zur UNEF. Von nun an ist jegliche Möglichkeit der Mitbestimmung oder Mitberatung der Studenten in den Planungsgremien der Fouchet-Reform und den Organen der Universität ausgeschlossen. Die staatlichen Zuschüsse für die UNEF werden gestrichen, diejenigen für die während des Algerienkrieges aus der Taufe gehobene regimekonforme Organisation FNEF (Fédération Nationale des Etudiants de France) werden jedoch weiterhin gezahlt. Linksparteien, Gewerkschaften und die Mehrheit der lokalen UNEF-Vertretungen distanzieren sich von der FGEL.

Das historisch gewordene Debakel vom Februar 1964 ist symptomatisch für eine Oppositionsbewegung, deren auf einer exakten Analyse beruhende Strategie sich fast ausschließlich in esoterisch ausgearbeiteten Manifesten und Programmen niederschlägt. Periodisch veranstaltete Massendemonstrationen und explosionsartige Protestveranstaltungen mit Funk-

tionärsreden begreifen sich eher als Druckmechanismen gegen die Regierung denn als Stationen eines Lernprozesses. Französische Kritiker haben die Umorientierung der UNEF-Politik vom praktischen Widerstand der antifaschistischen Basisgruppen auf die Kampagne gegen den Fouchet-Plan als »Flucht nach vorn ins Abstrakte«[16] bezeichnet und damit herausgestellt, daß für die Masse der Studenten die Dialektik zwischen hochschulpolitischer und politischer Analyse und Aktion nicht einsichtig geworden ist. Die UNEF-Parole »Die Universität die wir wollen, ist die Universität aller Arbeiter!« bleibt ebenso im Abstrakt-Voluntaristischen stecken, wie die mit der Konstruktion des Studenhonorars bezweckte Annäherung von Studenten und Arbeitern.

Unter dem Eindruck der fortschreitenden Technokratisierung der Universitäten wagte es die UNEF nicht, auf die moralische Unterstützung der im SNESup (Syndicat National de l'Enseignement Supérieur) organisierten Hochschullehrer zu verzichten, deren radikaldemokratische Attitude von der Mehrheit der Studenten als »progressiv« eingestuft wird.[17] Daher verbot sich von vornherein eine allzu laute Kritik an den inneruniversitären Herrschaftsverhältnissen, an Methoden und Inhalten der universitären Lehre. Ein Import der an der FU Berlin entwickelten Praxis, Vorlesungen und Seminarübungen zu rezensieren, erwies sich als unmöglich. Die Politik der inneruniversitären Einheitsfront verhinderte die selbstbestimmte Tätigkeit und Bewußtseinsbildung der Studenten am Arbeitsplatz und erklärte die häufig praktizierte Flucht der Studentenfunktionäre in außeruniversitäre Kraftproben mit der Regierung.

In den meisten Auseinandersetzungen ließ die unmittelbare Abhängigkeit der französischen Universität von der Ministerialbürokratie jedoch kaum eine andere Wahl. Die französische Universitätsadministration ist Administration im wörtlichsten Sinne: Prüfungsordnungen, Lehrprogramme, Ernennung von Hochschullehrern, Rektoren, Universitätsangestellten bis zum Küchenpersonal werden auf nationaler Ebene unter Aufsicht des Erziehungsministers entschieden. Dieser unmittelbaren Präsenz des Staates ist es zu verdanken, daß die Sorbonne in besonderen Glaskästen die Neutralität des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs unangefochten plakatieren kann: »Politische Kundgebungen in den Hörsälen sind verboten!«

Die direkte Konfrontation mit der Staatsgewalt in den periodischen Straßenschlachten des Quartier Latin konnte über die Zelebrierung eines gut funktionierenden Ordnerdienstes hinaus der Masse der Studenten weder die Erfahrung der Selbstorganisation noch die Initiative kollektiver Entscheidungen nahebringen.

Die Denunzierung der bürgerlich-liberalen Universität als Lieferant einer

enzyklopädischen und ornamentalen Klassenkultur wurde unter Ausschluß der studentischen Öffentlichkeit geleistet. Die von der UNEF programmierten Basis-Gruppen konnten die ihnen zugedachte Funktion, nicht-repressive, emanzipatorische Arbeitsformen der Vermittlung von Theorie und Praxis zu entwickeln, nicht erfüllen. Wie die FUA-Komitees während des Algerienkrieges blieben sie, der zentralistischen Struktur der UNEF und dem sozio-kulturellen Gefälle zwischen der Metropole und der Provinz entsprechend, auf die Sorbonne beschränkt. Unter dem Druck der jährlichen Selektionsprüfungen wurden die GTU bald zu stumpfsinnigen Paukrepetitorien, in denen kollektive Arbeit ihren politischen Zweck, die Bekämpfung eines irrationalen Systems, hinter sich ließ und zur gemeinsamen Erfüllung eines diktierten Programms pervertierte.
Zu Beginn des Jahres 1968 waren nur noch rund 50000 Studenten im Besitz einer Mitgliedskarte der UNEF, weniger als 10% der französischen Studentenschaft.

4. Die KPF und die Linksabweichler

»Die Demonstrationen von Nanterre waren das Werk einer Handvoll von Linksabweichlern, die ihre Kameraden daran gehindert haben, ihrem Studium nachzugehen und ihre Prüfungen zu machen. Als die Unruhestifter vor das Disziplinargericht zitiert wurden, fingen die Linksabweichler von Paris an ... Die kommunistischen Studenten verurteilen die Machenschaften der linksabweichlerischen und trotzkistischen Elemente, die die Studenten zu unvernünftigen Handlungen anstiften und eine studentenfeindliche Pressekampagne provozieren. Diese wird unweigerlich zur Isolierung der Studenten und zur Feindschaft zwischen Studenten und Arbeitern führen.« Die Prawda *zu den Pariser Demonstrationen, nach* Le Monde *vom 8. 5. 68.*
»An die Arbeit, Muttersöhnchen!« mit diesen Worten wurden linkssozialistische Studenten daran gehindert, an der Pariser KPF-Demonstration zum 1. Mai teilzunehmen.

Die französische Studentenbewegung ist Funktion und zugleich Karikatur einer Linken, die zum einen als zersplitterte, praxislose »Partei der Analyse« (Sartre) im Hochschul- und Kulturbetrieb von den Herrschenden ausgehalten wird, zum anderen in der Wahlpolitik des vom Atlantiker Mitterrand angeführten Kartells von Sozialdemokraten und Kommunisten die Entpolitisierung der Massen betreibt. Trotz ihres Wortradikalismus – die letzte Veröffentlichung des KPF-Generalsekretärs Waldeck-Rochet hat den Titel *Was ist ein Revolutionär im Frankreich unserer Zeit?* – ist die kommunistische Partei weit davon entfernt, eine revolutionäre Rolle zu spielen oder die Arbeiterklasse in einer Fundamentalopposition gegen die gaullistische »Mischung von Charisma und Technik«[18] zu mobi-

lisieren. Indem die UNEF noch bis zu den Pariser Maidemonstrationen bürokratisch ausgehandelte Bündnisse mit den Spitzen der offiziellen Arbeiterorganisationen einging, wurde ihre Forderungspraxis von den systemsprengenden Aspekten gereinigt und ähnlich parlamentarisiert wie die spontanen Emanzipationskämpfe der Jungarbeiter von Caen im Januar dieses Jahres. Eine im März dieses Jahres von der UNEF organisierte massenhafte Einheitsdemonstration gegen die unzulänglichen Arbeitsbedingungen in den Pariser Hochschulen bezeugte ihren antiaufklärerischen Charakter dadurch, daß KP-treue Studenten auf Plakaten den Ausbau der IUT forderten, um die im Fouchet-Plan vorgesehene Prozedur des bornierten Kurzstudiums schneller bewältigen zu können! Nach dem Abrücken von den »Abenteurern« der Sorbonne-Besetzung hatte sich die geschwächte nationale Studentenvertretung mit dem Linkskartell stillschweigend auf die Spielregeln der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verpflichtet: im März 1968, sechs Jahre nach der brutal niedergeschlagenen Anti-OAS-Demonstration vom Februar 1962, bei der im Métroschacht Charonne neun Demonstranten durch von der Polizei herabgeworfene Eisengitter getötet wurden, hat ein Pariser Staatsanwalt unbehelligt von einer nicht vorhandenen Gegenöffentlichkeit die Entschädigungsansprüche der Hinterbliebenen abgelehnt. Wenige Wochen vor dem Gerichtstermin gedachte die Studenten- und Arbeiterbürokratie den Opfern wie alljährlich durch eine Kranzniederlegung.

Für die französische Studentenbewegung scheidet die Möglichkeit der bundesrepublikanischen außerparlamentarischen Opposition aus, angesichts eines Parteienkartells ein linkes Vakuum wirksam auszufüllen. Im Vertrauen auf die unbedingte Gefolgschaft und den auf dem jährlichen Humanité-Fest neu bekräftigten Familiengeist der fünf Millionen Mitglieder hat die straff organisierte KPF bisher studentische Kritik an ihrem von Thorez propagierten »friedlichen Weg Frankreichs zum Sozialismus« autoritär und ohne Diskussion abgewehrt. Lothar Ruehl und mit ihm das Establishment wissen das zu schätzen: »Solange ein ansehnlicher Teil der Arbeiter in der KPF den Gegenpol zu der ihnen auferlegten Ordnung sieht, ist ihr Bestand gesichert. In diesem Sinne hat der französische Kommunismus eine soziale und humanitäre Bedeutung jenseits jeder Politik. Diese Eigenschaft braucht er auch nicht mit Erfolgen zu beweisen.«[19]

Seit 1956 die linkskatholisch-liberale Minorität die Mehrheit in den Exekutivorganen der UNEF erlangte, (die seitdem kontinuierlich linke Mehrheit trägt seit den fünfziger Jahren den paradoxen Namen »Mino«) besonders aber seit dem Machtzuwachs der Togliatti-Richtung in den FUA-Komitees des Algerienkrieges haben die Auseinandersetzungen der Links-

gruppen mit der Parteibürokratie der KPF die Entwicklung der französischen Studentenbewegung nachhaltig bestimmt. 1956 durch einen Eingriff der Parteizentrale aus Gründen der besseren Kontrollierbarkeit von der Jugendorganisation JCF (Jeunesse Communiste Française) abgespalten, wurde die kommunistische Studentenunion UEC (Union des Etudiants Communistes), die ihrer Stärke nach als einzige studentische Gruppe die hochschulpolitische Rolle der Linkskatholiken nach deren Zerschlagung durch die Kirche hätte übernehmen können, durch ständige Konflikte mit der stalinistischen KPF aufgerieben. Seit 1960 verschärften sich innerhalb der UEC die Fraktionskämpfe zwischen marxistischen, trotzkistischen, prochinesischen und »italienischen« Tendenzen. In diesen Auseinandersetzungen nahm die KPF dem gaullistischen Regime die Kontrolle der extremen Linken ab und leistete damit über das Verbot der Parteidemokratie hinaus einen entscheidenden Beitrag zur Verstaatlichung des öffentlichen Lebens. Als die Anhänger der UEC unter dem Druck der Algerienkrise zusammen mit Linkschristen erfolgreiche Versuche machten, die Auseinandersetzungen mit der KPF öffentlich zu führen und zu politisieren, indem sie ihre terminologische Diskussionsweise zugunsten einer oppositionellen Praxis aufgaben, unterdrückte die Parteizentrale diese spontane Bewegung durch Mitgliederausschluß. Die unerwartet zügige Etablierung des Gaullismus nach dem Ende des Algerienkrieges hatte eine derartige Entpolitisierung der Massen zur Folge, daß die Parteileitung 1965 keine Skrupel zeigte, den in Lyon gewählten Vertretern der Linksopposition innerhalb der UEC die Mitgliedskarten zu entziehen und eine linientreue lokale Führung zu oktroyieren. Im Unterschied zu den Provinzstädten konnten sich die Pariser UEC-Studenten in einer Urabstimmung gegen diese autoritäre Praxis des Parteiapparats zur Wehr setzen. Die Ablehnung der Kandidatur Mitterrands durch den 9. UEC-Kongreß zog 1966 den sofortigen Ausschluß aller Oppositionellen aus der KPF nach sich.
Seit der Abspaltung der oppositionellen Fraktionen von den in der UEC verbliebenen KP-treuen Studenten ist die UNEF, die aus den bereits erwähnten Gründen nur periodisch auf eine Massenbasis rechnen kann, nur mehr Reflex der Eigendynamik der revolutionären, zersplitterten französischen Linken. Die geringe Ausstrahlung dieser von der Masse der Studenten als »groupuscules« diffamierten Richtungen, von denen keine eine dem SDS vergleichbare Position innehat, steht im krassen Gegensatz zum Voluntarismus ihrer Verlautbarungen. Da diese Gruppen eine Hochschulstrategie durchweg für inopportun oder reformistisch halten, eine wirkungsvolle Gaullismus-Kritik wegen der unangefochtenen Monopolstellung der KPF zumindest für den Bereich der Innenpolitik fast aus-

sichtslos erscheint, definieren sie sich in der Öffentlichkeit nach traditionell fixierten theoretischen Positionen der Arbeiterbewegung. Diese theoretische Spezialisierung, die sich in unerbittlichen Jagden auf Häretiker und gewalttätigen Zusammenstößen ausdrückt, findet ihre Verlängerung in stark differenzierten Urteilen über die Entwicklung in China, Vietnam und Lateinamerika.

Die beiden trotzkistischen Gruppen, Le CLER (Le Comité de Liaison des Etudiants Révolutionnaires – seit kurzem nach dem Zusammenschluß mit anderen Randgruppen umbenannt in FER = Fédération des Etudiants Révolutionnaires; dieser Name hat sich noch nicht überall herumgesprochen –) und die JCR (Jeunesse Communiste Révolutionnaire) betrachten sich als Erben der Bolschewiki und der kommunistischen Internationalisten. Während sich die JCR an die aus einer Spaltung der Trotzkisten hervorgegangene PCI (Parti Communiste Internationaliste) an Pierre Frank und Ernest Mandel anlehnt und die Strategie des Entrismus, d. h. der heimlichen Arbeit in der KPF und der kommunistisch kontrollierten Gewerkschaft CGT (Confédération Générale du Travail) befürwortet, um die Arbeiterklasse zu revolutionieren, sympathisieren Le CLER und die ihm nahestehende Jugendorganisation »Révoltes« mit dem anderen Flügel der vierten Internationale, der OCI (Organisation Communiste Internationale), der als prominentestes Mitglied der Herausgeber der Zeitschrift *La Vérité*, Lambert, angehört. Die OCI lehnt jeden Entrismus scharf ab und will zusammen mit den Anarcho-Syndikalisten eine eigene revolutionäre Fraktion innerhalb der Gewerkschaft »Force Ouvrière« (FO) bilden. Wegen der Auseinandersetzungen zwischen Frank und Lambert ist in Frankreich nicht schlicht von Trotzkisten, sondern meist von Frankisten und Lambertisten die Rede.

Le CLER ist die militanteste und in Paris am stärksten vertretene Gruppe. Sie unterhält einen 300 Mann starken Karate-trainierten Ordnerdienst, der nicht nur die Verteidigung von Demonstrationen gegen anrückende Kommunisten und Schlägertrupps der rechtsradikalen Studentengruppen »Occident« und »Fédération des Etudiants Nationalistes« übernimmt, sondern auch Strafexpeditionen gegen JCR- und UNEF-Versammlungen durchführt. Le CLER ist innerhalb der Studentenvertretung der Sorbonne etwa gleich stark wie die gegnerische JCR vertreten. Dieses Gleichgewicht hat die Arbeit der FGEL im letzten Studienjahr lahmgelegt.

Le CLER lehnt die vietnamesische FNL ab, weil sie als Volksfrontbewegung mit der Bourgeoisie zusammenarbeite. Cuba und China werden als bürokratisch regierte Staaten verurteilt.

Dagegen gleichen die internationalen Positionen der JCR denjenigen des SDS. Die JCR war mit einer starken Delegation auf dem West-Berliner Vietnamkongreß vertreten und hat eine wichtige Rolle bei den Pariser Maidemonstrationen gespielt. In der Öffentlichkeit besteht die JCR auf deutlichen Abstufungen ihrer internationalen Sympathien: das bürokratische UdSSR-System hat mit der scharfen Kritik, das »bürokratische, aber dennoch revolutionäre« China mit kritischer Unterstützung dieser Organisation zu rechnen. Die Entwicklung in Cuba wird voll gebilligt. Die Thesen Régis Debrays werden von der JCR verworfen, da sie die Bedeutung des städtischen Proletariats zu gering veranschlagen. Zur Unterstützung der vietnamesischen Befreiungsfront tritt die JCR für die Schaffung einer Sammelbewegung ein, die alle linken Gruppen umfassen soll. 1966 gründete sie das nationale Vietnam-Komitee CVN (Comité Vietnam National), dem sich auch die ESU (Etudiants Socialistes Unifiés), die sozialistische

Minderheit innerhalb der PSU (Parti Socialiste Unifié), und bekannte Linksintellektuelle angeschlossen haben. Angesichts der Entstehung von über fünfzig Vietnam-Komitees in den Provinzstädten und des wachsenden Einflusses dieser Basis-Gruppen bei Oberschülern und jungen Arbeitern hat die KPF im Januar 1968 erstmals einen Rückzieher machen müssen, der freilich nicht als Absage an den »friedlichen Weg zum Sozialismus« gewertet werden kann, obwohl er die Mitglieder etwas verwirrt hat: da es die opportunistische KPF-Parole vom »Frieden in Vietnam« nicht mehr mit der militanten Devise des CVN: »FNL wird siegen!« aufnehmen konnte, gründete die KPF eilends ein eigenes Vietnam-Komitee, CNA, »Nationales Aktionskomitee für die Unterstützung und den S i e g des vietnamesischen Volkes«. Hinfort dürfen KP-Mitglieder auf Demonstrationen vom »Sieg in Vietnam« sprechen und Fahnen der FNL mitführen. Tauchen in kommunistisch organisierten Vietnam-Demonstrationen jedoch trotzkistische Studenten auf, so entreißt man ihnen wie früher die FNL-Fahnen und überstimmt sie mit »Frieden in Vietnam!«

Parallel zur prochinesischen PCMLF (Parti Communiste Marxiste-Léniniste Français), jedoch keineswegs in Übereinstimmung mit ihr, entstand nach der UEC-Krise innerhalb der Ecole Normale Supérieure eine prochinesische Studentengruppe, UJC (ml) (Union des Jeunesses Communistes marxiste-léniniste), die zusammen mit dem Philosophen Althusser die theoretische Schrift *Cahiers marxistes-léninistes* herausgab. Als Professor Althusser vor dem endgültigen Bruch mit der KPF zurückschreckte, stellte diese Schrift ihr Erscheinen ein. Statt dessen wurde eine für das breite Publikum verständliche Zeitung *Servir le Peuple* entwickelt, die in den über einhundert Pariser Basis-Gruppen (CVB – Comité Vietnam de Base) als Diskussionsgrundlage dient. Die UJC (ml) lehnt die Zusammenarbeit mit dem von der JCR unterstützten nationalen Vietnam-Komitee ab und verweigert als konsequente Anhängerin der chinesischen Außenpolitik der OLAS-Konferenz ihre Unterstützung.

Während am 21. Februar 1968 über 8000 Studenten einem Aufruf von UNEF und SNESUP folgten, um gemeinsam mit dem CVN das Quartier Latin durch Demonstrationszüge und Umbenennung der staatlichen Lycées spektakulär in das »Quartier du Vietnam héroique« zu verwandeln, huldigten 2000 UJC (ml)-Anhänger ihrem Purismus vor der südvietnamesischen Botschaft und denunzierten die Demonstranten des Universitätsviertels auf Flugblättern als »falsche Freunde Vietnams«, enthielten sich die Mitglieder des CLER jeder Sympathie für die vietnamesische Befreiungsfront, versammelten sich die KPF-treuen Jungkommunisten (JCF) zu einer »friedlichen« Kundgebung im Palais des Sports. Die wenige Tage später auf der Sorbonnekuppel flatternde Vietcongfahne täuschte nicht nur über die fehlende Vermittlung von wissenschaftlicher und politischer Tätigkeit der Studenten hinweg, sie war auch das Symbol eines partikularisierten Voluntarismus, dessen politisierende Wirkung zudem noch von der heuchlerischen Außenpolitik de Gaulles aufgesaugt wird.

Mehr als interne Polemiken gegen ihren revisionistischen Kurs haben die offiziellen Arbeiterorganisationen die seit Monaten in *Avant-Garde-Jeunesse* (JCR) und *Servir le Peuple* (UJC (ml)) veröffentlichten Berichte über strukturelle Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Selbstorganisation der betroffenen Arbeiter in der Textil- und Metallbranche zu fürchten. Die schärfste Kritik der KPF, der CGT (Confédération Générale du Travail) und der christlich orientierten CFDT (Confédération Démocratique des Travailleurs) richtet sich gegen die »verantwortungslose« Infiltrationspraxis der UJC (ml) in den Betrieben. Als einzige Linksgruppe hat die UJC (ml) ernsthaft Konsequenzen aus der bisher erfolglos gebliebenen Politik des abstrakten Schlagabtausches mit der KPF-

Bürokratie gezogen: von jedem Mitglied wird erwartet, daß es eine Zeitlang als ungelernter Arbeiter in die Betriebe geht, um an Ort und Stelle den Kurs der Gewerkschaften zu entlarven. Die spontanen Streiks der Arbeiter in der Lastwagenfabrik SAVIEM in Caen vom Januar dieses Jahres scheinen die Notwendigkeit dieser lokalen Subversion bestätigt zu haben. Die bestürzten Gewerkschaftsfunktionäre verweigerten den Streikenden finanzielle Unterstützung und erließen eine Nachrichtensperre, um unerwünschte Ausdehnungen der Arbeitskämpfe zu stoppen. Durch Plakatierung der Lohnforderungen und Geldsammlungen in den Straßen unterstützte die Studentenschaft von Caen die organisatorisch unerfahrenen Arbeiter und erreichte damit einen Solidarisierungsprozeß in den Schwesterbetrieben.[20]

5. Nanterre, ein anarcho-marxistisches Lehrstück

»Es müssen tatsächlich neue Kampfformen gefunden werden, die die kolossal teigige etablierte Ordnung durcheinanderbringen. Wenn sich 3000 Demonstranten auf dem Boulevard St. Germain niederducken und die Polizei zuhaut, dann läuft das letzten Endes nur auf das alte Lied von Gewalt und Gewaltlosigkeit hinaus oder auf die ewige Geschichte von der Katze, die in den Mickey-Mouse-Filmen hinter der Maus herläuft. Bei einer solchen Gelegenheit muß man einen provozierenden Einfall haben: wenn z. B. 3000 Demonstranten ihren Schlitz aufmachten und sich selbst befriedigten. . . . Niemand wird sagen können, welches Trauma dann über das Kollektivbewußtsein hereinbrechen würde.« (Aus der Beschlußvorlage der Straßburger Studentenschaft für den 56. UNEF-Kongreß in Lyon)

Das geheimbündlerische Sektierertum der sozialistischen Studentenorganisationen hat bis Anfang Mai 1968 die Masse der Studenten von einer langfristigen kollektiven Praxis ausgeschlossen, obwohl 79% der Studenten in den philosophischen Fakultäten von Paris, 56% in denen der Provinzstädte von sich behaupten, sie seien »links«. Während die Studenten der Provinzhochschulen kaum aus der Einflußsphäre ihrer Elternhäuser herauskommen, sich häufig aus dem von konkurrenzlosen professoralen Duodezfürsten dekretierten Lehrbetrieb in die Pflege lokaler Folklore flüchten, konsumieren die Angehörigen der Sorbonne im mythischen Dikkicht der Kulturmetropole individualistisch ihren Bruch mit der bourgeoisen Kindheit.[21] Mehr als 50% der französischen Studenten kommen aus kleinbürgerlichen Schichten. 10% sind Arbeiterkinder. Diese kulturell Unterprivilegierten haben als potentielle »Versager« innerhalb der Fouchet-Universität mit Mißerfolg oder Abschub in das Kurzstudium zu rechnen. Sie sind daher auf den Lehrbetrieb fixiert, um die professoralen Manien und die bürgerliche Rhetorik der Klassenuniversität zu erlernen und für die Selektionsexamina aufzubereiten. Dagegen ist es den Erben der großbürgerlichen Kultur möglich, sich außerhalb des offiziellen Lehrbe-

triebs sozialistische Theorie jenseits aller Praxis anzueignen, gegen ihre kulturelle Mitgift mit den Utensilien zu revoltieren, die von der Bewußtseinsindustrie bereitgehalten werden, und ansonsten gelassen der universitären Prüfungsmaschinerie entgegenzusehen.

Nehmen die in den Linksgruppen organisierten Studenten diese kulturelle Konditionierung zum Anlaß, ihre Kommilitonen als Kleinbürger und untauglich für eine Funktion im Klassenkampf abzutun, so haben seit zwei Jahren Randgruppen, die sich als anarchistisch oder situationnistisch bezeichnen, versucht, das studentische Milieu zu analysieren und es durch neue Kampfmittel und in experimentellen Organisationsformen über seine eigenen Mystifikationen und Idiosynkrasien aufzuklären.

Im Oktober 1966 nutzt eine Gruppe von Studenten das Desinteresse der Straßburger UNEF-Mitglieder und läßt sich von den ahnungslosen Gewerkschaftlern mit der Leitung des lokalen UNEF-Büros betrauen. Bald darauf erscheinen Flugblätter, auf denen Hinweise gegeben werden, wie man bei idiotischen Examen am besten betrügen kann. Die Stadt wird mit marxistischen Comic-Strips überschwemmt, das UNEF-Büro mit der schwarzen Farbe der Anarchisten überzogen, um seine Nutzlosigkeit darzutun. Die finanziellen Mittel des aufgelösten Gewerkschaftshaushalts kommen einer Schrift mit dem Titel *Von der Misere im studentischen Milieu, betrachtet unter seinen wirtschaftlichen, politischen, psychologischen, sexuellen und vor allem intellektuellen Aspekten, und einige Mittel, um dem abzuhelfen*[22] zugute. Mit der Verteilung dieser Schrift, die den UNEF-Bürokratismus, das Sektierertum der Linksgruppen, die pseudorevolutionäre Betriebsamkeit linker Studenten angreift, wird die akademische Eröffnungsfeier des Studienjahres 1966/67 entweiht. Weitere für die UNEF-Tradition ungeheuerliche »Situationen« wurden durch Tomatenwürfe auf einen Kybernetiker und die Schließung des als Instrument der Herrschenden entlarvten psychologischen Beratungsbetriebs für Studenten produziert. In der Straßburger Broschüre heißt es u. a.:

»Vor allem ist der Student zufrieden politisiert zu werden, (...) nur ist er sich dabei im Unklaren, daß er sich die lächerlichen Flickenreste einer Linken aneignet, die vor bald vierzig Jahren zugrundegerichtet wurde durch »sozialistischen« Reformismus und stalinistische Konterrevolution. Darüber weiß er nichts, obwohl die Herrschenden es sehr wohl wissen und die Arbeiter ein wenig Ahnung davon haben. Mit krankhaftem Stolz nimmt er an den dümmlichsten Demonstrationen teil, die keinen anderen als ihn anlocken.

Echter Leidenschaften unfähig, partizipiert er mit Wonne an den trockenen Polemiken, die sich die Vorposten der Intelligenz über falsche Probleme liefern, um die wirklichen Probleme zu vertuschen: Althusser – Garaudy – Sartre – Barthes – Picard – Lefèbvre – Lévi Strauss (...)

Die tatsächliche Misere des studentischen Alltags findet ihre unmittelbare, phantastische

Kompensation in seinem wichtigsten Rauschgift: der kulturellen Ware. (...) Wie jedermann ist der Student stolz darauf, die Taschenbuchausgaben einer Reihe von wichtigen und schwierigen Texten zu kaufen, die die »Massenkultur« im beschleunigten Tempo verbreitet. (In diesem Zusammenhang kann nicht genug empfohlen werden, sie zu stehlen, was die Intelligentesten bereits praktizieren.) Nur kann er nicht lesen. Er gibt sich damit zufrieden, sie mit dem Blick zu verzehren. (...) Er glaubt zur Avantgarde zu gehören, weil er den letzten Godard gesehen hat. (...) Wenn die »Maisons de la Culture« nicht existierten, der Student hätte sie erfunden. (...) Wie Godard und Coca-Cola ist der Student Produkt der modernen Gesellschaft. Seine äußerste Entfremdung kann nur durch den Kampf gegen das ganze Gesellschaftssystem aufgehoben werden. Auf keinen Fall kann diese Kritik auf studentischem Terrain geleistet werden: der Student legt sich einen Pseudo-Wert zu, der es ihm verbietet, seine tatsächliche Verarmung zu erkennen. Daher bleibt er im falschen Bewußtsein stecken.«

Die Straßburger Situationnisten versagten sich den Griff in die gewerkschaftliche Mottenkiste und entwickelten in ihren surrealistischen Aktionen neue Kampfformen, in denen die ohnmächtige Selbstzufriedenheit der linken Klüngel entlarvt wurde. Sie dachten jedoch keinen Augenblick daran, ihre »Situationen« in eine studentische Massenbewegung einmünden zu lassen. Bürgerliche Presse und staatliches Fernsehen verwandelten ihre Provokationen in handliche Ware. Sie gaben auf, nicht ohne vorher noch spektakulär drei Mitglieder aus der Situationnistischen Internationale (IS) auszuschließen, als diese daran dachten, weiterzuagieren und ganz Straßburg zur »Commune« zu erklären.

Die in Straßburg erprobten Instrumente studentischer Selbstaufklärung konnten erst dann wieder hervorgeholt werden, als die Errichtung riesiger Studentendörfer und campus-artiger Universitätszentren in den Vorstädten neue Bedingungen antiautoritären Kampfes schafften, die nicht bürokratisch aufgehoben werden konnten. Im Zuge der von Fouchet propagierten »Industrialisierung der Universität« aus der Erde gestampft, waren die Universitätszentren zunächst als propagandistische Fünf-Sterne-Objekte und Entlastung der Großstädte von überfüllten, rebellischen philosophischen Fakultäten geplant. Repressive Hausordnungen, Verbot syndikalistischer und politischer Aktivitäten, statt dessen Sortiments folkloristischer Veranstaltungen und eine Beschränkung des Wohnrechts auf drei Jahre (d. h. auf den im Fouchet-Plan vorgesehenen Abschnitt des universitären Kurzstudiums) sollten die Rentabilität der Investitionen und bornierte Verarbeitung des Lehrstoffes garantieren. Diese Erwartungen des Regimes wurden enttäuscht: statt arbeitsintensiver Individualisierung entwickelte sich seit der Belagerung der Pförtnerloge im Studentenwohnheim von Antony (Oktober 1965) in den Parzellen der rund 100 000 französischen Heimbewohner ein Kollektivbewußtsein, das, ähnlich wie es Prof. Lipset in einer US-Air-Force-Untersuchung für die Universitäts-

zentren der Entwicklungsländer befürchtet, aus den geschlossenen Anstalten politische Aktionsfelder ersten Ranges werden ließ.[23]

Ohne auf eine Parole der Pariser UNEF-Zentrale zu warten, gingen die Bewohner der Studentenheime im Februar umd März 1968 zu direkten Aktionen über. Unter Bruch der Hausordnungen drangen sie in die Pavillons ihrer Kommilitoninnen ein. Von Relegationen bedroht und von brutalen Polizeikommandos zusammengeschlagen, erstürmten die Studenten von Besançon und Nantes, die schwarze Fahne der Anarchisten in den Händen, die Rektorate und verbrannten an Ort und Stelle die Spitzelkarteien der Universitätsbürokratie. Bei mehreren Demonstrationszügen überrollte man KPF-treue UEC-Funktionäre, als sie die Kundgebungen »in Ruhe und Würde« beenden wollten, um das Biedermanngesicht ihrer Partei innerhalb des Kartells mit den Sozialdemokraten nicht zu gefährden.

Die Ermahnungen des Fouchet-Nachfolgers Peyrefitte, Universitätswohnheime seien »Orte der Arbeit« und müßten als solche »respektiert und geschützt« werden und man dürfe »die Gesetze der Natur nicht verkennen« wurden angesichts der zuvor unbekannten Möglichkeit einer übersichtlichen und beeinflußbaren Praxis in den Universitätszentren von den Studenten in ihrer repressiven Bedeutung erkannt und mit weiteren Aktionen beantwortet. Um zu verhindern, daß die »beunruhigende« Passivität der studentischen Massen in den Universitätszentren der Vorstädte in ein kollektives politisches Engagement umschlägt, hat das Regime inzwischen den Volljährigen Besuchszeiten bis 23.00 Uhr (!) gestattet, einen sofortigen Baustop von Studentenwohnheimen erwogen und »überall, wo man sich langweilt« (Peyrefitte) ein in pseudodemokratischen Mitverwaltungsgremien auszuhandelndes Betreuungsprogramm vorgeschlagen, das sich in den Ensembles von Sportanlagen und Kulturhäusern unter der Ägide von Malraux als Freizeitkontrolle und geistige Verstümmelung der Arbeiter und Rocker bewährt hat.

In den letzten Monaten haben die Studenten von Nanterre die gigantische Repressionsmaschinerie des Regimes energisch und beispielhaft entlarvt und bekämpft. Als der Jugend- und Sportminister Missoffe auf dem 15 km von den Cafés und Ciné-Clubs des Quartier Latin gelegenen Campus inmitten von Arbeitslosenbaracken und Fabrikanlagen den Studenten feierlich ein Schwimmbad übergeben wollte, wurde dieser Akt von anarchistischen Studenten verkürzt. Sie erklärten dem Minister, sein Weißbuch über die Jugend enthalte 600 Seiten Dummheiten und kein einziges Wort über die sexuellen Probleme der Jugend. Der Minister wies auf das von der Regierung investierte Schwimmbad und lud die Studenten ein, hinein-

zuspringen, falls sie Schwierigkeiten mit ihrer Persönlichkeitsentfaltung hätten. Angemessen schrieen ihn die Anarchisten als Faschisten nieder. Während die lokale UNEF-Bürokratie und die Linksgruppen abwarteten, die Kommunisten sofort von »Abenteurern« sprachen, sorgte die bürgerliche Presse für die nationale Verbreitung der Aufklärungslektion. Der solidarische Protest von nichtorganisierten Studenten, die inzwischen gemeinsam die automatischen Türen der Mädchenpavillons sichergestellt hatten, verhinderte, das ihr anarchistischer Kommilitone deutscher Nationalität, Daniel Cohn-Bendit, von der Presse als »Dutschkist« stilisiert, in die BRD abgeschoben wurde.

In der Nacht vom 22. auf den 23. März 1968 diskutierten 142 Studenten in dem von ihnen besetzten Sitzungssaal der philosophischen Fakultät von Nanterre darüber, wie sie als Universitätsangehörige auf die Verhaftung von Kommilitonen reagieren könnten, die nach einer Vietnam-Demonstration vor dem Pariser American Express verhaftet worden waren. »Die 142« brachen mit traditionellen Formen des Protests: sie erklärten den 29. März zum Tag der politischen Debatten in den Fakultätsräumen. Am nächsten Tag griff die Administration zu einem Mittel, das von der Madrider Universität bis zum Romanischen Seminar in West-Berlin gängige Münze der nervös gewordenen Autoritäten ist: die Fakultät plakatierte ihre Bereitschaft zum Dialog in den seit Herbst 1967 zugestandenen Studienreformkommissionen und schloß zugleich die Gebäude ab, um »während einer Zeit des Nachdenkens Drahtzieher und Mitläufer zu trennen«. Von der Ministerialbürokratie im Stich gelassen, war die Administration gezwungen, liberales Wohlwollen vorzutäuschen und den »Zornigen«, die inzwischen in Gruppen auf dem Fakultätsrasen die Lage diskutiert hatten, wenige Tage später einen Raum zu einem teach-in freizugeben.

Studenten, die bisher nur Hakenkreuze und »Nein zur Repression!« an die Wände geschrieben hatten, schlossen sich in einem »Ausschuß für herrschaftsfreie Kreativität« zusammen und gaben binnen kurzem den kalkigen Mauern der Fließbanduniversität durch Wandzeitungen und meterhohe Breton-Zitate einen aufklärerischen Anstrich. Am 2. April diskutierten 2000 Studenten zusammen mit Genossen aus Frankfurt und West-Berlin über den antiimperialistischen Kampf in der Dritten Welt, über spontane Arbeiterstreiks in Frankreich und über die Funktion einer Kritischen Universität unter französischen Bedingungen. Noch ehe die Theoretiker von Le CLER die Mikrophone für immer okkupieren konnten, um attentistisch zu direkten Verbrüderungen mit der Arbeiterklasse aufzufordern, beschlossen die Versammelten – ein völliges Novum in der Geschichte der französischen Studentenbewegung –, sich aufzulösen, sich in kleinen Ar-

beitsgruppen zu organisieren und über den zugestandenen Raum hinaus alle Hörsäle der Fakultät zu besetzen. Nach einer Beratung der in den Gruppen erarbeiteten Ergebnisse weigerte sich das Plenum, die oft geübte Praxis einer Besetzung der Direktionsräume zu wiederholen. Der Voluntarismus von Le Cler schien gestoppt.

Als die locker organisierte »Bewegung des 22. März«, die in der Toulouser »Bewegung vom 25. April« bereits einen Nachfolger in der Provinz gefunden hat, in der ersten Maiwoche erneut »antiimperialistische Kampftage« während der normalen Vorlesungszeit veranstaltete, nahmen Erziehungsminister Peyrefitte und Dekan Grappin eine bedrohliche Ansammlung bewaffneter Occident-Anhänger zum Anlaß, die 12 000 Studenten von Nanterre einer unbefristeten disziplinierenden Aussperrung zu unterwerfen.

Am Freitag, den 3. Mai 1968, versammeln sich rund 500 Studenten im Hof der Pariser Sorbonne, der ihnen bisher immer für gewerkschaftliche Protest-Palaver zur Verfügung gestanden hatte, um gegen die Aussperrung ihrer Kommilitonen und die gegen Cohn-Bendit und andere bereits in Gang gesetzte Disziplinarmaschinerie aus dem Jahre 1897 zu protestieren. Obwohl man seine friedliche Absicht bekundet hat, reizt den Rektor der Pariser Akademie das Exempel: er ruft die Polizei, um die Sorbonne von den berühmten »Elementen« zu säubern. Stundenlang werden Studenten gruppenweise in bereitgehaltene Fahrzeuge getragen. Diejenigen, die in Sprechchören ihre Befreiung fordern, ziehen Hetzjagden der Polizei durch das ganze Quartier Latin auf sich. Rektor Roche läßt die Sorbonne schließen. Mit Schnellgerichten springt die Justiz den bedrängten Autoritäten bei und spuckt 12 Terrorurteile aus. Während der Erziehungsminister von einer Handvoll Extremisten spricht, die Maßnahmen des Rektors deckt, Vergleiche mit Warschau, Prag, West-Berlin, entschieden zurückweist, während die KPF-Bürokratie die »bourgeoisen Abenteurer« ermahnt, den Arbeitern keine Lehren zu erteilen, liefern am 6. und 7. Mai über 30 000 Studenten der Polizei erbitterte Barrikadenkämpfe. In langen Märschen durch die Pariser City tragen Studenten, Oberschüler und 400 Hochschullehrer des Snesup die Fahnen der Volksrepublik Polen und der Cssr, rufen wie ihre Berliner Genossen: »Nous sommes un groupuscule!« – »Wir sind eine kleine radikale Minderheit!« Auf denselben Scheiterhaufen werden der konservative *Figaro* und das KP-Organ *Humanité* verbrannt. Unef und Snesup fordern die sofortige Freilassung der Verhafteten, Aufhebung der Terrorurteile, Niederschlagung der Disziplinarverfahren, Öffnung der Sorbonne und der Fakultät von Nanterre, den Abzug der Polizei aus dem Quartier Latin.

Wie in West-Berlin, wie in Bonn eilen die gewählten Vertreter des Volkes in das historische Gehäuse der Nationalversammlung. Gaullisten und Kommunisten bekunden gemeinsame Abscheu vor der Straße und legen schöne Zeugnisse ihrer Reformwilligkeit ab. Der Erziehungsminister stellt die Öffnung der Universität in Aussicht, vorausgesetzt, die Demonstranten seien zum Dialog bereit.

Zur selben Stunde ziehen Zehntausende von Studenten und Oberschülern an der Fassade der Nationalversammlung vorbei und zeigen den bürgerlichen Institutionen schweigend ihre Verachtung an.

Eine endgültige Interpretation dieser Fakten aus der jüngsten Geschichte der französischen Studentenbewegung ist noch nicht möglich. Vor dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung können jedoch folgende Punkte festgehalten werden:

a) UNEF, *KPF und die Gewerkschaften.* Verglichen mit dem von den KPF-Größen am 1. Mai auf der traditionellen Route von der Bastille bis zur Place de la République abgenommenen Schweigedefilee der Pariser Arbeiter, haben die langen Gewaltmärsche der Studenten eine militante, antiinstitutionelle Qualität. Trotzdem haftet den Studentendemonstrationen ein eruptives Moment an, das die mangelnde kollektive und reflektierende Vor- und Nachbereitung der Aktionen anzeigt. Das unter Ausschluß einer kritischen studentischen Öffentlichkeit aufgestellte Forderungsprogramm (s. o.) von UNEF und SNESup nimmt zwar die aktuellen Bedürfnisse der Studenten auf, hat aber in der Formulierung von politischen und gesamtgesellschaftlichen Zielen nicht mit den militanten Aktionen der Studenten Schritt halten können. Die Bereitwilligkeit von KPF und Gewerkschaften, unter dem Eindruck der anwachsenden Massen in den Straßen ihre feindselige Haltung aufzugeben, sich den offiziellen Forderungen der Studenten anzuschließen und mit der UNEF-Bürokratie in Geheimverhandlungen über gemeinsame Demonstrationen und sogar über den Generalstreik einzutreten, ist zweideutig. Sie könnte ein Zeichen dafür sein, daß der studentischen Forderungspraxis systemsprengende langfristige Aspekte fehlen. Die von UNEF gegen den unartikulierten Protest vieler Studenten akzeptierten Gipfelgespräche mit den Arbeiterorganisationen scheinen ähnlich wie das Nachgeben der KPF in der Vietnamfrage auf Kontrolle, nicht auf Verstärkung der Kontakte mit der Arbeiterklasse hinaus zu laufen. Die Demonstranten haben keine Formen entwickelt, in denen sie den Umweg durch die Arbeiter- und Studentenbürokratie vermeiden könnten.

b) Fortschritte in der Politisierung der Studenten und Oberschüler. Durch die Maidemonstrationen hat sich die Politisierung der französischen Ju-

gend verstärkt, das Gefälle zwischen der Metropole und der Provinz verringert. Die Studenten von Toulouse gingen über das offizielle Forderungsprogramm hinaus und bestanden wie die Studenten von Nanterre auf politischen Diskussionen in der Universität. Streiks in den Pariser Oberschulen und massenhafte Beteiligung der in den CAL (Comité d'Action de Lycéens) organisierten Schüler haben die auf kollektive Praxis und gegen den Einfluß studentischer Theoretiker gerichtete Politik dieser Organisation bestätigt.

Die Pariser Studenten haben zum ersten Male seit dem Algerienkrieg außerhalb der traditionellen Protestsaison unmittelbar vor den Selektionsprüfungen tagelang in den Straßen demonstriert. Angesichts der von den Herrschenden systematisch reduzierten Berufschancen werden sie sich zunehmend über die Bedeutungslosigkeit der Prüfungsscheine bewußt und begreifen, daß sie unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht viel zu verlieren haben.

c) Das Beispiel Nanterre. Die in Nanterre erprobten Organisationsformen konnten noch nicht ausgedehnt werden. Sie sind für die demonstrierenden Studenten der beispielhafte positive und politische Ausdruck ihrer subjektiven Verunsicherung. Die in Nanterre gelungene Vermittlung zwischen der Kritik an der apologetischen Phrase des universitären Lehrbetriebs[24] und dem politischen Engagement der Studenten weist auf den Bedeutungsverlust voluntaristischer Gruppierungen hin, die – darin einig mit der KPF – den modellhaften Charakter solidarisch-demokratischer Praxis in den Ausbildungsinstitutionen bisher verkannt haben.

In der Nacht zum 11. Mai, acht Tage nach dem Beginn der Demonstrationen, glaubten Tausende von Schülern, Studenten und Lehrlingen auf den 25 Barrikaden des Quartier Latin an das Gerücht von Arbeiterdemonstrationen in St. Denis. Am Morgen starrten sie auf die Métroschächte, um die Arbeiter zu empfangen. Doch die Pariser Arbeiter waren zu Hause geblieben: die Partei hatte sie nicht gerufen.

In derselben Nacht verhandelten Studenten von Nanterre mit dem Rektor der Pariser Akademie, um die Öffnung der Sorbonne und den Abzug der Polizei aus dem Quartier Latin zu erreichen. Sie wollten den Lernprozeß der attentistischen Barrikadenkämpfer nach der Besetzung der Sorbonne in ein massenhaftes teach-in überführen. Der Rektor erklärte sich für unzuständig, die Regierung gab der Polizei den Befehl, mit ihrer Zurückhaltung Schluß zu machen.

Die im Vorschlag eines allgemeinen Prüfungsboykotts gipfelnde Praxis der Studenten von Nanterre trifft die Fouchet-Universität in ihrem systemstabilisierenden Kern und widerlegt die These, innerhalb einer »mo-

dernen« technokratischen Musteruniversität seien weder eine Aufklärung des konditionierten Bewußtseins, noch ein emanzipatorischer Kampf möglich.

d) Deutsch-französische Verständigung. In Nanterre wurden im Zeitraffertempo Etappen einer Agitation und Formen direkter Demokratie nachvollzogen, die unter anderen politischen Bedingungen in West-Berlin, unter ähnlichen Verhältnissen in Turin erprobt worden sind. Die französischen Autoritäten wußten was sie taten, als sie zwei Studenten aus Berlin, die zu ihren versammelten Pariser Kommilitonen sprechen wollten, auf dem Flugplatz Orly zur Rückkehr zwangen. Während die Arbeiterorganisationen hier wie dort die nationale Solidarisierung aller Abhängigen durch das Angebot bürokratischer Bündnisse zu verhindern suchen, haben die Regierungen in dieser konterrevolutionären Arbeitsteilung die Aufgabe übernommen, eine praktische Internationalisierung der antiautoritären Proteste administrativ zu blockieren. Mit ihren internationalen schwarzen Listen werden die Herrschenden auch in Zukunft die Solidarisierung ihrer Opfer besorgen: Die Pariser Studenten haben ihre Genossen aus Berlin gebeten, noch einmal in Orly zu landen. Sie werden sie massenhaft begrüßen.

Abgeschlossen am 11. Mai 1968

Anmerkungen

1 *Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus.* Internationaler Vietnam-Kongreß 17./18. Februar 1968 Westberlin, Hersg. SDS Westberlin u. Internationales Nachrichten- und Forschungs-Institut (INFI), West-Berlin 1968.

2 Ernest Mandel, *Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika.* Eine Antwort auf Servan-Schreibers *Amerikanische Herausforderung,* Frankfurt 1968. Kapitel: Die sozialistische Alternative.
André Gorz, *Stratégie ouvrière et Néocapitalisme,* Paris 1964. Kapitel: L'Europe des travailleurs. Deutsch Frankfurt 1968.

3 Die Idee der Kritischen Universität kann nicht einfach exportiert werden. Sie muß in den Universitätszentren zu einer praktischen Notwendigkeit werden. Über die Schwierigkeiten der KU-Gründung in Nijmegen vgl. den Aufsatz: Kritische Universität Nijmegen, in: *KU. Sommer 68. Berichte und Programm.* Hrsg. AStA der FU Berlin, Berlin 1968. Zur Lage in Italien vgl. Guido Viale, Contro l'Università, in: *Quaderni Piacentini, Nr. 33.*

4 Zitiert in: André Gorz, *Etudiants et Ouvriers.* in: *Le Socialisme difficile.* Paris 1967, S. 47 ff. Auszugsweise deutsch: Studium und Facharbeit heute, in: *Wider die Untertanenfabrik.* Hrsg. Stephan Leibfried, Köln 1967.

5 Dr. Heinz Forsteneicher, *Das wissenschaftliche Leben in Frankreich.* Arbeitsschrift des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft BDI/DIHT/SV, 1963, B63.
1966 schickte der deutsche Arbeitgeber-Verband eine Delegation zur französischen Spitzenkaderschule ENA (Ecole Normale d'Administration). Kurze Zeit darauf schlug Kiesinger eine ähnliche Schule für die BRD vor.
vgl. *Stand und Bedarf des Bildungswesens in der Bundesrepublik,* Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, D64, Essen 1964.

6 zitiert in: Marc Kravetz, *Naissance d'un syndicalisme étudiant,* in: *Les Temps Modernes.* Februar 1964.

7 UNEF, *Manifeste pour une réforme démocratique de l'enseignement supérieur.* Paris 1964.

8 Wolfgang Lefèvre, Möglichkeiten für die Hochschulpoltik des SDS, in: *Neue Kritik.* Nr. 38/39, Okt./Dez. 1966.

9 Der Zugang zu diesen Schulen ist nur auf dem Wege des Wettbewerbs möglich, der die soziokulturellen Klassenbarrieren noch einmal aktualisiert: an der ENA studieren 1,5% Arbeiter-, 3% Bauernkinder, an den Universitäten dagegen rund 10% Arbeiter- u. Bauernkinder. Seit Gründung der ENA im Jahre 1945 haben 1800 Studenten die Schule absolviert. Sie stellen 1/3 der 5000 bis 6000 Spitzenfunktionäre, die die 1,3 Mio. Angehörigen des öffentlichen Dienstes beaufsichtigen. 7 von 11 Abteilungsleitern des Wirtschafts- und Finanzministeriums entstammen der Ecole Politechnique oder der Ecole Normale Supérieure. vgl. Jacques Mandrin, *L'Enarchie ou les Mandarins de la société bourgeoise.* Paris 1967. Ulrich K. Preuß, Beamtenelite in: *Atomzeitalter* Nr. 3. 1968.

10 Dieter Klein, *Staatsmonopolistische Programmierung in der EWG.* Berlin 1965.

11 zitiert nach: *Studium und Facharbeit heute.* A.a.O., S. 42 f.

12 Michel Bosquet, *Le demi-soldes de la découverte,* in: *Le Nouvel Observateur.* Nr. 179, 17.–23. April 1968.
Josette Alia, Michel Bosquet, *La révolte des cadres, Le Nouvel Observateur.* Nr. 177, 3.–9. April 1968.
Serge Mallet, *La Nouvelle Classe Ouvrière dans la société industrielle,* in: *Revue Internationale du Socialisme.* Nr. 8, März, April 1965.

13 Marc Kravetz, *De l'Algérie à la Reforme Fouchet. Les Temps Modernes.* Mai 1965, S. 2082.
Paris-Lettres, projet d'orientation politique, vorgelegt zum VIII. UEC-Kongreß von Krivine, Weber u. a.: »Die Radikalisierung der Studentenkämpfe hängt weder von diesen Kämpfen noch von der Arbeit ab, die von den Kommunisten im studentischen Milieu selbst getan werden kann. Die Studenten können diese Radikalisierung nur vom Proletariat empfangen.« in: *Clarté,* Mensuel de l'UEC. Sondernummer März 1965. (Krivine ist z. Zt. Vorsitzender der JCR)

14 Marc Kravetz, *Naissance d'un syndicalisme étudiant.* A.a.O., S. 1453.

15 André Gorz, *Studium und Facharbeit heute.* A.a.O., S. 45 f.

16 Jean-Louis Péninou, Jean-Pierre Milbergue, *Démocratie syndicale et force de contestation,* in: *Recherches Universitaires.* Nr. 4–5, 1963.

17 Jean-Pierre Milbergue, *La signification politique des rapports pédagogiques dans l'Université française,* in: *Les Temps Modernes.* April 1965, S. 1849 f.: »Nicht alle ordentlichen Professoren sind Handlanger des Regimes. Ihre liberale Ideologie gibt ihnen zuweilen einen Anstrich von Unabhängigkeit, einen Status des aufgeklärten

Beobachters, ja, des Schiedsrichters (vgl. die Anstrengungen Duvergers). Die berühmte ›Unabhängigkeit der Universität‹ drückt heutzutage die Verspätung der bürgerlich-liberalen Ideologie gegenüber der neokapitalistischen aus, die in Clubs vom Stil Jean-Moulin ausgearbeitet wird.«

18 Johannes Agnoli, Peter Brückner, *Die Transformation der Demokratie*. Berlin 1967, S. 71 f.

19 Lothar Ruehl, *Frankreichs Kommunisten*, in: *Der Monat*, März 1968, S. 30.

20 Unter den politischen Bedingungen Frankreichs haben Gipfelgespräche mit den Gewerkschaften eine wesentlich affirmativere Qualität als in der BRD: vgl. Heinz Theo Risse, *Gewerkschaften und Studenten*, in: *Atomzeitalter*, Nr. 3, 1968.
André Gorz, *Syndicalisme et Politique*, in *Le Socialisme difficile*. A.a.O., S. 43: »Es kommt darauf an, dem Modell der monopolistischen Entwicklung den Kampf für die ›artikulierte‹ Demokratie gegenüberzustellen, eine Demokratie, die dezentralisiert in Basis-Gruppen der Genossenschaften, Gemeinden, Fabriken, Regionen horizontal und vertikal begründet wird.«

21 Marc Kravetz, *De l'Algérie à la Reforme Fouchet*. A.a.O. S. 2080.
Pierre Bourdieu, Jean-Claude Passeron, *Les héritiers, les étudiants et la culture*. Paris 1964. *Les étudiants et leurs études. Cahiers du Centre de Sociologie Européenne*. Paris 1964.

22 *De la misère en milieu étudiant, considérée sous ses aspects économiques, politiques, psychologiques, sexuels et notamment intellectuelles et de quelques moyens pour y remédier*. UNEF – Association Fédérative Générale des Etudiants de Strasbourg. 1966. Supplément spécial au No. 16 de *21–27 Etudiants de France*. Écrire à LE PAVE, B. P. 323 R 8 Strasbourg.
Nos buts et nos méthodes dans le scandale de Strasbourg, in: *Internationale situationniste*. Nr. 11, Okt. 1967.
Les Situationnistes et les nouvelles formes d'action contre la politique et l'art. ebd.
vgl. Guy Debord, *La société du spectacle*. Paris 1967.

23 Seymour Martin Lipset, *University Students and Politics in Underdeveloped Countries. Minerva*. Vol. III, Autumn 1964. Susanne Kleemann, Wohnheimerziehung: Domestizierung oder Radikalisierung? in: *Wider die Untertanenfabrik*. A.a.O., S. 193.

24 In einem Pamphlet haben die Studenten von Nanterre auf die spektakuläre Rezension des ministeriellen Weißbuchs inzwischen Vorlesungskritiken über das offizielle Lehrprogramm folgen lassen. In der Flugschrift *Pourquoi des Sociologues?* greifen sie die lokalen Größen der Soziologie an, die den Farbigen in den USA »geistigen Wandel« angeraten (M. Crozier, *Esprit*. Januar 67) und den rebellierenden Studenten von Nanterre empfohlen hatten, ihr Wissen dem »Wachstum« (A. Touraine, *Le Monde* 7., 8. März 68) zur Verfügung zu stellen. Die in Nanterre entwickelten Agitationsformen haben es ermöglicht, daß der Kampf gegen den Ausverkauf der kritischen Theorie außerhalb der Zirkel auf dem Campus selbst geführt werden kann. Vgl. das auf dem 16. Deutschen Soziologentag in Frankfurt von Kölner Studenten »vorgelegte« Pamphlet *Die Verfolgung und Ermordung der Soziologie, dargestellt von der Scheuchspielgruppe des Institutes für vergleichende Sozialforschung (Köln) unter Anleitung des Zwingherrn Erwin Kurt Scheuch*.

Oskar Negt
Studentischer Protest – Liberalismus – »Linksfaschismus«

Kein Begriff der politischen Sprache ist in den vergangenen Monaten so häufig beschworen worden wie der der Minderheit. Im bedrohlichen Pogrom-Klima gegen die politisch aktiven Studenten und Jugendlichen ist es daher notwendig, mit allem Nachdruck auf die Blutlinie der Unterdrückung von Minderheiten in Deutschland hinzuweisen. Es wäre verfehlt, die im Dritten Reich organisierte Hetzjagd auf die Juden mit den Verfolgungsabsichten gleichzusetzen, die sich heute auf Linksradikale konzentrieren; aber es gibt Merkmale, die ihnen gemeinsam sind. Unter dem Vorwand, daß sie verschwörerisch die Staatsordnung gefährden und mühsam erzielte Aufbauleistungen des Volkes bedrohen, werden rassische, nationale und politische Minderheiten zu anmaßenden und zugleich ohnmächtigen Randgruppen stilisiert. Auf sie kann die tatsächlich herrschende Minorität gefahrlos Aggressionen der Mehrheit lenken, die sich ohne sorgfältig gesteuerte Abreaktionen gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse richten könnten. In die diskriminierende Darstellung verfolgter Minderheiten geht daher meist der Vorwurf des Parasitären ein: Wie die Juden von der Übervorteilung ihrer Mitbürger, von der rücksichtslosen Ausnutzung ihrer ursurpierten Machtstellung in der Zirkulationssphäre lebten, so mißbrauchen heute die Studenten Steuergelder fleißiger Bürger für eine Existenzweise, die den offiziell sanktionierten Rahmen von Leistungen und Belohnungen sprengt.

Der durch die Massenpresse verbreitete Vorwurf des Parasitären reicht gegenwärtig jedoch kaum aus, die beabsichtigten Repressionsmaßnahmen der staatlichen Funktionsträger zu begründen. Da es ihnen an politischer Phantasie, die sich vorurteilslos auf das Selbstverständnis oppositioneller Bewegungen und die soziologischen Bedingungen ihres Erfolges einlassen könnte, grundsätzlich fehlt, erstreben sie Sicherheit im Operieren mit Zahlenverhältnissen, im Quantifizieren der Probleme; die Gruppe der Rädelsführer kann für sie nicht klein genug sein. Die Redeweise von der Mini-Minorität soll auch den Unsicheren und Zögernden ein gutes Gewissen und die absolute Gewißheit verschaffen, die geplanten Aggressionsakte im Namen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zu verüben.

Die Konstruktion einer manipulierenden Minderheit innerhalb der Studentenbewegung hat zudem eine wichtige Entlastungsfunktion für die Ideologie der tatsächlich herrschenden Eliten. Indem man Dutschke und andere zu Blanquisten stempelt, welche die Diktatur einer elitären Minderheit von Berufsrevolutionären erstreben, wird die bloße Identifikation mit der »demokratischen Mitte« zur ausreichenden Legitimation demokratischen Verhaltens.
Die studentische Protestbewegung versteht sich dagegen als eine egalitäre Bewegung, die mit der Forderung, unter bestehenden Herrschaftsverhältnissen das Ungleichheitsbewußtsein der Menschen zu stärken, nur die praktische Überwindung aller Formen der illusionären Gleichheit bezweckt. Ihre Programme sind von der Überzeugung bestimmt, daß es weder eine »natürliche« Ungleichheit noch soziale Gesetze gibt, die den größten Teil der Menschen von der selbsttätigen und vernunftgemäßen Regelung ihrer gesellschaftlichen Angelegenheiten ausschließen könnten. Minoritäten, die durch praktische Aufklärung an den Bedingungen ihrer Selbstaufhebung arbeiten, unterscheiden sich grundsätzlich von Eliten, die sich ihre eigene Entmachtung nur als gesellschaftliche Katastrophe vorstellen können.

Die Auseinandersetzung mit der studentischen Protestbewegung hat eine neue Stufe erreicht; das wohlwollende Interesse, das ihr nach den Ereignissen des 2. Juni von allen Seiten entgegengebracht wurde, ist einer nervösen und oft hilflosen Abwehrhaltung gewichen. Der Boulevardpresse und rechtsgerichteten »seriösen« Blättern ist es inzwischen gelungen, die Sprachformel vom »Linksfaschismus« mit der Vorstellung von einer auf Selbstisolierung bedachten Minorität zu verbinden, die ihre elitären und manipulativen Zwecke terroristisch durchsetzt. So konnte der gesamte sozialpsychologische Bereich der »unaufgearbeiteten Vergangenheit«, die Mechanismen der Schuld und Abwehr, der Projektion, reaktiviert und in den Dienst der Bekämpfung der studentischen Minderheit gestellt werden. Es war zu erwarten, daß die Massenblätter den absehbaren Verlust der Wirksamkeit antikommunistischer Parolen so schnell wie möglich ausgleichen mußten, um ein auf emotionale Reaktionen dressiertes Publikum weiterhin zu binden.
Aber das Spezifische der neuen Situation besteht darin, daß ein Element wirklicher, wenn auch unaufgeklärter Furcht vor dem Faschismus gerade liberale Kritiker veranlaßte, die politische Sprache um leicht faßliche Symbole zur Identifizierung linker Feindgruppen zu bereichern. Liberaler Mentalität entspringt eine politische Sprache, der sich mittlerweile alle

(auch NPD-Funktionäre) bedienen: »linker Faschismus«, »Anarcho-Faschismus«, »Inquisition von links« u. a. m. Meist wider Willen leisten viele Liberale Legitimationshilfen für jene, die seit langem den mutigen und furchtlosen Einsatz gegen die studentischen Störenfriede fordern und die doch nur über die dürftigen Rechtfertigungsgründe verfügen, die ihnen die deutsche Geschichte überliefert hat: Ordnung, Fleiß, Sauberkeit, Staatsbewußtsein und Opferbereitschaft – Tugenden, die allesamt von den politischen Katastrophen in Deutschland nicht zu trennen sind.
Weil die Studenten kein eigenes, von der Gesellschaft akzeptiertes Medium öffentlicher Selbstdarstellung haben, können sie sich gegen den massiven Ansturm der Diskriminierungen kaum wehren; sie hängen in der Tat weitgehend vom Resonanzboden der liberalen Presse ab. Aber es ist keineswegs nur eine Frage individueller Befähigung einzelner Journalisten, der von ihnen angewandten Verschweigungstechniken oder der manipulativen Verwendung von Informationen, wenn die unentwegt beklagte Isolierung der Studenten selbst durch gutwillige Liberale bestätigt und vergrößert wird. Was das politische Verständnis der studentischen Protestbewegung bisher vielfach blockierte, entsprang vor allem der in Verhaltensunsicherheiten begründeten Verabsolutierung des liberalistischen Bezugssystems.
Jede Analyse der Protestbewegung schließt daher notwendig eine Kritik der vorherrschenden liberalen Kategorien und des Selbstverständnisses der deutschen Liberalen ein. Viele Liberale werten diese Auseinandersetzung als einen offenen Angriff auf die liberalen Freiheitssicherungen. Wer politische Bewegungen jedoch verstehen will, bevor er sich zu deren Bekämpfung entschließt, wird sich einer solchen Auseinandersetzung kaum entziehen können. In Wirklichkeit geht es auch gar nicht um die Kritik von konstanten Meinungen und Einstellungen der Liberalen, sondern gerade um das weite Spektrum ihrer Verhaltensänderungen, die oft undurchschaut bleiben. Im knappen Zeitraum eines Jahres konnte man eine bemerkenswerte Feststellung machen: Arrivierte Liberale verwandelten sich unerwartet schnell in legalistische oder sozialtechnische Liberale, in autoritäre Repräsentanten einer autoritären Leistungsgesellschaft. Viele radikaldemokratische Liberale, insbesondere unter den Studenten, näherten sich dagegen sozialistischen Positionen.
Daß sich dieser Kristallationsprozeß von Einstellungen fast idealtypisch an den Hochschulen vollziehen konnte, ist sicherlich im Autoritätszerfall ihrer Führungsgruppen ebenso begründet wie in den Auswirkungen gesamtgesellschaftlicher Krisen. Für die Studenten der Protestbewegung

mußten diese manifesten Einstellungsänderungen die praktische Bestätigung eines theoretisch begründeten Prinzips darstellen: daß nämlich die Zuverlässigkeit des tatsächlichen politischen Verhaltens überhaupt nur in Krisensituationen erkennbar wird, die gleichzeitig durch die Offenheit von Alternativpositionen und durch die Unaufschiebbarkeit von Entscheidungen ausgezeichnet sind. Die vom unmittelbaren, institutionell gebundenen Entscheidungszwang befreiten Liberalen können, indem sie die Ereignisse an den Hochschulen und die Aktivität der Protestbewegung analysieren, ihre eigenen politischen Verhaltensmöglichkeiten aus einer gewissen Distanz deuten und rechtfertigen. Denn es ist offenkundig, daß ihre Fixierung an die studentische Protestbewegung Ausdruck ambivalenter Einstellungen ist; sie meinen im Pathos von Vernunft, Autonomie, Aufklärung und diskutierender Öffentlichkeit substantielle Elemente eines humanen Liberalismus wiederzuerkennen, fühlen sich aber gleichzeitig von den Formen, in denen diese unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen – nach Auffassung der Studenten – allein realisiert werden können, abgestoßen.

Die Rekonstruktion von Argumenten der Liberalen und der studentischen Protestbewegung muß sich hier auf Kategorien beschränken, die im Zentrum der jeweiligen Bezugssysteme stehen; wir konzentrieren uns auf die Veränderung von Politik, Protest und Moral, auf den Begriff der Demokratie und auf die Kategorie der Öffentlichkeit.

Kai Hermann stellt fest: Die Burschenschaften des Wartburgfestes »begründeten die Kluft zwischen Moral und Vernunft im politischen Selbstverständnis deutscher Universitätsbürger. Politische Moral ist seitdem für deutsche Studenten eine Frage der Gesinnung geblieben.« (*Zeit*, Nr. 52, 67; ähnlich auch K.-H. Flach, *Zeit*, Nr. 1, 68) Es soll hier nicht untersucht werden, ob sich die Burschenschaften bereits zur Zeit des Wartburgfestes einfach der politischen Gegenaufklärung zurechnen lassen. Von einer Reduktion der politischen Moral auf bloße Gesinnung kann jedenfalls bei der überwiegenden Mehrheit der Studenten des Vormärz, die an der Spitze der Revolution von 1848 standen, kaum gesprochen werden. (Vgl. Karl Griewank, *Deutsche Studenten und Universitäten von 1848*.) Der fundamentale Irrtum von Kai Hermann und anderen liberalen Kritikern beruht jedoch auf der Unterstellung eines unveränderlichen und verbindlichen Koordinatensystems für die Beziehungen zwischen Politik, Moral und Protest. Wer ein solches Bezugssystem von vornherein als gesichert annimmt, kann die Argumente der Protestbewegung drehen und wenden, wie er will: er wird in ihnen immer nur Irrationalität und abstrakte Gesinnung entdecken.

Demgegenüber läßt sich zeigen, daß jede revolutionäre und nachrevolutionäre Epoche, jede Klasse einen je spezifischen Zusammenhang zwischen diesen drei Kategorien entwickelt hat. Nimmt die heroische Periode des Bürgertums, etwa bei Kant und Robespierre, in den Begriff der Politik ein Element des Unbedingten, Kompromißlosen des Moralgesetzes auf, so daß ein objektiver Widerspruch zwischen Moral und Politik überhaupt verneint wird, so gehen in die nachrevolutionären Bestimmungen von Politik, wenigstens in den Ländern des klassischen Bürgertums, Tausch und Kompromiß ein. Die Unbedingtheit des Verhaltens, der rigorose Anspruch, die Menschheit in der eigenen Person zu vertreten, wird in die moralische Privatsphäre gesteuert und neutralisiert; der Protest entweder entpolitisiert oder, wie insbesondere im deutschen Spätkapitalismus, im Rahmen der selber als politisch definierten Dezisionen, die übersichtliche Freund-Feind-Verhältnisse schaffen, auf den jeweiligen Feind gelenkt.

Was die sozialistische Bewegung anbetrifft, so gehört der ununterbrochene Kampf gegen Voluntarismus, Anarchismus, gegen Utopisten und Spontaneitätstheoretiker zum Erscheinungsbild jener Entwicklungsstufe, auf der es im wesentlichen um die Konstituierung eines historischen Subjekts und eines organisatorisch wirksamen Interpreten der proletarischen Klasse geht. Der Massenstreik ist die einzige Protestform, die als ernsthafter Diskussionsgegenstand (wenn auch erst nach der russischen Revolution von 1905) überhaupt akzeptiert wurde. Die politische Moral ist Klassenmoral und vom Emanzipationskampf des Proletariats nicht zu trennen. Mit der Oktoberrevolution werden die Begriffe von revolutionärer Moral, von Politik und Protest im Interesse der Stabilisierung des einzigen kommunistischen Systems der Erde um eine außenpolitische Komponente zugleich ergänzt und verengt; in sie geht ein im Weltmaßstab erweitertes Kompromißverhalten der liberalen Realpolitik ein.

Das Bezugssystem aller politischen Protestbewegungen der jüngsten Vergangenheit hat sich aus dem nachrevolutionären Establishment ebenso gelöst wie aus dem Establishment spätkapitalistischer Klassengesellschaften. Karl-Hermann Flach sagt mit Recht: »Es gehört eben zur rationalen Nüchternheit zu wissen, daß das Heil für uns nicht aus der Dritten Welt kommt.« (*Zeit*, Nr. 1, 68) Aber es ist auch gar nicht die Funktion des Solidarisierungsprotestes, illusionäre Erwartungen zu bestätigen; wäre er tatsächlich nur Ausdruck einer folgenlosen »Solidarität des Sentiments«, wie Marcuse es genannt hat, so würde auch die nüchternste Einschätzung der Lage nichts helfen: daß sich nämlich die objektiv revolutionäre Situation im Weltmaßstab in unerwartetem Ausmaße auch auf die Verschärfung der Klassenkonflikte in den spätkapitalistischen Ländern auswirken könn-

te, wenn es zu einem zweiten oder dritten Vietnam käme. Der Solidarisierungsprotest mit den Sozialrevolutionen der Dritten Welt ist vielmehr ein praktisches Medium, in dem sich das Bewußtsein von gegenwärtiger, aktueller Geschichte mit dem politischen Anspruch konkret vermittelt, die Gegenwart und damit auch die gegenwärtige Gesellschaft als ein geschichtliches Problem zu behandeln. Nur auf dieser Ebene kann sich heute in den Metropolen historisches Bewußtsein bilden, das fähig ist, die Decke verdinglichter Herrschaftsverhältnisse und geronnener Prozesse aufzusprengen.

Der Grundwiderspruch, dem die Protestbewegungen in den Metropolen unterliegen, konstituiert einen neuen Begriff der politischen Moral und bildet zugleich die Quelle aller revolutionären Verdinglichungen des individuellen Verhaltens. Denn diese Protestbewegungen können am militärischen Befreiungskampf der Dritten Welt aktiv nicht teilnehmen; andererseits erreicht traditionelle Politik die sich emanzipierenden und die in Unterdrückung gehaltenen Völker überhaupt nicht oder nur in Gestalt zusätzlicher Repression. Wer einzig am Kriterium institutioneller Erfolgskontrollen mißt, was Politik heißt, kann in diesem Widerspruch nur die verzweifelte Aussichtslosigkeit der ganzen Bewegung erblicken. Aber die produktive Lösung dieses Widerspruchs zeigt sich gerade in den Veränderungen des gesamten Bezugssystems, in dem das Verhältnis zwischen Politik, Protest und Moral bisher bestimmt wurde. Im Durchbrechen des Zwangszusammenhangs von unmittelbar überprüfbaren Leistungen, Belohnungen und Kompromissen bildet sich eine politische Moral, in der sich das Element des Protestes als inhaltlich Unbedingtes mit der Sensibilität für Unterdrückung, Ausbeutung und Gewalt verbindet. Sie ist eine Moral des politischen Verhaltens, des praktischen Widerstandes, der Leistungsverweigerung; sie ist Moral im eigentlichen Sinne: denn wo, wenn nicht am gegenwärtigen Völkermord in Vietnam, kann sich die Fähigkeit zur moralischen Sensibilität überhaupt noch erweisen! – Es geht dieser Generation um die Integrität des politischen Willens, der die Klagen über den Verwaltungsmassenmord des Dritten Reiches nicht ertragen kann, ohne sie in Aktionen gegen jede Form des gegenwärtigen Mordes umzusetzen.

Der Solidarisierungsprotest ist mit politischer Praxis weder identisch noch deren beherrschende Form; er konstituiert vielmehr eine im Kern antiautoritäre und antiinstitutionelle Politik, die auf die Erweiterung des Bereichs der organisierten Selbsttätigkeit, der autonomen, politisch tätigen Reflexion gerichtet ist. Sie erstrebt die Vergrößerung des demokratischen Verhaltenspotentials in der Absicht, die autoritären und faschistischen

Lösungsmöglichkeiten der Krisen des kapitalistischen Systems praktisch einzuschränken. Traditionelle und autoritäre Politik ist an institutionellen Entlastungen orientiert; als eine von den gesellschaftlichen Lebenserscheinungen getrennte Sphäre erschöpft sie sich in den repräsentativen Machtbeteiligungen, in formalen Bekenntnissen zu Programmen, funktionierenden Institutionen und Massenorganisationen. Insofern geht in den Begriff einer antiinstitutionellen Politik tatsächlich ein voluntaristisches Element ein; aber die Aufwertung des »subjektiven Faktors«, des historisch aufgeklärten politischen Willens, ist die unvermeidliche, oft vielleicht verzweifelte Antwort auf einen verbreiteten politischen Objektivismus, der mit Sicherheit wiederum in die Katastrophe führt.

Man wirft der studentischen Protestbewegung vor, sie kenne keinen Kompromiß. Karl-Hermann Flach geht noch weiter: »Die Radikalen unter den Studenten verachten offensichtlich den Kompromiß nicht nur, sondern bekämpfen ihn auch leidenschaftlich.« (*Zeit*, Nr. 1, 68) Richtig ist, daß nur aus der Radikalität des Anspruchs, Demokratie inhaltlich als herrschaftsfreie Ordnung zu verwirklichen, und aus der Überzeugung, daß eine solche Gesellschaft langfristig mit dem Kapitalismus nicht vereinbar ist, Maßstäbe für zulässige Kompromisse und Reformen gewonnen werden können. Was Flach als Erfolg der Liberalen anführt, unterstreicht die Veränderung der Kompromißstruktur: der Erfolg der Notstandsopposition beruht auf ihrer Kompromißlosigkeit. Inhaltlich bestimmte Radikalität erzeugt überhaupt erst ein Reform-Klima.

Aber es geht gar nicht um die subjektiven Einstellungen zu Kompromiß und Radikalität, sondern um die Frage, ob der Kompromiß als Kategorie der gesellschaftlichen Realität das Verhalten der herrschenden Führungsgruppen bestimmt. Es gehört zu den wesentlichen Erfahrungen der studentischen Protestbewegung, daß in den weitreichenden Entscheidungen von Regierungsbehörden, Polizei und Hochschulverwaltungen nicht die geringsten Hinweise auf die Grundvoraussetzungen eines wirklichen Kompromißverhaltens sich finden: nämlich ausgebildete politisch-kommunikative Fähigkeiten und ein kluges, flexibles Situationsverständnis. Das zunehmende Gewicht der autoritär-dezisionistischen Komponente der traditionellen Politik spiegelt reale gesellschaftliche Machtverschiebungen wider, die das liberalistische Bezugssystem sprengen. Denn die institutionsgebundene sublime Gewalt geht bei den geringsten Anlässen in manifeste Gewalt über, die vorerst in harmlos erscheinenden mechanischen Reaktionen der Staatsgewalt und in vereinzelten Gewaltakten hervorbricht. Aber die rechtserhaltende und verwaltete Gewalt, die Walter Benjamin eine schaltende, mythologische nennt, hat gegenüber allen

Formen der Gegengewalt ohnehin den Vorzug, nicht mehr durchgängig *als* Gewalt zu erscheinen; wer an ihr kraft staatlich sanktionierter Machtbefugnis teilhatte, konnte in den letzten Jahren eine wachsende Selbstsicherheit gewinnen, ungestraft am Rande oder »etwas außerhalb« der Legalität zu operieren. Der emanzipative Anspruch des Rechts ist von den herrschenden Gruppen unserer Gesellschaft zunehmend für manipulative Zwecke einer autoritär-dezisionistischen Politik mißbraucht worden.

Die meisten Liberalen wehren sich entschieden gegen alle Manipulationen des Rechts. Ihre Antwort auf die irritierenden Veränderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit besteht im Gegenteil gerade in der Substanzialisierung von Rechtsnormen, demokratischen Prozeduren, liberalen Regeln und Werten. In dem Maße, wie diese durch die »Verfassungswirklichkeit« bedroht erscheinen, wird ihr Geltungsanspruch unverbrüchlich und starr. Sie erfordern eindeutige Bekenntnisse; wer sich zu ihnen nicht bekennt, muß sie zwangsläufig ablehnen.

Das unglückliche und zerrissene Bewußtsein der deutschen Liberalen entspringt dem Unvermögen, die Verabsolutierung des Rechtsstaates und der demokratischen Verfahrensregeln als Entwicklungsresultate historisch und soziologisch zu begreifen. Solange das Fundament privatkapitalistischer Eigentumsverhältnisse nicht nur einen Pluralismus konkurrierender Interessen und eine sichtbare Mannigfaltigkeit der politischen Willensbildung, sondern auch wachsenden Wohlstand und rechtsstaatliche Sicherungen zu verbürgen schien, konnten die Liberalen die Stabilität ihres Verhaltens aus dem ausgewogenen System von Institutionen und Interessen gewinnen. Aber der Liberalismus deutscher Prägung war von Anbeginn ein Liberalismus auf Abruf. Als er entstand, geriet er sogleich in die internationalen Fronten des kalten Krieges. Er stilisierte das Prinzip der Planung, an das er zwangshaft gebunden blieb, zum weltgeschichtlichen Prinzip der Unfreiheit, und verharmloste es gleichzeitig zum »irenischen Ordnungsgedanken« (Müller-Armack). Als Strukturreformen und stagnierende Produktionszweige kapitalistische Planungen, die den Liberalismus der angelsächsischen und nordischen Länder allmählich und kontrolliert umgebildet hatten, unabwendbar machten, geriet der westdeutsche Nachkriegsliberalismus in den Sog repressiver Umverteilungen des Sozialprodukts. Die liberale Sphäre politischer Diskussionen, parlamentarischer Kontrollen, des langwierigen Aushandelns von Kompromissen, die den grundlegenden Interessenantagonismus unangetastet lassen, war inzwischen im Interesse weitgehender Entscheidungsbefugnisse von Verbandsbürokraten, Parteivorständen und des Staates auf ein Minimum

zusammengeschrumpft. Zur Rettung bestehender Herrschaftsverhältnisse konnte so im sorgfältig präparierten Notstandsklima eine Mechanik obrigkeitsstaatlicher »Sicherungen« der Demokratie in Gang gesetzt werden (Notstandsgesetze, Wahlrechtsreformen, Große Koalitionen, Lohnleitlinien u. a. m.), die das politische Leben der Bundesrepublik zu ersticken droht.

Der Vorwurf des »Linksfaschismus« ist Ausdruck einer Zerfallsstufe des bürgerlich-liberalen Bewußtseins, das von der fühlbaren Brüchigkeit der demokratischen Institutionen und Regeln in Deutschland betroffen ist und doch in den sozialistischen Alternativen nur das Ende aller Sicherheit und Freiheit zu entdecken vermag. Aber dem deutschen Bürgertum und seinen liberalen Nachfolgeschichten fehlen auch politische Traditionen, die eindeutige demokratische Identifikationen zuließen. Auf der Suche nach Verhaltensstabilisatoren werden so angesichts der egalitären Protestbewegung der Studenten verdeckte Mechanismen des bürgerlichen Denkens hervorgeholt, welche die Legitimationsgrundlage für Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse tendenziell »naturalisieren«, den Unsicherheiten geschichtlicher Konkretion entziehen. Diese Legitimationsgrundlage wird an Konstanten: an biologische, psychologische, sozialwissenschaftliche, juristische »Gesetze« gebunden. Innere und äußere Zensuren verbieten heute weitgehend die Rückkehr zum Geschichtsersatz in Gestalt naturgeschichtlicher Kategorien, im Extremfall zu rassisch begründeter Ungleichheit. Aber es kommt hier nicht auf die Form, sondern auf die Funktion statischer Interpretationsmuster an.
Keine der traditionellen Konstanten vermag in den spätkapitalistischen Gesellschaftsordnungen vom politisch-kommunikativen Legitimationszwang gegebener Verhältnisse mit derart suggestiver Wirkung zu befreien wie die formale Rationalität in Recht und Technologie. Die demonstrative Bestätigung »unseres Rechtsstaates«, der »satzungsgemäßen Aufgaben der Universität«, des reibungslosen Ablaufs von Veranstaltungen usw. soll einer Protestbewegung Schweigen gebieten, deren ganzes Selbstverständnis doch darin begründet ist, nur das historisch und demokratisch Legitimierte anzuerkennen. Die in der formalen Rationalität wirksame Tendenz, gesellschaftliche Verhältnisse in Fluß zu halten und traditionale Herrschaftsformen aufzulösen, enthält jedoch von Anbeginn ein antihistorisches, statisches Moment; alles Historische, Qualitativ-Neue wird als kontingenter Rest, als Irrationales, als Utopie aus dem Bewußtsein gedrängt. Der »Zeitlosigkeit« mathematischer und technischer Operationen entspricht die übermäßige Geltung von rechtlichen Zwangsordnungen

und Institutionen, die von den antagonistischen Entstehungsbedingungen im realen gesellschaftlichen Lebensprozeß unabhängig und zu objektiven Instanzen neutralisiert erscheinen.

Es ist kennzeichnend für eine zum Mechanismus der Regulierung von Konflikten erstarrte Demokratie, daß die »abgestorbenen«, verdinglichten und geschichtslosen Institutionen und Regeln einer Art naturrechtlicher Bestandssicherung bedürfen. In einer rigiden Gesamtordnung schließen sich rechtsstaatliche Grundsätze, Konventionen, Verfahrensregeln u. a. m. zu einer kompakten und repressiven Einheit zusammen, die dem einzelnen die fatale Alternative aufzwingt: entweder sich mit ihr zu identifizieren oder in den Verdacht zu geraten, sie abstrakt zu negieren. In gleichem Maße, wie die Demokratie zum Regelsystem degeneriert, wird die inhaltlich bestimmte Opposition auf das formale, methodische Element der Störung reduziert. Harmlose Unterbrechungen einer Vorlesung, Verletzungen vergänglichster Satzungsbestimmungen, Störungen des Straßenverkehrs und des »Messefriedens«: was immer geschieht, es wird unabhängig von inhaltlicher Zweckbestimmung zur Verletzung von Menschenrechten aufgewertet und zu einer das System treffenden Einbruchsstelle des Rückfalls in Barbarei, Anarchismus, Faschismus. Da der »Linksfaschismus« das Problem der Führungsgruppen unserer Gesellschaft und nicht der Studenten ist, brauchen die einzelnen Ereignisse, die er charakterisieren soll, gar nicht erst abgewartet zu werden. Ein beabsichtigtes »go in« in die Vorlesung eines Ordinarius und Bundesministers, von dem man öffentliche Auskunft über seine Stellung zur Notstandsgesetzgebung verlangt, kann deshalb nach dem gleichen Schema des »faschistischen Terrors« interpretiert werden wie die Steinwürfe törichter Einzelgänger, die Sachbeschädigungen zur Folge haben. In diesem Verfahren liegt ein Element jenes »unbewußten Platonismus«, den Kolakowski an stalinistischen Praktiken der Berichterstattung aufzeigte: die Ereignisse sind immer schon gedeutet; sie sind lediglich Realisierungsformen, empirische Bestätigungen des allgemeinen Wesens der Sache, das man längst erkannt hat. Der Gesichtsausdruck, Gesten, Redewendungen einzelner, überhaupt ein Minimum an wirklichen Informationen reicht demzufolge aus, um die Strategie der Gesamtbewegung zu erkennen und zu verurteilen.

Die liberale Öffentlichkeit war politisch immer nur dann empört, wenn es um offenkundige Rechts- und Regelverletzungen ging – so in der Spiegel-Affäre, so nach dem 2. Juni. Da diese Regelverletzungen aber nicht als Symptome durchschaut wurden, schloß jeder Kampf gegen sie das grundsätzliche Einverständnis mit den bestehenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen ein. Heute sind die Studenten, welche die tabuierten Grund-

lagen der autoritären Entwicklungen angreifen, Opfer dieses falschen Bewußtseins der Liberalen. Sie sind darauf angewiesen, selbsttätig eine diskutierende Öffentlichkeit zu entwickeln, der es wesentlich darum geht, die Elemente des Ausnahmezustandes in der Norm, im halbwegs funktionierenden Ganzen zu denunzieren. Die Umfunktionierung der Diskussion macht sie für viele zu einer störenden, häretischen Öffentlichkeit. Denn nur *die* Diskussion gilt der Protestbewegung als ideologiefrei, die einen in möglichst rationaler Argumentation erzielten Konsensus als Entscheidungsgrundlage für die praktische Herstellung der Bedingungen herrschaftsfreier Verhältnisse anerkennt.

Als Jürgen Habermas die hypothetische Formel vom »linken Faschismus« gebrauchte, wollte er vor einer selbstzerstörerischen, vom System leicht integrierbaren Formalisierung der provokativen Gewaltanwendung warnen; wie sich heute übersehen läßt, ist der überwiegende Teil der studentischen Aktionen gerechtfertigt durch das, woran er in derselben Rede keinen Zweifel ließ: daß die »demonstrative Gewalt« zur Erzwingung einer vom politischen Aufklärungsinteresse bestimmten Öffentlichkeit auch die Verletzung repressiv gewendeter Regeln einschließen kann.

Der »Linksfaschismus« ist die Projektion der systemimmanenten Faschisierungstendenzen auf leicht diskriminierbare Randgruppen. Diejenigen, die heute unentwegt von Terror und Faschismus reden, wenn sie auf die gegen Systeme, Apparaturen, Institutionen (nicht gegen Menschen) gerichteten Aktionen der studentischen Protestbewegung verweisen, sollten bedenken, daß vor allem die schleichende Entwertung der Grundrechte und die Aushöhlung demokratischer Institutionen im Schutze technologischer Rationalisierung den Boden bereiten helfen, auf dem ein neuer Faschismus wächst. Wie in der Vergangenheit wird er sich im Zentrum, nicht am Rande der Gesellschaft entwickeln. Es ist eine gefährliche Rückbildung des historischen Bewußtseins, wenn die Auflösung der Weimarer Republik den ordnungsbesessenen Horden, welche die Straßen unsicher machten, aufgebürdet wird; ohne die instrumentelle Vernunft dienstwilliger Richter, Techniker, Unternehmer und Bürokraten aller Schattierungen wäre der deutsche Faschismus sehr schnell in sich zusammengebrochen.

Die einzige Möglichkeit, seine Rückkehr in allen verschleierten und offenen Formen rechtzeitig und wirksam zu bekämpfen, besteht in der tagtäglichen Realisierung liberaler und politischer Freiheitsrechte. Wer die Sicherung der Freiheit dem Staat, seinen Beauftragten, den großen Institutionen und den machtvollen Organisationen überläßt, ist Opfer einer fatalen Illusion: er glaubt an die Existenzfähigkeit einer Demokratie ohne Demokraten.

Hans Magnus Enzensberger
Berliner Gemeinplätze II

28. Dr. Doolittle. Verschwindend: so nennt seit ein paar Jahren die sehr kleine Minderheit, welche über das westliche Deutschland herrscht, eine weit größere, die dieser Herrschaft den Kampf angesagt hat. Als Beschreibung einer politischen Bewegung, die seither mit jedem Monat gewachsen ist, taugt jener Ruf nicht viel. So ist er auch nicht gemeint, sondern als appellatives Gebrüll. Ein aufmerksamer Zuhörer kann ihm drei verschiedene Botschaften entnehmen, die sich an drei verschiedene Adressaten richten: die Brüller selbst, die Angebrüllten und die abhängigen Massen, die für das Gebrüll als dankbares Publikum herhalten sollen. »Verschwindend«: das bedeutet für die Brüller selbst: Pfeifen im Dunkeln, Autosuggestion, Exorzismus – die in Bonn übliche Art der Realitätsbewältigung, die sich ja bereits im Umgang mit der nicht existierenden DDR hervorragend bewährt hat. Für die Angebrüllten bedeutet »verschwindend« die Aufforderung, sie möchten sich selbst liquidieren, also politischen Selbstmord begehen. Sollte dieser Wunschtraum nicht in Erfüllung gehen, das Verschwindende nicht verschwinden, so kommt der dritte Adressat ins Spiel: Das Publikum, die sogenannte Bevölkerung, soll als Sonderkommando zur Treibjagd antreten. In der Vokabel, die kleiner machen soll was immer größer wird, steckt schon der Keim der Mordhetze.
Josef Bachmann hat einen Transistor-Radio, liest die Zeitung, hört die Stimme seines Herrn. Er nimmt das Gebrüll beim Wort, vom Bundeskanzler bis zum letzten redaktionellen Totbeter – Bachmann ist der einzige, der ihre Logik zu Ende denkt, der einzige treue Staatsbürger. Das ist sein Verbrechen.

29. Festgemauert in der Erden. Aber warum ist es ein Verbrechen? Warum winkt ihm kein Bundesverdienstkreuz? Warum bleibt es bei Blumenspenden und Glückwunschbriefen? Warum schießt auf ihn dieselbe Polizei, die Rudi Dutschke für einen Staatsfeind hält? Warum wird ihn dieselbe Justiz verurteilen, die Rudi Dutschke verurteilt? Warum wird Bachmann erst mobilgemacht, dann festgenommen, erst vorgeschickt, dann abserviert?
Der höchste Zweck, das politische Credo, die eigentliche Raison dieses Staa-

tes ist: Stabilität. Bewegung kann hier nur gedacht werden als Aufblähung dessen was ist, sei es Druckauflage, Bierausstoß oder Feuerkraft. Was sich bewegt, von der Stelle rührt, ist schon verdächtig. Geschichte ist ein ausländisches Erzeugnis, gefährdet Ruhe und Ordnung, das heißt: die Strukturen, welche die herrschende gefrorene Unordnung verewigen, also unantastbar sind. Aus diesem Grund stellt sich auch in Deutschland das Problem des Reformismus nicht mehr. Der hiesige Spätkapitalismus hat sich eingeigelt, er ist entschlossen nur noch zu einem: zur Selbstverteidigung mit allen Mitteln, um jeden Preis, mit Hangen und Würgen. Unser Imperialismus, ein Zwerg im Weltmaßstab, nimmt seine eigene Belagerung vorweg. Der status quo wird zum Notstand. Die Herrschenden sind gezeichnet von rücksichtsloser Angst, mörderischer Unsicherheit.

30. *Remake.* Ist das westliche Deutschland faschistisch, präfaschistisch, neo-faschistisch oder faschistoid? Die wackligen Wörter verraten, daß darüber keine Klarheit herrscht. Wer auf das Jahr 1933 starrt, dem wird die Gegenwart zum blinden Fleck.
Der alte Faschismus war die Parodie der Revolution. Er lebte vom Raub, davon, was er dem überfallenen Sozialismus abnahm an Taktik, Strategie und psychischen Triebkräften. Er verstand sich als Bewegung. Er machte die Massen mobil. Er verließ sich auf die Randgruppen der Gesellschaft, die nicht Integrierten, die Schwankenden.
Der neue Faschismus ist die Parodie der Konterrevolution. Er zehrt vom Bestand der »Wirtschaftswunderzeit«. An Taktik, Strategie und psychischer Triebkraft stehen ihm nur Überbleibsel aus der Epoche des Antikommunismus und des Kalten Krieges zu Gebot. Er versteht sich als belagerte Festung. Er kann es nicht wagen, die Massen zu mobilisieren, er muß sie in Schach halten. Er verläßt sich auf die Mitte der Gesellschaft, die Integrierten, die sich Festklammernden. Dieser neue Faschismus ist keine Drohung, er ist längst Wirklichkeit; es ist ein alltäglicher, einhäusiger, verinnerlichter, institutionell gesicherter und maskierter Faschismus. Seine Parole hat ein inzwischen vergessener Zigarrenraucher schon gegen Ende der fünfziger Jahre formuliert und auf Kosten derer, die sie verblöden soll, in die Zeitungen setzen lassen: »Der Klassenkampf ist zu Ende.« Übrigbleiben möchte, nachdem die Geschichte bereinigt, nämlich abgeschafft ist, der neue Garant der Zukunft: die Mitte als Extrem.

31. *Der Herr Niemand.* Der neue Faschismus kommt ohne Führer aus. Die Figuren an der Spitze sind vollkommen fungibel und austauschbar. Rücktrittsforderungen sind sinnlos geworden. Wo keine Personen mehr

zu erblicken sind, verdienen Auseinandersetzungen über diesen oder jenen PG, diesen oder jenen KZ-Baumeister nur noch folkloristisches Interesse. Das System braucht keine politischen Begabungen mehr, ja es kann sich politische Begabungen nicht mehr leisten: Unfähigkeit wird zum Erfolgskriterium. Die herrschende Clique schiebt überall strebsame, aussichtslose Masken vor, die Schütz oder so ähnlich heißen: Herren, die sich schwitzend die Lippen lecken, wenn sie vor der Kamera ihre politische Impotenz darstellen. Sie sind die idealen Vertreter eines Systems, das keine anderen Interessen mehr vertritt als die der IG zur Ausbeutung der Massen. Ihre Intelligenz reicht nicht einmal zur Verschleierung dieses Sachverhaltes aus: »Das Abgeordnetenhaus, der Senat, die politischen Parteien, die Gewerkschaften: Kurz, so gut wie alle in Berlin sind hier einer Meinung.« So gut wie alle, das ist, was im Schöneberger Rathaus, hinter eisernen Rolläden, Sperrgittern und Wasserwerfern Platz nimmt; was in Bonn sich verbarrikadiert, um die Notstandsgesetze zu beschließen; was in der Berliner Kochstraße hinter Stacheldraht die Zukunft mit Leitartikeln verkleistern will.

32. Gleichgewichtsstörung. In diesem Weltbild, das stark autistische Züge trägt, versteht sich alles, was nicht zum Kartell gehört, als ärgerliche oder bedrohliche Störung des Betriebs. Was die Stabilität gefährdet, muß verfolgt werden. Das ist jedoch leichter gesagt als getan. Wie, wenn die Verfolgung und Bestrafung der Störer ihrerseits zu Störungen führt? Das Dilemma ist, wie sich versteht, unauflöslich, und es reproduziert und verschärft sich mit jedem Tag. Wer Veränderung nur noch als Drohung begreifen kann, ist nämlich irre. Ein System, das kein anderes Ziel mehr kennt als die Behauptung seiner eigenen Balance, und zwar um jeden Preis, ist bereits außer Balance geraten.
Daher, beispielsweise, das Unbehagen des Parteienkartells angesichts der NPD. Inhaltlich sind die Unterschiede doch minimal, die Weltanschauung der NPD weicht nur in Nuancen von jener der Bonner Parteien ab. Wozu also die Aufregung? Die NPD nimmt doch nur das Gebrüll eines Strauß beim Wort, sie denkt die Bonner Logik zu Ende. Warum also keine Umarmung, kein Willkommensgruß? Wo bleiben die Jubelrufe der Bild-Zeitung? Es sind dies dieselben Fragen, die der Fall Bachmann aufwirft. Hier wie dort verleugnet das System seine eigene Konsequenz und bestraft den Jockel, den es selbst ausgeschickt hat. Zu deutlich ruft dieser Sendbote die Regel des Spieles aus. Er muß sistiert werden. Bachmann, der einzelne, kommt ins Gefängnis. Die NPD wird nicht gefangen sondern abgefangen: das Parteienkartell nimmt vorweg, was sie will. Nicht beizukommen ist

mit einer derartigen Strategie dem, was links sich rührt, nämlich einer Bewegung, deren politische Substanz sich das System nicht einverleiben kann. Sie ist der eigentliche Störer. Sie droht mit der Verwirklichung dessen, was die herrschende Hauptversammlung vorlügt: mit realer Demokratie. Also ist kein Arrangement mit ihr möglich. Also ist ihr nur zu begegnen mit offener Gewalt, unverhüllter Repression, staatlich sanktionierter Mordhetze. Hier schließt sich der Kreis: Die Verteidigung des höchsten Gutes führt zu seinem Verlust: die Stabilität bricht zusammen.

33. Viel Feind viel Ehr. Der deutsche Kapitalismus fühlt sich, hoffentlich zu recht, von den Massen bedroht, die er ausbeutet und um ihre historischen Möglichkeiten betrügt; von denselben Massen ließe er sich gern verteidigen. Als Volksgemeinschaft sollen sie sich um die Wagenburg des Kapitals scharen, zur extremen Mitte sich formieren. Im Prinzip ist das ein alter Hut: Die gerechte Wut der abhängigen Massen, ihre ungeheuren, im Alltag der Ausbeutung aufgestauten Aggressionen müssen von ihrem wahren Ziel, der herrschenden Klasse abgelenkt werden. Dazu wird ein Feind benötigt. In der Rekonstruktionsphase nach dem Kriege hat diesen Dienst der Kommunismus versehen. Die Politik der Koexistenz, so willkommen sie dem amerikanischen Imperialismus sein mag, hat dazu geführt, daß dies kommode Feindbild zerflossen ist. Die diversen europäischen Erzfeinde sind auf Verlangen der Großkonzerne abgetakelt worden. Die Gelbe Gefahr will und will nicht näherrücken, auch blüht nach China der Export. Weit und breit kein Belagerer, der den Belagerungszustand rechtfertigen könnte.

Es muß daher ein Innenfeind in Auftrag gegeben werden. Seine Produktion übernimmt die Spitzenfirma der Bewußtseinsindustrie, nämlich der Springerkonzern. Die Marktforschung ergibt folgendes Bild. Juden kommen nicht in Betracht. Sie stehen nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung; außerdem hat man mit ihnen schlechte Erfahrungen gemacht. Rentner scheiden schon wegen ihres korrekten Wahlverhaltens aus. Die KPD ist als Feind unzureichend, übrigens dezimiert und verboten. Als ideale Zielgruppe werden die Studenten entdeckt.

»Springer macht sich an die Arbeit und baut genau diejenige Gruppe zum Prügelknaben auf, die die wahren Feinde der Massen entlarven. Er erreicht das, indem er alle Klassenmerkmale des Kapitalisten auf die Studenten überträgt: die Studenten sollen es sein, die faulenzen, statt zu arbeiten; *sie* tun so, als gehöre ihnen die ganze Stadt; *sie* sind daran schuld, wenn die Westdeutschen in Berlin nicht mehr investieren; *sie* leben vom Wohlstand, den andere produzieren; *sie* sind schuld an der ganzen Un-

ruhe.« (Peter Schneider) Die Übertragung scheint perfekt: es triumphiert die verkehrte *Welt:* der Bock wird zum Gärtner bestellt, der Klassenfeind als Landesvater vorgestellt, der Ermordete als Mörder dingfest gemacht. »Ein Berlin«, so äußert sich der oben erwähnte Schütz oder so ähnlich, »ohne Universität, aber mit einer Bevölkerung, die in Ordnung zu halten ist, kann noch leben. Auf die Studenten kann ich notfalls verzichten.«

34. Irrtum! Irrtum! Versagen wir uns die Frage, ob Berlin notfalls auf Herrn Schütz oder so ähnlich verzichten kann. Hingegen verdient das Projekt, das er entwirft, eine nähere Betrachtung. Vorgeschlagen wird, wenn wir das recht verstehen, eine technologisch hochentwickelte Industriegesellschaft, die ihre Universitäten abschafft und ihre Studenten planmäßig niederknüppelt. Die logische Ergänzung zu diesem Plan ist die Auflassung der Ober- und der Berufsschulen; angesichts der politischen Unruhe, die längst auf die Schüler übergegriffen hat, wird sich kein Regierender, dem es darauf ankommt, die Bevölkerung in Ordnung zu halten, dieser Konsequenz verschließen können.
Damit proklamiert das System seine eigene Zukunft als Innenfeind. Das ist folgerichtig. Die Stabilität, auf welche dieser Staat es abgesehen hat, ist nur zu erlangen um den Preis seiner Selbstreproduktion. Die Pleite wird zum erklärten Ziel seiner Politik. Es meldet sich die Frage, ob damit den Auftraggebern, das sind die Monopole, auf die Dauer gedient ist. Daß Deutschland dabei zu Bruch gehen wird, wäre an und für sich kein Einwand: bisher sind die Monopole bei solchen Katastrophen nicht schlecht gefahren. Nur könnte sich herausstellen, daß die Werbekosten, die bei der Produktion des neuen Innenfeinds anfallen, reichlich hoch sind. Wer auf alles verzichten möchte, was lernt und was unter Dreißig ist, muß, man kann das gar nicht geduldig genug erklären, mit gewissen Schwierigkeiten rechnen.

35. Vorschlag zur Güte. Ein Kapitalismus, der geschmeidiger, geschickter, seiner selbst gewisser als der deutsche wäre, hätte sich beizeiten etwas anderes einfallen lassen. Beim ersten Anzeichen eines politischen Bebens in der Schlüsselgruppe, die über die Geschäfte von morgen entscheidet: Geld draufschmeißen! Stipendien verdoppeln! Luxus-Cafeterias her! Public Relations! Liberale Schaumgummipolster! Rationalisierung! Milliarden in die Labors! Programmsteuerung! Swimming pools! Automatisch vorgekauter Lehrstoff in kleinster Stückelung! Froher Rutsch in die Blitzkarriere! Mit einem Wort: Hochschulreform von oben, nach Maß, ohne Rücksicht auf die Kosten.

Daran hat der deutsche Spätkapitalismus und sein regierender Ausschuß nicht im Traum gedacht. Dazu war er, kurz gesagt, zu borniert, zu anachronistisch, zu stupide. Dafür hatte er, als er noch Geld hatte, kein Geld übrig. Dafür ist es inzwischen auch zu spät. Denn der gesellschaftliche und politische Lernprozeß, den die deutschen Studenten durchlaufen haben, ist nicht mehr reversibel. Die Basis der autoritären Universität läßt sich nicht mehr reparieren, ihr ideologischer Überbau ist zertrümmert, der Innenbau des »Akademikers«, das Gehäus aus verinnerlichter Gewalt, ist durchlöchert. Hochschul-Reform als streamlining und industrial design, selbst wenn das Geld dazu zur Hand wäre, könnte die Bewegung nicht mehr stoppen, und zwar schon deshalb nicht, weil sie keine Studentenbewegung mehr ist, weil sie, spätestens seit Ostern 1968, die intelligentesten jungen Arbeiter, Lehrlinge und Schüler ergriffen hat.

36. Sprechstunde. Die neue Opposition hat Argumente, aber keine Produktionsmittel. Springer hat Produktionsmittel, aber keine Argumente. Dieser Sachverhalt verurteilt die Wahrheit dazu, auf die Straße zu gehen; dafür, daß sie auf die Straße geht, wird sie verurteilt. Nach der Kesselschlacht laden die Kesselschlächter die Eingekesselten zu Unterhaltungen ein. Gesucht wird Der Neue Anfang, Das Große Gespräch. Statt dem öffentlichen Knüppel der Tee hinter gepolsterten Türen. Der Zweck der Übung wird zugleich mit der Einladung ausgesprochen: Böcke sollen von Schafen getrennt, Solidarität soll gebrochen werden. Was sich da für Taktik hält, taugt allenfalls als Beitrag zur Sittengeschichte des jeweiligen Fraktionsvorstandes. Von Strategie ist ohnehin keine Rede mehr. Denn worüber soll da noch gesprochen werden mit diesem oder jenem Herrn Niemand, der statt des Volkes nichts vertritt als seine bankerotte Firma und dem nichts anderes einfällt als dies: »Gehen Sie raus, hier habe ich noch das Hausrecht. Raus, raus, raus.«

In Bundestagsdebatten drückt die gleiche Maxime sich weitschweifiger aus. Die politischen Konditoren machen sich verspätet ans Kuchenbacken: eine Schicht Repression, eine Schicht Reformwillen, obendrauf als Verzierung in Spritzguß »Verständnis für die Jugend«. Federführend dann die Referenten, ihr Vokabular, wie eh und je, Dienstherr, Aufsicht, Hausrecht, Amtshilfe. Die Ministerialbürokratie wird tätig; die Bürovorsteher werden zu Internationalisten; ihre Losung heißt: Polizeipräsidenten aller Länder, vereinigt euch.

Zu den seriöseren Gesprächen werden keine Studentenvertreter geladen; sie drehen sich um die Chancen der Repression. Zwei Möglichkeiten bieten sich an: Ersticken oder Zermürben. Die erste Version, an sich die einzige,

die der Mentalität der in Deutschland Herrschenden entspricht, läuft auf Verbot des SDS und seiner Ersatzorganisationen, Präventivhaft für potentielle Störer und auf Schließung der Universitäten hinaus. Es spricht manches gegen eine derartige Politik. Sie würde dem »deutschen Ansehen in der Welt« schaden, einer ohnehin zarten Pflanze, die den offenen Terror im Innern kaum überstünde; sie müßte Solidarisierungseffekte auslösen, die unabsehbar sind; sie dürfte sogar gewisse innere Widersprüche im System gefährlich verschärfen. Jeder Versuch, die totale Kontrolle zu erlangen, kann zu unkontrollierbaren nationalen und internationalen Entwicklungen führen.
Also lieber Zermürben. Dies ist offensichtlich das Projekt, welches sich beim Großen Gespräch als das aussichtsreichere angeboten hat. Sorgfältig dosierte Sanktionen, administrative Schikanen, langsame Kumulation von Disziplinar- und Strafverfahren, Streichung von Stipendien, moralischer und ökonomischer Druck, geduldige, zähe Gemeinheit. Es ist dies ein Vorhaben, das sich Zeit lassen muß. Aber auf Zeit zu setzen, ist ein zweideutiges Spiel: es bedeutet auch Zeit zu verlieren. Möglich ist es immerhin, daß die neue Opposition diese Zeit nutzen wird.

37. Reifeprüfung. Sie hat es bisher zu keinem Namen gebracht, der ihr leicht über die Zunge ginge. Einen Autoschlosser, der von sich sagte: Ich gehöre dem anti-autoritären Lager an, oder: Ich bin Mitglied der außerparlamentarischen Opposition – einen solchen Autoschlosser gibt es nicht. Es haften solchen Namen noch die akademischen Eierschalen an; sie verraten, daß die Offenheit der Bewegung ihre Kehrseite hat. Ihre politische Substanz ist nicht ausgegoren. Ihre organisatorischen Strukturen sind neuartig, aber schwach. Als einzige Gruppe in Deutschland hat der SDS Ansätze zu einer politischen Theorie entwickelt, die im Gegensatz zum herrschenden »Gedankengut«, vom Godesberger Programm bis zu den üblichen Regierungserklärungen, frei von wahnhaften Zügen ist. Diese Theorie scheint in einem Tempo zur materiellen Gewalt zu werden, das ihre Urheber überfordert. Die Aufgaben, vor welche die neue Opposition sich über Nacht gestellt sieht, sind enorm. Sie soll ihre Basis verbreitern, ohne in sozialdemokratischer Bescheidenheit zu verkümmern; konkrete Entwürfe für Westdeutschland und Westberlin ausarbeiten, ohne naiver Projektmacherei anheimzufallen; von den unmittelbaren Bedürfnissen der abhängigen Massen ausgehen, ohne den internationalistischen Kampf aufzugeben. Nach allen Seiten hin hat sie sich ihrer Haut zu wehren, nicht nur gegen die staatliche Repression, sondern auch gegen die Umklammerungsversuche durch die Parteikommunisten. Alles auf einmal: Störung des

autoritären Betriebs und Bildung von Gegeninstitutionen: Schülerräten, Kindergärten, Basisgruppen, eigenen Schulen, Kritischen Universitäten, Straßentheatern, mobilen Agitations-Kinos, eigenen Forschungszentren, Buchhandlungen, Bibliotheken, Filmproduktionen, Sendern, Zeitungen, Rechtshilfe-Organisationen, Clubs und Wohngenossenschaften. Nur wenn sie die Kräfte zu einer derartigen ölfleckartigen Ausbreitung aufbringt und zugleich festhält an den großen gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die allein ihre Einheit herstellen können: Aktionen gegen den Imperialismus, gegen die NATO, gegen die Notstandsverfassung, nur dann wird die neue Opposition im Ernst das werden, wozu Springer sie vorschnell ernannt hat: zum Feind, der das imperialistische System von innen her bedrohen kann.

38. Kalenderspruch. »Die Wahrheit ist revolutionär.«

Adressenliste

Die hier genannten Gruppen und Organisationen lassen sich weder nach ihrer politischen Zielsetzung, noch nach ihrer Zusammensetzung über einen Leisten schlagen. Gewöhnlich geht aus ihrem Namen hervor, ob es sich um Dachverbände handelt, die mit dem deutschen VDS vergleichbar wären (das ist vor allem für die lateinamerikanischen Organisationen der Fall); um ideologisch genauer definierbare Gruppierungen analog zum SDS oder SHB; um ad-hoc-Vereinigungen wie die Vietnam-Komitees verschiedener Länder; oder um lokale Basis-Zellen. Wir haben nur Adressen aufgenommen, die nach unseren Informationen für die Zusammenarbeit mit der anti-autoritären Bewegung in Betracht kommen. Bei der ständigen Fluktuation, die in studentischen Vereinigungen die Regel ist, versteht es sich von selbst, daß die gegenwärtige Liste kein zuverlässiges, vollständiges und permanentes Adreßbuch sein kann.

Äthiopien
World-Wide Union of Ethiopian Students
A. Assegid, Herbigstraße 1, Berlin 19

Belgien
Fédération des Etudiants Socialistes
Guido Totté, Nederkounter 105, Gent

Fédération Nationale des Jeunes Gardes
Doudou Neyens, 37 rue de l'Ecuyer, Bruxelles 1

Canada
Student Union for Peace Action (SUPA)
658 Spadina Avenue, Toronto 4, Ontario

Cuba
Organización Continental Latinoamericana de Estudiantes (OCLAE),
Secretaria permanente
23 y H, Vedado, La Habana

Federación Estudiantil Universitaria (FEU)
Universidad de La Habana, La Habana

Dänemark
Dansk Vietnam-Komité
Vaughn Rasmussen, Vaevergade 8, Köbenhavn

Deutschland
INFI (Internationales Nachrichten- und Forschungs-Institut)
Kurfürstendamm 52, Berlin 12

Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)
Wilhelm-Hauff-Straße 5, Frankfurt am Main

Dominikanische Republik
Federación de Estudiantes Dominicanos (FED)
Universidad Autónoma de Santo Domingo

Ecuador
Federación Estudiantil Universitaria de Ecuador (FEUE)
Universidad Central, Quito

Frankreich
UNEF (Union Nationale des Etudiants Français)
Jean Marcel Bouguereau, 15 rue Soufflot, Paris 5

Jeunesse Communiste Revolutionnaire
Alain Krivine, 35 rue Saint-Georges, Paris 9

Griechenland
EDA/Lambrakis
Dimitris Marakas, Kaiserdamm 3a, Berlin 19

Großbritannien
Radical Student Alliance
Chris Gilmore, 104 Regent's Park Road, London W 1

Vietnam Solidarity Campaign
42 Rivington Street, London E. C. 2

NLF Society, London School of Economics
Clare Market, London W. C. 2

Indien
Union of West Indian Students
1 Collinghan Gardens, London S. W. 5

Iran
Confederation of Iranian Students (CIS)
Bahman Nirumand, Königin-Elisabeth-Straße 8, Berlin 19

Italien
Falcemartello
Massimo Gorla, Giornate 6, Milano

Cellula Operativa Rivoluzionaria
Otello Ciavatti, Piazza Aldrovandi 5, Bologna

Gruppo Quaderni Piacentini
Piergiorgio Bellocchio, Via Poggiali 41, Piacenza

Centro di Informazione
Via Sant'Eufemia 12, Verona

Japan
Zengakuren
Hiroto Building 2–10 Kandajimbocho, Chiyoda-Ku, Tokyo

Kaihosha, c/o Dairyuso
3 Nakanochimae, Nakanoku, Tokyo

México
Hora Cero,
Apartado Postal M-7145 México 1, D. F.

Central Nacional de Estudiantes Democráticos (CNED)
Tajín 325–20 Col. Narvarte, México D. F.

Niederlande
SVB (Studenten Vakbeweging), Internationaale Commission
Martin Abeln, Prins Hendrikkade 13, Amsterdam 1

Politeia
B. B. 34–43, Amsterdam C

Student Council of Progressive Youth Organization
Georgetown, Guayana

Surinam Students Union
P. O. Box 194, Leiden

Norwegen
Sosialistisk Ungdoms Forbund
Ole Kopreitan, Veske Elvebakk 12, Oslo

Sosialistisk Ungdomsforbund (SUF)
Vestre Elvebakke 12, Oslo 1

Sosialistisk Studenttag
Rune Skarstein, Norges Tekniske Höyskole, Trondheim

Österreich
Verband Sozialistischer Studenten Österreichs
Werdertorgasse 6, Wien I

Peru
Federación Universitaria de San Marcos
Lima

Puerto Rico
Federación de Universitarios Pro-Independencia (FUPI),
Rio Piedras

Schweden
De Förenade FNL-Grupperne
Eivor Westin-Bucht, Väpnargatan 15B, Uppsala

Svenska Clarté-Förbundet
Surbrunnsgatan 43A, Stockholm

Schweiz
Fortschrittliche Studentenschaft
Postfach 680, Zürich

Südafrika
African National Congress
Habo Nbehi, 49 Rathbone Street, London W 1

Uruguay
Federación de Estudiantes Universitarios de Uruguay (FEUU)
Eduardo Acevedo 1369, Montevideo
(Dieser Verband stellt auch Verbindungen zu der illegalen Uniao Nacional de Estudantes do Brazil her)

USA
SNCC, International Affairs Commission
100 Fifth Avenue, New York, N. Y. 10011

Students for a Democratic Society (SDS)
1608 West Madison, Chicago, Ill.
(Carl Davidson, Interorganizational Secretary)

The Resistance
2171 Shattuck, Berkeley, Calif.

Resist
166 Fifth Avenue, New York, N. Y. 10010

Draft Resistance Clearing House
8 Francis Court, Madison, Wisc.

Stanford Anti-Draft Union
Box 2684, Stanford, Calif.

Venezuela
Federación de Centros Universitarios,
Universidad Central, Caracas

Die Vorbereitung dieses *Kursbuchs* hat ein Jahr in Anspruch genommen. Bei dem Versuch, einen Überblick über die Studentenbewegungen in aller Welt zu geben, tauchen Schwierigkeiten auf, die es verdienen, öffentlich erörtert zu werden, weil sie mit der subjektiven und objektiven Lage dieser Bewegungen zusammenhängen. Sie sind kein internes Problem der Redaktion: sie gehören vielmehr zur Sache selbst.

Es existieren bisher zwei großangelegte Versuche, einen weltweiten Überblick über diese Sache zu gewinnen: der Sammelband *Student Politics*, herausgegeben von Seymour M. Lipset (New York 1967; ursprünglich erschienen als Sonderheft der Zeitschrift *Comparative Education Review*, Heft 10, 1966) und das Winter-Heft 1968 der Zeitschrift *Daedalus. Journal of the American Academy of Arts and Sciences*. In beiden Fällen handelt es sich um Produkte der offiziellen amerikanischen Soziologie: Datensammlungen, Umfragestatistiken, Verzicht auf kritische Theorie, am Status quo orientierte »reine Deskription«. Soweit das Verhalten der Studenten interpretiert wird, bleibt es bei psychologischen Erklärungen, in deren Prämissen die politischen Vorurteile der Autoren nahtlos und unbefragt eingehen. Die Untersuchungen, mit massiven Forschungsgeldern aus Foundations und Regierungsquellen betrieben, ignorieren durchweg die politischen Perspektiven der Studenten selber. Sie sind unbrauchbar.

Vergleichbare Publikationen von Seiten der internationalen Studentenbewegung existieren bis heute nicht. Das erklärt sich zunächst aus der Tatsache, daß diese Bewegung nicht über adäquate Mittel der öffentlichen Artikulation verfügt: sie hat keine *grants* zu vergeben, kann interkontinentale Reisen nicht finanzieren, besitzt nicht, wie die akademische Öffentlichkeit des Imperialismus, eine wohldotierte internationale Infrastruktur.

Im einzelnen lassen die Schwierigkeiten bei der Redaktion dieses *Kursbuchs* die folgenden Schlüsse zu:

1. Es wäre ein Leichtes gewesen, zweihundert Seiten mit Resolutionen, Kongreßberichten und Programmerklärungen aus fünf Kontinenten zu füllen. Diese Texte zeichnen sich gemeinhin durch einen homogenen Jargon und einen hohen Abstraktionsgrad aus. Sie besagen so gut wie nichts über die wirklichen Vorgänge und Erfahrungen an Ort und Stelle; sie dienen eher der Selbstbestätigung als dem Fortschreiten der Bewegungen über den erreichten Stand hinaus. Sie verdeutlichen, daß die Studenten oft außerstande sind, sich den abhängigen Massen verständlich zu machen; sie lassen befürchten, daß die kritischen Theorien der Bewegung, ausgedrückt durch ihre Führung, in Gefahr sind, sich zu verfestigen und zu formalisieren.

2. Unzuverlässigkeit, personelle Fluktuation, Mangel an Informationen und Verbindungen zeigen auf die organisatorischen Probleme der Bewegung. Internationale Zusammenarbeit setzt voraus, daß die herrschende Desorganisation überwunden wird. Es ist skandalös, daß riesige Bewegungen, wie die japanische, die indische (besonders in Bengalen) und die südkoreanische von den europäischen Bewegungen so gut wie völlig isoliert arbeiten. Dabei kann es selbstverständlich nicht um die Bildung irgendwelcher Dachorganisationen oder Sekretariate gehen: eine Bewegung, die in einem historisch unvergleichlichen Grad auf der Spontaneität der Basis beruht, ist auf zentrale »Steuerung« nur in der Phantasie der Polizeispitzel angewiesen, die in ihr herumirren. Ein Generalsekretär ist überflüssig. Gebraucht werden Hunderte von Kurieren und Kontaktleuten. Wir veröffentlichen in dieser Nummer eine Adressenliste, die der internationalen Kooperation von Nutzen sein kann.

3. Schließlich spiegeln die redaktionellen Schwierigkeiten die Repression wider, mit der

sich die Studenten in vielen Ländern konfrontiert sehen: Verbote, Verhaftungen, Erpressungsversuche. Ein Beitrag aus Südamerika in diesem Heft muß aus solchen Gründen verspätet und anonym erscheinen; in vielen Fällen gefährdet jeder Briefwechsel die Empfänger; ein großangelegter Bericht über die japanische Studentenbewegung von Satoshi Kitakoji und Toru Kurokawa kann nicht erscheinen, weil die Verfasser seit Monaten im Gefängnis sitzen; die Methoden, die der südkoreanische CIA gegen die studentische Opposition anwendet, sind gerade in der Bundesrepublik bekannt genug. Von den Risiken, welche die revolutionären Studenten in Venezuela und Süd-Vietnam, im Iran und in Guatemala, in Südafrika und in Peru eingehen, und von den Opfern, die sie bringen, steht nichts in diesem Heft.

Bernhard Schütze, geboren 1938, arbeitete als Buchhändler, Schauspieler und Journalist und trat durch Dokumentationen für Rundfunk und Fernsehen hervor. Er lebt zur Zeit in Frankfurt und arbeitet an einem Buch über das heutige Spanien.

Carlo Donolo, geboren 1938, studierte in Pisa Jura und hielt sich dann längere Zeit in Deutschland auf, wo er sich, zumal in Frankfurt, der Soziologie zuwandte. Im Februar-Heft der Quaderni Piacentini veröffentlichte er einen grundlegenden Aufsatz über die westdeutsche Studentenbewegung. Seit 1967 arbeitet er am Institut für politische Wissenschaften der Universität Turin an einer Untersuchung über Studenten und Politik. Er ist wesentlich an der Studentenbewegung und der Organisation der Gegenuniversität in Turin beteiligt. Seinen Kursbuch-Beitrag schrieb er in deutscher Sprache.

Die Dossiers über die Studenten in Prag und Warschau haben keinen »Autor«. Sie stammen, ohne jedoch eine Kollektivarbeit zu sein, von ganz verschiedenen Journalisten, Studenten, Redakteuren und Übersetzern. Die Herkunft der verwandten Dokumente ist jeweils ausgewiesen.

Heinz Rudolf Sonntag, geboren 1940, ist Assistent am Institut für Soziologie der Ruhr-Universität in Bochum. Er hat mit einer Arbeit über die Revolutionstheorien bei Marx und Lenin promoviert. Vom Sommer dieses Jahres an wird er an der »Universidad Central de Venezuela« in Caracas arbeiten. Sein Beitrag ist das Ergebnis theoretischer Studien und eines längeren Aufenthalts in Lateinamerika.

Walter Kreipe, geboren 1940, studiert Romanistik und Germanistik in Berlin. 1966/67 war er, zusammen mit Nevermamm, AStA-Vorsitzender der FU und hatte zur Aufgabe, Kontakte mit den Studenten in Frankreich, Holland und Belgien herzustellen. Seinen Aufsatz über die französische Studentenbewegung schrieb er während eines Aufenthaltes in Paris im April und Mai 1968, also während der Zeit, in der die französische Studentenbewegung in ein neues Stadium eintrat.

Oskar Negt ist Assistent und Lehrbeauftragter am Philosophischen Seminar der Universität Frankfurt.

Wir bedauern es, daß aus Platzgründen der angekündigte Beitrag von Peter Pohland über ostafrikanische Studentenverbände nicht in dieses Heft aufgenommen werden konnte.

Kritisches für Demokraten

Zur Politik und Ideologie der Gegenwart

Ideologie
Ideologiekritik und Wissenssoziologie. Herausgegeben und eingeleitet von Kurt Lenk. Soziologische Texte, Band 4. 3. durchgesehene und erweiterte Auflage 1967. 466 Seiten, Leinen DM 28,–, Studienausgabe DM 18,–

Student und Politik
Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten. Herausgegeben von Jürgen Habermas, Ludwig von Friedeburg, Christoph Oehler, Friedrich Weltz. Soziologische Texte, Band 18. 2. Auflage 1967 359 Seiten, Studienausgabe DM 19,80.

Lucien Goldmann
Dialektische Untersuchungen
Soziologische Texte, Band 29. 1966. 336 Seiten, Leinen DM 30,–, Studienausgabe DM 22,–.

Gesellschaft, Recht und Politik
Wolfgang Abendroth zum 60. Geburtstag. Herausgegeben von Heinz Maus u. a. Soziologische Texte, Band 35. 1967. Etwa 400 Seiten, Leinen DM 32,–, Studienausgabe DM 26,–.

Leo Kofler Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft
Eine verstehende Betrachtung der Neuzeit. Soziologische Texte, Band 38. 1966. 690 Seiten, Leinen DM 40,–, Studienausgabe DM 28,–.

Theorie und Soziologie der politischen Parteien
Herausgegeben von Kurt Lenk und Franz Neumann Politica, Band 26. 1968. 432 Seiten, Leinen DM 37,–, Studienausgabe DM 25,–.

Herbert Marcuse
Der eindimensionale Mensch
Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft Soziologische Texte, Band 40. 3 Auflage 1968. 382 Seiten, Leinen DM 26,–, Studienausgabe DM 18,–.

Paul A. Baran Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums
Soziologische Texte, Band 42. 1966. 470 Seiten, Leinen DM 36,–, Studienausgabe DM 26,–.

Georg Lukács
Schriften zur Ideologie und Politik
Ausgewählt und eingeleitet von Peter Ludz. Soziologische Texte, Band 51. 1967. 852 Seiten, Leinen DM 68,–, Studienausgabe DM 39,–.

Georg Lukács
Schriften zur Literatursoziologie
Ausgewählt und eingeleitet von Peter Ludz. Soziologische Texte, Band 9. 3. Auflage 1968. 568 Seiten, Leinen DM 28,–.

Wolfgang Abendroth Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie
Aufsätze zur politischen Soziologie. Soziologische Texte, Band 47. 1967. 578 Seiten, Leinen DM 42,–, Studienausgabe DM 32,–.

Rudi Ver Requiem auf einen Rechtsstaat
Reihe Demokratie und Rechtsstaat. 1967. 83 Seiten, kartoniert DM 6,80.

Helmut Ridder
Aktuelle Rechtsfragen des KPD-Verbots
Reihe Demokratie und Rechtsstaat. 1966. 62 Seiten, kartoniert DM 6,–.

Sieghart Ott
Das Recht auf freie Demonstration
Reihe Demokratie und Rechtsstaat. 1967. 105 Seiten, kartoniert DM 10,80

E. J. Hobsbawm Sozial-Rebellen
Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert. Soziologische Texte, Band 14 1962. 269 Seiten, Leinen DM 24,–, laminierter Pappband DM 19,80.

Ausführliche Gesamtverzeichnisse der Reihen Soziologische Texte, Soziologische Essays, Politica, Demokratie und Rechtsstaat über den Buchhandel oder direkt vom Hermann Luchterhand Verlag, 545 Neuwied, Postfach 1780.

Luchterhand

Zwei neue Ausgaben der „vorbildlichen Hanser Klassiker"

(DIE ZEIT)

Heinrich Heine Sämtliche Schriften

Dünndruckausgabe in sechs Bänden mit einem Gesamtumfang von ca. 4500 Seiten. Herausgegeben von Klaus Briegleb. Band I (ca. 900 Seiten, Subskriptionspreis: Leinen ca. 30,- DM, Leder ca. 48,- DM) liegt vor. Band II bis VI folgen in kurzen Abständen.

Heinrich Heines Gesamtwerk – derzeit in keiner geschlossenen Ausgabe erhältlich – bietet diese Ausgabe. Sie macht nicht nur Heines Texte wieder vollständig zugänglich, sondern beschreitet auch hinsichtlich der Anordnung und Kommentierung neue Wege und verarbeitet neue Erkenntnisse.

Georg Christoph Lichtenberg Schriften und Briefe

Dünndruckausgabe in vier Bänden mit einem Gesamtumfang von ca. 4500 Seiten. Herausgegeben von Wolfgang Promies. Band IV (Briefe. 1344 Seiten, Subskriptionspreis: Leinen 56,- DM, Leder 74,- DM) liegt vor. Band I erscheint im Herbst 1968, Band II und III folgen in kurzen Abständen.

Eine Lichtenberg-Ausgabe ist seit langem ein Desiderat – seit rund hundert Jahren ist keine wirklich ausreichende Edition erschienen. Diese Ausgabe bringt alle Aphorismen, außerdem physikalische Aufsätze, Vorlesungsexzerpte, Rezensionen, Fragmente, Fabeln und Gedichte, Aufsätze polemischen und unterhaltsamen Inhalts, die Erklärungen zu Kupferstichen von Hogarth und Chodiwiecki (mit Bildern) und die Briefe.

Ausführliche Sonderprospekte zu beiden Ausgaben, sowie das ausführliche 52-seitige Klassiker-Gesamtverzeichnis erhalten Sie auf Wunsch kostenlos direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 27, Kolbergerstr. 22

Planung III

Mittel und Methoden planender Verwaltung

Herausgegeben von Prof. Dr. J. H. Kaiser, Universität Freiburg

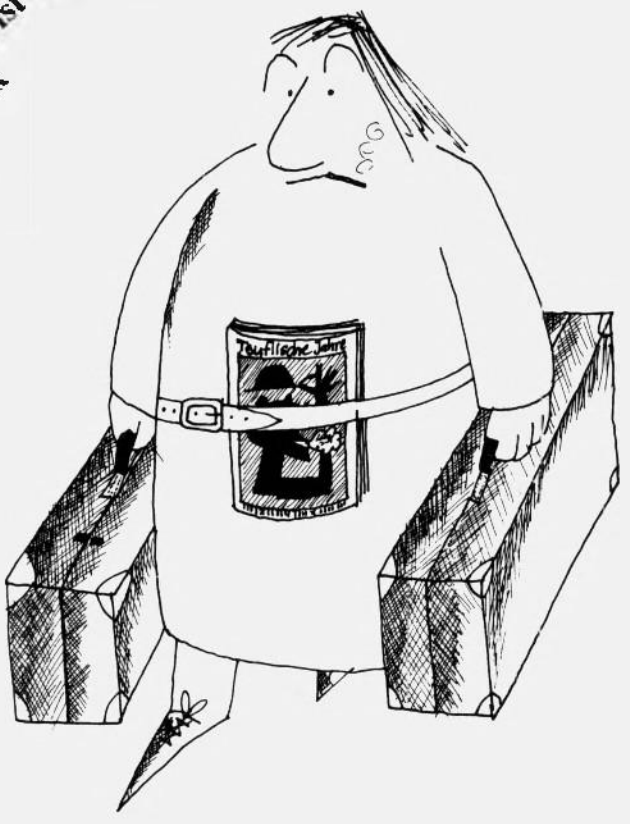
Mit Beiträgen von

Joseph H. Kaiser, Einleitung: Planung im Stufenbau des Rechts und der Verwaltung
Herbert Weichmann, Wandel der Staatsaufgaben im modernen Staat
Arnold Köttgen, Mandat, Methoden, Instrumente planender Verwaltung
Ernst Forsthoff, Mittel und Methoden planender Verwaltung
Walter Grund, Die mehrjährige Finanzplanung des Bundes - Grundkonzeption, Methoden und ihre Problematik
Herbert Fischer-Menshausen, Mittelfristige Finanzplanung im Bundesstaat
Otto Schlecht, Gesamtwirtschaftliche Zielprojektionen als Grundlage der wirtschaftspolitischen Planung in der Marktwirtschaft
Werner Ernst, Raumordnung als Aufgabe der planenden Gesetzgebung und Verwaltung
Klaus von der Groeben, Beispiele staatlicher Planung im Flächenstaat
Wolfgang Krüger-Spitta, Finanzplanung im Stadtstaat
Willi Hüfner, Einige Aspekte zur Methodik staatlicher Planung
Wilhelm Weber, Probleme einer Wirtschaftsplanung. Das Österreichische Beispiel
Pierre Bauchet, Aspects et Methodes de la Planification Française - Le Rôle de l'Executif
Allen Prest, Aspekte und Methoden der Wirtschaftsplanung in Großbritannien - Die Rolle der Exekutive
Hans Peter Ipsen, Planungselemente im Recht, der wirtschaftlichen Berufsausbildung
Reimer Schmidt, Öffentliche Unternehmen als Instrumente planender Verwaltung - Deutsche und europarechtliche Aspekte
Gert Nicolaysen, Planeinsätze öffentlicher Unternehmen und EWG-Vertrag (Art 90)
Helmut Stukenberg, Öffentliche Unternehmen als Instrumente planender Verwaltung, dargestellt am Beispiel der Staatlichen Eisenbahnen
Michel Fromont, Öffentliche Unternehmen in der französischen Planification
Otto Pfleiderer, Die Notenbank im System der wirtschaftspolitischen Steuerung

1968, ca. 420 Seiten, 15,3 x 22,7 cm, Balacron geb., ca. 36,- DM

Nomos Verlagsgesellschaft · Baden-Baden · Postfach 610

Neu! Der dritte Band ist da!
Nur 6 Mark



Deutschlands

Reise-Bestseller Nr. 1:

„Teuflische Jahre"

Sie stehen am Fahrkartenschalter und haben 2, 4 oder gar 6 Stunden Eisenbahnfahrt vor sich. Da brauchen Sie mehr (und amüsantere) Unterhaltung als nur eine Zeitung oder Illustrierte. Machen Sie's wie Hunderttausende vor Ihnen, gehen Sie noch schnell zum Bahnhofsbuchhändler und besorgen Sie sich TEUFLISCHE JAHRE: Für nur 6 Mark 300 Seiten voller Spaß, Satire und Karikatur. (Das Witzigste aus Deutschlands satirischer Monatsschrift PARDON.)

Verlag Bärmeier & Nikel

MANUSKRIPTE

Zeitschrift für Literatur, Kunst, Kritik

Herausgegeben
von Alfred Kolleritsch (Literatur) und Günter Waldorf (Bildende Kunst)
im FORUM STADTPARK GRAZ

Beiträge von:
Aichinger, Arp, Artmann, Bauer, Bayer, Becker, Bense, Bichsel, Bobrowski, Borchers, Chotjewitz, Doderer, Döhl, Enzensberger, Frischmuth, Fritsch, Fuchs, Handke, Harig, Hausmann, Havel, Heissenbüttel, Hergouth, Hoffer, Jandl, Jokostra, Kein, Kriwet, Krolow, Maier, Mayröcker, Mon, Nossack, Okopenko, Poethen, Polakovics, Rühm, Rühmkorf, Scharang, Schwitters, Weyrauch, Wiener, Wohmann.

Die MANUSKRIPTE
sind eine regelmäßig erscheinende Literaturzeitschrift, die Autoren des In- und Auslandes veröffentlicht.
Es werden nur Erstdrucke gebracht.

Die MANUSKRIPTE
erscheinen dreimal jährlich (Februar, Juni, Oktober). Sie sind zu beziehen durch das Forum Stadtpark, Graz, Stadtpark 1.

Deutscher Auslieferer ist der Bücherdienst Fritz Eggert W. NIEDLICH, 7 Stuttgart-S, Schmale Straße 14, Postfach 1367.

Preis des Einzelheftes öS 20,–, DM/sfr 4,–
Jahresabonnement öS 60,–, DM/sfr 10,–

THEMEN

Lateinamerika
Materialien zur Revolution
in Reden, Briefen und Aufsätzen von Fidel Castro, Che Guevara und Régis Debray
Hrsg. H. v. Nussbaum, ca. 360 S., engl. brosch., ca. 10,80 DM

Vietnam
Wo ist Vietnam
89 amerikanische Dichter gegen den Krieg in Vietnam
Hrsg. Walter Lowenfels, 364 S., engl. brosch., 12,80 DM

Krieg in Vietnam
Bilder und Dokumente
Hrsg. Gerhard Schoenberner, ca. 224 S., Leinen, ca. 18,– DM

Black Power
Leroi Jones
Ausweg in den Haß
280 Seiten, Leinen, 22,– DM

China
Felix Greene
Listen, Lügen Lobbies
China im Zerrspiegel der öffentlichen Meinung
320 S., Leinen, 22,– DM

Amerikanischer Imperialismus
Ronald Steel
Pax Americana
ca. 420 S., Leinen, ca. 25,–DM
Erscheint Herbst 1968

Was wird
Bazon Brock
Was wird. Zur Revolution des Ja
ca. 320 S., Kunststoffeinband, ca. 8,80 DM

MELZER

61 Darmstadt, Spreestraße 3

C. H. Beck
NEUE TITEL

»Beck'sche Sonderausgabe«

Klassiker des politischen Denkens

Herausgegeben von Hans Maier, Heinz Rausch, Horst Denzer

Band 1: »Von Plato bis Hobbes«

XIV, 440 Seiten. Leinen DM 19.80

Behandelt werden: Plato, Aristoteles, Cicero, Augustin, Thomas von Aquin, Dante, Marsilius von Padua, Machiavelli, Thomas Morus, Luther, Vitoria, Bodin, Grotius, Hobbes.

Band II: »Von Locke bis Weber« erscheint im Herbst 1968

»Beck'sche Schwarze Reihe«, Band 49

Alastair Buchan
Der Krieg in unserer Zeit

Wandlungen und Perspektiven · Politik, Strategie und Technik · Gefahren und Kontrolle. Aus dem Englischen von Peter de Mendelssohn.
228 Seiten. Paperback DM 10.80

»Beck'sche Schwarze Reihe«, Band 52

Han Suyin
Das China Mao Tse-tungs

Aus dem Englischen von Norbert Wölfl.
274 Seiten. Paperback DM 12.80

»Die Autorin bringt dem europäischen Leser chinesisches Denken überzeugend nahe. Ein Buch von außerordentlicher Bedeutung.« *Times Literary Supplement*

Bitte fordern Sie unsere Prospekte über die »Beck'schen Sonderausgaben« und die »Beck'sche Schwarze Reihe« an.
Verlag C. H. Beck, 8 München 23

Wegner

Kritische Analyse

Kai Hermann
Die Revolte der Studenten

152 S., Paperback DM 7,80

Jetzt schon in dritter Auflage in allen Buchhandlungen

Wegner

Ein Hochschullehrer konkretisiert

Wilhelm Hennis
Die verantwortliche Universität

Studien zur Hochschulreform
Zeitfragen Nr. 6
ca. 96 S., kartoniert ca. DM 7,80

Im Sommer 1968 in allen Buchhandlungen

Wegner

Friedrich Mager / Ulrich Spinnarke

Was wollen die Studenten?

Neuausgabe Juni 1968 · Band 949 · DM 2,80

Es begann mit der Rebellion einer politisch aktiven Studentengruppe, doch der ›heiße Sommer‹ 1967 ist nicht Episode geblieben. Rudi Dutschke wurde das Ziel eines Mordanschlags. Die Unruhe hat sich ausgebreitet. Demonstrationen, Diskussionen, Reden, Flugblätter und Erklärungen schufen eine neue Bewegung in der jungen deutschen Generation – ›die außerparlamentarische Opposition‹.
Von Protest um des Protestes willen, von Demonstration aus Freude am Radau kann keine Rede mehr sein. Die Hartnäckigkeit und die Konsequenz, mit denen die Studenten ihre Kritik vorbringen, sind der Beweis: sie handeln nicht spontan, ihr Protest hat Methode.
Über die Gründe ihres Unbehagens, ihre politischen und sozialen Absichten, ihre Organisationen und Wortführer informiert dieses Buch. Es zeichnet das revolutionäre Bild, das die Studenten von einer Demokratie der aktiven Staatsbürger haben. Es zeigt die direkten Zusammenhänge zwischen ihrer Kritik am Hochschulwesen und ihrem moralisch engagierten Aufstand gegen Staat und Gesellschaft.
Die Autoren haben mit den beteiligten Studenten, aber auch mit Professoren und Politikern gesprochen und waren Augenzeugen verschiedener Demonstrationen.

In jeder Buchhandlung

Fischer Bücherei

sammlung insel Neuerscheinungen

»Literatur des besseren Deutschland« *konkret*

33 Adolph Freyherr Knigge:
Josephs v. Wurmbrand politisches Glaubensbekenntniß
Herausgegeben von Gerhard Steiner.
Knigges politische Schriftstellerei hatte ihren Höhepunkt in dem 1792 veröffentlichten »Glaubensbekenntniß«. Nicht nur die erfolgreiche amerikanische Revolution, auch die französische, deren Ende sich noch nicht abzeichnete, findet Knigges Zustimmung.

34 Georg Friedrich Rebmann:
Kosmopolitische Wanderungen durch einen Teil Deutschlands
Herausgegeben von Hedwig Voegt.
Der bedeutende Publizist Rebmann (1768–1824) gehörte zu den jungen Literaten in Deutschland, die die französische Revolution leidenschaftlich begrüßten.

35 G. E. Lessing: Ernst und Falk. Mit den Fortsetzungen Herders und Schlegels
Herausgegeben von Ion Contiades.
Lessings Freimaurergespräche, von Herder und Schlegel später weitergedacht, sind das bedeutendste Zeugnis der halb im Verborgenen wuchernden Literatur zu diesem Thema.

36 Karl Gutzkow: Deutschland am Vorabend seines Falles oder seiner Größe
Herausgegeben von Walter Boehlich.
Gutzkows Schrift über Deutschland ist nur einmal, 1848, publiziert worden. Indem sie die Idee eines geeinten Deutschlands aus liberaler Sicht prüft, gewinnt sie Aktualität.

37 Wilhelm Ludwig Wekhrlin: Politische Schriften
Herausgegeben von Michael Peter Werlein.
Wekhrlin war einer der ersten deutschen Feuilletonisten im 18. Jahrhundert. Seine Themen sind vor allem Toleranz und Emanzipation, korrupte Justiz, staatliche und kirchliche Willkürherrschaft, Aberglauben und Pressefreiheit.

38 Arnold Ruge: Der Patriotismus
Herausgegeben von Peter Wende.
Arnold Ruges Schrift von 1844 über den Patriotismus zieht gegen dessen deutsche Spielart zu Felde, die völlig unkritisch den status quo »mit dem Bestand der Landesgrenze jeden Bestand« verteidigt.
Alle Bände sind flexibel in Leinen gebunden. Preis je nach Umfang 5, 6, oder 7 Mark. Einen Spezialprospekt erhalten Sie in Ihrer Buchhandlung oder beim Insel Verlag.

Wladimir Majakowski Werke III Stücke

Herausgegeben von Leonhard Kossuth · Band III Stücke – Bühnenwerke und Filmszenarien · Deutsche Nachdichtung von Hugo Huppert · Mit Anmerkungen und einer Bibliographie sowie 42 teils farbigen Abbildungen · 430 Seiten · Broschiert · DM 20,–
Majakowski war vor allem eine dramatische Begabung. Es ging ihm allerdings weniger um Literatur, als vielmehr um Agitation. Dazu bediente sich Majakowski aller ihm brauchbar erscheinenden Medien, der Reklame ebenso wie des entstehenden Films, an dessen Entwicklung in Rußland er maßgeblich beteiligt war. Der Band enthält u. a. sein bekanntestes Stück, das satirisch-allegorische »Mysterium Buffo«, das zugleich den Beginn des sowjetischen Theaters überhaupt markierte.

Insel Verlag · 6 Frankfurt · Postfach 3001

Preis der Gruppe 47

Jürgen Becker

Ränder

112 Seiten. Engl. Broschur. DM 8,–

Die *Ränder* von Jürgen Becker entsprechen nicht vertrauten literarischen Kategorien. Anders aber als in den *Feldern*, in denen sich das Schreiben experimentierend von den Gattungsbegriffen freizumachen versucht, setzt Becker die sprachlichen Mittel in seinem neuen Buch instrumental ein: zum Ausdruck eines Bewußtseins, das sich an den Grenzen (den *Rändern*) möglicher und denkbarer, erinnerter und erfahrbarer Wirklichkeit bewegt. Beckers Intention eines offenen, unbestimmten und freien Schreibens erscheint hier in einer gleichwohl strengen kompositorischen Gestalt. Die ersten fünf Passagen des Buches unterscheiden sich sowohl thematisch als auch formal. Ihnen entsprechen in Ausdehnung und Methode spiegelbildlich fünf weitere. Für die Lesung der ersten Passage dieses Buches erhielt Jürgen Becker im Herbst 1967 den Preis der Gruppe 47. »Beckers unaustilgbare Lauterkeit«, schrieb Joachim Kaiser nach der Gruppentagung in der ›Süddeutschen Zeitung‹, »die Beckettsche Reinheit seiner Prosa und seiner Logik machten ihn zum preiswürdigen Preisträger.«

Jürgen Becker wurde 1932 in Köln geboren. 1960 veröffentlichte er zusammen mit Wolf Vostell den Band Phasen, Texte und Typogramme. 1964 erschienen die *Felder* (edition suhrkamp, Band 61). Becker lebt, nach einem längeren Aufenthalt in Rom, in Köln.

Suhrkamp Verlag

Gerhart-Hauptmann-Preis

Peter Handke Kaspar

88 Seiten · Engl. Broschur · DM 10,–

»Handke ist hier ein Geschöpf geglückt, das den Charme einer Figur von Robert Walser mit dem tristen Grinsen eines Beckett-Clowns vereint.« *Die Zeit*

»Handke macht neuartiges, ›unerhörtes‹, faszinierendes Theater. Deutschlands größte Theaterhoffnung der jungen Generation.« *Rheinische Post*

»Der Dramatiker Handke hat sich durchgesetzt bei allen Zuhörern und Zuschauern, deren Phantasie sich provozieren läßt. Denn auf sie wird das lebendige Theater nicht mehr verzichten können.« *Saarbrücker Zeitung*

Stimmen zur Uraufführung in Frankfurt und Oberhausen am 11. Mai 1968:

»Wirklichkeit wird hier nicht auf Theater reduziert, die Wirklichkeit des Theaters steht für sich selbst. Handke hat ein Theaterstück geschrieben, dem nicht von allem Anfang an das schlechte Gewissen, nur Theater zu sein, mitgegeben ist.« *Weltwoche*

»Dies: kein politisches Stück? Der deutlichste Kommentar zu Kraus' ›Letzten Tagen der Menschheit‹. Zur Welt, in der man spricht ohne zu denken.« *Frankfurter Allgemeine*

»In Peter Handkes jüngstem Sprechstück wird der Konformismus, die moderne Gesellschaftsordnung, die Monotonie von Leitsätzen, Schlagworten und Ideologien brutal und kritisch demaskiert.« *Frankfurter Nachtausgabe*

»›Kaspar‹ wurde uraufgeführt am Tag des Sternmarsches der Gegner einer Notstandsgesetzgebung auf Bonn. Ein Zufall. Und doch hat Handke hier formuliert, worum es geht. Dies war auch ein Stück für diesen Tag. Frischs ›Biografie‹ und Weissens ›Vietnam-Diskurs‹ – konzentriert und überholt in einem Wurf. Ein Stück über uns.« *Süddeutsche Zeitung*

Suhrkamp Verlag

Rowohlt Paperback

Weltfrieden und Revolution

Neun politisch-theologische Analysen
Herausgegeben von **Hans-Eckehard Bahr**

Hans-Eckehard Bahr o. Professor für die Lehre von der handelnden Kirche an der Ruhr-Universität Bochum	Frieden ohne Revolution?
Sven G. Papcke Studierte Geschichte, Politologie und Philosophie.	Weltrevolution als Friede
Hans-Jürgen Benedict Wissenschaftlicher Assistent an der Evangelisch-Theologischen Abteilung an der Ruhr-Universität Bochum.	Totalitarismus und Imperialismus im Jahre 1967
Dieter Senghaas Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaft, Universität Frankf.	Zur Pathologie organisierter Friedlosigkeit
Lewis A. Coser Professor für Soziologie an der Brandeis-University, Massachusetts, USA.	Gewalt und gesellschaftlicher Wandel
Bayard Rustin Exekutiv-Director des A. Philipp-Randoph Instituts, New York.	Die Lektionen des langen heißen Sommers
Hans P. Schmidt Privatdozent für systematische Theologie und Sozialethik an der Universität Hamburg.	Schalom: Die hebräisch-christliche Provokation
Hans-Jürgen Benedict	Schöne Worte jenseits der Fronten?
Hans-Eckehard Bahr / Hans-Jürgen Benedict	Herbert Marcuse und die prophetische Tradition

Erstmals bieten diese Autoren eine zusammenfassende Analyse der militärpolitischen Konzeptionen der Nachkriegszeit. Erstmals wird auch die politische Praxis der Großkirchen in Kritik und Alternativentwurf einbezogen. Das neue Selbstverständnis der politischen Revolutionen wird ebenso dokumentiert wie die neuen Friedensstrategien des Westens.

Rowohlt Paperback Band 65. 1.–6. Tausend. 320 Seiten. DM 10,80

KURSBUCH erhalten Sie bestimmt in folgenden Buchhandlungen:

Aachen: Cremer'sche, Jakobi, Mayer'sche, Schmetz; **Ahlen:** Quast, Schultz-Schneider; **Ahrensburg:** Schwarz; **Andernach:** Nolte; **Aschaffenburg:** Pattloch, Pfeiffer; **Augsburg:** Reuss, St. Anna; **Aurich:** Friemann, Schulenburg; **Baden-Baden:** Brodesser; **Badenweiler:** Krohn; **Bamberg:** Görres, Hübscher; **Berlin:** Haller & Schmidt, Albert, Bickhardt, Haverland, Bücherkabinett, Burckhardthaus, Cramer, das europ. buch, Der Divan, Ebeling, edition et, Elwert & Meurer, Gsellius, Herder, Hessling, Holzapfel, Kiepert, Klotz, Kompaß, v. Krosigk, Menger, Montanus, Neugebauer, Nold, Panke, Patting, Raake, Reiboldt, Röhrbein, Rothers, Schaaf, Schildberger, Schoeller, Speth, Teschner, Wiedling, Wölff; **Bielefeld:** Mattka, Pfeffer'sche, Phönix, Rappenecker; **Blaubeuren:** Mangold; **Bochum:** Brockmeyer, Gustorff, Hengstenberg, Janssen, Schaten; **Böblingen:** Vogel; **Bonn:** Behrendt, Bouvier, Gilde-Buchhandlung, Greve, Röhrscheidt, Witsch; **Braunschweig:** Graff, Neumeyer, Pfannkuch; **Bremen:** Dürerhaus, Fritsch, Jördens, Leuwer, Otto, Rodewald, Steen, Storm, Thorban, Melchers; **Bremerhaven:** Mehlitz, Memminger, Mügge, **Bückeburg:** Frommhold; **Celle:** Schulze; **Cuxhaven:** Patow, Rauschenplat; **Darmstadt:** d'Hooghe, Gutenberg-Buchh., Schlapp, Schroth, **Delmenhorst:** Klee; **Detmold:** Meyer'sche; **Diepholz:** Günzel; **Dortmund:** Borgmann, Krüger, Lensing, Neumetzler, Schwalvenberg; **Düren:** Krüger; **Düsseldorf:** Bierbaum, Brücken-Verlag, Körner, Lincke, Schaffnit, Schrobsdorff, Schwan & Böger, Stern-Verlag, Weber, Würzner; **Duisburg:** Atlantis, Baedeker, Braun; **Eckernförde:** Winterberg; **Elmshorn:** Groth, Hellmann; **Erlangen:** Mencke-Blaesing, Merkel, Redmann; **Essen:** Altstadt-Buchhandlung, Baedeker, Fredebeul & Koenen, Funck, Günther & Schwan, Neher; **Eutin:** Hoffmann; **Flensburg:** Rüffer, Westphalen; **Frankfurt:** Alt, Auffahrt, Bärsch, Blazek & Bergmann, Bücher-Börse, Bücher-Kaleidoskop, Bund-Verlag, Schumann & Cobet, Haase & Reich, Hase, Herder, Hessen-Buchhandlung, Michel & Dehn, Montanus, Mühlhausen, Naacher, Weber; **Freiburg:** Albert, Novalis, Schulz, Stettin, Wagner, Walthari; **Friedberg:** Bindernagel, Scriba; **Friedrichshafen:** See-Verlag; **Gauting:** Kirchheim; **Gelnhausen:** Burckhardthaus; **Gelsenkirchen:** Kottmann, Minerva; **Gießen:** Ferber'sche, Holderer, Pfeiffer, Ricker'sche; **Gladbeck:** Neubert; **Bad Godesberg:** Buchladen Linz, Bosch, Tenter, Volkermann; **Göttingen:** Calvör, Deuerlich, Gerstung & Lehmann, Häntzschel, Peppmüller, Vaternahm; **Goslar:** Tippach; **Hamburg:** Boeisen, A. Boysen, C. Boysen, Brücken-Verlag, Buchh. a. d. Mundsburg, Bücherkabinett, Busch, Buske, Elmenhorst, Engel, Frensche, Friedrichsen, Glogau, Gräfe, Harder, Heymann, Herold, von der Höh, Jud, Kerckhoff, Kötz, Laatzen, Laetsz, Lorenzen, Lüders, Meyer, Moeller, Rösch, Saucke, Sauermann, Stolterfoht, Thalia-Buchhandlung, Weitbrecht & Marissal, Woermann, Wörmer, Wohlers; **Hamm:** Peters, Thiemann; **Hanau:** Alberti, Dausien; **Hannover:** Becker, Beeck, Hartmann, Konertz, Leibniz-Buchh., Sachse & Heinzelmann, Schmorl & v. Seefeld, Weidemann, Wolff & Hohorst; **Hann. Münden:** May; **Heide:** Scheller; **Heidelberg:** Braun, Koester, Weiss'sche, Ziehank; **Heidenheim:** Meuer; **Heilbronn:** Determann; **Hildesheim:** G. Olms, Roland; **Hof:** Kleinschmidt; **Bad Homburg:** Dahl, Schick; **Iserlohn:** Potthoff; **Itzehoe:** Gerbers; **Jever:** Tolksdorf; **Kaiserslautern:** Schmidt; **Karlsruhe:** Braun, Buch-Kaiser, Hofmann, Lugert, Müller & Schlicht, Peter; **Kassel:** Freyschmidt, Oncken, Siering, Vaternahm, Vietor; **Kiel:** Cordes, Dawartz, Erichsen & Nierenheim, Lipsius & Tischer, Mühlau, Schneider, Wolf; **Bad Kissingen:** Reinisch; **Kleve:** Hintzen; **Koblenz:** Görres; **Köln:** Boisserée, Buchhandlung a. d. Oper, Bücherst. a. Dom, Gleumes, Gonski, Höfer, Lengfeld, Ludwig, Nethe, Olitzky, Roemke, Studio Pan, Witsch; **Königstein:** Bruckmann; **Konstanz:** Bücherschiff, Bücherstube am See, Gess, Homburger & Hepp; **Krefeld:** Dahl, Greven, Niederrh. Buchhandlung; **Bad Kreuznach:** Kohl; **Lindau:** Stettner; **Lobberich:** Mattussek; **Ludwigsburg:** Aigner; **Ludwigshafen:** Hofmann; **Lübbecke:** Eckerleben; **Lübeck:** Sand, Stoll, Weiland; **Lüneburg:** Delbanco, Perl; **Lünen:** Schroers; **Mainz:** Dombuchhandlung, Fust-Buchh., Joh.-Gutenberg-Buchh.; **Mannheim:** Behaghel, Bender, Otto, Tillmann; **Marburg:** Rasch, Elwert, Michaelis-Braun, Roppel, Zeckey; **Melsungen:** Vaupel; **Miesbach:** Sauer, **Minden:** Slagelambers; **Mönchen-Gladbach:** Boltze; **Mülheim:** Mintgens, Röder; **München:** Akademische Buchhandlung, Bavaria, Beck-Haile, Bernsdorf, Buchh. a. d. Brienner Straße, Bund-Verlag, Plössner, Dessauer, Diepolder, Frank, Gielow, Goltz, Hueber, Hugendubel, Kaiser, Lachner, Lehmkuhl, Libresso, Obelisk, Schwabinger Bücherstube, Sussmann, Werner, **Münster:** Baader, Böhmer, Coppenrath, Obertüschen, Poertgen, Regensbergsche, Thiele; **Neumünster:** Rathje; **Neuss:** Baudisch, Schulz; **Neuwied:** Buchh. f. Wirtsch. u. Verwaltung; **Nordhorn:** Stier; **Northeim:** Spannaus; **Nürnberg:** Edelmann, Jakob; **Nürtingen:** Zimmermann; **Oberhausen:** Schlieper; **Oberursel:** Klärner; **Offenbach:** Noack; **Offenburg:** Gerrets, Roth; **Oldenburg:** Brader, Bültmann & Gerriets, Ebel, Holzberg, Thye; **Osnabrück:** Handkel, Wenner, Wunsch; **Paderborn:** Kamp, Liborius; **Pinneberg:** Roder; **Ravensburg:** Dorn'sche; **Recklinghausen:** Alby; **Regensburg:** Atlantis; **Reutlingen:** Kocher; **Rheydt:** Dietzler, Mühlen; **Rodenkirchen:** Köhl; **Rüsselsheim:** Michel; **Saarbrücken:** Akad. Buchhandlung, Bock & Seip, Krämer, Saarbrücker Zeitung; **Schwäbisch Hall:** Richter; **Schweinfurt:** Rückert; **Schwelm:** Kamp; **Schwerte:** Schulz; **Siegen:** Nohl; **Singen:** Greuter; **Soest:** Ellinghaus; **Speyer:** Wichern-Buchh.; **Stade:** Bacheratz; **Stuttgart:** Lindemann, Niedlich, Müller & Gräff, Pietsch, Stahl, Stehn, Steinkopf, Weise, Wildt, Wittwer; **Trier:** Berens; **Tübingen:** Beneke, Gastl, Osiander; **Uelzen:** Fietz; **Ulm:** Hofmann, Kerler, Jastram; **Unna:** Hornung; **Waiblingen:** Hess; **Westerland:** Frank; **Wetzlar:** Schnitzler'sche; **Wiesbaden:** Alippi, Feller & Gecks, Harrassowitz, Staadt, Vaternahm; **Wilhelmshaven:** Bachmann, Jokusch, Lohse; **Witten:** Krüger; **Wolfsburg:** Goethe-Buchh.; **Würzburg:** Hübner, Knodt, Schöningh; **Wuppertal:** Nettesheim, Röder

SCHWEIZ **Aargau:** Wirz; **Basel:** Bücherfreunde, Claraplatz, Helbing & Lichtenhahn, Piccolibro, Werthmüller; **Bern:** Huber, Scherz; **Schaffhausen:** Meili; **St. Gallen:** Fehr; **Zürich:** Zum Elsässer, Genossenschaftsbuchhandlung, Kellerhals, Oprecht, Rohr; **Zug:** Balmer-ab Egg

ÖSTERREICH **Graz:** Leykamp-Buchhandlung; **Innsbruck:** Freytag & Berndt, **Wien:** Bücherecke Schottenring, Kärtnertor, Gerold & Co, Globus-Buchhandlung, R. Heger, Am Schottentor.